



14. September 1931

BALTHASAR WEINGARTZ · DAS ENDE DER LABOURREGIERUNG

AN innerer Schwäche und Zerfahrenheit ist die 2. Labourregierung Englands zugrunde gegangen. Mangel an Mut zu konstruktiver Politik führte sie immer wieder in eine Sackgasse, aus der es schließlich kein Entrinnen gab. Durch Furcht vor der eigenen Verantwortung kam es dann zur Spaltung unter den Kabinettsmitgliedern, die den Sturz unvermeidlich machte. Die letzten Tage des Labourregiments boten ein Bild der Verworrenheit, so daß das ganze Land aufatmete, als James Ramsay MacDonald sich als Premier einer Konzentrationsregierung der Köpfe und nicht der Parteien repräsentierte.

Es führt irre, wenn deutsche sozialdemokratische Blätter es so darstellen, als hätte es sich bei dem Sturz der Regierung um eine spontane Situation gehandelt. So schrieb der Vorwärts am 25. August:

»Wie sie gescheitert ist, das ist, was alle Sozialdemokraten der Welt mit besonderem Schmerz und noch größerer Sorge erfüllt: Sie ist auseinandergefallen in einem offenen Konflikt zwischen einem Teil der Labourminister und den Gewerkschaften, die den weitaus stärksten Pfeiler der englischen Arbeiterbewegung bilden.«

In Wirklichkeit war die Frage der Bildung einer Koalitions- oder Nationalregierung schon bei Beginn der Krise ernsthaft in Betracht gezogen worden. Ursprünglich hatte dieser Gedanke wohl auch die Zustimmung des Gesamtkabinetts. In einem Artikel Auf dem Weg zur Nationalregierung schrieb Fenner Brockway im New Leader vom 24. Juli 1931:

»Während zweier Tage der letzten Woche durchlebte der britische Kapitalismus sorgenvolle Stunden. Man traf Vorbereitungen zur Erklärung eines Moratoriums. Die Frage der Schaffung einer Nationalregierung zur Überbrückung der Krise wurde ernstlich erwogen. Gegen Ende der Woche verbesserte sich dann die Lage, was zur Beruhigung der Finanziere und Politiker führte. Wie lange wird aber diese Ruhe dauern? Über die Krise erfuhr man in der Öffentlichkeit nichts. Im Parlament unterhielten wir uns darüber, wie man bei der Erwerbslosenversicherung 5½ Millionen Pfund Sterling einsparen könnte. Welche Bagatelle, wo Hunderte von Millionen auf dem Spiel stehen! Den Ministern und solchen, die mit der City in Verbindung stehen, brachte es sorgenvolle Stunden. Die Verhandlungen im Parlament waren unechter als gewöhnlich.«

An anderer Stelle schrieb dann Fenner Brockway:

»Früher oder später werden sich die Bemühungen zur Schaffung einer Nationalregierung wiederholen. Wird selbst unser wirtschaftliches Leben durch unvorher-

gesehene Verhältnisse nicht weiter zerrüttet, so wird doch der zunehmende Verfall zu politischen Änderungen zwingen. Die unglückliche Lage, in der sich unsere Stahl-, Kohlenbergbau-, Baumwoll-, Schiffbau-, Maschinenbau- und landwirtschaftlichen Industrien befinden, kann nicht viel schlimmer werden, ohne schließlich zu Konvulsionen zu führen. Eins ist klar: Es ist unbegreiflich, wie man das Erwerbslosenheer von 2½ auf 3 Millionen anschwellen lassen kann, ohne Gegenmaßnahmen zu ergreifen... Herr Baldwin weiß: Diese Regierung ist dem Tod geweiht. Er hofft auf baldige Neuwahlen, auf eine konservative Mehrheit, auf Einführung des Schutzzolls.« Fenner Brockway, der linksgerichtete Führer, sah die Dinge kommen. Er wußte, in welcher gefährlichen Lage sich die Regierung befand. Er benutzte diese Gelegenheit zur Hervorkehrung des oppositionellen Standpunkts der Independent Labour Party, die sich im Lauf der Zeit immer schroffer von der offiziellen Politik der Labour Party absonderte. Mit dieser Opposition, die das Programm des den Lesern bekannten "Sozialismus in unserer Zeit" entwickelte¹, wollen wir uns jetzt nicht befassen. Doch ist die Frage am Platz: Was hat nun eigentlich die Labourregierung vollbracht? Die Antwort kann nur lauten: Sehr wenig.

Man braucht nur an das Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit zu erinnern. Sofort, nachdem die 2. Labourregierung im Sattel war, erschien MacDonalld in Genf, um dort feierlich zu erklären, das Washingtoner Abkommen müsse »schnellstens ratifiziert werden«. Was geschah in dieser Sache? Der Manchester Guardian registrierte am 15. Mai in seiner Wochenausgabe: »Trotz aller Beteuerung von Zuneigung, die die Regierung bei ihrem Antritt dem Internationalen Arbeitsamt zuteil werden ließ, ist rein gar nichts geschehen. Herr Albert Thomas richtet in seinem Jahresbericht Worte des Vorwurfs an seine alten Freunde. In recht vorsichtiger Form drückt er seine Enttäuschung darüber aus, daß internationale Abmachungen oder große humanitäre Reformen im Verhältnis zur Tagespolitik immer wieder in den Hintergrund gedrängt werden.«

Und das liberale Manchesterblatt fügte dem hinzu:

»Was über die Hauptvorlage gesagt wurde, trifft auch auf eine ganze Reihe kleinerer internationaler Vereinbarungen zu, wo die Labourregierung den anderen Regierungen mit gutem Beispiel hätte vorangehen können.«

Sie tat es aber nicht. Es ist eben bis jetzt das Elend aller sozialistischen Regierungspolitik, daß sie in den Fußtapfen bürgerlicher Gewohnheit einherhinkt. Im Grunde ist ihre Maxime: Laissez faire, laissez passer.

Es wäre vor allen Dingen einmal an der Zeit die Mär von der so überaus erfolgreichen "sozialistischen Außenpolitik" fallen zu lassen. Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war und ist bemüht der »britischen Arbeiterregierung« alle nur möglichen Verdienste um die internationale Politik zuzuschreiben, bekommt es auch fertig das, was Frankreich aus freien Stücken getan hat, auf das englische Konto zu überschreiben². Aber ist die internationale Lage denn heute, nach mehr als 2jähriger Labourpolitik, wirklich so rosig? Bildet nicht schließlich England mit seiner Balance-of-power-Politik (die Genosse MacDonalld in Berlin abgeschworen hat, ohne das Foreign Office daran zu hindern sie seelenruhig weiter zu üben) den hemmenden Punkt, wenn es gilt Europa die nötige Ruheperiode zum Wiederaufbau zu gewährleisten? Wie unsicher die englische Arbeiterbewegung ist, sofern es sich um Weltpolitik handelt, bewies besonders das im vorigen Jahr veröffentlichte Empirememorandum³. Frei-

1) Siehe Weingartz Der sozialpolitische Standort der englischen Arbeiterklasse, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 II Seite 850 und folgende.

2) Siehe Cohen Zurück nach Paris!, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 726 und folgende.

3) Siehe Weingartz Auf dem Weg zum Britischen Imperium, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 III Seite 878 und folgende.

lich kann eingewendet werden, bei diesem Memorandum wandelte es sich um eine Prinzipienklärung der Gewerkschaften, die von der Labour Party nicht anerkannt worden ist. Wurde aber die Regierungskrise nicht von den Gewerkschaften bewirkt? Die führenden Elemente der Gewerkschaften waren es, die den Rücktritt des Labourkabinetts erzwangen. Doch betrachten wir die internationale Politik der Labourregierung etwas genauer. Wer wollte leugnen, »daß Unsicherheit und Unruhe wachsen, je mehr wir uns der großen Abrüstungskonferenz nähern«, wie die Times kürzlich schrieben? Im Juni lasen wir im Labour Monthly, die »europäische Atmosphäre« sei jetzt »mehr gespannt als zu irgendeiner Zeit seit der Ruhrbesetzung«; die Verhältnisse glichen »in mancher Hinsicht denjenigen, die kurz vor dem Ausbruch des Weltkriegs bestanden«. »Die Sache des Friedens«, erklärte der Observer, »wird trotz Völkerbund mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt; wie vor dem Krieg ist Europa wieder in 2 Lager geteilt.« Und an dieser ganzen Situation sollte die Labourregierung unschuldig sein? Taucht da nicht ganz unwillkürlich die Frage auf, ob nicht doch der Foreign Secretary eine Schachfigur in den Händen des Foreign Office ist? »In den Zeiten der konservativen Außenpolitik waren die Abrüstungsbestrebungen zum Stillstand gekommen«, beteuerte der Vorwärts am 25. August. Heißt das nicht die Dinge auf den Kopf stellen? Auch in der Ära des konservativen Außenministers Lord Curzon wurde doch im Grunde genommen in England keine andere Politik getrieben als später dann unter (nicht von) Arthur Henderson. Die Doktrin vom Europäischen Gleichgewicht zeichnet England die Wege vor, die dann auch stets eingeschlagen werden. Meistens handelt es sich hier um zwangsläufige Entwicklungen. Was hat es für einen Sinn hier von einem Sieg des sozialistischen Prinzips zu fabeln? In den auswärtigen Angelegenheiten war es stets die Stärke Englands, unbekümmert um die Färbung der jeweiligen Regierung, eine Politik der Kontinuität zu führen. Das ist kein ausgedachtes System, aber ein lange anerzogener Instinkt, und er bewirkt in der Praxis nichts anderes, als daß das Foreign Office und nicht der jeweilige parlamentarische Leiter des Ministeriums die Außenpolitik des Landes dirigiert. Wir befürchten, auch der gute Uncle Arthur, wie Henderson im Parlament genannt wird, ging ahnungslos in den alten gutgearbeiteten Schuhen des Foreign Office herum. Er bemühte sich sicher auf seine Weise und ganz ehrlich um ein Einvernehmen zwischen der deutschen und der französischen Regierung. Aber die beiden durften nicht allein gelassen werden, England mußte dabei sein. Was war die Folge solchen ehrlichen Maklertums? Nachdem durch die Rundfunkrede Heinrich Brünnings am 23. Juni eine deutsch-französische Annäherung angebahnt schien, und Besprechungen in Paris sie auch möglich gemacht hatten, löste sich nach der Londoner Konferenz wieder alles in blauen Dunst auf.

Der Gegensatz zwischen MacDonald und Henderson, der in den entscheidenden Stunden deutlich zutage trat, war nicht ohne einen fatalen Beigeschmack. Wir wollen gern glauben, daß England einen gewissen Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich wünscht, aber doch nur einen solchen, bei dem England sich immer wieder in der Rolle des Schiedsrichters befindet. Deshalb auch stets die zweiseitige Haltung der Labourregierung gegenüber Frankreich. Für Deutschland ist nun aber endlich die Zeit gekommen sich den eignen Weg zu bahnen. Wir stehen an einer Weltwende. Das sogenannte Hooverfeierjahr geht schließlich zu Ende. Und was dann? England kann

uns bei der neuen Weltgestaltung nicht helfen. Die jetzige englische Krise beweist zur Evidenz: Auch England hat seine Schwierigkeiten. Sie sind in der Weltmaßberechnung vielleicht größer als die der Deutschen. Schließlich aber ist England ein Weltreich, sein außereuropäisches Interesse ist viel stärker als sein europäisches. Der englische Weg aus der Krise kann nur zum Britischen Imperium führen. Der deutsche Weg muß nun nach dem Vereinigten Europäischen Kontinent genommen werden.



BER die innere Geschichte der Regierungskrise schrieb der Manchester Guardian am 27. August in einem Leitartikel, der Die Kampfansage Labours überschrieben ist:

»Es ist nicht wegzuleugnen: Alle Mitglieder der alten Regierung hatten den ausgearbeiteten Sparplan bis auf die Abbauvorschläge zur Arbeitslosenversicherung akzeptiert. An diesem Punkt scheiterte man, und es kam zur Spaltung innerhalb der Regierung.«

Vor allem wurde der Gehaltsabbau für alle Beamten, der am 1. September in Kraft trat, von der alten Regierung angeordnet. Die Uneinigkeit entstand durch den Widerstand der Gewerkschaften, die keinen Leistungsabbau bei der Erwerbslosenversicherung wollten, statt dessen für Einführung eines Zolls zum Budgetausgleich eintraten, wogegen sich Philip Snowden zur Wehr setzte. Unter Führung Ernest Bevins, des geistigen Kopfs der Gewerkschaften, sollte endlich mit der alten Freihandelsidee gebrochen, und die Empireidee des bekannten Memorandums in den Vordergrund geschoben werden. Es waren also tiefgehende Meinungsverschiedenheiten, die den Zusammenbruch der Labourregierung erzwangen. Wie sehr die Gewerkschaftsideologie mit der des Empireapostels Lord Rothermere übereinstimmt, beweist die Ansicht, die die Daily Mail einige Tage vor der Krise, am 19. August, im Leitartikel brachte. Sie führte da aus, das Volk erwarte mit größter Spannung die Pläne der Labourregierung und die darin zu erwartenden Sparmaßnahmen; kein Ersatz sei annehmbar, selbst Snowden hätte im Februar zugegeben, daß auch die Arbeiter schließlich durch eine gesunde Sparpolitik am meisten gewännen. Dann fuhr das Blatt fort:

»Der andere, mit Nachdruck hervorzuhebende Punkt ist: Bei der Einführung neuer Steuern ist größte Vorsicht am Platz. Der Zeitpunkt zur Einführung eines allgemeinen Schutzzolls rückt immer näher, kann kaum noch länger hinausgeschoben werden. Eine Erhöhung der Steuern, gleichviel in welcher Form sie auch geschehe, bedeutet neue Belastung der Mittelschichten ... Der Schutzzoll ist die beste Lösung für unsere Schwierigkeiten, besonders, wenn er neben gesunden Sparmaßnahmen durchgeführt wird, und auch die Genossenschaften mit einer gerechten Steuer belegt werden. Das allgemeine Vertrauen, durch den Schutzzoll entfacht, hätte die Industrie aus der gedrückten Stimmung gehoben, in die sie durch die sozialistischen Maßnahmen der letzten 2 Jahre hineingedrängt wurde.«

Wahrscheinlich sind auch die führenden Elemente der Gewerkschaften der Meinung, man könne durch den Schutzzoll die Industrie wieder in Gang bringen. Obwohl nun zurzeit von einer Festlegung in dieser Richtung noch nicht gesprochen werden kann, hat sich auch Arthur Henderson, der neue Führer der Labour Party, für einen »vorübergehenden Zoll« erklärt. Im übrigen überließ man alles der Entscheidung des Gewerkschaftskongresses, der am 7. September in Bristol zusammentrat.

Eine einheitliche Stimmung für Fragen der praktischen Politik ist in den Gewerkschaften kaum vorhanden. Doch wurde die Bristoler Tagung von einer Art Wahlkampfstimmung beherrscht. Das zeigte schon die Präsidialadresse Arthur Haydays, der unter dem Beifall des gesamten Kongresses sagte:

»Die Parlamentswahlen können nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Möglich, daß sie nicht so schnell kommen wie manche denken. Jedoch sind Wahlen notwendig, um die jetzt herrschende Konfusion zu beenden. Auch muß Schluß gemacht werden mit den geschaffenen unseligen Koalitionen.«

Der Generalrat der Gewerkschaften sprach sich natürlich vor allem gegen eine Politik der Lohnsenkung aus, die nur zu einer weitem Wirtschaftsnot führen werde; nach seiner Meinung sei die Wirtschaftsnot Englands von MacDonalld übertrieben dargestellt worden, damit die Arbeiterklasse in die Opfer willige, die nach der Meinung der City und der ausländischen Finanz notwendig seien. Wie dem auch sei, jedenfalls haben wohl auch die Gewerkschaften das Gefühl, daß die altgewohnten Parolen nicht mehr ausreichen. Im kommenden Wahlkampf wird die Labour Party nicht umhin können zur Schutzzollpolitik prinzipiell Stellung zu nehmen. Sie wird ferner gezwungen sein ihre Gegenvorschläge zur Sparpolitik der Notregierung zu präzisieren. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es zu einem der aufregendsten Wahlkämpfe kommen wird, die England je erlebt hat. Die Parole ist: Steigerung, nicht Senkung des Lebensstandards des Volks! Und der Kampf wird mit dem Schlachtruf ausgefochten werden: Nicht die Banken sollen regieren, sondern das Volk respektive das von ihm gewählte Parlament.

Eigentlich befand sich England zu der Zeit, als die Krise den Höhepunkt erreichte, in der Lage Deutschlands vor dem 17. Juni. MacDonalld entschloß sich eine aus den 3 parlamentarischen Parteien zusammengesetzte Regierung zu bilden, um zur Rettung des Sterlingkurses die notwendig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen. Hier trennten sich die Geister in der Labour Party. Den Stein des Anstoßes bildete, wie bemerkt, die Erwerbslosenversicherung, die längst zu einer Erwerbslosenfürsorge größten Ausmaßes geworden war. Sie kostet seit langem den Staat pro Woche 1 Million Pfund Sterling. Auch die Vertreter der Gewerkschaften wissen, daß der Staat nur dann Gelder ausgeben kann, wenn er entsprechende Einnahmen hat; sie verlangen deshalb die Erhebung eines »Budgetzolls«, außerdem neue Besitzsteuern und, zur Stützung des Erwerbslosenfonds, die radikale Beseitigung der Beitragszahlung und die Einführung einer progressiven Einkommensteuer, zu der alle Arbeiter, Beamten und Angestellten herangezogen werden.

Der Daily Herald behauptete am 25. August, die von den Banken an die Labourregierung gestellten Zumutungen wären einem Ultimatum gleichgekommen, was dann die Spaltung in der Regierung erzeugt hätte. Am 26. August brachte das Blatt als sensationelle Nachricht:

»Gestern zur Nachtstunde kam die Kunde, die Federal Reserve Bank von New York sei bereit England neue große Kredite zu gewähren. Ferner ist die Tatsache durchgesickert, der Labourregierung sei durch dieses Konsortium mitgeteilt worden, Kredite könnten nur unter der Bedingung gegeben werden, daß durch rigorose Sparmaßnahmen das Haushaltsbudget ins Gleichgewicht gebracht würde, und dazu seien vor allem Änderungen in der Administration des Erwerbslosenfonds erforderlich. Diese wie ein Ultimatum aussehenden Forderungen spalteten dann schließlich die Labourregierung bei dem Problem der 10prozentigen Kürzung der Unterstützung.« Bei solcher Polemik wird nur zu leicht vergessen, daß die alte Regierung durch ihre Untersuchungsausschüsse die Welt aufhorchen ließ. Nicht zuletzt hat der Schatzkanzler Philip Snowden im Auftrag seiner Ministerkollegen ein übriges zur Bereitung des Bodens getan, auf dem dann die Krise emporwuchs. Die Frankfurter Zeitung war daher recht gut berichtet, als sie, in einem Artikel Das erschütterte Vertrauen der City, sich am 25. August aus London die nachstehenden Auslassungen telegraphieren ließ:

»Die gegenwärtige Regierung war nicht in der Lage ein Programm auf die Beine zu bringen. Sie ist zu ängstlich gewesen etwas auf ihre eigne Kappe zu nehmen und hat so lange bei Freund und Gegner um Unterstützung nachgesucht, daß jede Gruppe von Wünschen sich geltend machen konnte, und das Resultat die gegenwärtige Verwirrung war. Zunächst hat sie einen Plan vorbereitet, der Einsparungen etwa im Sinne des Mayberichts (also einschließlich der beträchtlichen Kürzung der staatlichen Beiträge zur Arbeitslosenunterstützung) enthält. Der Gewerkschaftsrat verhielt sich jedoch entschieden ablehnend, aber das Kabinett beschloß mit dem ursprünglichen Programm voranzugehen, welches allerdings erheblich (jedoch in einem den Gewerkschaften nicht genügenden Maße) modifiziert wurde, insbesondere was die Einsparungen an Arbeitslosenunterstützung betrifft. Die Opposition, mit der dann Fühlung genommen wurde, fand, daß der modifizierte Plan nicht weit genug auf der Seite der Sparsamkeit gehe. Mister MacDonald und Mister Snowden schlossen sich der selben Ansicht an, und es wurde ein 3. Plan entworfen, in welchem ein Teil der Einsparungen auf dem Arbeitslosenkonto wieder eingesetzt wurde. Über diesen Plan entstand scharfe Spaltung im Kabinett, die jetzt voraussichtlich zum Rücktritt der gesamten Regierung führen wird.«

Der Krise gingen die Beratungen zweier wichtiger Regierungskommissionen voraus, und die Regierung scheute sich nicht ihre Berichte der Öffentlichkeit zu übergeben: den MacMillanbericht, dessen Aufgabe es war die Geldwirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftskrise zu untersuchen, und den Bericht über den derzeitigen Stand der Erwerbslosenversicherung, der von der Maykommission zusammengestellt wurde. Zum MacMillanbericht veröffentlichte Henry Noel Brailsford im New Leader am 17. Juli einen bedeutenden Artikel, dessen Schluß hier wiedergegeben sei:

»Über die Rolle, die die Arbeiterbewegung in diesem Bericht spielt, können wir nicht viel Gutes berichten. Herr Bevin und Sir Thomas Allen haben beide den Hauptbericht unterzeichnet, sowie den Keynes-MacKenna-Zusatz [betreffs Einführung eines Schutzzolls]. In einer kleinen und nichtssagenden Note erklären sie [die Vertreter der Arbeiter], daß sie keine Freunde des Schutzzolls sind, ihn aber als Notbehelf hinnehmen wollen. [Na also!] Über den Beitrag Herrn Newbolds sagt man am besten gar nichts. Kurz, die Gedanken der Arbeiterbewegung über diese Probleme fehlen in diesem Bericht. Die Unterlassungen sind erschreckend. 1. Es wurde nicht versucht die Sache der Sozialisierung des Bankwesens zu erläutern. Es besteht aber keine Garantie, daß die Bank von England von sich aus im Interesse des Volksganzen handeln wird ... 2. Durch Bankkredite wird ein gutbezahlter Beruf geschaffen, wodurch den Privatinteressen allerlei Möglichkeiten zu unverdienten Einkommen gegeben werden, die eigentlich der Gesamtwohlfahrt dienstbar gemacht werden müßten. Die Sache der Sozialisierung jedoch setzt die Notwendigkeit der wissenschaftlichen sowie desinteressierten Kontrolle voraus, damit überhaupt das unverdiente Einkommen für das Gesamtinteresse nutzbar gemacht werden kann. 3. Die Arbeitervertreter erkennen durch Unterschrift den Hauptbericht an, der eine permanente Investierung durch eine private, auf Profit basierende Monoporganisation gutheißt und eine neue besorgniserregende Finanzdiktatur über die Industrie aufrichtet. Steht nun eine solche Entwicklung im Einklang mit der Gedankenrichtung der modernen Arbeiterbewegung? 4. Und schließlich wird kein Versuch gemacht dem Schutzzoll etwas entgegenzusetzen, wodurch man die Einfuhr kontrollieren und die Preise erhöhen könnte, sollte sich dieses als notwendig erweisen. Auch fehlt es an Vorschlägen, um die Einkommen der Rentner mit den Einkommen der aktiven Produzenten auf eine Linie bringen zu können (differenzierte Steuer). Der MacMillanbericht erweckt den Eindruck einer vernünftigen und klaren Denkweise, jedoch fehlt in ihm der Standpunkt der Arbeiterbewegung.«



AS wird die Labouropposition unter der Führung Hendersons in der kommenden parlamentarischen Auseinandersetzung tun? Ist Henderson bereit dem Parlament ein durchgearbeitetes sozialistisches Programm zu unterbreiten? Wird er Pläne zur Behebung der Wirtschaftskrise beibringen, ohne dabei die Gefahr der Flucht vor dem Pfund Sterling heraufzubeschwören? An einer klar durchdachten sozialistischen Politik war die 2. Labourregierung sehr arm.

Als Entschuldigung verwies man immer auf die Tatsache, sie sei eine Minoritätsregierung. Will Henderson das Programm der Independent Labour Party anerkennen? Es wurde bis jetzt von den Kongressen der Labour Party und den Gewerkschaften abgelehnt. Für welchen Weg also wird sich die Labour Party unter ihrer neuen Führung entscheiden? Die Regierungsdauer der Konzentrationsregierung wird, nimmt man an, sehr kurz sein. Schon tauchen Gerüchte auf, die Labour Party werde bei den Wahlen den entscheidenden Sieg erringen. Und wenn: was dann? Mehr als je zuvor wird die spezifisch englische Gewerkschaftsideologie die Labour Party beherrschen. Vor allem wird die deutsche Arbeiterklasse die kommenden Kämpfe mit dem größten Interesse verfolgen. In seiner Daily Mail veröffentlichte Lord Rothermere am 19. August einen Artikel unter dem Titel Britannien durch die französische Brille. Er schreibt unter anderm dort über den Goldstandard: »Sie [die Franzosen] verurteilen uns aufs schärfste, weil wir durch Wiedereinführung des Goldstandards internationale Vorteile erringen wollten, ohne selbst zu Opfern bereit zu sein. Dazu war Sparsamkeit im nationalen Haushalt notwendig. Die französische Diagnose über die Ursachen der akuten englischen Wirtschaftskrise lautet: 1. Zu hohe Steuern, 2. zu hohe Lohn- und Produktionskosten, diese haben in ihrem Gefolge 3. die Unmöglichkeit, daß die britische Industrie mit Profit produziert, und das wiederum erzeugt 4. erhöhte Arbeitslosigkeit. Das Urteil einer wohlinformierten französischen Meinung kommt in dem einflußreichen Organ Le Temps in folgenden Worten zum Ausdruck: Der Niedergang des britischen Außenhandels erhöht das Defizit der sichtbaren Handelsbilanz bis zu einem solchen Punkt, daß schließlich die unsichtbare Handelsbilanz zur Ausfüllung des so entstehenden Lochs nicht mehr hoch genug sein wird. Sparen und keine neuen Steuern: das ist der Rat, den die französischen Experten geben. Es gibt keine anderen Methoden, so sagen sie, unsere Finanzen sowie das ausländische Vertrauen wiederherzustellen.« Lord Rothermere schließt wie immer seinen Artikel mit der Forderung nun endlich an die Einführung des Schutzzolls zu gehen.

Trotz der von Brailsford für »fag« gehaltenen Note im MacMillanbericht, die die Unterschrift Ernest Bevins trägt, ist dieser bei aller Angst vor einem Bruch mit der alten liberalen Freihandelsideologie zu der Schlußfolgerung bereit, der Schutzzoll würde »zur Belebung der Wirtschaft führen und deshalb keine nachteilige Wirkung auf die Produktion ausüben«, er wäre »ein Mittel neues Vertrauen auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens herzustellen«. Man merkt, wie sich hier die Gedanken von Imperium, Schutzzoll und Gewerkschaftsideologie zu einer Synthese verbinden. Die Spaltung zwischen MacDonald, Snowden und der Labour Party mußte also kommen, weil die alten Ideen mit den Ideen der neuen Generation kollidierten. Von dieser Warte aus betrachtet, war die Mosleyrevolte keine nichtssagende Episode, und der Spott über Sir Oswald Mosley unangebracht. Schließlich sah Mosley die Dinge doch etwas klarer als man in Deutschland zugeben will.

MIT dem Ende der von ihm ins Leben gerufenen Konzentrationsregierung endet möglicherweise die politische Laufbahn James Ramsay MacDonalds. Das entspräche seiner geistigen Art. Schließlich wollte er nicht als Parteimann sondern als eine große nationale Gestalt aus dem politischen Leben scheiden.

Das Parlament zeigte bei seiner Wiedereröffnung am 8. September, der veränderten Lage entsprechend, ein ganz anderes Bild als bisher: Die Liberalen und die Konservativen saßen gemeinsam auf den Regierungsbänken, die Labourabgeordneten auf den Bänken der Opposition. Gleich zu Beginn der Sitzung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den beiden früheren

Freunden MacDonalld und Henderson. »Niemals«, rief Henderson aus, »hat sich der Arbeiterpremierminister mit denen getroffen, die es ihm ermöglichten seine jetzige Position einzunehmen.« Eine ähnliche Note schlug auch der Sekretär des Gewerkschaftskongresses Walter Citrine in Bristol in seinem Bericht über die Besprechungen mit der alten Regierung an:

»Es tut mir leid feststellen zu müssen; Nie zuvor habe ich es erlebt, daß ein Gremium verantwortlicher Männer in so vager Art und Weise angedredet wurde wie es dort geschah. [Der Kongreßbericht verzeichnet hier Rufe: »Schandel!«.] Man glaubte uns mit allgemeinen Redensarten abspesen zu können. Wohl hörten wir in der langen Regierungserklärung etwas über die schlechte Finanzlage; doch nur so viel wie wir schon aus der Presse wußten.«

Die Anklage Hendersons gegen MacDonalld muß natürlich überraschen. Neben MacDonalld ist Henderson der wahre Begründer der Labour Party. Der von ihm gegen seinen einstigen Freund erhobene Vorwurf läßt fühlen, daß außer sachlichen Meinungsverschiedenheiten auch solche persönlicher Art bestanden haben müssen, die dann die Trennung beschleunigten. Dieser Zusammenstoß zeigte auch, daß der Gegensatz zwischen MacDonalld und der Labour Party größer ist als man zuerst geneigt war anzunehmen. Bei seinem jetzigen Vorgehen hat MacDonalld freilich die einmal beschrittene Bahn nur konsequent innegehalten. Wollten seine Kollegen keine Konzentrations- oder Koalitionsregierung, dann hätten sie auch nicht mit ihm die Bahn beschreiten dürfen, die sie zu Verhandlungen mit den Führern der anderen Parteien führte. Indem sie das taten, war der Grundstein für eine Regierung auf der breitem Basis mit oder ohne Labourminister gelegt. Im letzten Augenblick allerdings, als seine Kollegen zurückschreckten, ging MacDonalld allein weiter. Der Daily Herald meint, sein Weg führe nur in die politische Wüste. Wird aber die Labour Party ohne MacDonalld den Willen und die Kraft haben zu aufbauender Politik vorzustoßen? Philip Snowden nannte der Daily Herald am 11. September einen »Gefangenen der City«. Wird aber die Labour Party dem radikalen Sparnotprogramm ihres ehemals so gerühmten "eisernen Kanzlers" ein Schaffensprogramm entgegenstellen?

Es hat keinen Sinn über das von der Partei und den Gewerkschaften beliebte Vorgehen gegen MacDonalld und Thomas zu wehklagen. Nachdem Partei- und Gewerkschaftsinstanzen das Urteil über die Nationalregierung gefällt hatten, gab es für die Führer nur ein Entweder-Oder. Die Entscheidung darüber, wer in diesem Streit recht behält, wird die Geschichte fällen. Durch das Vorgehen der Instanzen wurde zunächst Klarheit über die Dauer der Notregierung geschaffen. Zuerst wurden Stimmen laut, die meinten, die Regierung werde nicht nur die Notgesetze zu erlassen sondern auch für deren Durchführung Sorge zu tragen haben. Da die Wähler von MacDonalld, Thomas, Snowden und anderen die Niederlegung ihrer Mandate verlangen, kann die Wahl nicht lange aufgeschoben werden. Ein Ausweg könnte wohl darin gefunden werden, daß sich sowohl MacDonalld wie Thomas "upstairs", das heißt zum House of Lords, befördern lassen; das wäre in diesem Fall nicht tunlich, weil es einen Bruch der ungeschriebenen Verfassung bedeutete.

Die Wahlen sollen Parteiwahlen werden. Niemand will diese Nationalregierung lange halten. Der Appell James Garvins im Observer, der seit Monaten für eine Regierung der breiten Basis eintritt, verhallt. Die von Lloyd George 1918 angewandte Praxis einer Nationalregierung auf längere Dauer hat, wie es bis jetzt scheint, keine Aussicht wiederholt zu werden.



CARL MIERENDORFF · DIE UNBELEHRBAREN



U allen Zeiten hat Deutschland sie gehabt, wie jedes Land, aber in den letzten 10 Jahren seiner Geschichte haben sie eine besonders verhängnisvolle Rolle gespielt: die aus keiner Erfahrung lernen können, die es vielleicht auch nicht einmal wollen sondern sich als die Männer der Tat, des eisernen Willens, der unerschütterlichen Nerven brüsten und voll Verachtung auf die misera plebs blicken, deren Mangel an Heroismus allein die Schuld trage, daß es nicht vorwärts geht. Wir kennen sie aus den Jahren 1914 bis 1918, wir kennen sie von 1923, aus der Zeit des Ruhrkriegs, wir sehen sie heute wieder am Werk. Ob sie den Krieg bis zum Weißbluten oder zum Siegfrieden führen, ob sie den Feindbund durch passiven Widerstand auf die Knie zwingen wollten, es ist immer die selbe geistige Physiognomie. Aber daß auch so bittere (und so teure) Lehrgänge, wie das deutsche Volk sie seit 1914 durchlaufen mußte, so wenig gefruchtet haben, daß das Jahr 1931 an denen, die nichts gelernt und alles vergessen haben, so reich ist wie die Kriegs- und Ruhrkriegszeit, das ist erschreckend. Macht Schade wirklich nicht klug sondern dümmer, wie Karl Kraus einmal bemerkt hat? Die Jusqu'aboutisten von 1931 sind drauf und dran es zu beweisen.

Es gibt zum Studium dieser Geistesart und zur Beobachtung ihrer Geistes-sprünge kaum eine bessere Gelegenheit als die Lektüre jener Wochenschrift, die sich Das Freie Deutschland nennt, und die, wenn sie vielleicht auch nach der Zahl der zahlenden Abonnenten wenig Gewicht haben sollte, um so charakteristischer ist, als sie diesen Geist der Unbelehrbarkeit in Reinkultur repräsentiert. Was immer bei uns an gefühlsmäßigen Ausbrüchen des Nationalismus denkbar ist, was der normale deutsche Spießbürger am Stammtisch in Stargard so gut wie in Kötzschenbroda und München ergrimmt in seinen Bart brummt, hier ist es in politisches System gebracht, hier erscheinen die dumpfen Gefühle nationalistischer Wallungen kristallklar geläutert zu politischer These, formuliert, bewiesen und erhärtet. Man kann die Berechnungen und Gedankengänge des politisch ernstzunehmenden Nationalismus nicht besser kennen lernen als in diesem Blatt, das mit fanatischer Verbissenheit die »völlige Abschreibung der Tribute« predigt:

»Jeder deutsche Junge, der hier und da schon in eine Zeitung sieht, nicht nur jeder Politiker, und erst recht jeder, der mit an der unmittelbaren Verantwortung für Deutschlands Schicksal zu tragen hat, muß nach dem Erlebnis des ersten großen Sturms der Erfüllungskatastrophe wissen, daß ohne die völlige Abschreibung der Tribute die große Krise, in die das gesamte politische, wirtschaftliche und soziale Leben des deutschen Volkes geworfen wurde, überhaupt nicht beseitigt werden kann. Die Tribute haben Deutschland in dieses Elend gestürzt, sie sind und bleiben der Grund alles Übels. Wer vor der Geschichte die Kühnheit hat die deutsche Politik zu führen, braucht weiß Gott keine besonderen Eingebungen, um von dieser Erkenntnis den Weg zum folgerichtigen Handeln zu finden, und sein Instinkt muß es ihm sagen, daß hier nur die Offensive helfen kann.«

So lautet der immer wieder abgewandelte Refrain: Jetzt ist der Augenblick gekommen, um mit der Tributwaffe in der Hand Deutschland frei zu kämpfen.

Wenn Adolf Hitler die Massen des sozial und geistig entwurzelten Mittelstands alter und neuer Art mit grobschlächtig demagogischen Parolen dieses Schlags aufpeitscht, schließt sich jede Diskussion von selbst aus. Wenn aber dergleichen mit dem Anspruch auftritt politisch gewertet zu werden, ändert sich das Bild. Ist dies denn nicht die These, auf die das ganze, nicht bloß

zur Opposition gehörende "nationale" Deutschland schwört? Es ist schon so. Man gehe der Sache auf den Grund, und man entdeckt als die Quintessenz des politischen Handelns dieser Kreise den stummen, aber leidenschaftlichen Willen nach »völliger Abschreibung der Tribute«. Er beherrscht, bis zur Psychose gesteigert, die Millionen des nationalistischen Deutschlands genau so wie 1923 im Ruhrkrieg. Es hat sich schon damals erwiesen, daß die Rechnung falsch war durch Kampf gegen Frankreich die Tribute abzuschreiben. Ist sie diesmal richtig? Das Gegenteil steht zu befürchten. Das Exempel von 1923 ist das typische Beispiel für eine Politik, die mehr kostet als sie einbringt. Die Milliardenverluste des Ruhrkriegs standen in keinem Verhältnis zu der Verkleinerung der Jahreszahlungen im Dawesplan. Und jetzt? Man erklärt die Youngzahlung von rund 1¼ Milliarden Mark für nicht zu tragen (indem man es sich so lange wiederholte, bis man es selber glaubte) und bekämpft sie auf Tod und Leben. Um dafür was einzutauschen? Die »völlige Abschreibung der Tribute«? Auch dann wäre die Rechnung noch falsch, wie folgendes Rechenexempel zeigt: Angenommen, der Youngplan wäre nach 4 Jahren, genau so wie der Dawesplan, auf natürliche Weise zur Revision herangereift (was wahrscheinlich ist), so hätte Deutschland bis dahin noch 3mal 1,75 Milliarden Mark aufbringen müssen, also 5,25 Milliarden. Man vergleiche damit aber allein die Kapitalverluste, die Deutschland infolge dieser Politik seit Ende März (Zollunion) durch die Abzüge kurzfristiger Kredite (Devisenverluste der Reichsbank), die Forcierung der Kapitalflucht (Erhöhung der deutschen Kapitalsanlagen im Ausland, nach dem Laytonbericht schätzungsweise 3 bis 4 Milliarden Mark) erlitt, ungerechnet die enormen unsichtbaren Verluste und indirekten Schäden, die durch weitere Wirtschaftsstockung, Verschärfung der Arbeitslosigkeit (Erhöhung der Soziallasten) usw. eingetreten und noch gar nicht zu bilancieren sind. Dies wäre die Bilanz bei einer 100prozentigen Abschreibung der Zahlungen, einer nach Lage der Dinge utopischen Hypothese. Oder will uns jemand ernstlich glauben machen, es sei eine völlige Streichung der Zahlungen (Reparationen und Schulden) gegen ein Frankreich durchzusetzen, dessen finanzielle und wirtschaftspolitische Machtposition sich in diesen Wochen so nachdrücklich demonstriert hat? Grade dann, wenn, den phantasievollen Plänen der Revisionsstrategen entsprechend, gegen Frankreich, statt mit ihm, die Lösung angestrebt würde, ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß im günstigsten Fall die Reduktion der "Tribute" auf die ungeschützte Jahreszahlung erfolgen würde. Die 5,25 Milliarden würden also, um 3mal 600 Millionen verringert, auf 3,45 Milliarden Mark zusammenschrumpfen. Wo bleibt da der versprochene Gewinn?

So roh nach Lage der Dinge ein solcher Überschlag auch bleiben muß, so zeigt er doch mit Deutlichkeit, daß die Rechnung der "Revisionisten" unserer Tage durch und durch falsch ist. Und dabei sind diese Tributkämpfer vom Schlag des Freien Deutschlands sich über die Stärke der französischen Position nicht im geringsten im unklaren. »Frankreich wird auf kein Titelchen verzichten, wenn es nicht muß«, heißt es in dem oben zitierten Artikel des Freien Deutschlands. Es gehört schon die Logik unserer "Befreiungspolitiker" dazu, um trotzdem noch die Forderung »völliger Abschreibung der Tribute« zu verfechten. Wenn Frankreich so stark ist, wer soll es dann zum Verzicht zwingen? Die Angst vor dem Bolschewismus etwa? Tatsächlich ist dies der einzige Trumpf in diesem Revisionspiel: die Drohung mit Ruß-

land. Sie war schon immer für jeden nüchtern Denkenden recht komisch. Ob es wenigstens jetzt, nach der Entwicklung der letzten Wochen, da es klar geworden ist, wie sehr sich die bolschewistische Regierung um einen Nichtangriffspakt mit Frankreich bemüht, im nationalistischen Lager zu dämmern beginnt? Skepsis ist angebracht, denn die Erfahrung lehrt, daß Politiker dieses Typus einfach unbelehrbar sind und bleiben. Die Kölnische Volkszeitung brachte am Jahrestag der Ermordung Erzbergers einige Sätze aus dem Buch des Generals Erich von Falkenhayn Die Oberste Heeresleitung 1914 bis 1916, die höchst zeitgemäß sind. Sie lauten:

»Die allgemeine Kriegslage war in dem Zeitpunkt der Übernahme der Geschäfte durch den Generalfeldmarschall von Hindenburg ernst. Sie ist, mit Schwankungen dem Grade nach, seit dem 14. September 1914 nie anders gewesen, bis zum bitteren Ende so geblieben und konnte infolge der vielfachen Überlegenheit der Feinde an Kräften und Mitteln nicht anders sein, bevor deren Kriegswille gebrochen war. Nichts hat wahrscheinlich mehr zu dem jämmerlichen Ausgang des Krieges beigetragen als der Umstand, daß diese Tatsache erst zu der Zeit, als nichts mehr zu retten war, der Masse des Volkes enthüllt wurde.«

Ist es heute, ganz abgesehen von der merkwürdigen Duplizität der Daten, nach dem 14. September 1930, nicht wieder genau so? Wir haben im großen Völkerkrieg so bitter geendet, weil man vor den Tatsachen den Kopf in den Sand steckte. Während des Ruhrkriegs mußte erst der Zerfall des Staats und der nationalen Einheit in handgreifliche Nähe rücken, bis man zum Nachdenken kam. Auch die gegenwärtigen Konflikte werden mit tragischer Konsequenz den gleichen »jämmerlichen Ausgang« nehmen, wenn man sich wieder nicht entschließt den Ernst der Lage und die wirkliche internationale Kräfteverteilung der Masse des Volkes rechtzeitig zu enthüllen. Was sich hier wiederum als nationale Politik aufspielt, ist nicht national sondern törichte Kraftmeierei, die sich 1931 genau so wie 1918 und 1923 rächen muß.



AUCH das Kabinett Brüning wird von den Nebeln der Unbelehrbarkeit umwallt und zeitweilig ganz verhüllt. Es soll nicht untersucht werden, ob es sich jemals die Ansichten dieser Sorte von Befreiungspolitikern zu eigen gemacht hat. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß die Politik des Kabinetts allzu lange im schärfsten Licht der "Revision" gestanden hat. Man erinnere sich nur an die Frühjahrsmonate dieses Jahres, in denen Revision gradezu zur großen Mode geworden war: Revision des Vertrags, der Grenzen, des Youngplans, und wie der ganze Katalog lautete. Wenn Heinrich Brüning diese Zielsetzungen auch nicht gewollt hat, so läßt es sich nicht ändern, daß seine Politik jedenfalls in eine zeitweilig höchst gefährliche Nähe dazu gekommen ist. Mindestens gilt das für die Forderung nach Revision des Youngplans. Es trifft durchaus den Kern der Sache, wenn die Iswestija vor einiger Zeit ausführten, es sei »allgemein bekannt, daß die Schärfe der deutsch-französischen Beziehungen auf die deutschen Bestrebungen in der Richtung einer Revision des Versailler Vertrags zurückzuführen ist«.

Wundert man sich da, wenn bei solchen Perspektiven das Kapital nervös wurde? Es ist heute in Deutschland gang und gäbe geworden die Franzosen für den Abstieg während dieses Sommers verantwortlich zu machen. Der 13. Juli? Selbstverständlich eine Folge des Kapitalabzugs, der böswillig von den Franzosen inszeniert wurde. Und die Verschärfung der Wirtschaftskrise? Selbstverständlich, die Franzosen sind schuld. Es hilft aber nichts, man muß auch in diesen Fällen die Dinge sehen wie sie sind. Pfiffen

es nicht im Mai die Spatzen von den Berliner Dächern, daß in der Reparationsfrage die deutsche Regierung einen Schritt vorhabe? Es war schwer zu sagen, welcher Art dieser Schritt sein würde. Wollte man den Youngplanmechanismus für den Zahlungsaufschub in Gang setzen? Ein allgemeines Zahlungsmoratorium anmelden? Dichter Nebel lag über diesen Plänen, was nur noch zur Steigerung der allgemeinen Nervosität beitrug. Denn die Aktion in der Reparationsfrage würde kommen, sie wurde in offiziöser Notiz sogar im Berliner Tageblatt angekündigt. Jedermann erwartete sie, jedermann wußte aber auch, daß sie einen schweren Echee am Geldmarkt zur Folge haben mußte. Nimmt es da wunder, wenn die Parole "Sauve qui peut!" zum Schlagwort an allen Weltbörsen wurde? Es ist ein so automatischer Prozeß, daß es wirklich nicht einer Direktion von der politischen Zentrale in Paris aus bedurft hätte, wie sich der Vorgang im Kopf des deutschen Zeitungslesers heute noch darstellt. Und sollte man nicht endlich der Wahrheit die Ehre geben und diesem Zeitungsleser zum Bewußtsein bringen, daß die französische Regierung, weit entfernt den Kapitalabzug aus Deutschland zu inszenieren, ihm vielmehr entgegenwirkte und dafür sorgte, daß jedenfalls französische Gelder am allerwenigsten zurückgezogen wurden? Nicht die »Erfüllungskatastrophe«, um diesen Fachausdruck aus der Terminologie des Freien Deutschlands anzuwenden, ist es darum, was wir in diesen Sommermonaten erlebt haben und noch erleben, sondern die Revisionskatastrophe, wie sie von jedem nüchtern Denkenden auf Grund einfachster Überlegungen hätte vorausgesagt werden müssen und warnend hier auch vorausgesagt worden ist.

Wenn Heinrich Brüning durch die Umstände also in eine gefährliche Nähe mit jenem Revisionsverlangen gekommen ist, das auf »völlige Abschreibung der Tribute« hinauswill, so sollte alles geschehen, um den Abstand zu diesen Bestrebungen so deutlich wie möglich zu markieren. Das gilt auch für die Führung einer sonderbaren Debatte, die sich inzwischen angebahnt hat. Der französische Handelsminister Pierre Etienne Flandin gab am 17. August im Echo de Paris einige Erklärungen über den Kampf um den Youngplan und unterstrich dabei noch einmal mit aller Deutlichkeit den französischen Gesichtspunkt: scharfe Trennung zwischen Kriegsschulden und Reparationen. Wenn man weiß, wie wenig grade in Deutschland diese beiden Begriffe auseinandergehalten werden, scheint ein solcher Hinweis keineswegs überflüssig. Die Antwort aber, die von deutscher Seite darauf gegeben wurde, schmeckte fatal nach Ruhrkriegsargumenten, die längst begraben sein sollten. Sie bemüht sich um den Beweis, daß Frankreich keinen Anspruch auf Reparationen mehr haben könnte, weil die bisher geleisteten Zahlungen die Ausgaben für den Wiederaufbau längst abgedeckt hätten. Auf den "Zahlenbeweis" dieser These braucht man hier nicht einzugehen. Politisch produktiv ist diese Art des Debattierens keinesfalls. Sie ist, im Gegenteil, wiederum geeignet die Politik der Regierung Brüning in ein falsches Licht zu stellen, weil sie so sehr den Forderungen jener 100prozentigen "Revisionisten" entspricht, mit denen die Regierung doch keinesfalls zusammengeht. Man lese nur zum Beweis, was wiederum das Freie Deutschland, der Kronzeuge des reinen Nationalismus, am 1. August forderte:

»Es wäre gefährlich, wenn sich Deutschland im Kampf um die Abschreibung [der Tribute] auch nur scheinbar passiv verhielte. Wie sinnlos eine solche Taktik wäre, beweist die Tatsache, daß sich das große Sprachrohr Englands, die Times, bereits veranlaßt sieht die Kriegsschuldflüge in die Debatte zu werfen. Welche Wandlung

ist überhaupt binnen wenigen Wochen in der Haltung dieses Weltblattes eingetreten! Jetzt, wo die Bereitschaft der Welt der Tributfrage Aufmerksamkeit zu schenken so groß ist, würde eine zuverlässige kurze Darstellung der bisherigen ungeheuren Tributleistungen Deutschlands stärksten Widerhall finden. Eine Gegenüberstellung der gewaltigen Tributzahlungen an Frankreich und der französischen Wiederaufbaukosten würde großes und berechtigtes Erstaunen wecken. Die Wiederaufröhlung der Kriegsschuldfrage käme so gelegen wie nie zuvor. Man muß das Eisen schmieden, solange es heiß ist. Was tut aber die Regierung Brüning in diesen Tagen? Kommt das Kabinett der Frontsoldaten nicht auf den Gedanken, daß die Taktik der Feuerwalze auch in der internationalen Politik angewendet werden kann?«
 War es wirklich nötig die Wünsche dieser Kreise so prompt zu erfüllen, wie es in der Antwort auf Flandin geschah?



Die Ereignisse der Wochen, die seit der Hooveraktion verstrichen sind, haben wohl auch dem letzten Zweifler mit Deutlichkeit gezeigt, daß die Zeit nicht für sondern gegen uns arbeitet. Niemand wird behaupten wollen, daß sich die deutsche Position seitdem gebessert habe. Es wäre ein Glück im Unglück, wenn wenigstens der Regierungswechsel in England unsere Illusionisten zur Einsicht brächte, daß ihre Operationen auf der angelsächsischen Linie auf schlimmen Trugschlüssen aufgebaut sind. Der Szenenwechsel in London und alles, was damit verbunden war, beleuchten die Situation. Vor allem gilt das von der Art und Weise, wie die Anleihe zur Stützung des Pfunds zustande kam. Selten ist wohl eine solche Maßnahme schneller und reibungsloser vollzogen worden, obwohl es sich doch auch für die heutigen Verhältnisse um ansehnliche Beträge handelt. Man hat hoffentlich in Deutschland diesen Vorgang mit Sorgfalt beobachtet und seine Schlüsse daraus gezogen. Er war nicht sehr geeignet jene unermüdlich wiederholte offizielle These zu bekräftigen: die Aussichten auf eine langfristige Anleihe als heute in jeder Hinsicht unerfüllbar hinzustellen. Hier liegt in der Tat ein springender Punkt der deutschen Politik. Wenn Frankreich zur Stützung des englischen Pfunds einen Betrag von 1 Milliarde Goldmark sofort zur Verfügung gestellt hat, so ist damit mindestens bewiesen, daß die Kapazität auf dem Markt der langfristigen Kredite vorhanden ist, deren es für Begebung einer politischen Anleihe überhaupt bedarf. Der Pariser Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung fügte am Tag des Abschlusses der englischen Kreditverhandlungen seiner Depesche darüber die folgende Anmerkung bei:
 »Das Publikum verfehlt nicht in seinen Gesprächen Vergleiche mit Deutschland zu ziehen, dessen Kreditgesuch durch die Entwicklung der englischen Krise ins Hintertreffen geraten ist. Man hört sagen, daß Brüning durch sein Zögern eine kostbare Gelegenheit versäumt habe. Würde er die außenpolitischen Bedingungen Lavals sofort angenommen haben, die einen weniger scharfen Eingriff in die deutsche Politik bedeuteten, als die Forderung der Amerikaner auf die Beseitigung der Labourregierung, so wäre Deutschland bei der Kreditgewährung vor England an die Reihe gekommen.«
 Und er fuhr, nachdenklich und zum Nachdenken anregend, fort:
 »Die absichtliche Durchkreuzung einer deutsch-französischen Einigung über die politischen Garantien an der Pariser Konferenz durch England erscheint durch die obigen Vorgänge in einem neuen Lichte.«
 Und dabei bestanden diese »politischen Garantien«, wie mittlerweile klar geworden sein dürfte, nicht etwa in der Erfüllung bestimmter Einzelforderungen oder in irgendeiner Schmälerung der nationalen Souveränität Deutschlands sondern nur darin, daß Deutschland den Willen bekunden sollte mit Frankreich zusammenzuarbeiten, was natürlich auch die Einstellung politischer Angriffe auf einander in sich schloß. Wird nun vielleicht in der deutschen Presse die Einsicht über die Sachlage etwas rascher marschieren?

In der Tat haben sich einige Entwicklungen angebahnt, die erfreulich genannt werden dürfen. Die Kölnische Zeitung hat den Gedanken des Viermächtepakts in die Debatte geworfen. Es lag auf der Hand, daß ein solcher Vorschlag, zumal mit dem im Hintergrund auftauchenden Hinweis auf die Einbeziehung des bolschewistischen Rußlands in den Pakt, Verwirrung hervorrufen mußte. Ein neues Manöver, um der deutsch-französischen Debatte auszuweichen? Glücklicherweise hat schon bald darauf eine im Berliner Tageblatt publizierte offenkundig offiziöse "Verlautbarung" viel von diesen Bedenken ausgeräumt, indem ausdrücklich gesagt wurde, daß mit einem solchen Viermächteprojekt keineswegs die deutsch-französische Unterhaltung beiseite geschoben werden sollte, vielmehr als ihr Kern ganz besonders intensiv behandelt werden müßte. Die Diskussion hat aber noch ein anderes Gutes gehabt: Sie hat zu einer Annäherung zwischen der Kölnischen Zeitung und dem Temps geführt. Ein Vorgang, den man angesichts der wichtigen Stellung der beiden Blätter im öffentlichen Leben unseres Kontinents hoch veranschlagen muß. Im Lauf der Diskussion bemerkte der Temps:

»Man kann sich tatsächlich sehr leicht vorstellen, daß die Deutschen hoffen, sie könnten mit Hilfe solcher gemeinsamen Verhandlungen bessere politische Bedingungen erzielen als durch ausschließlich zwischen Paris und Berlin geführte Besprechungen. Der Reichskanzler Brüning entspricht durchaus der ihm obliegenden Rolle, wenn er versucht die Auseinandersetzungen auf ein sehr verbreitetes Gebiet zu tragen. Aber wir haben kein Recht zu vergessen, daß es lebenswichtige Fragen zwischen den Deutschen und uns gibt, und daß diese ohne jede Einmischung von Dritten, sollten sie auch von den besten Absichten beseelt sein, in freundschaftlichem Geist geregelt werden müssen.«

Dieser letzte Satz wurde von der Kölnischen Zeitung aufgegriffen. Sie führte aus, ihr Aufsatz hätte »das halbamtliche Organ der französischen Diplomatie gezwungen endlich die Karten auf den Tisch zu legen«, und fuhr fort:

»Nachdem sich die Pariser Stellen, die bisher stets den Völkerbund im Mund führten, wenn es galt die Friedensfarbe zu bekennen, zu persönlicher Regelung außerhalb des Völkerbundes und »in freundschaftlichem Geist« bereit erklärt haben, ist die europäische Klärung um ein gutes Stück weitergeführt worden. Über die Reihenfolge der Fühlungnahmen und die Form ihrer Dokumentierung, nehmen wir an, wird sich später reden lassen, wenn der gute Wille der Beteiligten bis dahin nicht etwa von Gegeninteressenten totgeschlagen worden ist.«

Dieses Ergebnis muß man in der Tat als so wertvoll ansehen, daß es gleichgültig ist, wer den andern »gezwungen« hat »die Karten auf den Tisch zu legen«. Die Hauptsache ist, daß man einander nähergekommen ist, und daß man einsieht: Es kann über den deutsch-französischen Ausgleich nun sachlich »in freundschaftlichem Geist« debattiert werden.

Auch sonst beginnt es anscheinend zu tagen. Das Kölner Tageblatt ließ sich am 2. September aus Paris folgendes berichten:

»Hier ist man der Auffassung, daß auch Deutschlands Politik in den letzten Wochen sehr unglücklich gewesen sei. In London habe Deutschland plötzlich wieder Hoffnungen auf den zweiten Hooverplan gesetzt, der dann nichts als unverbindliche Empfehlungen enthalten habe. Inzwischen sei Deutschland aber von einer direkten deutsch-französischen Verständigungspolitik wieder abgewichen und habe dann zwischen allen Stühlen gesessen . . . Deutschland lasse sich immer wieder in eine von England und Amerika geschaffene Front einreihen, die darauf hinauslaufe den Franzosen ihren 20prozentigen Anteil an den Reparationen zu nehmen, dagegen den übrigen Reparationsempfängern ihre Zahlungen zu sichern. Amerika wisse, daß einer deutsch-französischen Verständigung, konsequent durchgeführt, eine Beseitigung der europäischen Zahlungen an Amerika folgen werde. Für diesen Augenblick müsse Europa gerüstet sein, und diese Rüstung könne nur die französische Rüstung sein.«

Es ist ein bedeutender Fortschritt, wenn auf diese Weise dem "Mann auf der Straße" gezeigt wird, wie man die Dinge anderswo sieht; daß er vor allem auch einmal erkennt, was das Ausspielen der angelsächsischen Karte, auf die man immer wieder setzt, in Wahrheit für Deutschland bedeutet.

Wenn die Partie nun so steht, wäre nichts bedauerlicher als unvorgesehene neue Spannungen. Tut man alles, um sie zu vermeiden? Es ist kein Geheimnis, daß bestimmte Stellen den Gedanken an einen neuen, gegen Frankreich gerichteten Vorstoß in der Abrüstungsfrage mit heißer Liebe pflegen. Die deutschen Vertreter in Genf dürfen sich nicht dazu bestimmen lassen an solchem Vorstoß, der von dritter interessierter Seite ausgeht, teilzunehmen, anstatt zu erkennen, daß die französische Rüstung, die rein defensiver Art ist, Deutschland überhaupt nicht berühren kann, und daraus die Konsequenz zu ziehen, daß Deutschland sich nicht dazu hergeben darf faktisch als Sachwalter der Interessen anderer Mächte gegen Frankreich aufzutreten. Denn Deutschland selber kommt ja nicht weiter, wenn man, wie Jules Sauerwein nach der Genfer Rede des Reichsaußenministers Julius Curtius am 12. September im *Matin* ausführte, »sich lang und breit über die Abrüstung ausgesprochen« hat, »ohne sich übrigens die Mühe zu nehmen die französische These zu diskutieren«; diese verlangt bekanntlich erst Sicherheit, dann Abrüstung; also Tatbestände, die durch bloße Reden Dino Grandis und Lord Robert Cecil nicht ersetzt werden können.



AUSGLEICH mit Frankreich: So lautet die Schicksalsfrage für Deutschland und Europa. Millionen Deutschen, die es bis jetzt noch nicht wußten, ist es in diesen Monaten zum Erlebnis geworden. Sie konnten es nicht wissen, weil ihnen in der Sorge und Hast des grauen Alltags nicht genug Muße verblieb die weltpolitischen Zusammenhänge systematisch zu verfolgen. Wir sind heute ein großes Stück weiter. Von jenen Millionen, die bisher noch in Gleichgültigkeit verharrten, beginnt eine riesige Welle der Bereitwilligkeit auszugehen, nachdem ihnen die Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit ins Bewußtsein gedrungen ist. Nur ein bestimmtes Mißtrauen spielt noch immer eine Rolle, ein Mißtrauen, das einem in jeder Unterhaltung entgegentritt, und das ungefähr lautet: Werden denn die Franzosen auch mitmachen, wenn wir mit der deutsch-französischen Zusammenarbeit ernst machen? Wird unser Entgegenkommen nicht abgewiesen und damit zu einer Blamage für uns werden? So ungefähr lautet der Gedankengang, dem man in den Unterhaltungen nur allzu oft begegnet. Alle eindeutigen Bemühungen der französischen Politik um Verständigung und Zusammenarbeit, alle Kundgebungen immer größerer Kreise des französischen Volks, die von dem Wunsch nach einem endgültigen Frieden zeugten, sind spurlos an diesen Fragern vorübergegangen; kein Wunder, da sie durch ihre Zeitung ja stets anders instruiert wurden. Dieser Berg des Zweifels wird jetzt gründlich und rasch abgetragen werden müssen, so schwer es auch sein mag, wenn so viel Mißtrauen sich zwischen den beiden Völkern eingemischt hat, wie es dank falscher Führung der öffentlichen Meinung nun einmal der Fall ist.

Um die wahre Meinung des französischen Volks kennen zu lernen, ist vielleicht für den deutschen Sozialdemokraten keine Tatsache aufschlußreicher als die Haltung der französischen Sozialisten, wie sie jetzt auch in Wien auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale wieder zum Ausdruck gekommen ist. Schon immer hat die Französische Sozialistische Partei in

der Frage Deutschland-Frankreich die Politik der Internationale strikt verfolgt. Auch auf dem Wiener Kongreß trat das deutlich in die Erscheinung. Aber es war noch etwas mehr daraus zu entnehmen, wenn von den Franzosen in den Debatten der Internationale die Forderung nach deutsch-französischer Verständigung immer wieder mit ganz besonderm Nachdruck erhoben wurde. Bei aller Linientreue ist jede Politik, ist jede politische Zielsetzung in gewissem Umfang eine Funktion der öffentlichen Meinung, und sie hängt damit von den Imponderabilien des öffentlichen Lebens eines Landes ab. Infolgedessen liegt der Rückschluß nahe, daß eine große Partei wie die Französische Sozialistische Partei sich wohl kaum mit solcher Emphase und dabei gleichzeitig radikaler Distanzierung von allen nationalistischen Tendenzen für die Annäherung und den Ausgleich mit Deutschland einsetzen könnte, wenn die öffentliche Meinung in Frankreich von anti-deutscher Verhetzung beherrscht wäre. Das gilt um so mehr, als die kommenden Kammerwahlen in Frankreich auch von den französischen Sozialisten in Auftreten und Zielsetzung sorgfältige Rücksicht auf alle Schwüngen in der Stimmung der Bevölkerung verlangen. Es kann also keinen drastischen Gegenbeweis für den Unsinn von der angeblichen Deutschfeindlichkeit des französischen Volks geben als die Haltung der Sozialistischen Partei Frankreichs, die nicht zuletzt um deswillen so siegesgewiß in den Wahlkampf hineingeht, weil sie das Gefühl hat, daß sie die Stimmung der breiten Massen gerade mit diesen, auf Verständigung und Ausgleich mit Deutschland gerichteten Parolen spontan erfaßt.

Die im Mai des nächsten Jahres bevorstehenden Kammerwahlen müssen einen großen Erfolg für die Sozialistische Partei bringen. Das Schicksal Europas wäre besiegelt, wenn Ereignisse einträten, die die Chance der Verständigungsbewegung in Frankreich zerstören könnten. Darum ist und bleibt es die beste deutsche Politik mit aller Entschiedenheit für die Annäherung und den Ausgleich zu fechten und so schnell wie möglich auch Fakta zu schaffen, die uns weiter bringen. Wenn wir aus dieser Krise Europas herauswollen, ist es unsere Pflicht immer wieder mit aller Entschiedenheit auszusprechen, daß an dieser europäischen Vertrauenskrise der Ausbruch des deutschen Nationalismus, den wir genau vor einem Jahr, am 14. September 1930, erlebten, in größtem Maß die Schuld trägt, und daß wir diese Krise nur überwinden können, wenn wir diesem Nationalismus, der in seiner Blindheit das nationale Interesse Deutschlands aufs schwerste schädigt, ein Ende bereiten. Dazu brauchen wir eine klare, unzweideutig auf den Ausgleich gerichtete Politik, die nicht um kleiner parteitaktischer Vorteile willen die Wiederaufrichtung der deutschen Nation in Gefahr bringt.

JULIUS KALISKI · BANKENHERRSCHAFT ODER WIRTSCHAFTSFÜHRUNG?

VON Versailles bis Basel führte der Weg der deutschen Nachkriegspolitik. Sie hat im wesentlichen die Kriegspolitik fortgesetzt, durch die Deutschland eben nach Versailles gelangt war. Alle Erfahrungen des Zusammenbruchs gingen an der deutschen Politik spurlos vorüber. Die schlimmen Ergebnisse, die sie immer wieder dem deutschen Volk brachte, beeinflussten vielleicht den Ton mancher Erklärungen, änderten aber nicht die Willensrichtung.

Entscheidend dafür wurden bereits die Waffenstillstandsverhandlungen. Der Geist, in dem sie geführt wurden, hat schon der ganzen folgenden Entwicklung den Weg vorgezeichnet. Über ihre Kernpunkte genügen einige Andeutungen, die den damals hier gegebenen Berichten entnommen seien:

»In den lauten Klagen über die schweren wirtschaftlichen Bedingungen der Waffenstillstandsvereinbarungen ist mit Recht der Vorwurf erhoben worden, daß bei wichtigen wirtschaftlichen Abkommen die Zuziehung von wirklichen Sachverständigen unterblieben ist, und nicht zuletzt aus diesem Grund auch die Möglichkeit einer andern Gestaltung der Verhandlungen überhaupt außer acht gelassen wurde... Noch gefährlicher ist der völlige Mangel einer aktiven Politik, die den Ausgangspunkt aller Waffenstillstandsverhandlungen bilden muß. Politische Aspirationen im alten Sinn, also der sogenannten Machtpolitik, kommen allerdings nicht in Frage. Die Aufgabe in den Verhandlungen müßte es sein den Boden für die künftige wirtschaftliche Gruppierung der Staaten zu finden. Hier erwuchs die Aufgabe, vom ersten Tag der Verhandlung an, sich in der Behandlung aller Forderungen allein von der Erkenntnis leiten zu lassen, wie sich unsere Lebensnotwendigkeiten zu den Lebensinteressen der einzelnen Völker der Entente stellten. Hieraus ergab sich der Schluß, daß unter den Alliierten Frankreich mit uns gleich gelagerte Wirtschaftsinteressen besitzt, daß daher unter keinen Umständen von den Vertretern Deutschlands eine Verschärfung deutsch-französischer Gegensätze zugelassen werden durfte. Aber das Gegenteil geschah. Frankreich wurde als der rücksichtsloseste Gegner innerhalb der Entente ausgeschrien; und das, obwohl in zahlreichen Fällen grade aus der Haltung des Marschalls Foch der Beweis für das Gegenteil erbracht werden kann. Man hielt es bei uns für richtig, im Widerspruch zu den Tatsachen, für die am peinlichsten empfundenen Forderungen der Entente Foch verantwortlich zu machen, in der kindlichen Absicht innerhalb der Entente Frankreich gegenüber Amerika und England zu isolieren... Die politische Ziellosigkeit wurde noch unerträglicher durch die Praxis der Mitteilungen über die Ergebnisse der Waffenstillstandsverhandlungen. Von Anbeginn bildete sich die Übung heraus die einzelnen Forderungen der Entente als unannehmbar, weil für uns vernichtend, zu bezeichnen und dann die Welt ein paar Stunden darauf mit der Erklärung zu überraschen, daß die Forderungen angenommen worden seien. Gesteigert wurde dieses Verfahren durch die meist haltlose Behauptung, daß es unserer Vertretung gelungen sei eine Milderung der Ententeforderungen herbeizuführen. Das Versagen der deutschen Führung in den Waffenstillstandsverhandlungen hat in einzelnen Kreisen, denen sich der Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau zugesellte, die Neigung aufkommen lassen verschärfte Waffenstillstandsbedingungen abzulehnen. Das wäre nur eine Fortsetzung der Politik öden Protestes, der Politik, die in Wirklichkeit gar keine ist. Mit Drohungen ist von unserer Seite ausreichend gearbeitet worden, selbstverständlich mit immer neuem Mißerfolg. Man verfällt auf derartige Surrogate aber nur, weil man die einzige aktive Politik, die für uns möglich ist, nämlich die Herbeiführung einer Verständigung mit Frankreich, nicht begreift oder begreifen will... Wer wie Deutschland über Wirtschaftskräfte verfügt, die für Frankreich eine notwendige Ergänzung seiner wirtschaftlichen Produktivität bilden, und wer umgekehrt weiß, daß Frankreichs Erbesitz unter anderm die Voraussetzung für die Behauptung einer deutschen Eisenindustrie ist, die dem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt gewachsen sein soll, kann unmöglich verkennen, daß hier ein breiter Weg zu einer Einigung in der Zukunft führt, wenn man ihn nicht gewaltsam versperrt. Dabei kommt nicht nur ein wechselseitiges Kauf- und Verkehrsverhältnis in Betracht. Es wäre längst an der Zeit gewesen die Frage der Führung der deutschen und französischen Montanindustrie auf der Basis einer Betriebsgemeinschaft zwischen beiden Staaten zur Forderung und zum Vorschlag zu machen. In den Sozialistischen Monatsheften ist daher diese Forderung schon lange erhoben und begründet worden, zu einer Zeit, als man offiziell noch an einen militärischen Sieg Deutschlands glaubte.«¹

Diese Skizzierung der Situation am 3. März 1919 mutet wie unmittelbare Gegenwart an, es blieb alles, wie es war. Der Friedensvertrag von Versailles vollendete, was die Waffenstillstandsverhandlungen so wirksam vorbereitet hatten, die deutsche Delegation, geleitet von englischem Rat, machte Deutschland zum Objekt der Verhandlungen.

¹) Siehe die Rundschau *Wirtschaft*, in den Sozialistischen Monatsheften 1919 I Seite 168 und folgende.

»Als die zahllosen Möglichkeiten verpaßt waren Versailles zum Ausgang eines Wiederaufbaus von Europa zu machen, gefiel man sich in unablässig ödem und törichtem Protestieren, das man bis in die letzten Tage hinein emsig betrieb. Zum Ausgleich verpönte man jeden Versuch die Tatsachen, die zum Versailler Vertrag geführt hatten, zu beseitigen und die Bahnen zu einer produktiven Politik frei zu machen. Der Vertrag von Versailles wurde ein bequemes Mittel allen Unverstand, alle Untätigkeit und Unkenntnis vor sich und der Welt zu entschuldigen.«²

So blieb es. Es kam der Ruhrkrieg, der den Rest der uns verbliebenen positiven Kräfte zerstörte und die Inflation zu ungeahnter Höhe trieb. Auf dem Boden dieser Inflation wuchs schließlich alles das, was nach einer Scheinblüte weniger Jahre jetzt wieder der Zersetzung und Auflösung verfällt. Die 14 bis 16 Milliarden Goldmark, die der Ruhrkrieg verschlungen haben dürfte, finanzierten zu einem beträchtlichen Teil die übermäßige Expansion industrieller Anlagen, die trotz der Billigkeit der Finanzierung (oder grade deshalb) dem deutschen Volk zum Fluch geworden ist. Je entschiedener man sich der Notwendigkeit verschloß die wirklichen Voraussetzungen eines Neubaus der deutschen Wirtschaft zu erfüllen, um so mehr berauschte man sich an dem Ungeist der Inflation, man gelangte in einen beängstigenden Leerlauf, in die Betriebsamkeit als Surrogat des Schaffens und durch die widerstandslose Überlassung aller verfügbaren Mittel der Nation zu dem Wahn schöpferischen Könnens, der sich lediglich expansiv austobte und jede sachliche Kritik als Beleidigung empfand und geahndet wissen wollte. Die eigne Wertschätzung gründete man auf Anhäufung großer Vermögen, die den Besitz in der Zeit von 1914 erheblich überstiegen, man belastete die Produktion mit Entnahmen in phantastischer Höhe, die auch in Epochen stärkster Rentabilität nie zu verantworten wären, und beklagte sich dann über Staat und Volk, über Neid und Mißgunst des Auslands. Hierbei fand man sich zum großen Teil in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung des Landes, die die ganze Hohlheit der aufgedunsenen Wirtschaft gegen jede ernsthafte Kritik verteidigte oder durch Verschweigen schützte. "Unsere Industrie", "unsere Schiffahrt", "unsere Banken" wurden zum Ersatz jenes preußischen Leutnants, den uns angeblich die Welt neidete und vergeblich nachzumachen versuchte.

Die Sozialistischen Monatshefte haben in all diesen Jahren, in jeder Ausgabe, die Tatbestände in ihren Zusammenhängen und Einzelheiten charakterisiert: ohne Fehlurteil, wie die Nachprüfung jederzeit ergeben wird. Nicht aus Verlangen nach Anerkennung geschieht diese Feststellung. Sie ist der Sache wegen notwendig, weil schließlich die sichere Einschätzung politischer und wirtschaftlicher Entwicklung doch wohl auch in Deutschland nicht auf die Dauer als unberufene Einmischung in die Arbeit der Staatsmänner und Wirtschaftsführer angesehen werden darf. Noch weniger beliebt als die zuverlässige Bewertung politischen und wirtschaftlichen Tuns ist im Nachkriegsdeutschland die rücksichtslose Forderung nach Erfüllung des Notwendigen in der Gestaltung staatlichen und wirtschaftlichen Aufbaus. Ist Erfolg auch nicht immer der Maßstab des Könnens, so darf schließlich auch nicht umgekehrt steter Mißerfolg aus Unvermögen kommende Dinge zu erkennen zur Voraussetzung des Anspruchs auf unbestrittene Herrschaft auf den wichtigsten Gebieten nationalen Lebens werden.

Zusammenfassend wurde hier angesichts des vermeintlichen Aufstiegs deutscher Wirtschaft in Wiederholung oftmals Gesagten geschrieben:

2) Siehe *Kaliski* Die deutsche Wirtschaft, in den Sozialistischen Monatsheften 1920 I Seite 579.

»Aus dem militärischen und politischen Zusammenbruch Deutschlands ging eine Wirtschaft hervor, die äußerlich intakt bei hypertrophischer Entwicklung der Industrie war. Zunächst war man durch die Kriegsfolgen unsicher geworden. Wie Offiziere der alten Armee vergeblich auf neue Befehlsgewalten warteten, so sahen auch die Wirtschaftsführer anfänglich nach neuen Wegweisern aus. Die Schlagworte wechselten hüben wie drüben, doch alles blieb, wie es war: mit dem nicht unwesentlichen Unterschied freilich, daß die Inflationswirkungen den Großbanken und den mit ihnen verbundenen Großindustrien unbeschränkte Machtvollkommenheit verschafften. Alles, was der Nation an Vermögenswerten abgenommen werden konnte, wurde in die Großindustrie hineingepumpt, die Finanzkraft des Landes einschließlich der Auslandsanleihen wurde in deren Dienst gestellt. Diesen Wirtschaftsrhythmus begriffen schließlich auch die großen Warenhäuser, Restaurations- und Filmkonzerne, mit dem Ergebnis, daß auch ihnen zu einem Teil das Vermögen der Nation zufließt. So freute sich alles neugewonnener Kraft, und den Wirtschaftsführern als den Trägern dieser Kraft zollte man laut Bewunderung. Gewiß, die Direktoren der Großindustrie schränken diese Bewunderung selbst ein, sie versichern, daß die Rentabilität der großindustriellen Unternehmungen in keinem rechten Verhältnis zur Steigerung der Produktion stehe, daß die Preiserhöhungen nicht entsprechenden Gewinn folgen lassen, daß die Lasten aller Art einen steigenden Druck ausüben, kurz, daß die eigentlich genialen Leistungen der Wirtschaftsführung durch Unverstand oder Bosheit des Staates oder des Volks geschmälert werden. Es ist wahr, daß die Wirtschaftlichkeit der meisten Industrien nicht dem Glanz ihrer Fassaden entspricht. Es ist ebenso wahr, daß die glänzenden Fassaden einen Bau decken, dessen innere Festigkeit bedeutend überschätzt wird. Unsere Wirtschaft ähnelt in den grundlegenden Dingen dem geschlagenen deutschen Heer des Weltkriegs leider nur zu sehr. Das alte Heer hatte die besten Soldaten, Millionen von Menschen, die mit dem größten Vertrauen auf ihre Vorgesetzten blickten und bis zur letzten Faser allen Anordnungen und Befehlen folgten. Es hatte gute Unteroffiziere und pflichttreue, unerschrockene Offiziere. Aber es hatte keine Führung im höhern Sinn; alle unsere Armeen wurden ohne Führung eingesetzt, weil das Ziel und die Idee fehlten, die auch die zivile Regierung nicht zu geben vermochte, auch wenn die militärische Leitung williger sich den jeweiligen Regierungen gefügt hätte. Schließlich war der Reichstag froh, daß man die Entscheidung nicht offen von ihm verlangte. Die Führer der Industrie und der Banken haben in all den Jahren, die dem Krieg folgten, ebenso versagt wie die Generalität im Krieg. Wir verfügen über das starke Aktivum einer von hohem Arbeitswillen getragenen Arbeiterschaft, die jedoch den Entschluß zur Führung oder Mitführung der Wirtschaft bisher nicht aufbrachte, wir haben dazu tüchtige Techniker, Ingenieure, Chemiker, Aufseher, Buchhalter und Verkäufer in unteren, mittleren und gehobenen Stellungen, wir haben mutige Makler mit unstillbarem Verlangen nach höchsten Provisionen, schließlich ein Corps sehr großer "Verdiener", von denen die wenigsten Verdienste um die nationale Wirtschaft aufweisen können. Die Höhen der deutschen Wirtschaft: die Interessengemeinschaft Farbenindustrie und noch ein paar andere große Unternehmungen, in denen mit großer, manchmal will es sogar scheinen: überstiegener, Tatkraft gearbeitet wird, sind mit der Entziehung der Lebenskraft ganzer Industriezweige und Gewerbe errichtet, mit einer schwer notleidenden Landwirtschaft und der Unterbindung der Entwicklung so mancher Wirtschaftsgruppen, die arbeitsam um ihre Existenz ringen und leben könnten, wenn ihnen nicht die Zufuhr von Betriebskapital zugunsten phantastisch ausgestatteter Kaufhäuser, Cafés und Kinos vorenthalten würde.«³

Am 21. Januar 1929 wurde hier nach dem besondern Hinweis darauf, daß die Reparationsfragen nicht bankiermäßig gelöst werden können sondern Probleme der Produktionspolitik sind und eine entsprechende politisch-wirtschaftliche Lösung verlangen, betont:

»Ungeheure Güter an Arbeit und Kapital sind verschleudert und vergeudet worden, und dieses Tun wird sich fortsetzen, wenn nicht wirkliche Führung, von der Idee beseelt, nach der Idee schaffen wird. Dem Mißbrauch der Volkskraft und der nationalen Leistung durch ahnungslose, wenn auch geschäftlich erfolgreiche Elemente muß ein Ende gemacht werden. Durch die hohen Kosten der Verwaltung in

3) Siehe Kaliski Wilde oder organisierte Wirtschaft?, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 I Seite 485 und folgende.

vielen Aktiengesellschaften (die selbst meist keinerlei Risiko trägt) wird die Wirtschaft schwer belastet. Solches System wird mehr und mehr parasitär. Verantwortung muß stabilisiert werden, Verantwortung in einem Wirtschaftskörper, der ein hohes Maß von Sicherheit für produktive Arbeit erzwingt. Der erste Schritt dazu ist der bewußte Zusammenschluß der einzelnen Gewerbe.«⁴

Geschehen ist zur Durchsetzung dieser gewiß nicht mehr als überflüssig zu betrachtenden Forderung nichts. Doch könnte es scheinen, als wenn nach den Ereignissen der letzten Wochen wenigstens zeitweilig an eine Durchführung entsprechender gesetzlicher Maßnahmen gedacht worden ist. Industrie und Banken halten offenbar jetzt noch die Herrlichkeit ihrer Wirtschaft für unerschütterter, nachdem die Katastrophen an äußerer Schärfe nach der Öffnung des Banken- und Börsenverkehrs nachgelassen haben.

Auf der Tagung des Zentralverbands des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes mahnte der Reichskanzler Heinrich Brüning am 27. Juni 1931:

»Die Reichsregierung hat sich ihrerseits nicht gescheut Fehler der Vergangenheit im Streben nach absoluter Klarheit und Wahrheit auf sich zu nehmen und eigne einzugestehen. Dieser Weg kann aber nur dann zu einem Erfolg führen, wenn das gleiche und in gleicher Rückhaltlosigkeit von der privaten Wirtschaft und von allen Organisationen geschieht.«

Zwar haben die Großbanken und die Großindustrie bisher noch immer geschwiegen, doch ihre Taten sprachen. Am 13. Juli 1931 schloß die Darmstädter und Nationalbank ihre Kassen, während das Reich gleichzeitig die Garantie für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen übernahm und einen Treuhänder einsetzte. Den äußern Anstoß bildete die Offenbarung der ungeheuerlichen Wirtschaft bei der Aktiengesellschaft Norddeutsche Wollkämmerei, in der die genannte Bank eine führende Rolle gespielt hatte. Inzwischen werden die Verluste dieser Gesellschaft auf mehr als 250 Millionen Mark geschätzt; ein großer Kreis von Betrieben ist in ihren Zusammenbruch mit hineingezogen, ihre Leiter, die Brüder Lahusen, befinden sich in Untersuchungshaft. Man kann also sagen: Es wurde wieder einmal ein Brunnen zugedeckt. Die Leiter der Großbanken vertraten ihre Institute dabei im Aufsichtsrat der Nordwollegesellschaft, kreditierten und kontrollierten mit dem angegebenen Erfolg. Das ist kein Ausnahmestand der Wirtschaftsführung, die nicht weniger gefährlich ist, wenn sie sich zahlenmäßig in langen Reihen von Unternehmungen aller Art nicht ganz so ungeheuerlich auswirkt wie in diesem Fall. Auf der Zentrumstagung in Stuttgart machte der Reichskanzler am 25. August die nicht uninteressante Mitteilung, daß der Regierung die wichtigsten Vorgänge in der Wollkämmerei erst auf dem Umweg über die Bank von England klargelegt wurden. Anscheinend hat man es vielfach als ganz belanglos angesehen, daß die deutschen Großbanken sich keineswegs dazu verpflichtet sahen von den schweren finanziellen und gesamtwirtschaftlichen Gefahren, die von den Geschehnissen bei jener Gesellschaft ausgingen, die Staatsleitung zu benachrichtigen. Warum auch? Dazu haben die deutschen Wirtschaftsführer noch immer Zeit gehabt, wenn sie Staatsmittel zum Ausgleich ihrer Mißwirtschaft beanspruchten. Sie taten das auch noch immer mit unzweifelhaftem Erfolg. Anscheinend haben sie sich auch von der Flucht des deutschen Kapitals nach dem Ausland, die doch im Grunde ein Signal für die Zurückziehung ausländischer Kredite wurde, nicht beunruhigen lassen, bis die Kassen leer waren. Die Leiter der Großbanken, die in der Nacht vom 12. zum 13. Juli in der Reichsbank den unfaßbaren

4) Siehe *Kaliski* Das Bild der deutschen Wirtschaft, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 I Seite 22 und folgende.

Beschluß faßten die Kassen der Darmstädter und Nationalbank zu schließen, aber die Kassen der anderen Banken offen zu lassen, krönten die Bankenpraxis, die von den Wirtschaftsinteressen Deutschlands ebensowenig ahnte wie von den politischen Lebensnotwendigkeiten des Reichs. Wenige Stunden nach der Nachricht, daß die Darmstädter und Nationalbank keine Zahlungen leiste, waren trotz der Garantie des Reichs die Schalter aller Banken geschlossen. Bis auf die Großbankdirektoren konnten wohl alle geschäftsfähigen Menschen diesen Verlauf voraussehen.

Es ist ungeklärt geblieben, was die Regierung damit bezweckte, als sie Großschuldern der Darmstädter und Nationalbank die von ihr übernommenen Aktien übertrug und den Kaufpreis für die Dauer von 5 Jahren stundete. Ebenso ist nicht bekannt, was das Reich mit der Dresdner Bank, an der es sich mit 300 Millionen Mark beteiligt hat, zu tun gedenkt, außer der Veränderung im Vorstand und in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats, der zahlreiche Delegierte des Reichs aufnehmen wird. Daß die Beteiligung des Reichs in Schatzanweisungen gegeben wurde, vermindert an sich die Bedeutung der Aktion nicht, es enthebt die Regierung auch nicht der Pflicht das durch ihre Beteiligung geschaffene Problem zu lösen.

MIT der Befreiung von der Aufwertungspflicht wurde der Bankenherrschaft für die während der Inflation bewiesene Einsichtslosigkeit und Unverantwortlichkeit ein kostspieliges Opfer der Nation dargebracht. Das steigerte das Machtbewußtsein der Banken, das, von keiner Leistung getragen, sich nur auf die Tatsache stützte, daß von neuem die Gewalt über alle verfügbaren Gelder und Kredite in die Hände der Bankdirektoren gelegt wurde. Die angemessene Oberhoheit über die Wirtschaft darf den Banken nicht überlassen bleiben; haben sie doch bewiesen, daß ihnen die Qualifikation zur Wirtschaftsführung fehlt, so daß zum Schutz der lebenswichtigsten Interessen der Nation eine prinzipielle Neureglung des Bankwesens erforderlich ist.

Es wäre eine Selbsttäuschung, wollte man annehmen, daß eine Staatskontrolle irgendwie imstande wäre das Bankensystem, das sich als so erschreckend brüchig erwiesen hat, derart zu reformieren, daß es die Wirtschaft, der es dienen soll, nicht wieder in ihren Grundmauern gefährdet. Schon der Umfang, den die Banken durch den Konzentrationsprozeß erlangt haben, zwingt zu ihrer Einordnung als Hilfsorgane der Produktion, die sie im Rahmen der Gesamtwirtschaft darstellen oder richtiger darzustellen haben. Selbstzweck können die Banken im Leben eines schaffenden Volks auf die Dauer unmöglich sein, ebensowenig Privatgeschäft ihrer Direktoren und Aufsichtsräte. Vor allem gilt es die Kreditpolitik, die sie mit fremden Mitteln und auf die Gefahr der Nation führen, ihrer Willkür zu entziehen. Die Unproduktivität so großer Teile der deutschen Wirtschaft ist nur durch die bisherige Kreditwirtschaft der Banken möglich gewesen, eine Wirtschaft, unter der das, was ökonomisch unentbehrlich war, zugunsten wirtschaftlich oft überflüssiger oder gar schädlicher Operationen mit ebenso oft zweifelhaftem Gewinn geopfert wurde. Durch ein noch so gut ausgedachtes Aufsichts- und Kontrollsystem ist dieser Aufgabenkomplex, zu dem auch die Sicherung der den Banken anvertrauten Gelder gehört, nicht mehr zu bewältigen. Hier müssen andere Voraussetzungen und Formen geschaffen werden, um die Fundamente eines der Volkswirtschaft dienenden Bankenbaus zu errichten.

Grundlegend für jede Bankenpolitik muß in Zukunft, unter Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der einzelnen Bank, die Zusammenfassung der Banken zu Gemeinschaften mit Solidarhaftung werden. Gemeinsame Haftung allein führt zu der Ausbildung einer wirksamen Aufsicht, der gegenseitigen Kontrolle, unterstützt durch eine zweckmäßige Regionalisierung, wobei dem Staat nur die Führung zufällt. Aus der Geschichte der Bankenkontrolle, durch die staatlich erzwungenen Veröffentlichungen der Ein- und Zweimonatsbilanzen, des Aufsichtsamts für Privatversicherung und der Überwachung der Hypothekenbanken ist zur Genüge bewiesen, wie bescheiden die Bedeutung, um nicht zu sagen, wie gering der Wert einer Nurkontrolle ist. Eine Aufsicht im produktiven Sinn, die als Vorbeugung gegen Schäden und Gefahren wirkt und zugleich Quelle der Stärkung unserer wirtschaftlichen Kräfte werden soll, kann nur auf dem Boden der gemeinschaftlichen Haftung der Banken gedeihen. Die Einschaltung einer ähnlich gestalteten Industrie- und Gewerbevertretung in eine so geartete Kontrolle wird bei den Banken Raum für produktive Arbeit an Stelle der bisher alles beherrschenden provisionären Rechnung schaffen und sie wirklich in den Dienst der Wirtschaft stellen. Eins würde eine staatliche Bankenkontrolle schaffen: einen umfangreichen Behördenapparat, der in kritischen Situationen immer unvorhergesehenen Komplikationen gegenübersteht. Das ist das Schicksal aller Bankenkontrollen noch in allen Ländern gewesen. Dazu kommt, daß die staatliche Bankenaufsicht dem Staat leicht die Pflicht zur finanziellen Hilfeleistung aus öffentlichen Mitteln auferlegt, während die gegenseitige Kontrolle der Banken, wenn sie für einander haften, alle erdenklichen Sicherungen einschließt und dem Staat als übergeordneter Instanz im Notfall die Handhabe gibt mit den Mitteln der Banken selbst zugunsten der Wirtschaft einzugreifen.

Bedarf es noch der Betonung, daß gegenüber den Großbanken längst nicht mehr von Privatwirtschaft gesprochen werden kann? Diese Privatwirtschaft unterscheidet sich bei der gegenwärtigen Entwicklung von den öffentlichen Betrieben nur darin, daß sie auch mit fremden Mitteln arbeitet, aber für die Leitung absolute Unverantwortlichkeit beansprucht. Es galt auch dem Kampf gegen diese Unverantwortlichkeit, als hier am 27. November 1929 mit der Verteidigung der Sperre, die der damalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht gegen die Aufnahme von Auslandsanleihen durch die Gemeinden aufrichtete, diesem Reichsbankpräsidenten »Dank und Ruhm« für den Fall zugesichert wurde, daß er auch Privatbetriebe an wahlloser Heranziehung ausländischer Kapitalien hinderte⁵⁾. Hätte er auch diese Zuführung von Auslandskapital stärker gezügelt, so wäre in der Tat »manche krankhafte Entwicklung früher unterbunden worden«. Dagegen haben die schweren Vorwürfe, die gegen Schacht erhoben werden mußten, in Deutschland kein Echo gefunden. Schacht hat planmäßig die Sachlieferungen, durch die unsere Reparationsverpflichtung in einer für Deutschland fruchtbaren Weise zu erfüllen war, schon weil sie unsere Produktivkraft gesteigert hätte, in den Verhandlungen über den Youngplan und darüber hinaus bis zum Nullpunkt herabdrücken lassen. Die Absichten, von denen er sich bei dieser Praxis leiten ließ, hätten ebenso mit einem Debakel geendet wie die seiner Konkurrenten in der Nichterfüllung, auch wenn er geglaubt hätte zu ihrer Durchführung eine bessere Regie führen zu können als die anderen.

5) Siehe Kaliski Wie sichert Deutschland sich seine wirtschaftliche Selbstbestimmung?, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 II Seite 938.

Nach den Veröffentlichungen der internationalen Sachverständigen und des Stillhaltekonsortiums in Basel erwies sich dieses Verlangen nach einer Zügelung der Auslandskredite als leider nur zu begründet. Die Konferenz von Basel, die einberufen wurde, um den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft angesichts der Abberufung fremder Gelder aus Deutschland im Augenblick zu verhüten, bewirkte eine Verlängerung von 6,3 Milliarden Mark kurzfristiger Kredite für einen Zeitraum von 6 Monaten und begründete ihren Vorschlag, der auch von den beteiligten Geldgebern im wesentlichen angenommen wurde, in einem Bericht, der eine höchst wertvolle Bilanz der deutschen Zahlungen seit 1924 erschließt. Danach sind von 1924 bis 1930 insgesamt 18,2 Milliarden Mark ausländisches Leihkapital kurzfristig und langfristig nach Deutschland geflossen, ferner 3 Milliarden von Deutschland im Ausland verdient worden. Von diesen 21,2 Milliarden hat Deutschland 2,1 Milliarden zur Ansammlung von Gold und Devisen bei der Reichsbank verwendet, 2½ Milliarden als Zinsen an das Ausland gezahlt, das heißt in Wirklichkeit überhaupt nicht erhalten. 6,3 Milliarden sind für den Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr draufgegangen, 10,3 Milliarden sind für die Reparationen verrechnet worden. Darüber hinaus ist auch noch der Überschuß der deutschen Einfuhr über die deutsche Ausfuhr von 6,3 Milliarden zur Hälfte, genau mit 3,3 Milliarden, auf Kredit genommen worden. Ende 1930 betrug nach dem Bericht die gesamte deutsche Auslandsschuld 25,5 Milliarden, die deutschen Forderungen und Besitztitel im Ausland betragen 9,7 Milliarden, so daß ein Überschuß der Verschuldung von 15,8 Milliarden Mark vorhanden ist, was wieder ziemlich genau der unbezahlten Einfuhr von 3,3 Milliarden plus "gezahlter" Reparationen und Zinsen von insgesamt 16,1 Milliarden entspricht. Deutschland ist demnach die doch nur verrechneten Reparationssummen auch heute noch schuldig.

Eine Zurückziehung von 2,9 Milliarden Auslandskapital seit Ende 1930 rief bereits die schwere Devisenkrise hervor, da die deutschen Banken und die Industrie gegenüber ihren kurzfristigen Verpflichtungen keine flüssigen Werte gehalten haben. Sie liegen jetzt mit noch 6,3 Milliarden fälligen oder bald fällig werdenden Verpflichtungen fest. Auf 6 Monate ist die Lösung vertagt; aber eben nur vertagt, sie muß gefunden werden. Der von Sir Walter Layton erstattete Bericht der Sachverständigenkonferenz in Basel kommt zu dem Schluß, daß zur Sicherung der finanziellen Stabilität Deutschlands alle weiteren Kredite in Form einer langfristigen Anleihe gegeben, und daß diejenigen Teile der bestehenden kurzfristigen Kredite, die hierfür in Betracht kommen, in langfristige umgewandelt werden sollten. Gewiß ein guter Rat, der aber nur durch Deutschland selbst zur Tat werden kann. Das kann nur geschehen, wenn neben der Erfüllung aller anderen Notwendigkeiten eine vollständige und ernsthafte Verständigung mit Frankreich angestrebt und vollzogen wird. Eine bloße internationale Finanzanleihe, auch wenn sie sich schaffen ließe, wäre noch lange keine Hilfe, sie brächte für einige Zeit Belebung, ginge indessen bald doch wieder den unproduktiven Weg von Hilfgeldern, nach dem Beispiel der Ereignisse der Vorjahre. Eine Anleihe hat nur dann Wert, wenn damit auch der Weg einer neuen Wirtschaft auf europäischer Grundlage festgelegt würde. Eine solche Anleihe kann ausschließlich von Frankreich kommen, und zwar unter Nichteinschaltung der Mächte, die kein Interesse an der Bildung einer europäischen Gesamtwirtschaft haben können; also vornehmlich Englands, dessen Politik, wie der

schweizerische Nationalrat Jakob Albert Oeri am 10. September in den Basler Nachrichten ausführte, darauf hinauslief »Deutschland von der französischen Kreditkrippe fernzuhalten, weil man wußte, daß man bald das eigne Vollblut daraus werde füttern müssen«. Eine französische Anleihe an Deutschland würde den Auftakt für die Neugestaltung der deutschen Wirtschaft bilden: durch Erschließung großer Gemeinschaftsarbeiten in Europa selbst, ferner durch Heranziehung der südosteuropäischen Agrarstaaten (Bezahlung von Lieferungen durch Industrieprodukte), ohne daß man auf die relative Autarkie in der Ernährungswirtschaft Deutschlands verzichtete.

Entfaltung und Sammlung aller Schaffenskräfte in Zusammenarbeit mit Frankreich gründet eine tragfähigere Basis für den Wiederaufstieg Deutschlands: die Hereinholung von Millionen unserer Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, als die Erfüllung des englischen »Wunsches nach einer Weltinflation«, von dem André Siegfried in seinem neuen Buch spricht⁶, das die Lage Englands schildert: in jener tiefeschürfenden und darum aufhellenden Art, die man aus den Büchern dieses französischen Soziologen über Amerika und Frankreich kennt. Edgar Vincent Viscount d'Abernon, der frühere langjährige Inspirator der deutschen Politik, hat schon vor einiger Zeit die gleiche Anregung zur Ankurbelung der industriellen Konjunktur gegeben, offenbar in der Hoffnung eines etwas verspäteten Ausgleichs der von England aus Prestigegründen nach dem Krieg wieder eingeführten ganz unverminderten Währung und damit auch einer Senkung der hohen englischen Selbstkosten in der Industrie. Dieses an sich begreifliche englische Interesse darf aber kein Freipaß für die Propaganda einer Inflationspolitik in Deutschland werden, die sich seltsamerweise selbst in der Sozialdemokratie und in der gewerkschaftlichen Bewegung geltend macht. Auch Rudolf Hilferding empfiehlt die Ausschaltung von Bedenken gegen inflatorische Praktiken; wenigstens ist es schwer etwas anderes aus diesen Sätzen herauszulesen:

»Der Fehler fällt der Reichsbank zur Last, die das einzig wirksame Mittel eine Panik zu bekämpfen, die restlose Befriedigung der Ansprüche durch Barzahlung, aus einer völlig falschen, doktrinären Auffassung ihrer Funktion verweigerte. So kam man von der Schließung der Danatbank zur Schließung aller Banken und Sparkassen, zur völligen Stockung und Lahmlegung der Kreditzirkulation, mit dem einzigen Resultat zur Wiedereröffnung der Banken und Sparkassen Mittel einsetzen zu müssen, von denen ein Teil genügt hätte die Stockung zu vermeiden. So unausweichlich Sperrmaßnahmen gegen die Zurückziehung der auswärtigen Guthaben waren, nachdem eine internationale Hilfsaktion nicht rechtzeitig eingesetzt hatte, so überflüssig war die Stilllegung des innern Zahlungs- und Kreditmechanismus.«⁷

Noch deutlicher kommt die Neigung zu einer neuen Inflation bei anderen zum Ausdruck. Wladimir Woytinsky berichtete den deutschen Gewerkschaften über diesen Punkt des (sonst sehr beachtenswerten) Programms des im November 1929 von der britischen Regierung gebildeten Ausschusses für die Finanzen und die Industrie (nach seinem Vorsitzenden MacMillanausschuß genannt) und führte dabei unter anderm auch dieses aus:

»Von ausschlaggebender Bedeutung sind in diesen Empfehlungen nicht die Einzelheiten, wichtig ist die Idee der Ankurbelung der Weltwirtschaft durch die Festigung des allgemeinen Preisniveaus von der Geldseite her. Durch die planmäßige Erweiterung der Kredite muß eine zusätzliche Kaufkraft geschaffen, müssen zusätzliche Zahlungsmittel in den weltwirtschaftlichen Verkehr eingepumpt werden; dies wird das Verhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage verändern und den Warenpreisen einen steigenden Antrieb verleihen. Wird aber dies nicht die Senkung des Reallohnes und des Lebensniveaus der Arbeiter zur Folge haben? Diese

6) Siehe *Siegfried Die englische Krise* /Berlin 1931/ Seite 50.

7) Siehe *Hilferding Probleme der Kreditkrise*, in der *Gesellschaft* 1931 II Seite 238.

Befürchtung scheint um so mehr berechtigt zu sein, da wir aus der Erfahrung der Nachkriegsjahre gelernt haben, daß die Löhne bei der inflationistischen Entwertung des Geldes hinter den steigenden Warenpreisen zurückzubleiben pflegen. Diese Erfahrung darf aber nicht ohne weiteres auf die vom Ausschuß empfohlene Aktion übertragen werden: Eine überstürzte, stoßartige Entwertung des Geldes kommt hier nicht in Frage; die Aktion ist auf eine allmähliche und von vornherein beschränkte Erhöhung der Preise eingestellt, und ich sehe keinen Anlaß daran zu zweifeln, daß es den Arbeitnehmern bei der verbesserten Wirtschaftslage ohne große Schwierigkeiten gelingen wird ihre Löhne den neuen Bedingungen anzupassen.«⁸

Woytinsky ist vorsichtig, er will nicht die große Inflation, er will nur die kleine. Aber auch für die gemäßigte Inflation gilt der Satz, daß man nur weiß, wie sie anfängt, doch nie, wo sie endet. Vor allem liegt die unabsehbare Gefahr in dem Glauben an die werteschaftende Kraft bedruckten Papiers, das man als Umlaufsmittel bezeichnet und wieder als Geld auszugeben unternimmt. Fragt man nach Sinn und Zweck der Golddeckung, so darf man getrost die Antwort geben, daß diese schon allein darum begründet und gerechtfertigt ist, weil sie einen festen Damm gegen die ungeheuerlichen Versuche der Massenfäbrikation sogenannter Umlaufsmittel bildet, von der tiefen Begründung der Goldwährung ganz zu schweigen. Eins ist gewiß: Die Massenfäbrikation von Umlaufsmitteln ist leicht und sollte schon deshalb verdächtig sein. Lebenswichtige Taten pflegen schwerer zu sein. Gewiß ist auch, daß der Notendruck, gleichviel mit welcher Aufschrift, leichter zu bewirken ist als die Errichtung einer Bankengemeinschaft mit Solidarhaftung, die von aktuellster Bedeutung wäre, aber darüber hinaus auch den Kristallisationspunkt für eine Sammlung der Gesamtwirtschaft im Sinn einer wirklichen Rationalisierung abgeben würde. Damit wäre auch der Boden für eine Rückführung der nach dem Ausland gebrachten deutschen Kapitalien und für eine erfolgreiche Handhabung einer ernsthaften Devisenordnung geschaffen.

Für die Arbeiterbewegung darf die Wahl zwischen Inflation und Wirtschaftsaufbau überhaupt keine Frage bilden. Jeder Inflationsversuch ist ein Attentat gegen die Wirtschaft und das Leben der Nation. Inflation bedeutet Verzicht auf Wiederaufbau, Auflösung an Stelle der Vorbereitung eines Wiederaufstiegs, Flucht vor der verantwortlichen Gestaltung einer neuen Wirtschaft.

RICHARD SEUBERT · REPARATIONEN UND FINANZKRISE

WENN die Finanzkatastrophe dieses Sommers, unter deren Auswirkungen wir heute stehen, neben dem Elend, das sie über Deutschland gebracht hat, dem deutschen Volk etwas Gutes bringen könnte, so wäre es die Möglichkeit ihm die Augen über die wahren Ursachen seiner Finanzmisere zu öffnen. Allzu lange hat man vor dem deutschen Volk die billige Ausrede gebraucht, daß die Reparationszahlungen an unserm ganzen finanziellen Elend schuld seien. Das Ausland findet es des deutschen Volks unwürdig sich mit einer solchen Selbsttäuschung den Weg zur Erkenntnis seiner wahren Lage und damit den Weg zur Gesundung seiner Finanzwirtschaft zu verbauen. Kann man es unter diesen Umständen der französischen Presse verargen, wenn sie die simple Tatsache mitteilt, daß Deutschland vom Ausland mehr Geld geborgt hatte als es auf dem Weg der Reparationen an das Ausland bezahlte?

⁸) Siehe Woytinsky Ein neues Programm zur Bekämpfung der Krise in England, in 'der' Gewerkschaftszeitung vom 5. September 1931.

Der Temps stellte am 21. August bei der Betrachtung des Laytonberichts fest, daß »Deutschland im Lauf der letzten 6 Jahre über 18 Milliarden Mark geborgt, während es nur 10 Milliarden auf Reparationskonto gezahlt« hat. Er folgert daraus, daß die gesamten Reparationszahlungen durch auswärtige Anleihen gedeckt worden seien, und daß sie Deutschland selbst keinerlei eigne Anstrengung gekostet hätten. Gewiß stimmt dieser Schlußsatz nicht ganz. Denn Verzinsung und Tilgung der auswärtigen Anleihen belasten die öffentliche und die private Wirtschaft Deutschlands schwer. Aber keinesfalls in einem Umfang, der auch nur entfernt zur Begründung der deutschen Finanzkrise ausreichen würde. Ganz unverständlich ist die Argumentation des Vorwärts, der am 22. August gegen jene Ausführung des Temps polemisieren zu sollen glaubte. Er dekretierte einfach: »Die Milliardenbeträge, die die deutschen Länder und Kommunen an Auslandsanleihen aufgenommen haben, stehen in keinerlei Zusammenhang mit den Summen, die das Reich für Reparationszahlungen aufbringen und abführen mußte.« Aber wenn er doch bestünde, fügt er zur Sicherheit hinzu, »so würde damit nur bewiesen sein, daß Deutschland nicht aus eigener Kraft in der Lage gewesen wäre die Reparationssummen aufzubringen, sondern daß es sie sich erst vom Ausland hätte pumpen müssen«. Also zunächst wird hier gegen eine Behauptung polemisiert, die gar nicht aufgestellt worden war. Der Temps hatte ja die Gesamtschulden der deutschen Wirtschaft an das Ausland, die ein Vielfaches der Anleihen der öffentlichen Körperschaften betragen, nicht nur diese, als Quelle der Reparationszahlungen bezeichnet. Der Temps ist ein bürgerliches Blatt, und es fällt einem Sozialdemokraten nicht leicht ihm gegenüber dem eignen Zentralorgan recht geben zu müssen. Aber bei dieser Lage des deutschen Volks und insbesondere der deutschen Arbeiterklasse muß die Tatsachenfeststellung über die Parteisolidarität gehen. Denn man muß sich doch darüber klar sein, daß die Logik einer solchen Argumentation wie der oben wiedergegebenen im Ausland nicht anders denn als ein Versuch empfunden wird das deutsche Volk über die wahren Schuldigen an seinem Finanzelend, nämlich die für die Führung der Finanzgeschäfte verantwortlichen Regierungen und Parlamente, zu täuschen. Und das ist nicht geeignet der deutschen Politik neues Vertrauen zu schaffen.

Die Schwere der deutschen Finanzkrise wird in der nächsten Zeit voraussichtlich stärker in den Ländern und Gemeinden in die Erscheinung treten, wie ja auch die Ursachen der Finanzkrise auch bei ihnen und nicht nur beim Reich zu suchen sind. Aber eine Betrachtung über die Entwicklung der Finanzkrise beschränkt sich zweckmäßigerweise zunächst auf die Finanzen des Reichs, deren Entwicklung typisch und maßgebend für die Entwicklung der öffentlichen Finanzwirtschaft überhaupt ist. Die Entwicklung der Reichsfinanzen ersieht man aus dieser Übersicht über die Abschlüsse des Reichshaushalts aus den Jahren 1924 bis 1930 (in Millionen Mark):

Haushaltsjahr	Echter Überschuß (+) oder Defizit (—)	Rechnungsabschluß
1924	+ 891,9	+ 496,4
1925	— 109,8	+ 180,1
1926	— 524,2	+ 199,4
1927	— 41,1	+ 162,0
1928	— 1075,4	— 1058,9
1929	— 312,8	— 1236,7
1930	— 120,5	— 1451,4

Als echter Überschuß oder Defizit ist die Differenz zwischen den effektiven Ausgaben und Einnahmen in einem Haushaltsjahr zu betrachten. Die Höhe des Defizits im Rechnungsabschluß der Jahre 1929 und 1930 rührt von der Übernahme der Fehlbeträge und restlichen Verpflichtungen aus den Vorjahren her. Die Übersicht zeigt, wie der Überschuß des Schließenjahrs 1924 in Höhe von 891,9 Millionen Mark durch die mit dem Jahr 1925 beginnenden echten Defizite bis zum Jahr 1928 aufgezehrt war. Das Jahr 1928, das Jahr des Köhleretats, zeigt ein erschreckendes Emporschnellen des echten Defizits auf die ungeheure Höhe von 1075,4 Millionen und des Abschlußdefizits auf 1058,9 Millionen Mark. Was war geschehen, um die deutschen Reichsfinanzen so katastrophal zu gestalten? Der Reichsfinanzminister Heinrich Franz Köhler hatte im Herbst des Jahres 1927 die Besoldung der Beamten der öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden in einem Ausmaß erhöht, das von seinem Parteifreund Adam Stegerwald auf 1,5 Milliarden Mark, von seinem Parteifreund Joseph Ersing immer noch auf 900 Millionen bis 1 Milliarde Mark geschätzt wurde. Die Erhöhung der Beamtenbesoldung erscheint in den eignen Ausgaben des Reichs nur zu einem kleinen Teil, da die Mehrzahl der von Köhler mit der Besoldungserhöhung beglückten Beamten in den Ländern und Gemeinden und in den Reichsbetrieben (Post, Reichsbahn, Versicherungsanstalten) sitzt. Aber sie kommt indirekt im Reichshaushalt durch eine Erhöhung der Steuerüberweisungen des Reichs an die Länder zum Ausdruck, die mit den von ihnen wieder abhängigen Gemeinden in der Hauptsache Kostgänger des Reichs sind. Es zeigt sich denn auch ein Ansteigen der Steuerüberweisungen des Reichs an die Länder von 3214 Millionen Mark im Jahr 1927 auf 3612 Millionen Mark im Jahr 1928, also um rund 400 Millionen Mark. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Länder und Gemeinden durch die Einführung der Arbeitslosenversicherung vom 1. April 1927 ab um rund 400 Millionen Mark entlastet waren, die nunmehr auch zum Ausgleich der Besoldungserhöhung vom 1. Oktober ab zur Verfügung standen. In der Folgezeit bedeutete dies eine Hauptursache der kolossalen Anspannung des Finanzbedarfs in den Ländern und Gemeinden. Der preußische Finanzminister Hermann Höpker Aschoff führte im Preußischen Landtag am 10. Dezember 1929 bei der 1. Lesung des Etats für 1930 aus, daß 1929 das schwerste Jahr seit Erhöhung der Beamtenbesoldung war, denn in ihm zeigten sich ihre vollen Auswirkungen. Er berechnete die Mehrbelastung des preußischen Staats allein im Jahr 1929 auf 201,4 Millionen Mark. Man sagt nicht zu viel, wenn man die Besoldungserhöhung Köhlers, wie dies in den Sozialistischen Monatsheften von Anfang an in zahlreichen Artikeln namentlich von Ludwig Quessel geschehen ist, als die eigentliche Ursache der deutschen Finanzkrise bezeichnet. Das Vorgehen jenes Finanzministers war um so weniger zu rechtfertigen, als er im Etat für 1928 bereits mit einer feststehenden Erhöhung der Daweszahlung von 1779,2 auf 2178,5 Millionen Mark im Jahr 1928, also um rund 400 Millionen Mark rechnen mußte.

Damit kommen wir zum eigentlichen Kernpunkt der Frage, wie weit die Reparationszahlungen Ursache der deutschen Finanzkrise sind. Grade das Beispiel Köhlers zeigt deutlich, daß nicht die Einstellung einer erhöhten Reparationszahlung an sich die Ursache eines Defizits im Reichshaushalt wurde, sondern ihre Nichtberücksichtigung bei der Aufstellung des Haushaltsplans. Das ungeheuerliche Defizit des Köhleretats von 1075,4 Millionen

Mark erklärt sich aus der Tatsache, daß Köhler nicht nur für den erhöhten Reparatursbedarf von 400 Millionen Mark keine Deckung schaffte sondern darüber hinaus einen zusätzlichen innern Finanzbedarf bewirkte, wie er neben der Erhöhung der eignen Besoldungsausgaben des Reichs auch in der Erhöhung der Überweisungen des Reichs an die Länder um 400 Millionen Mark zum Ausdruck kommt. Das Ergebnis einer solchen fahrlässigen Finanzpolitik war das Anwachsen eines Milliardendefizits in einem Jahr, das wie eine vom Schicksal gefügte Warnung etwa die selbe Höhe erreichte wie die von Köhler dem deutschen Steuerzahler zugemuteten Kosten der Erhöhung der Beamtenbesoldung. Die Praxis, daß man die öffentlichen Haushalte auf dem innern Finanzbedarf der öffentlichen Körperschaften aufbaute, als ob Deutschland keine Reparationen zu zahlen hätte, statt innern und äußern Finanzbedarf in Einklang mit einander zu bringen und den innern Zahlungsbedarf so weit einzuschränken, daß er mit dem äußern zusammen Deckung in den tatsächlichen Einnahmen fand, hat sich durch die Entstehung der ungeheuren Finanzkrise furchtbar gerächt. Im Ausland, vor allem bei unseren Gläubigern, hat man es immer schon begriffen, welcher Zusammenhang zwischen der zügellosen Erhöhung des innern Finanzbedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden und der Unfähigkeit zur Leistung der Reparationszahlungen besteht, und der Vertreter der Interessen der Reparationsgläubiger in Deutschland, Parker Gilbert, hat es oft und deutlich genug in seinen Reparationsberichten gesagt. Noch in seinem Schlußbericht beim Ablauf des Dawesplans vom 21. Mai 1930 führte er aus: Es sei in den letzten 5 Jahren eine beliebte Gepflogenheit geworden durch Gesetz oder Verordnung neue Maßnahmen zu treffen, ohne ihre finanziellen Auswirkungen angemessen zu berücksichtigen. Solche Maßnahmen würden bald zur Quelle von Ansprüchen, die die Regierung nur ungern bekämpfe, obwohl ihre Wirkungen für den Haushalt drückend seien. Einer der schlimmsten Fälle dieser Art sei die Besoldungserhöhung von 1927 gewesen. Ihre Kosten, die in Wirklichkeit weit über die ursprünglichen Berechnungen hinausgegangen seien, hätten sich als einer der stärksten Faktoren für die ständige Steigerung des Ausgabenniveaus erwiesen.

Deutschlands Gläubiger konnten nicht wie das deutsche Volk durch kame-ralistische Gruppierung von Tatsachen beeinflußt werden. Sie sahen Deutschlands private und öffentliche Finanzwirtschaft im ganzen, wie sie im volkswirtschaftlichen Sinn gar nicht anders gesehen werden kann, und wie sie auch der Laytonbericht wieder sieht. Sie sahen die von Jahr zu Jahr steigende Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Körperschaften in Deutschland, die nicht nur aus eignen Erträgen der deutschen Volkswirtschaft sondern in zunehmendem Maß aus Auslandsanleihen gedeckt wurde. Sie sahen, wie die deutsche Gesamtwirtschaft, was auch der Laytonbericht feststellt, bis zum Ende des Jahrs 1930 mit 25,5 Milliarden Mark an das Ausland verschuldet war, während die deutschen Guthaben im Ausland insgesamt 9,7 Milliarden Mark betragen, so daß ein Passivsaldo von 15,8 Milliarden Mark auf der deutschen Wirtschaft lastete. Sie sahen, daß die deutsche Auslandsverschuldung von 1924 bis 1930 um insgesamt 18,2 Milliarden Mark schneller wuchs als seine Auslandsanlagen, wozu noch 3 Milliarden für deutsche Dienstleistungen an das Ausland kamen. Sie sahen, daß Deutschland mit diesen 21,2 Milliarden Mark im gleichen Zeitraum 2,5 Milliarden Mark Zinsen für seine Auslandsschuld zahlte, seinen Bestand an

Gold und Devisen um 2,1 Milliarden Mark erhöhte, Reparationen von insgesamt 10,3 Milliarden Mark bezahlte und einen Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr einschließlich Sachlieferungen auf Reparationskonto in Höhe von 6,3 Milliarden Mark beglich. Diese Tatsachen der deutschen Gesamtwirtschaft sind für die Beurteilung des Auslands maßgebend, und unter ihnen ist die unbestreitbare Tatsache, die die Sachverständigen des Laytonberichts auch ausdrücklich feststellen, daß Deutschland die Zahlungen an das Ausland nicht aus eignen Mitteln leistete sondern mit den durch die hohen Zinssätze angezogenen Auslandskapitalien. Dies ist übrigens in der deutschen. Rechtspresse oft ausgeführt und betont worden (wobei es nicht von Belang ist, zu welchem Zweck das geschah), und nichts anderes stellte auch der Temps in der ihm vom Vorwärts verübelten Bemerkung fest. Man kann eine Vorstellung von dem Einfluß der Reparationszahlungen auf die deutschen Finanzen nur gewinnen, wenn man die inneren und die äußeren Zahlungen der öffentlichen Körperschaften in Zusammenhang bringt. Die folgende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die Entwicklung des deutschen Zahlungsbedarfs und seine Deckung (in Millionen Mark) (der Finanzbedarf und die Steuereinnahmen für Reich, Länder und Gemeinden in den Jahren 1929 und 1930 sind im ganzen noch nicht errechnet und können nur höher als die entsprechenden Posten des Jahres 1928 geschätzt werden):

Haushalts- jahr	Innerer Zahlungs- bedarf		Äußerer Zahlungs- bedarf: Re- parationen	Steuereinnahmen		Auslandsver- schuldung Reich, Länder, Gemeinden (langfristige Anleihen am 31. Dezember)
	Reich, Länder, Gemein- den	Reich allein (ohne Re- paratio- nen)		Reich, Länder, Gemein- den	Reich allein (ohne Überwei- sungen an die Länder)	
1913	7 178,3	2 357,8		4 045,8	1 630,6	
1924		3 536,1	1 358,1		4 650,4	939,9
1925	13 385,7	4 241,2	1 080,2	10 678,7	4 731,4	1 317,6
1926	15 991,2	5 252,4	1 309,6	11 675,4	5 312,5	1 756,8
1927	16 990,5	5 375,0	1 779,2	13 544,6	6 356,7	1 981,4
1928	18 622,8	6 200,3	2 178,5	14 296,6	6 568,3	2 174,3
1929		6 193,5	1 407,5		6 263,7	2 132,6
1930		7 114,3	1 707,9		6 878,3	4 356,7

Man sieht das ungeheuerliche Anwachsen des innern Zahlungsbedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden von 1925 bis 1928 um 5237,1 Millionen Mark. Im selben Zeitraum stiegen die Reparationszahlungen um 1090,3 Millionen Mark. Wie kann man sie also für die gewaltige Steigerung des innern Zahlungsbedarfs der öffentlichen Körperschaften allein verantwortlich machen? Vielmehr bedeutet die Tatsache einer Steigerung des innern Zahlungsbedarfs im Verlauf von 4 Jahren um über $5\frac{1}{4}$ Milliarden Mark, die durch eine entsprechende Steigerung des Steuerbedarfs um etwa $3\frac{2}{3}$ Milliarden Mark aus eignen Einnahmen der öffentlichen Körperschaften zu $\frac{2}{3}$ gedeckt wurde, daß Deutschland nur in der Lage war die von ihm geforderten Reparationszahlungen ohne Beeinträchtigung einer geordneten Finanzwirtschaft zu leisten, wenn es die erforderliche Relation zwischen innerm und äußerem Zahlungsbedarf herstellte und seine gesamte Finanzwirtschaft auf eine gesunde Grundlage stellte. Tatsächlich sind aber nicht nur die Reparationszahlungen mit Hilfe der zunehmenden Auslandsverschuldung geleistet

worden, sondern außerdem noch ein zunehmender Teil des innern Zahlungsbedarfs der öffentlichen Körperschaften. Und hier liegt der Kernpunkt. Daß eine solche Finanzwirtschaft die größten Gefahren in sich barg und eines Tags zur Katastrophe führen mußte, zumal wenn die Auslandsverschuldung überwiegend kurzfristig erfolgte, ist selbstverständlich. Daß man auch in der deutschen Regierung sich jetzt dieser Erkenntnis nicht mehr verschließt, beweist der wiederholte Hinweis des Reichskanzlers Heinrich Brüning darauf, daß eine Überwindung der deutschen Finanzkrise mit der Einstellung der Reparationszahlungen noch nicht erreicht sei. Noch deutlicher tritt die Tatsache, daß die deutsche Finanzkrise sich unabhängig von den Reparationen entwickelt hat, in den eigentlichen Krisenjahren von 1929 bis 1931 zutage. Während die Reparationszahlungen von 2178,5 Millionen Mark im Jahr 1928 auf 1488,0 Millionen im Jahr 1929 und 1816,6 Millionen im Jahr 1930 fielen und mit dem 1. Juli 1931 ganz aufhörten, stieg der innere Finanzbedarf der öffentlichen Körperschaften in dieser Zeit in einem Ausmaß, das die steuerliche Leistungsfähigkeit des deutschen Volks weit überschreitet und die Finanzkrise erst zur vollen Auswirkung gebracht hat. Und hierbei kann die akute Finanzkrise im Juli dieses Jahres, die durch eine Erschütterung unserer Kreditbasis infolge politischer Komplikationen entstanden ist, ganz außer Betracht bleiben. Viel wichtiger ist die chronische Finanzkrise der öffentlichen Verwaltung, die die Grundlagen der wirtschaftlichen Existenz des deutschen Volks aufs schwerste bedroht.

Es entspräche der Würde des deutschen Volks, wenn seine verantwortlichen Politiker ihm endlich die Wahrheit sagten: daß es nämlich Jahre lang über seine Verhältnisse gelebt hat, und daß nunmehr die Zeit zu einer radikalen Umkehr gekommen ist. Es muß vorbei sein mit der bequemen Ausflucht, daß einzig die Reparationen an unserm Finanzelend schuld seien. Nicht dem Ausland haben wir in dieser Situation Vorwürfe zu machen, sondern es ist höchste Zeit, daß wir zur Erkenntnis der tatsächlichen Lage kommen und daraus die Konsequenzen ziehen. Der Grundstein zur deutschen Finanzkrise wurde durch die Etatswirtschaft Köhlers im Jahr 1927 gelegt. Damals entstand das Milliardendefizit im Reich, das wir seitdem als eine wachsende Belastung unserer öffentlichen Finanzwirtschaft mit uns herumschleppen. Die gewaltige Wirtschaftskrise, die dann eintrat, verschärfte durch einen rapiden Rückgang der Steuereinnahmen und Vermehrung der sozialen Ausgaben die bereits vorhandene Zerrüttung der Finanzen ungeheuerlich und zerstörte alle Möglichkeiten zu ihrer Sanierung. In dieser furchtbaren Lage befinden wir uns heute. Das ist die Wahrheit. Der Weg aus dieser Krise, den diese Erkenntnis uns zeigt, führt über eine Einschränkung der öffentlichen Ausgaben in schärfster Form. Die Regierung Brüning versucht ihn zu gehen, vielleicht noch nicht mit der erforderlichen Entschiedenheit und ohne die Gewißheit, daß er heute noch zum Ziel führen kann. Aber es bleibt kein anderer Weg. Bereits haben die Beamten durch eine fortschreitende Kürzung ihrer Bezüge erfahren, daß ihnen Köhler ein Danaergeschenk gegeben hatte, und man wird ihnen heute nachfühlen können, wie schwer die Einschränkung sie jetzt trifft. Auch das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wird die Erfahrung machen müssen, daß es seinen, über alles heute mögliche Maß überhöhten öffentlichen Aufwand in größtem Umfang herabsetzen muß, wenn es sich vor der Katastrophe noch retten will.



PAUL KAMPFFMEYER · DIE NATIONALE IDEE UND DIE SOZIALDEMOKRATIE · EIN GESCHICHT- LICHER RÜCKBLICK



IN der Geschichte der nationalen Volksbewegungen des 19. Jahrhunderts ist der 8. September 1831 ein Tag von ganz besonderer Art. Dieser Tag brachte die eigentliche Entscheidung in dem blutigen Ringen der nationalpolnischen Erhebung mit dem despotischen Zarentum, dieser Tag sah die Kapitulation der revolutionären polnischen Hauptstadt Warschau vor den überlegenen Truppen des Zaren. Obwohl der heroische Widerstand Polens mit dem Fall Warschaus noch nicht völlig erlosch, so war doch mit ihm das Schicksal der Revolution für Polen selbst entschieden. Diese Revolution aber war die Vorläuferin aller der großen Volkserhebungen für die nationale Einheit, die ihren Höhepunkt in den Revolutionen des Jahres 1848-1849 und in der italienischen nationalen Einheitsbewegung fanden.

Mit dem 8. September 1831 begann die polnische Emigration nach Mittel- und Westeuropa, die dort den Gedanken der nationalen Demokratie in die aufstrebenden gebildeten Schichten des Bürgertums trug. Nationale und demokratische Ideen verweben sich in den Köpfen der Polen zu einer geschlossenen Einheit. Der Dichter Kazimierz Brodzinski begründet einen förmlichen Kultus der nationalen Idee. »Die Nation ist die Idee«, verkündete er, »die Nation ist die Individualität, deren Verwirklichung ihre zu einer Einheit verbundenen Mitglieder anstreben.« Adam Mickiewicz verkündet die Mission der Polen, die Mission eines »Condottiere der Freiheit«. Der Führer der demokratischen Emigration, Joachim Lelewel, ist ganz von dem Gedanken erfüllt, daß die Polen die Führerrolle in dem großen Freiheitskampf der Menschheit zu übernehmen haben, und in diesem Sinn wendet er sich mit flammenden Aufrufen an Russen, Italiener, Ungarn und Deutsche. An die Organisatoren des Hambacher Festes schrieb er:

»Fürwahr, groß und erhaben und edel ist das Ziel, zu dessen Beratung und Erlangung Ihr die Mittel habt eine dieser Hoffnung geweihte Feierlichkeit zu veranstalten. Zu dessen Erreichung, zur Erlangung gemeinsamen Glücks und Wohlergehens Eurer Nation, zur Befestigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit, zum Sprengen des innern und äußern Jochs der Bedrückung bleibt Euch nur ein Weg: die politische Einigung Deutschlands, die durch Vereinigung aller Bruderstämme der großen Nation in einem Körper verwirklicht werden soll. Und nach Erlangung von all dem muß zur Befestigung und Sicherstellung des Erreichten die Alleinherrschaft des Volkes begründet werden, die die Grundlage jeder politischen Reform bilden sollte.«

Die Demokratische Gesellschaft entsteht, und sie erläßt am 17. März 1832 ein radikal demokratisches Manifest, in dem die politische Freiheits- und Gleichheitsidee harmonisch mit dem nationalen Gedanken zusammenklingt. »Ein unabhängiges, ein demokratisches Polen ist das Ziel unserer Gesellschaft«, heißt es in diesem Manifest.

Die polnische Erhebung hatte das Beispiel eines um seine nationale Existenz kämpfenden Volkes gegeben. Schon in der Großen Französischen Revolution hatte der gemeinsame Ansturm der reaktionären europäischen Mächte gegen die Französische Republik die stärksten Gefühle der Hingabe an den Staat geweckt, der die feudalen Gewalten Frankreichs gestürzt, die Bauern befreit und dem Bürgertum den nötigen Spielraum gegeben hatte. Den

bisher unterdrückten und ausgebeuteten Klassen hatte der revolutionäre Staat erst ein wirkliches Vaterland gegeben. Die Gründung eines freien Polens wird zur Forderung aller demokratischen Gruppen des revolutionären Europas. Und Paris ist von der Julirevolution 1830 an bis zur Februarrevolution 1848 das große Zentralfeuer, das die revolutionären Klubs, die Geheimverbände ganz Europas mit Brandfackeln versieht. Sofort nach der Proklamation der Republik in Paris werden die preußischen und österreichischen Polen lebendig. Eine Gruppe Polen war an den Berliner März-kämpfen beteiligt. Nach diesen Kämpfen wurden die polnischen Gefangenen entlassen, unter ihnen Ludwig von Mieroslawski, der die Verbrüderung der Polen mit den Preußen begeistert feierte. Zur Sicherheit eines freien Deutschlands müsse als Vormauer gegen Rußland ein unabhängiges Polen errichtet werden. Im Hinblick auf diese deutsch-polnische Verbrüderung bemerkt Veit Valentin in seiner trefflichen Geschichte der Deutschen Revolution von 1848-1849, der kommende Krieg mit Rußland im März und April 1848 sei »eines der beliebtesten politischen Gespräche« gewesen, und die Brüder Gagern hätten gewünscht, »daß Preußen, ihr Hoffungsland, sich die deutsche Kaiserkrone auf den Schlachtfeldern an der Weichsel holen würde«. Nikolaus I selbst ging mit sich sehr ernsthaft zu Rat, ob er nicht zugunsten des preußischen Absolutismus in die deutschen Verhältnisse eingreifen sollte. In dieser revolutionären Situation erheben nun die Sozialisten Marx und Engels die Befreiung Polens zu ihrem Feldgeschrei. In der Neuen Rheinischen Zeitung treten sie für das nationale Recht Polens mit den Argumenten europäischer Revolutionäre ein. Durch die Feuertaufe eines Kriegs gegen Rußland habe das revolutionäre Deutschland zu schreiten, um sich von den Sünden der Vergangenheit zu reinigen. In diesem Krieg habe es seine eignen Autokraten zu besiegen, die Ketten langer, träger Sklaverei abzuschütteln und die Propaganda der Zivilisation mit den Opfern vieler Söhne zu erkaufen. Die großen nationalen Freiheitsbewegungen des Jahres 1848-1849 lodern in vielen Artikeln der Neuen Rheinischen Zeitung auf.

Der nationale Gedanke ist in der Tat für Marx und Engels in dem Revolutionsjahr eine der leitenden Ideen. Dieser Gedanke ist nicht auf tönenden Deklamationen über Freiheit und Gerechtigkeit gegründet sondern auf den Notwendigkeiten des wirtschaftlich-kulturellen Lebens. Nicht jedes Natiönchen hat nach Marx und Engels das Recht auf nationalstaatliche Selbständigkeit, nur die Nationen haben es, die sich entweder ihr staatliches Existenzrecht errungen haben oder mitten in den Kämpfen um dieses Recht stehen. Nationen wie die Tschechen und die Südslawen müßten zu einem großen Reich zusammengeschlossen werden, auch wenn bei diesem Prozeß manches »sanfte Nationalblümchen« zerknickt werden sollte. Die politische Zentralisation sei ein großer wirtschaftlicher Fortschritt, und die politische Zentralisation sei in den Tagen der großen nationalen und sozialen Kämpfe der Revolutionszeit ein dringenderes soziales Bedürfnis denn je. Diese Zentralisation wäre durch die Entwicklung der Industrie, des Handels, der Kommunikationsmittel geboten. Das sind die Grundgedanken, von denen Marx und Engels bei ihren Erörterungen der nationalen Zeitkämpfe bewegt waren. Der wirtschaftlich-kulturelle Machtgedanke triumphiert bei ihnen über alle jene Erwägungen, die im Namen der nationalen Selbständigkeit und Freiheit der Völker schlechthin erhoben werden. Marx und Engels sind freilich alles andere als prinzipientreue Anhänger eines bloß for-

malen Selbstbestimmungsrechts der Völker. Deutschland ist ein großer zivilisierter Staat, und als solcher kann es nach ihrer Ansicht Dänemark Schleswig nehmen, wie seinerzeit Frankreich dem Deutschen Reich das Elsaß und Lothringen nahm. Ein jedes Volk hat nach Marx und Engels sein Recht auf nationalstaatliche Existenz durch die Macht seiner wirtschaftlich-kulturellen Einrichtungen zu erweisen. Das ist übrigens ein Gedanke, der auch in dem Hegelianer Lassalle arbeitet: Nur der Volksgeist kann sich selbst verwirklichen, der Schritt mit dem Kulturprozeß des Ganzen hält. Im andern Fall beginnt das Recht der Eroberung. Mit diesem Recht haben nach Lassalle die Angelsachsen Amerika, die Franzosen Algier erobert.

Das Recht der nationalen Selbstbestimmung, das Recht auf nationalstaatliche Existenz haben nur die im Geist einer fortschrittlichen wirtschaftlichen und politischen Kultur vorwärtsmarschierenden Staaten. Das ist das nationale Glaubensbekenntnis der Marx, Engels und Lassalle. Aber dieses nationale Recht haben sie auch mit ganzer Leidenschaft verfochten. Deutschland habe aus der Revolution als ein starker, zentralisierter, nationaler Staat hervorzugehen, der seine Kraft für ein freiheitliches Europa hergibt. In diesem Sinn schreiben Marx und Engels in der Neuen Rheinischen Zeitung: »Klopfte nicht Rußland an die Pforten Deutschlands, die nationalökonomischen Verhältnisse allein würden es zur straffen Zentralisation zwingen. Selbst nur vom bürgerlichen Standpunkt betrachtet, ist die widerspruchslose Einheit Deutschlands die erste Bedingung, um es aus der bisherigen Misere zu erwecken und den Nationalreichtum zu erschaffen. Und wie nun gar die modernen sozialen Aufgaben lösen auf einem in 39 Ländchen zersplitterten Terrain?«

Marx und Engels betrachteten von ihrem revolutionären nationalen Standpunkt aus die Karte von Europa für sehr verbesserungsbedürftig. In seiner Schrift Po und Rhein sprach Engels die sichere Erwartung aus, daß alle politischen Veränderungen der europäischen Karte den lebensfähigen Nationen mehr und mehr ihre natürlichen Grenzen zuerteilen werden, die durch Sprachen und Sympathien gegeben sind, und daß die vorhandenen, einer nationalen Existenz nicht mehr fähigen Volksstämme den größeren Nationen einverleibt werden. Militärische Erwägungen könnten nur in zweiter Linie gelten. Eine Revision der europäischen Karte müsse gründlich und unparteiisch erfolgen, und man dürfe nicht verlangen, daß Deutschland allein Opfer bringen solle. Engels will den »ganzen italienischen Plunder« gegen die Einheit Deutschlands vertauschen, die uns allein nach außen stark machen und uns vor den Wiederholungen nationaler Demütigungen schützen könne. In seiner Broschüre Savoyen, Nizza und der Rhein lehnt er sich leidenschaftlich gegen eine russisch-französische Allianz auf, die das linke Rheinufer dem Deutschen Reich entreißen könnte. Er erhofft einen befreienden deutschen Schwertschlag gegen Rußland, der Europa aus den Banden der russischen auswärtigen Politik erlöst.

Die nationale Frage der deutschen Einheit löst Ferdinand Lassalle ebenfalls als revolutionäre Machtfrage. Ein einheitliches Großdeutschland gewinnt Lassalle durch die Zerschlagung des alten Österreichs, durch die Vereinigung der deutsch-österreichischen Teile mit dem Deutschen Reich und durch die Befreiung Italiens. Die deutsch-französische Verständigung bezeichnet er als eine Lebensfrage für Europa. Er meint mit einem gewissen Hohn auf die Hohenzollern, denen er die Fähigkeit für eine revolutionäre Kriegspolitik gar nicht erst zugesteht, daß ein Friedrich der Große im jetzigen Moment in Österreich einrücken, das deutsche Kaisertum proklamieren und

der Habsburgischen Dynastie es überlassen würde, ob und wie sie sich in ihren außerdeutschen Ländern behaupten könnte. Zur Revision der Karte Europas spricht er das bezeichnende Wort:

»Revidiert Napoléon die europäische Karte nach den Prinzipien der Nationalitäten im Süden, gut, so tun wir das selbe im Norden. Befreit Napoléon Italien, gut, so nehmen wir Schleswig-Holstein. Und mit dieser Proklamation unsere Heere gen Dänemark gewendet.«

Als Lassalle später mit Bismarck verhandelte, wollte er den preußischen Staat durch die Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts auf eine revolutionär-kriegerische Bahn drängen. »Sie müssen«, schrieb er an Bismarck, »das allgemeine und direkte Wahlrecht vor dem Kriege geben, denn Sie können es weder während desselben noch nach demselben geben ... Man bestellt sein Haus, ehe man in den Krieg zieht.«

Die Frage der deutschen Einheit wurde allerdings dann durch die Bismarcksche Revolution von oben um einen tüchtigen Schritt der Beantwortung nähergeführt. Durch Blut und Eisen verkittete Bismarck das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen-Kassel, Schleswig-Holstein, das Herzogtum Hessen-Nassau, die Stadt Frankfurt am Main mit Preußen. Der Norddeutsche Bund entstand. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung unter Schweitzers und Tölckes Führung stellte sich auf den Boden der vollendeten Tatsachen und arbeitete an der Ausgestaltung des Nordbundes zu einem nationalen Einheitsstaat fort, die demokratische Richtung Bebel-Liebknecht dagegen, von großdeutschen wie von partikularistischen Elementen gefördert, negierte im Prinzip den Nordbund, weil diese Gewalterschöpfung Bismarcks keine Einheit sondern eine Dreiteilung Deutschlands geschaffen hätte. Wilhelm Tölcke dagegen stimmte in einer Artikelserie des Sozialdemokraten vom 26. Oktober bis zum 9. November 1866 der Bismarckschen Politik überzeugt zu. Nach seiner Ansicht mußte in Deutschland die Nation zur Fahne Wilhelms I eilen, weil »einer der größten Staatsmänner des Jahrhunderts« sie dem preußischen Volk, der deutschen Nation vorantrug. In allen Gauen hätten sich die Arbeiter sofort zu einem großen politischen Ganzen organisieren und »ein sozialpolitisches Agitationskomitee für Deutschland« bilden müssen. Diesem Komitee wäre die Aufgabe zugefallen die preußische Regierung vorwärtszudrängen und überall in Deutschland zu fordern: 1. ein von Preußen nach Berlin zu berufendes Konstituierendes Nationalparlament, 2. die allgemeine Volksbewaffnung, damit die preußische Regierung sämtliche Truppen zum Felddienst heranziehen könnte, 3. die Proklamation des Königs von Preußen zum Deutschen Kaiser. Tölcke erhob die schwersten Vorwürfe gegen die deutsche Nation wegen ihrer bismarckfeindlichen Haltung. Statt den Krieg bis aufs Messer zur Parole und die Einheit und Freiheit Deutschlands zum Feldgeschrei zu erheben hätte die deutsche Nation in fortschrittlichen Volksversammlungen über unvernünftige Friedensresolutionen und über das jämmerliche Abgeordnetenthema "Diesem Ministerium keinen Heller!" salbadert. Als Hauptziel seiner Politik bezeichnet Tölcke schließlich die vollständige Einigung Deutschlands zu einem Kaiserreich mit voller politischer und gewerblicher Freiheit. Gegen diese Artikel erhob Schweitzer wichtige politische Einwendungen; er erkannte aber an, daß die preußische Regierung einen Kern nationaler Kraft geschaffen hätte, der zwar die Grundlage der Macht und Größe noch nicht wäre, aber werden könnte und werden sollte und schließlich auch werden würde, wenn die Nation das ihre dazu täte.

Schweitzer sah in dem Nordbund eine einigende, Liebknecht eine zertrümmernde Macht. Der Großdeutsche Liebknecht glaubte in Österreich den werdenden »Volksstaat« begrüßen zu können und schätzte die österreichischen Minister als Wegbereiter einer freiheitlichen Verfassung ein. Die großdeutschen Erwartungen Liebknechts teilte Engels keineswegs; er bespöttelte in seinen Briefen an Marx vielfach die engen Beziehungen Liebknechts zu den großdeutschen, aber innerlich vielfach partikularistischen Elementen der Volkspartei. Engels hatte auch kein Verständnis für die protestierende Prinzipienreiterei Liebknechts im Norddeutschen Reichstag, der es unter seiner Würde hielt in einer so plumpen Komödie (als solche schätzte er nämlich die Tätigkeit im Reichstag ein) mitzuspielen. Engels' klarer Blick erfaßte die ökonomischen und politischen Fortschritte, die der Nordbund dem deutschen Proletariat brachte. Er schrieb an Marx:

»Die ganze Kleinstaaterei wird in die Bewegung hineingerissen, die schlimmsten lokalisierenden Einflüsse hören auf, und die Parteien werden wirkliche nationale, statt bloß lokale. Wir können nach meiner Ansicht gar nichts anderes tun als das Faktum einfach akzeptieren, ohne es zu billigen, und die sich ebenfalls anbietenden Fazilitäten zur nationalen Organisation und Vereinigung des Proletariats zu benutzen, so gut wir können.«

Marx und Engels hatten schon in dem Revolutionsjahr 1848-1849 die Begründung eines nationalen Einheitsstaats für die ökonomische Entwicklung Deutschlands, für die soziale Hebung seines Proletariats und für dessen Klassenkämpfe hoch bewertet. Das waren aber Momente, die der für die Erfassung ökonomischer Tatsachen im allgemeinen wenig geschulte Blick Liebknechts nur schwer aufnehmen konnte.

Im allgemeinen erschwerten eine rechte Einschätzung der durch Bismarck erfolgreich, wenn auch nur beschränkt durchgeführten nationalen Einheitsbewegung folgende Umstände: 1. Die Einheit war nicht durch eine tiefgehende selbständige Volksbewegung erkämpft worden. 2. Die Reichsverfassung trat einer Massenbewegung für die Demokratisierung der staatlichen Institutionen mit grundsätzlicher Schärfe entgegen. 3. Das neue Deutsche Reich verschloß durch den Frankfurter Gewalt- und Annexionsfrieden Tür und Tor für eine Annäherung an Frankreich. Einen weltgeschichtlichen Moment für die Anbahnung einer europäischen Bündnispolitik hatte Bismarck verpaßt. Durch den Abschluß des Frankfurter Friedens beseitigte er von vornherein die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, und damit verscherzte er sich den Ehrentitel eines guten Europäers, den er sich doch einmal selbst beigelegt hatte.

Der Deutsch-Französische Krieg mit seinen politischen Folgen beschwor die heftigste Gärung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie herauf. Der sozialdemokratische Protest gegen die Annexion Elsaß-Lohringens durch Deutschland zeitigte den Braunschweiger Prozeß und dann den Hochverratsprozeß gegen Liebknecht und Bebel. Die sozialdemokratischen Sympathieerklärungen für die Pariser Commune entfesselten die heftigsten Angriffe der Polizei und Justiz gegen die junge Sozialdemokratische Partei. Ihre Beziehungen zu dem neuen Deutschen Reich wurden dadurch bis zum Zersprengen gespannt. Und doch bahnte sich mit der Beteiligung der Sozialdemokratie an den politischen Kämpfen im nationalen Rahmen des Reichs langsam ein neues Verhältnis zu diesem an. Bezeichnend für diese Tatsache sind die Worte des Abgeordneten der Eisenacher Partei Julius Motteler, in die am 20. April 1874 seine Rede über den Militäretat ausklang:

»Wir sind Gegner des Reichs, insofern das Reich bestimmte Einrichtungen repräsentiert, unter denen wir uns gedrückt fühlen, unter denen wir leiden. Wir sind aber nicht Gegner des Reichs als eines solchen, als eines nationalen, als eines staatlichen Ganzen.«

Dieser Erklärung widersprach zwar der Dresdner Volksbote, der in Mottellers Worten eine Preisgabe des von den Eisenachern bekannten Internationalismus und eine Annäherung an den Lassalleanismus sah, aber in diesem Streit sprang selbst Liebknecht dem angegriffenen Motteler bei und behauptete, der Kritiker des Volksboten habe eben Motteler mißverstanden. Ein Jahr darauf reichten sich die "internationalen" Eisenacher und die "nationalen" Lassalleaner auf dem Gothaer Kongreß die Bruderhand. Der Gothaer Programmentwurf enthielt den charakteristischen Passus:

»Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im Rahmen des heutigen nationalen Staates, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völker-
verbrüderung sein wird.«

Marx' Einfluß mochte wohl korrigierend auf die endgültige Fassung dieses Passus eingewirkt haben, der schließlich so lautete:

»Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.«

Die Sozialdemokratie Deutschlands wurzelte im deutschen Boden, war aus den Kämpfen um die nationale Einheit und um das allgemeine Wahlrecht hervorgegangen und schmiegte sich bei ihren politischen und wirtschaftlichen Erörterungen eng an die parlamentarischen Verhandlungen über die wirtschaftlichen und politischen Fragen des bestehenden nationalen Staats an. Ihre Arbeiterschutzgesetzentwürfe stellten durchweg sehr maßvolle Forderungen auf, die der bestehende Staat wirklich hätte erfüllen können. Selbst unter dem Ausnahmegesetz arbeitete sie positiv an der Lösung der Aufgaben des bestehenden Staats mit. Sie bekannte sich niemals zu der antiparlamentarischen Protest- und Demonstrationspolitik, die Wilhelm Liebknecht im leidenschaftlichen Aufbäumen gegen die Nordbundpolitik Bismarcks seinerzeit proklamiert hatte, und die in den fanatischen Ruf ausklang: Kein Friede mit dem heutigen Staat! Als in den Tagen der Umsturzvorlage die "nationalen" Parteien es der Sozialdemokratie verübelten, daß sie jede Beteiligung an dem chauvinistischen Rummel der Sedanfeiern grundsätzlich ablehnte, als sie ihr jedes Gefühl und jedes Verständnis für den nationalen deutschen Staat absprachen, entgegnete ihnen Ignaz Auer in seiner Rede über Sedanfeier und Sozialdemokratie am 4. September 1895 ruhig, es müßten »sonderbare Arbeiter« sein, die der Bildung eines Nationalstaats Widerspruch entgegensetzten; man könne zwar über die Form und die Grundlagen dieses Staats streiten, aber der »Gedanke der Reichseinheit« sei nach und nach so »Gemeingut« geworden, »daß nur politische Unzurechnungsfähigkeit ihm widersprechen könnte«.

Die Sozialdemokratie, namentlich ihre gewerkschaftliche Anhängerschaft, verwuchs fest und unlösbar mit dem nationalen Staat, weil sich ihre Haupttätigkeit nicht nur auf dem Boden und im Rahmen dieses Staats abspielte sondern auch die Grundfragen des nationalen Wirtschafts-, Staats- und Kulturlebens betraf. In welchem Umfang die deutsche Sozialdemokratie auf den bestehenden staatlichen Verhältnissen fußte, das beweisen die Daten, die Eduard Bernstein 1910 in einer Abhandlung über die Entwicklung der

Sozialdemokratie von der Sekte zur Partei aus dem Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstands anführte. Ende Juni 1909 hatte die Sozialdemokratie in 19 Landtagen 140 Abgeordnete, in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen 6157 Stadtverordnete und Landgemeindevorteiler, 274 Mitglieder städtischer Magistrate und Landgemeindevorstände. In den Körperschaften der Arbeiterversicherung und der kommunalen Arbeitsnachweise waren nach Bernstein mehr als 50 000 tätig; zu ihnen stoßen die sozialdemokratischen Arbeiterbeisitzer der Kaufmanns- und Gewerbegerichte. Die zentralisierten Gewerkschaften zählten 1908 über 11 000 örtliche Verwaltungsstellen. Bernstein resümiert in seiner Aufstellung:

»Rechnet man nur einen Durchschnitt von 3 Beamten für diese Verwaltungsstellen und davon $\frac{2}{3}$ der Sozialdemokratie zu, so ergibt dies ein Heer von 22 000 sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten. Auf mindestens 3000 kann man die sozialdemokratischen Beamten der anderen freien Schöpfungen der Arbeiterklasse ansetzen.« Neben dieser Riesengruppe beamteter Vertreter der Sozialdemokratie stand eine 2 Millionen starke Armee von Gewerkschaftern, deren Wohl und Wehe mit dem Stand der nationalen Wirtschaft und mit den Leistungen der deutschen öffentlichrechtlichen Körperschaften verknüpft war.

Nach dem Novemberzusammenbruch des Jahres 1918 bewies die deutsche Sozialdemokratie ihr starkes, durch eine jahrzehntelange staatliche, wirtschaftliche und soziale Arbeit gekräftigtes Nationalgefühl in dem Wiederaufbau des Reichs. Sah es in den Wirren des Novembers nicht so aus, als ob sich Deutschland wieder zu einem geographischen Begriff verflüchtigen werde? In dieser, durch politische und soziale Krisen wildbewegten Zeit gelang es der Sozialdemokratie, deren Vertreter durchweg in der Leitung der deutschen Einzelstaaten saßen, die Länderkonferenz vom 25. November 1918 zustande zu bringen. Diese Konferenz nahm die von Friedrich Ebert vorgeschlagenen Leitsätze mit großer Mehrheit an:

- »1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur Deutschen Republik. Sie verpflichten sich entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und die separatistischen Bestrebungen zu bekämpfen.
2. Der Berufung einer Konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens.
4. Die Reichsleitung wird ersucht auf schleunige Herbeiführung des Prälimarfriedens hinzuwirken.«

Diese Leitsätze waren nun freilich noch weit davon entfernt das Gebot der revolutionären Stunde ganz zu erfassen und die gesamtdeutsche Konstituante mit Einschluß Deutsch Österreichs zu proklamieren, die die Sozialistischen Monatshefte schon vor dem Umsturz im Oktober verlangt hatten. Aber sie brachten doch Regel und Richtung in das Chaos dieser zerklüfteten Zeit. Sie bewahrten das Reich vor dem Auseinanderfallen, und sie halfen die souveräne Nationalversammlung zu schaffen. So hoch wir diese Taten auch einschätzen mögen, sie riefen in aller ihren Folgeerscheinungen nicht ein staatlich einheitliches Deutsches Reich hervor. Noch heute ist die Marx-Engelssche Forderung einer »widerspruchslosen Einheit« Deutschlands unerfüllt, einer Einheit, auf deren Grundlage sich der »Nationalreichtum« erzeugen und »die modernen sozialen Aufgaben« lösen lassen.

HARRI BADING · AGRARPOLITIK UND ARBEITERKLASSE



GANZ und gar einheitlich war die Stellungnahme der Arbeiterklasse und ihrer politischen Vertretung, der Sozialdemokratie, zu den agrarpolitischen Problemen niemals. Da die Arbeiterbewegung im industriellen Proletariat wurzelt und deshalb wenige innere Verbindungen zur Landwirtschaft besitzt, bewegte sich die agrarpolitische Diskussion während der Vorkriegszeit weniger um aktuelle als um entwicklungsgeschichtliche Probleme. So stand im Vordergrund der Auseinandersetzungen die Frage, ob dem Kleinbetrieb oder dem Großbetrieb die Zukunft gehöre. Die Beschäftigung mit dem Agrarproblem mußte aber intensiver, die Stellung zu den aktuellen Fragen entschiedener werden, als die Sozialdemokratie sich an der Regierung aktiv zu beteiligen begann. Durch die Übernahme der Mitverantwortung einzelner Parteimitglieder an der Agrarpolitik der letzten Jahre wurde die agrarpolitische Diskussion innerhalb der Partei auf das brennende Problem der Landwirtschaft: die Absatzfrage, gelenkt. Die in weiten Kreisen der Partei bestehende Abneigung gegen alles, was mit der Landwirtschaft in Verbindung steht, die vielfach noch übliche Betrachtung landwirtschaftlicher Verhältnisse vom Standpunkt der Industriewirtschaft aus und die teilweise rein verbrauchermäßige Denkgewohnheit verhinderten bisher in der Masse der Partei eine einheitliche agrarpolitische Stellungnahme.

Angesichts der großen Bedeutung, die die Agrarpolitik in den letzten Jahren gewonnen hat, ist es aber notwendig, daß nicht nur einzelne Sachverständige, die mit der Agrarwirtschaft vertraut sind, sich ein klares Bild von der Lage und Bedeutung der Landwirtschaft und der mit ihr verbundenen Probleme machen können, sondern es muß der große Kreis aller, die sich vom Standpunkt sozialistischer Auffassung aus politisch betätigen, zu klaren Vorstellungen über das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Landwirtschaft gelangen, um beurteilen zu können, welcher agrarpolitische Kurs eingeschlagen werden muß. Da der Agrarprotektionismus in den letzten Jahren ständig aufgebaut wurde, wodurch die inländische Preisentwicklung für Getreide völlig von der Preisentwicklung in den Freihandels- und Exportländern abgetrennt worden ist, stieg der Widerstand weiter städtischer Kreise, besonders derer, die liberalistischen Wirtschaftsvorstellungen nachhängen, gegen die Agrarpolitik des Reichs stark an. Hiervon sind auch viele Sozialdemokraten beeinflußt worden, ohne die Folgen liberalistischer Agrarpolitik bis ins letzte zu überdenken. Es wäre völlig verkehrt, wenn infolge der vielen Fehler, die auf dem Gebiet der Agrarpolitik gemacht worden sind, die Stimmung überhandnähme, daß die Interessen der Arbeiterklasse einen niedrigen Preisstand für agrarische Produkte erforderten, und daß die Sozialdemokratie kein anderes Ziel hätte als für völligen Abbau der Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft einzutreten.

Die Einkommengestaltung eines Wirtschaftszweigs, der 31 % aller Erwerbstätigen umfaßt, ohne die Menschen, die bei der Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den Molkereien, Mühlen, Zuckerrfabriken usw. tätig sind, eines Wirtschaftszweigs, der für ganz Ostdeutschland Schlüsselindustrie ist, ist auch für alle, die nicht im landwirtschaft-

lichen Produktionsprozeß stehen, von Wichtigkeit. Nicht nur die Arbeiter der für den Bedarf der deutschen Landwirtschaft arbeitenden Industrien, wie Landmaschinen- und Düngemittelindustrie, sind an der Kaufkraft der Landwirtschaft interessiert, sondern auch sämtliche anderen Industriezweige, da sie durchweg einen mehr oder minder großen Anteil ihrer Produktion an die Landwirtschaft liefern. So betrug nach Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung im Jahr 1925 der Prozentsatz des Absatzes an die Landwirtschaft vom Gesamtabsatz an Kraftstoffen 10 %, an Maschinen, Werkzeugen und Fahrzeugen 13,5 %, an Textilien und Schuhen 14,5 %. Hierbei ist aber noch nicht der industrielle Konsum aus dem Zins- und Arbeitseinkommen der Landwirtschaft berücksichtigt. Eine Verringerung der landwirtschaftlichen Kaufkraft wirkt sich natürlich am stärksten bei den für die Landwirtschaft tätigen Industrien aus. So ist der Absatz der Landmaschinenindustrie schon im Erntejahr 1929-1930 um 20 % geringer gewesen als im Vorjahr; der Beschäftigungsgrad, der im Durchschnitt des Jahres 1930 47 % betrug, ist auf 31 % im Durchschnitt der letzten 4 Monate gesunken, so daß sich der Rückgang des Absatzes im laufenden Erntejahr fortgesetzt haben dürfte. Es liegt kein Grund vor anzunehmen, daß sich der Absatz der Konsumgüterindustrien an die landwirtschaftliche Bevölkerung nicht in ähnlichem Ausmaß verringert hat. Die Arbeiterklasse ist also an der Kaufkrafterhaltung der Landwirtschaft stark interessiert und muß deshalb auch Lasten auf sich nehmen, um diese Kaufkraft zu erhalten.

Selbstverständlich ist es nicht so, daß nur der industrielle Teil der Wirtschaft und damit die in ihm beschäftigten Arbeiter ein Interesse an der Erhaltung der Kaufkraft der Landwirtschaft haben, es hängt auch umgekehrt die Landwirtschaft von der Kaufkraft der industriellen Arbeiter ab, die zusammen mit den Angestellten und Beamten die weitaus wichtigsten Abnehmer für agrarische Produkte sind. Der Rückgang der Arbeitnehmerkaufkraft in der jetzigen Wirtschaftskrise war zunächst an der Verringerung des Absatzes an Genußmitteln zu spüren, der Verbrauch an Milch, Eiern, Fleisch und Fetten konnte nur aufrechterhalten werden, weil die Preise für diese Nahrungsmittel beträchtlich gesunken sind. Die Schrumpfung des Arbeitnehmereinkommens um 1½ Milliarden für das 1. Vierteljahr 1931 gegenüber dem Vorjahr hat aber schon zweifellos eine, wenn auch statistisch nicht erfaßbare Abwanderung zu qualitätsmäßig minderen Nahrungsmitteln hervorgerufen. Wie stark das Interesse der Landwirtschaft an der Höhe des Einkommens der städtischen Arbeiter und Angestellten ist, geht aus den vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Haushaltsrechnungen hervor. Hiernach steigen die Ausgaben für Nahrungsmittel einer Vollperson von 311 auf 569 Mark zwischen den Einkommensgruppen unter 800 Mark und über 1500 Mark. Für hochwertige landwirtschaftliche Produkte steigen die Ausgaben prozentual noch stärker. So differieren zwischen der höchsten und der niedrigsten Einkommensgruppe die Ausgaben für Butter zwischen 11 und 42 Mark jährlich. Die Industriearbeiter sind also an der Höhe der Kaufkraft der Landwirtschaft ebenso interessiert wie die Landwirtschaft an der Höhe des Verbrauchereinkommens.

Wie hoch sind nun die Lasten, die von der Verbraucherschaft zugunsten der Landwirtschaft getragen werden? Ein Vergleich der Kleinhandelspreise in Freihandelsländern wie Holland und England mit denen in Deutschland

ergibt, daß hier die Gesamtheit der Nahrungsmittel etwa 15 % teurer ist als in jenen Freihandelsländern. Bei einer Angleichung des deutschen Preisniveaus an das Preisniveau in jenen Ländern würde, da die Ausgaben für die Nahrungsmittel ungefähr 44 % der gesamten Lebenshaltungskosten betragen, das Niveau der Lebenshaltungskosten in Deutschland um 6,7 % sinken. Auf der Produktionsseite würde aber, ganz abgesehen von den politischen Folgen, eine Preissenkung bei Getreide von 50 bis 60 % und bei Veredlungsprodukten von 20 bis 30 % zu einer sehr starken Einschränkung der Erzeugung führen. Wohl würden zunächst die Vorräte der Weltmärkte ausreichen, um die Versorgung der Verbraucher ohne große Erhöhung des Preisniveaus sicherzustellen, aber bald würde sich eine Knappheit bemerkbar machen, die zu Preiserhöhungen führen muß. Das Preisniveau würde sich also wieder heben, wenn auch nicht auf seinen alten Stand. Doch bis die neuen Preisverhältnisse sich eingespielt hätten, wäre die Landwirtschaft als Produktions- und Versorgungsfaktor der Städte überhaupt ausgeschieden. Denn in der Zwischenzeit wären die landwirtschaftlichen Großbetriebe sämtlich in Konkurs gegangen, was bei einem derartigen Massenzusammenbruch nicht zu einem Besitzwechsel sondern zu einem Ausfall sämtlicher Gläubigerforderungen führen würde. Die Hauptgeschädigten eines solchen Generalkonkurses wären niemals die Schuldner sondern die Gläubiger, und die Produktion würde nicht verbilligt sondern eingeschränkt werden. Die Bauernwirtschaften könnten wohl bei völliger Enthaltung von jeglichem Zukauf ihr Leben fristen. Sie fielen aber als Käufer industrieller Produkte aus, und jeder technische Fortschritt der Landwirtschaft wäre unmöglich gemacht.

Der von liberaler Seite gemachte Einwand, daß die Landwirtschaft sich niemals rationalisieren wird, wenn nicht auf sie ein Zwang in Gestalt unzureichender Preise ausgeübt wird, wäre richtig, wenn alle Landwirte kapitalistisch denken würden, und wenn die Landwirtschaft in gleichem Maß wie die Industrie in die Lage versetzt wäre durch Rationalisierungsmaßnahmen ihre Produktionskosten nach Bedarf zu senken. Beide Voraussetzungen treffen aber nicht zu. Der Landwirt intensiviert nicht bei schlechten Preisen, sondern er schränkt seine Aufwendungen ein, zum Beispiel bei Kunstdüngerverbrauch, also er extensiviert; außerdem verringert er dann seine Aufwendungen für persönliche Bedürfnisse. Er kann auch nicht wie der Industrielle seine Produktionskosten durch Mechanisierung des Arbeitsvorgangs beliebig senken; er ist an die gegebenen Produktionsverhältnisse viel stärker gebunden. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß der Landwirtschaft durch staatliche Maßnahmen die Beibehaltung veralteter und unrentabler Produktionsmethoden ermöglicht werden soll. Nur darf man sich die Entwicklung zu rationelleren Betriebsmethoden nicht zu einfach vorstellen. Die dänische Landwirtschaft konnte sich zu ihrem hohen Produktionsstand unter Freihandelsbedingungen auch nur entwickeln, weil dieser Prozeß in eine Zeit fiel, in der das Bevölkerungs- und Kaufkraftwachstum ungleich stärker war. Im übrigen ist es müßig Dänemark stets als Vorbild für die deutsche Landwirtschaft hinzustellen, weil die Voraussetzungen infolge der verschiedenen Größenverhältnisse zwischen der Zahl der Produzenten und der Konsumenten in Dänemark und Deutschland ganz verschieden sind. Die kleine dänische Landwirtschaft hat als Abnehmer den großen englischen Markt, während die viel größere deutsche Landwirtschaft einem den englischen Markt nur wenig übertreffenden Abnehmerkreis gegenübersteht.

Eine Erziehung zur bessern Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten und damit zur Produktionssteigerung kann niemals dadurch geleistet werden, daß durch einen Abbau des Zollschatzes eine Pferdekur angewandt wird, so daß die (vielleicht) heilsame Absicht ins Gegenteil umschlägt. Außerdem ist zu bedenken, daß man die Landwirtschaft bei Freihandel den völlig anarchischen Preisbewegungen auf dem Weltmarkt schutzlos überläßt. Die Frage darf nicht einfach lauten: Schutzzoll oder Freihandel? Sondern es ist zu entscheiden: Wie gestaltet man die Preisverhältnisse für die landwirtschaftlichen Produkte, um einerseits der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung ein ausreichendes Arbeitseinkommen zu ermöglichen, andererseits eine Überhöhung des Preisniveaus zu verhindern?

Dort, wo die Produktionskosten senkbar sind, muß durch Beratung, Bereitstellung allgemeiner Mittel für die Rationalisierung der Produktion sowie des Absatzes und durch die Förderung der Qualitätsverbesserung alles getan werden, was im Rahmen des Möglichen liegt. Ferner kann durch Abbau der unberechtigten Zwischenhandelsspannen der Anteil der Landwirtschaft an dem Enderlös gesteigert werden. Außerdem ist es aber auch notwendig, daß die inländische Preisbildung vor den Preisschwankungen des Weltmarkts geschützt wird, und schließlich, daß die klimatische Bevorzugung anderer Länder durch einen Zoll ausgeglichen wird. Denn in der Grundlage des Lebens, in der Ernährung, muß Deutschland so lange im wesentlichen autark sein, als wir noch nicht den Vereinigten Europäischen Kontinent haben, in dem die Gesamtproduktion rationell gestaltet ist, und in dem es keine Abhängigkeit des einen Landes von einem übermächtigen andern gibt. Will man, um ein Beispiel zu wählen, den Frühkartoffelbau in Deutschland fördern, so ist dies nur durch die Verhinderung der Einfuhr von Frühkartoffeln aus klimatisch günstiger gelegenen Gebieten möglich.

Betrachten wir zunächst die Schutzmaßnahmen, so müssen hierbei 2 Fragen beantwortet werden; Soll das starre Zollsystem, das bis 1929 ausschließlich angewendet wurde, beibehalten, oder soll das System der monopolmäßigen Regulierung des Außenhandels und der Verbrauchsbeeinflussung ausgebaut werden? Ferner: Schützt man zunächst den Getreidebau und diesem Schutz entsprechend auch die Veredlungsprodukte, oder verzichtet man auf einen Schutz des Getreidebaus und beschränkt sich lediglich auf eine Verteuerung der einzuführenden Veredlungsprodukte, wie Butter und Eier?

Es hat sich gezeigt, daß starre Getreidezölle nicht ausreichen die inländische Preisentwicklung vor den Schwankungen der Weltmarktpreise zu schützen. Der Zollschatz kann nur die Grundlage bilden, auf der eine systematische Getreidewirtschaft aufzubauen ist, wie sie hier gezeichnet und gefordert wurde. Dagegen kann durch eine monopolistische Beherrschung des Markts eine Stabilisierung der Preise innerhalb eines Erntejahrs erreicht werden, wodurch auch der Kampf um die Einschränkung der unberechtigten Handelsspanne erleichtert wird. Denn je größer die Preisschwankungen eines Rohprodukts sind, desto schwieriger ist die Beurteilung, ob die Verdienstspannen der verarbeitenden Industrie und des Handels gerechtfertigt sind. Die Wirkung jedes Zollsystems verringert sich, je mehr die inländische Produktion ausreicht den Bedarf zu befriedigen. Zweifellos gehört deshalb der monopolmäßigen Regulierung der Märkte für solche Produkte, die im internationalen Handel eine Rolle spielen, die Zukunft.

Beim Getreide können wir bereits in einer ganzen Reihe von Ländern eine Ausbreitung der öffentlichen Wirtschaft beobachten, und es wird sich zeigen, daß sie auch bei den anderen Produkten notwendig sein wird. Es sollen aber auch nicht die Gefahren, die in dieser Form des Schutzes liegen, unterschätzt werden. Sie sind sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Natur. Politisch deswegen, weil Maß und Form des Schutzes nicht mehr nach gründlicher Beratung durch eine alle Kreise der Wirtschaft umfassende Institution festgelegt werden, sondern weil eine Bürokratie bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Schutzmaßnahmen gewinnt. Dadurch wird die Gefahr heraufbeschworen, daß der an sich richtige Gedanke einer monopolmäßigen Beherrschung des Markts durch Maßnahmen diskreditiert wird, die nicht mehr im Interesse eines Produktionsschutzes liegen. Die Gefahren wirtschaftlicher Natur bestehen darin, daß man nicht genügend Energie darauf verwendet oder nicht die geeigneten Mittel ergreift, um den Verbrauch dessen, was man herstellt, zu heben. Will man das ernstlich tun, so muß, wenn der Preis nicht gesenkt werden soll, eine Verbesserung, aber keine Verschlechterung des betreffenden Produkts vorgenommen werden. Eine Verbesserung des Roggenbrots in der Richtung der jetzt schon hergestellten Spezialbrote, die zweifellos besser schmecken als das gewöhnliche Bäckerbrot, erfordert aber natürlich größere organisatorische Umstellungen. Dieser Weg muß beschritten werden, wenn man den Konsum an Roggenbrot heben will. Es darf nicht der freilich bequemere, aber zu keinem Erfolg führende Ausweg einer Brotverschlechterung gewählt werden.

Besonders entscheidend ist, wie man die Frage der Richtung des Preis-schutzes beantwortet. Die Preise für fast alle landwirtschaftlichen Produkte stehen in engem Zusammenhang mit einander. Jede Erhöhung des Preises für ein landwirtschaftliches Erzeugnis hat nicht nur direkte Wirkungen auf die Produktionsverhältnisse des betreffenden Erzeugnisses zur Folge sondern wirkt sich auch auf den Produktionsumfang einer ganzen Reihe anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus. So bestimmen die Getreidepreise nicht nur die Preise der direkt auf der Getreideverfütterung aufgebauten Veredlungsprodukte wie Schweine und Eier sondern auch die Preise der Erzeugnisse der Rindviehhaltung, denn der Rindfleischpreis hängt vom Schweinepreis ab, der Butterpreis steht in Relation zu den Schmalzpreisen. Weil in einem landwirtschaftlichen Betrieb viele und in manchen Betrieben alle Produktionsrichtungen vertreten sind oder sein können, stehen die Preise für die verschiedensten landwirtschaftlichen Erzeugnisse in engstem Zusammenhang. Steigt zum Beispiel der Erlös aus dem Weizenbau, so wird bei gleichbleibenden Erlösen aus dem Zuckerrübenbau der letztgenannte eingeschränkt. Der Produktionsumfang der einzelnen Zweige des landwirtschaftlichen Betriebs wird also durch die Preisgestaltung stark beeinflußt; dieser Einfluß findet aber seine Grenzen in den betriebswirtschaftlichen Schwierigkeiten einen Produktionszweig beliebig auszudehnen oder einzuschränken. Weil der Getreidebau aber die Grundlage der meisten landwirtschaftlichen Betriebe ist, eignet sich die Beeinflussung der Preishöhe seiner Produkte am besten als Regulator für das gesamte agrarische Preisniveau. Die vielfach geäußerte Ansicht, daß in der Preispolitik ein Gegensatz zwischen den Interessen des Großgrundbesitzes und der Bauern besteht, ist in der Hauptsache nicht richtig. In der ostdeutschen Landwirtschaft besteht in der Frage der Getreidezölle

kein Gegensatz zwischen Rittergut und Bauernhof, weil beide an hohen Getreidepreisen interessiert sind, der Großbetrieb direkt, der Kleinbetrieb an den hohen Preisen für solche Produkte, die er mit Hilfe seines eignen Getreides produziert, wie Schweine. Wohl besteht ein gewisser Gegensatz zwischen dem landwirtschaftlichen Betrieb, der sämtliche Futtermittel, außer den Kraftfuttermitteln selbstverständlich, selbst produziert, und den Betrieben, die auf den Zukauf eines beträchtlichen Teils an Futtermitteln angewiesen sind, wie den Schweinemastbetrieben in Nordwestdeutschland (die man aber schon mehr der Industrie als der Landwirtschaft zuzählen kann) und auch den Kleinstbetrieben mit ausgedehnter Hühnerhaltung. Die Anzahl dieser Betriebe ist aber nur gering gegenüber der großen Anzahl der anderen Betriebe mit eigener Futtersversorgung. Deswegen muß eine agrarische Preispolitik in erster Linie auf diese Rücksicht nehmen.

So weit die Schutzmaßnahmen. Aber eine Preispolitik, die das Produktionsinteresse aller Kreise der Wirtschaft im Auge behält, darf nicht nur auf eine Verteuerung der Erzeugnisse hinwirken. Sie ist nicht das Allheilmittel. Die Grenze, an der die Teuerung zu einem Verbrauchsrückgang führt, darf nicht überschritten werden; auch hier gibt es ein Optimum. Deshalb muß alles versucht werden, was zu einer Verkleinerung der Spanne zwischen den Erzeuger- und den Verbraucherpreisen führen kann, um den zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion notwendigen Preisstand zu ermöglichen, ohne eine die übrige Wirtschaft übermäßig belastende Verteuerung der Lebenshaltungskosten zu verursachen. Reserven innerhalb der Absatzrationalisierung sind fast bei allen Lebensmitteln noch vorhanden. Nicht nur ist die Erfassung der Produkte beim Erzeuger noch vielfach unorganisiert, sondern es lassen sich auch bedeutende Ersparnisse innerhalb des Verteilungsapparats erzielen. Es sei nur daran erinnert, daß die Anzahl der Handelsbetriebe sich von 1907 bis 1925 um 52 % vermehrt hat, während die Bevölkerungszahl nur um 8 % gestiegen ist. Es ist also eine Übersetzung des Handels erfolgt, die sich als Teuerungsfaktor auswirken muß. Am durchschlagendsten kann man bei dem Abbau der Handelsspanne Erfolge erzielen, wenn die Zusammenarbeit zwischen den landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften und den städtischen Konsumgenossenschaften ausgebaut wird. Im Jahr 1926 betrug der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine mit landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften an Butter 63 % des Gesamtumsatzes. An dieser Zusammenarbeit waren aber leider größtenteils keine deutschen Genossenschaften beteiligt, sondern ausländische, besonders dänische. Die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften sind bisher nicht in der Lage gewesen ein genügend großes Angebot einheitlicher Qualitätsware zur Verfügung zu stellen. Außerdem besteht bei ihnen immer noch eine Art politischer Voreingenommenheit gegen eine Zusammenarbeit mit den Konsumvereinen. Der Weg zu einer Umstellung der Landwirte den Konsumvereinen gegenüber kann nur über eine systematische Aufklärung führen, die durch die Landwirtschaftsschulen und die Landwirtschaftskammern zu erfolgen hat. Dieses Ziel, das durch die geistige Entwicklung erst erreicht werden soll, liegt selbstverständlich in einiger Ferne. Man muß daher mit rascher wirkenden Maßnahmen eingreifen, um die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen zu vermindern. Dies ist auch möglich. Es sei nur an die Bestrebungen erinnert die Bäckerspanne, also die Differenz

zwischen Mehl- und Brotkosten, durch Verlegung der Großbrotherstellung aus den Kleinbäckereien in die Brotfabriken herabzudrücken, ferner an die gesetzlichen Bestimmungen das Brot nach gleichbleibendem Gewicht zu verkaufen, um den Verbrauchern eine Kontrolle über den Brotpreis zu ermöglichen. Der politische Kampf auf diesem Gebiet der Preisspannenverringering ist gewiß schwierig, er muß aber durchgeführt werden, denn nur auf diesem Weg ist es möglich den Erzeugern ausreichende Preise zu gewähren, ohne eine zusätzliche Belastung für die Verbraucher herbeizuführen. Auf diesem Gebiet ist aber bisher noch viel zu wenig gearbeitet worden, auch hat man versäumt die schon vorhandenen Grundlagen für die praktische Arbeit zu nutzen. Die Regierung hätte zum Beispiel mit viel größerer Energie die Brotpreisfrage, die Verbesserung der Absatzorganisation, die Einführung von Standards aufnehmen und durchführen müssen.

Eine besonders wichtige Voraussetzung für die Erhaltung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion ist in der Senkung der Erzeugungskosten der landwirtschaftlichen Betriebe zu suchen. Auch hier können nur allgemeine Gesichtspunkte gegeben werden, wobei auf den Vortrag Hermann Warmbolds auf der 61. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats hingewiesen werden soll. Warmbold, der von der Beibehaltung der bisher üblichen gemischten Nutzung des Bodens und von dem Anbau einer Mehrzahl von Kulturpflanzen innerhalb eines Betriebs ausgeht, sieht, im Gegensatz zu einer etwaigen Einführung von Monokulturen nach überseeischem Vorbild, eine Veränderung des Kulturartenverhältnisses in sehr vielen Betrieben als notwendig an, um die Voraussetzung für eine Produktionskostensenkung zu schaffen. Die leichten trockenen Sandböden müssen in Schafweide oder Wald, die zu nassen Böden in Grünland umgewandelt werden, so daß sich eine Einschränkung der Ackerflächen durch Ausscheidung der trockenen und feuchten Spitzen ergibt. Auf den Ackerflächen kann man die Produktionskosten ohne Erhöhung der Ernten nicht senken. Die in großem Umfang mögliche Ausdehnung von Weizen- und Gerstenbau darf aber nur dort erfolgen, wo die Erträge dieser Getreidearten in gleicher Höhe wie die bisherigen Roggen- und Haferernten erzielt werden können. Da die Produktionskosten des Hackfruchtbaus verhältnismäßig stärker gestiegen sind als die des Getreidebaus, muß man in den Betrieben mit so ausgedehntem Hackfruchtbau, daß dadurch zusätzliche, im übrigen nicht voll ausnutzbare menschliche und tierische Arbeitskräfte erforderlich werden, den Hackfruchtbau einschränken. Die Grünlanderträge müssen gesteigert werden, weil durchschnittlich viel zu wenig Heu im Winter verfügbar ist; nötigenfalls ist der Bedarf durch Anbau von Luzerne und Klee auf dem Acker zu ergänzen. In der Viehhaltung ist eine Produktionskostensenkung nicht möglich ohne Erhöhung der Leistungen des einzelnen Tiers. In der Milchviehhaltung können durch zweckmäßigere und intensive Fütterung und durch Verbesserung des Weidegangs die Leistungen gesteigert werden. Die Produktionssteigerung darf aber nicht durch eine Vermehrung der Zahl der Milchkühe sondern nur durch die Erhöhung der Leistungen der vorhandenen Milchkühe erzielt werden, da sonst keine Produktionskostensenkung möglich ist. Ähnliche Gesichtspunkte sind bei der Schweine- und Geflügelhaltung zu berücksichtigen.

Werden diese Voraussetzungen: Verstärkung des Anteils der Erzeugerpreise an den Kleinverkaufspreisen und Senkung der landwirtschaftlichen Er-

zeugungskosten, erfüllt, so wird der der Landwirtschaft zuzubilligende Preisschutz auch nicht so hoch werden, daß eine Verschlechterung der Lage der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung hiermit verbunden ist. Die Preisgestaltung wird so einzurichten sein, daß unter Berücksichtigung weitestgehender Rationalisierung jedenfalls die Bewirtschaftung der besseren Böden sichergestellt ist. Ob hierbei der Weg der Siedlung einzuschlagen ist, ist eine Frage, die einer besondern Untersuchung bedarf. Nur das sei hier bemerkt, daß das Preisniveau für landwirtschaftliche Produkte, das von der Allgemeinheit hingenommen werden muß, um die ostdeutsche Landwirtschaft kaufkräftig zu erhalten, schwerlich geringer sein wird, wenn die großen Güter durch kleinere Siedlungen ersetzt werden. Der Grund hierfür ist bereits erwähnt. Das Einkommen der ostdeutschen Landwirtschaft, ob groß oder klein, hängt von den Getreidepreisen ab.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse und damit der Sozialdemokratie ist es, trotz den bestehenden Schwierigkeiten in der agrarischen Preispolitik (die in der jetzigen Zeit, da das Parlament nahezu ausgeschaltet ist, besonders groß sind) nicht in eine fruchtlose Opposition zu verfallen sondern unter der Prämisse, daß die landwirtschaftliche Produktion im ganzen nicht eingeschränkt werden darf, zunächst zur Klarheit über den einzuschlagenden Weg zu gelangen, um dann positive Vorschläge machen zu können. Ein Rückfall in die Wirtschaftsdoktrin des Liberalismus ist völlig unangebracht, da die weltwirtschaftlichen Verhältnisse längst nicht mehr so gelagert sind, daß durch Freihandel eine Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion verbürgt oder auch nur ermöglicht wird. Nur durch eine planmäßige Agrarpolitik kann der Agrarproduktion und damit der Gesamtwirtschaft Deutschlands geholfen werden. Die Sozialdemokratie darf sich von ihr, die das ganze werktätige Volk angeht, nicht ausschließen.

FELIX STÖSSINGER · DEUTSCHLAND UND FRANKREICH · DIE GESCHICHTE IHRER ENTFREMDUNG

HANDELN ist leicht, denken schwer; nach dem Gedachten handeln unbequem.« Nicht umsonst hat Goethe diesen Satz in den Lehrbrief geschrieben, durch den Wilhelm Meister nach seinen Lehrjahren von der Romantik einer von Launen, Irrtümern und Hemmungen verwirrten Jugend dazu geführt werden soll die Realitäten zu erkennen und zu erfüllen. Ein Wilhelm Meister ist heute das ganze deutsche Volk, das unter Führung Heinrich Brünings den Sprung aus einer als richtig erkannten Theorie in die Wirklichkeit wagen soll. Der Gedanke der deutsch-französischen Verständigung ist geformt, und es ist nichts mehr an ihm zu verändern. Die Arbeit der Sozialistischen Monatshefte hat in anderthalb Jahrzehnten aus einem zuerst heftig bekämpften Postulat einen nahezu allgemein anerkannten Grundsatz geschaffen. Aber er wird heute weniger von seinen Gegnern als von den Lippenbekenntnissen vermeintlicher Anhänger kompromittiert. Das klare Bekenntnis zur deutsch-französischen Verständigung war einmal eine Tat, die früher sogar in den sinnlosen Verdacht des Verrats nationaler Interessen bringen konnte. Seine Entartung zu einer zu nichts verpflichtenden Formel ist aber heute mehr denn je eine nationale Gefahr. Es ist wahr, daß nach dem Gedachten handeln unbequem ist. Diese Unbequemlichkeit besteht aber heute nur im Verzicht auf Forde-

rungen und Anschauungen, die nicht aus einer Realität deutsch-französischer Gegensätze hervorgehen, sondern die geschaffen wurden, um die deutsch-französische Verständigung zu verhindern. Die noch immer mit einer Leporelloliste von Präliminarien den Völkern den Zugang zur Verständigung verwehren möchten, mögen in vielen Fällen nicht wissen, daß sie nicht Subjekte der Verständigungspolitik sondern Objekte einer überalterten und lebensunfähigen Verständigungsfeindschaft sind, die erst jetzt, unter dem deprimierenden Eindruck der ergebnislosen Londoner Konferenz, zu weichen beginnt. Diese Politik hat durch aufgeblähte Differenzen das deutsche Volk vom französischen getrennt. Will man wirklich die politische Einigung, so ist eins notwendig; dem deutschen Volk seine natürliche Sympathie für Frankreich zurückzugeben, die es sich während des ganzen Weltkriegs bewahrt hat. Und die ihm seit dem November 1918 durch Einflüsse Dritter genommen wurde.

Im Krieg, bis zum Waffenstillstand, ist Frankreich von Deutschland nicht gehaßt worden. Man betrachtete es als eine tragische Zwangsläufigkeit Frankreich zum Kriegsgegner zu haben; man war eigentlich sicher sich später schnell mit ihm zu vertragen. Wie unwahr ist doch die ganze Ideologie der "Erbfeindschaft", da sie nicht einmal während des Krieges die beiden Völker bestimmen konnte sich zu hassen. Nur eine kleine Minderheit in beiden Ländern war von dem Straßenrausch "Nach Paris!" und "A Berlin!" erfaßt. Keineswegs die Nationen. So etwas wie Haß empfand das deutsche Volk im Krieg nur gegen England; und die selben politischen Mächte, die nach dem Krieg Frankreich als Gegenstand des Hasses bestimmten, empfanden während des Krieges den Haß gegen England als eine für ihre Kriegspolitik unbequeme Volksstimmung. Mit Recht wird in der Umschau und Ausschau der Kölnischen Zeitung vom 21. September 1930 wie von einer verschollenen Vergangenheit gesprochen, wenn es da heißt, daß »wer sich der Zeit von damals noch genau erinnert, wissen wird, daß im November 1918 der Haß der Deutschen sich weit mehr gegen England als den Vater der Einkreisung und den zähen Verfechter des knock out richtete als gegen Frankreich«.

Der Haß gegen Frankreich entstand in Deutschland in dem Augenblick, in dem die angelsächsische Politik Deutschland versicherte, daß Waffenstillstand und Friedensvertrag französischen Ursprungs seien, und daß nur Großbritannien Frankreich von seinen schlimmsten Forderungen zurückzuhalten vermöge. Deutschland stand am Tag des Waffenstillstands an einem welthistorischen Scheideweg. Es konnte sich sofort für die Verständigung mit Frankreich entscheiden, in der Gewißheit, daß nur sie die unvermeidliche Härte der von uns gesuchten rein militärischen Entscheidung mildern, die Wiederherstellung friedlicher Beziehungen erleichtern, den Wiederaufstieg Deutschlands ermöglichen könne. Die entgegengesetzte Entscheidung mußte Deutschland zum Degen Englands und dadurch zum Gegner Frankreichs machen, das nach seinem Sieg plötzlich nicht einem gespannten Feind sondern einem aufgepeitschten, durch seine Ohnmacht erbitterten Gegner gegenüberstand. Auf die englische Seite treten, das hieß England die gewaltige Position einer Schiedsrichterstellung über Europa sichern. Dem entsprach es, daß England, getreu seinem jahrhundertealten politischen Hauptsatz, die Versöhnung der kontinentalen Hauptmächte verhinderte und durch scheinbare Begünstigung des besiegten Deutschlands (für das es tatsächlich auch nicht das Allergeringste tat) die Macht des neuen kontinentalen Führerstaats Frankreich zu schwächen suchte. England setzte die

Politik der Entzweigung des Kontinents auf die natürlichste Weise fort, indem es die Positionen seiner Schachfiguren vertauschte. Die Franzosen wußten auf Grund ihrer Kontinuität historischen Denkens und diplomatischer Tradition, welche Funktion Deutschland zu übernehmen sich anschickte: die des englischen Degens auf dem Kontinent. In den Sozialistischen Monatsheften ist das damals eindeutig ausgesprochen worden. Inzwischen haben es die Memoiren der Diplomaten bestätigt, besonders erschütternd die Georges Clemenceaus, der als "Vater des Sieges" aus seinem Herzen wahrhaftig keine Mördergrube macht, sich aber seiner Verantwortung für die Zukunft des Kontinents bewußt zeigte. Winston Churchill erzählt in *The World's Crisis*, wie er sich in der Nacht nach dem Waffenstillstand mit David Lloyd George darüber unterhielt, wie man Deutschland am besten helfen könne. Eine Hilfe, die im wesentlichen darin bestand Deutschland von Frankreich zu trennen, die Hungerblockade fortzusetzen und die unverzügliche Auslieferung der gesamten deutschen Kriegs- und Handelsflotte durchzuführen, wodurch das Sicherheitsproblem für England mit einem Federzug gelöst, aber für den Kontinent in seiner ganzen Dauerhaftigkeit konserviert wurde. Clemenceau hielt Lloyd George vor: »Seit dem Waffenstillstand sind Sie der Feind Frankreichs geworden.« Der Demagoge des Weltkriegs antwortete seelenruhig: »Well, was it not always our traditional policy?« Eine Tradition, deren Nichtexistenz der deutsche Freirechtslehrer Hermann Kantorowicz trotzdem nachweisen möchte. Noch am 7. Juni 1928 notierte Jean Martet das bittere Wort Clemenceaus: »Ich hatte ganz allein das Interesse des Kontinents zu vertreten. England und Amerika standen mir gegenüber.« Bedarf es wirklich immer wieder der Versicherung, daß Deutschland nach den Kriegsverwüstungen namentlich des Jahres 1918 gewiß einem schweren Frieden unter keinen Umständen entgehen konnte, daß es aber durch seine offenkundige Option gegen Frankreich die Franzosen geradezu zwang ihre Machtpositionen gegen Deutschland auf dem Kontinent so stark wie möglich auszubauen? Trotzdem ist die Zerrissenheit des neuen Europas nicht nur diplomatisch sondern auch ideologisch ein ausgesprochen englisches Werk. Daß »Präsident Wilson mehr zur Festsetzung des neuen Status, des neuen Europas beigetragen hat als irgendjemand anderer«, stellt Clemenceau in seinem Schlußbericht über Versailles, in dem Buch *Grandeurs et misères d'une victoire*, fest. Clemenceau zeigte gewiß keine Neigung Deutschland zu schonen, aber das Verlangen einer Annexion des Rheinlands wies er als »Verleugnung alles dessen, um was wir gekämpft haben,« zurück. »Ich wollte kein neues Elsaß-Lothringen mit Protestabgeordneten im französischen Parlament«, bemerkte er noch später im Gespräch mit Léon Bassée. Auch Foch hätte sich durch seinen Entschluß den Waffenstillstand überhaupt anzunehmen einen bessern Ruf in Deutschland verdient. Er weigerte sich entschieden »auch nur das Leben eines einzigen Soldaten« aufs Spiel zu setzen, um militärische Siege über Deutschland zu erringen oder gar den Waffenstillstand in Berlin diktieren zu können. Gegen den Wunsch des amerikanischen Generals Henry Allan lehnte er es aus Menschlichkeit ab der deutschen Armee ein Cannae zu bereiten, das strategisch bereits vorbereitet war und den Tod von Hunderttausenden deutscher Männer zur Folge gehabt hätte. Als der Oberst Edward Mandell House, der Vertrauensmann Wilsons, es für vorteilhafter hielt den Krieg gegen Deutschland fortzusetzen als einen Waffenstillstand zu gewähren, erklärte ihm Foch: »Niemand hat das Recht noch einen Tropfen Bluts mehr zu

vergießen.« In einem Brief vom 20. Oktober 1918 warnte Foch Clemenceau vor der Gefahr, die der Annahme des Waffenstillstands durch die Härte der englischen Marinebedingungen drohte. Wie wenig aber dieser Waffenstillstand dem amerikanischen Generalstab genügte, obwohl er das Ziel der Ausschaltung der deutschen Armee völlig erreichte, spricht der amerikanische Oberbefehlshaber John Pershing in seinen Kriegserinnerungen aus; er sieht den »großen Fehler der Waffenstillstandsbedingungen« darin, daß der deutschen Armee nicht die bedingungslose Kapitulation auferlegt, sondern der ehrenhafte Abzug unter Waffen gestattet worden ist. Das sind Tatsachen, die nur Unwissenheit oder Böswilligkeit bestreiten kann. Trotzdem wirft Helene Stöcker in der Deutsch-Französischen Rundschau vom November 1930, in einem Artikel, der, wie auch sonst in der Linkspresse üblich, für den nationalsozialistischen Wahlsieg vor allem das Ausland verantwortlich macht, grade den Franzosen den Waffenstillstand vor. Wäre es nicht Pflicht der Pazifisten dem deutschen Volk zu sagen, was ihm dieser Waffenstillstand nicht nur auferlegt sondern durch französische Hilfe auch erspart hat? Wer das Gegenteil tut, erschwert objektiv die Aussöhnung beider Völker.

In dem Augenblick nun, in dem sich Deutschland gegen Frankreich und für England entschied, nahm es, um den Engländern seine Eignung zu beweisen, schon im November 1918 den Propagandafeldzug gegen Frankreich auf. Niemals ist in Deutschland Ähnliches und gleich Verhängnisvolles an Verhetzung bewirkt worden wie in jenen Tagen, den wahren Geburtstagen des Hasses gegen Frankreich. Damals ist jene gefühlsmäßige Voreingenommenheit des deutschen Volks gegen Frankreich geschaffen worden, deren Gefangene die deutsche Politik heute noch ist.



AS sich damals in der Öffentlichkeit abspielte, ist dem Vergessen verfallen. Schon Anfang Dezember 1918 hat der Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands in einem Flugblatt gegen die Erfindung von Greuelthaten belgischer und französischer Soldaten durch die deutsche Presse protestiert. Die von Matthias Erzberger geleitete Waffenstillstandskommission wurde zum Hauptorgan der Hetze gegen Frankreich gemacht. Was sie an tatsächlichen Unwahrheiten und dann an sinnlosen Protesten gegen das Unvermeidliche vorbrachte, enthielt die Stichworte, die die Presse verarbeitete. Gemeinschaftsforderungen der Entente wurden als französische Forderungen bezeichnet und bekämpft, Forderungen rein englischen Charakters wurden stillschweigend hingenommen. Auch auf dem 2. Rätekongreß erregte die Stimmungsmache gegen Frankreich die Delegierten. Sie wiesen unter Protest gegen solche neue Verhetzung die Agitation der Waffenstillstandskommission zurück. Schon im Dezember 1918 bedeckte eine mit Millionen Goldmark subventionierte Plakatpropaganda Straßenzüge, Eisenbahnstrecken und Bahnhöfe Deutschlands. Laut dem Waffenstillstand sollten die deutschen Kriegsgefangenen erst nach der Ratifizierung des Friedensvertrags zurückkehren. Trotzdem beschuldigte eine gewaltige und maßlose Propaganda nicht etwa die Entente sondern wieder nur allein Frankreich, daß es auch nach dem Friedensvertrag die deutschen Kriegsgefangenen nicht freigeben, sie zu wöglichst lebenslänglicher Sklavenarbeit zurückhalten wolle. Die Parole "Frankreich führt die Sklaverei wieder ein" hat furchtbar gewirkt. Die Deutsche Republik scheute sich nicht sie zu subventionieren, obwohl doch Deutschland durch den Vertrag von Brest Litowsk ausdrücklich die Frei-

gabe russischer Gefangener selbst nach der Ratifizierung des Friedensvertrags verweigert hatte. In Wahrheit handelte es sich um ein Angebot Frankreichs den Wiederaufbau durch Sachleistungen Deutschlands in Form von Arbeitskraft sofort zu beginnen. Das Angebot war für Deutschland mehr als günstig. Heute wissen wir, daß in den Kriegsgefangenenlagern die Psychose erzwungener Muße und Lebensbeschränkung zermalmend war. Die sinngemäße Verwendung der Kriegsgefangenen zu Wiederaufbauarbeiten mit entsprechender Gutschrift auf das deutsche Reparationskonto wäre also ein verheißungsvoller Beginn neuer Gemeinschaft gewesen. Grade deswegen schäumte die Agitation dagegen auf, sie zerstörte den Wiedergutmachungsgedanken, schädigte Deutschland um Milliarden und vergiftete den Frieden.

Nun folgte eine Affäre der andern. Während die Überführung der gesamten Flotte nach Scapa Flow schweigend erfolgte, ja die Presse sogar die deutschen Matrosen abkanzelte, die angeblich durch die Versenkung der Flotte die Versöhnung mit England bedrohten, wurde jede französische Forderung mit einem Proteststurm gebrandmarkt und zurückgewiesen. Die Zerstörung Nordfrankreichs war als geniale Tat des Generalstabs gefeiert worden. Jede Aufforderung zum Wiederaufbau galt nun als französische Grausamkeit. Auch die politische Situation wurde nicht begriffen, die uns zwar Elsaß-Lothringen gemäß dem Willen der Elsässer und Lothringer nahm, aber dafür den Anschluß Deutsch Österreichs, durchgeführt durch die in den Sozialistischen Monatsheften verlangte großdeutsche Nationalversammlung, anbot. Die deutsche Politik wagte nicht den Anschluß Österreichs zu vollziehen, zu dessen Förderung der Verfasser dieses Aufsatzes einen Ausschuß begründet hatte, aus dem später der Deutsch-Österreichische Volksbund hervorging. Die Klage um den Verlust Elsaß-Lothringens mußte der ganzen Welt sinnlos erscheinen, die noch andere als deutsche Zeitungen las und daher wußte, daß der Einzug der französischen Truppen im Elsaß einem beispiellosen Triumph gleich, an dem, recht beschämend, auch neudeutsche Teile der Bevölkerung vorlauten Anteil nahmen. Dem deutschen Volk wurde dies von seiner Presse verschwiegen, die dafür nach der Abstimmung schrie (die man selbst immer verweigert hatte), weil es angeblich noch der Feststellung bedürfe, ob Elsaß-Lothringen zu Frankreich wolle. Die Berner Resolution der Zweiten Internationalen hatte erklärt, daß »die ersten Wahlen zum französischen Parlament den Charakter einer Volksabstimmung tragen werden«. Auch diese Erklärung hat die sozialistische und pazifistische Presse ein Jahrzehnt lang nicht verhindert zu versichern, daß die Unterlassung der Volksabstimmung eine Verletzung der Demokratie sei, Frankreich daher ein Feind der neuen Wilsonordnung. Hier hatten nun auch die Pazifisten glücklich den Haken gefunden, an dem sie ihre nicht minder verderblichen Anklagen gegen Frankreich aushängen konnten. Ende Dezember 1918 protestierten deutsche Intellektuelle gegen den Verlust von Straßburg. Die Debatte über Elsaß-Lothringen ruht jetzt, kann aber jederzeit wieder beginnen. Am 18. Oktober 1930 versicherte Bernhard von Brentano in der Frankfurter Zeitung in einer Antwort an die französischen Intellektuellen, daß »unter uns« Schriftstellern der Streit um Elsaß-Lothringen liquidiert sei. Gleichzeitig rechtfertigt aber der Artikel die Annexion von 1871 mit der Bemerkung, daß Elsaß-Lothringen damals »mindestens zur Hälfte deutsch war«. Also die alte Streitverfälschung wird hier fortgesetzt. Denn schließlich war und ist nicht der sprachliche oder der "rassische" Charakter des Volks maßgebend, sondern allein sein Zusammen-

gehörigkeitswille. Jetzt noch die Annexion von 1871 mit dieser Begründung zu rechtfertigen beweist nur, wie wenig Verlaß für Frankreich darauf ist, daß auch »unter uns« demokratischen Intellektuellen das Problem begriffen, die Vergangenheit liquidiert ist. Durch diese ganze Agitation wurde die Überzeugung allgemein, daß Frankreich uns sinnlos quäle. Einen Niederschlag solcher Stimmung findet man in den Reden Gustav Stresemanns, der am 25. November 1922 als Abgeordneter und am 9. August 1923 als der Reichskanzler der Ruhrliquidation Betrachtungen über den Haß Frankreichs gegen Deutschland anstellte. Die Erklärung für die französische Erbitterung gegen Deutschland fand er nicht darin, daß Deutschland als Degen Englands die Politik der Nachkriegszeit als Fortsetzung des Weltkriegs betrieb, sondern er begnügte sich unter großem Beifall mit der Feststellung, daß Frankreich »seinen Weg der Zerstörung, des Hasses und des Sadismus« gegangen sei. Wenn es 1931 nicht mehr möglich ist in solchen sinnlosen Behauptungen die Tragödie der deutsch-französischen Politik vom Redepult des Reichskanzlers aus zu charakterisieren, so ist das gewiß ein Verdienst Stresemanns selbst, der allmählich zu besseren Einsichten kam, ohne freilich die deutsch-französische Verständigung über die von England gestattete Grenze hinauszuführen. Darin liegt auch die Begrenzung seiner Leistung. Er hatte den Rubicon in ein neues Europa noch nicht überschritten. Deswegen fand sich die deutsche Außenpolitik nach seinem Tod noch immer auf falschem Boden, die Arbeit des Flußübergangs steckte erst in den Anfängen und muß nun, nach dem Fiasko der Londoner Konferenz und vor dem Besuch Pierre Laval's und Aristide Briand's in Deutschland, von Heinrich Brüning bewerkstelligt werden.

Ihr nächstes großes Kapitel erhält die Genealogie der deutschen Feindschaft gegen Frankreich durch die Geschichte des Reparationskriegs, in dem Deutschland, durch England verblindet, alle Vorteile, die die Verständigung mit Frankreich bot, ausschlug und eine Politik des Abenteuers verfolgte, die kostspieliger war als der Weltkrieg selbst. Erst ganz allmählich dringt es in das Bewußtsein einer wachsenden Minderheit, daß der Neue Plan vom Haag, dem Owen Young seinen Namen gegeben hat, deutsche Zahlungen festsetzt, von denen etwa 85 % für die Vereinigten Staaten von Amerika bestimmt sind. Ein so großer Anteil der Beträge, die Deutschland zu leisten versprochen hat, wird allen europäischen Gläubigern einschließlich Frankreichs nur eine Sekunde lang wie in einem Film gezeigt, und dann wandern diese Beträge sofort in das amerikanische Schatzamt, wo sie zur Bezahlung amerikanischer Exporteure verwendet werden, deren Forderungen von der amerikanischen Nation für ihre Geldfürsten vorausbezahlt wurden. Auch in diesem Reparationskrieg war Deutschland seinen Gläubigern keineswegs gebunden ausgeliefert. Aktive Beeinflussung seines Geschicks war ihm nicht genommen. Frankreich ist zwar der Hauptgläubiger Deutschlands, aber auch der Hauptschuldner Amerikas. Infolgedessen ist die Gemeinschaft der kontinentalen Schuldnerstaaten zur Erzwingung der Streichung der interalliierten Schulden für Deutschland die gegebene Politik, die allerdings niemals anders als durch eine wirkliche deutsch-französische Zusammenarbeit bewirkt werden kann. Das setzte wieder voraus, daß Deutschland darauf verzichtete als Degen Englands gegen Frankreich zu funktionieren. Deutschland hat sich nicht dazu entschließen können, und so wurde es von England in eine Oppositionsstellung gegen Frankreich hincingepeitscht, die politisch der englischen Schiedsrichterstellung, wirtschaftlich dem englischen Export diene. Noch bis

auf den heutigen Tag wagt die offizielle Politik nur schüchtern Amerika als den eigentlichen Empfänger der deutschen Tribute zu bezeichnen. Dagegen setzt sie willkürlich das Wort Tribute auch dort ein, wo sie Reparationen meint. Als Stresemann in einem Augenblick der Leidenschaft in einer improvisierten Rede Amerika als den Nutznießer des Weltkriegs bezeichnete, belehrte ihn ein Sturm der angelsächsischen Presse darüber, daß er nicht gleichzeitig der anonyme Juniorpartner und der öffentliche Ankläger der angelsächsischen Politik sein könne. Deutschland mußte, durch seine eignen politischen Dogmen festgelegt, alle Reparationsangebote Frankreichs und die für Deutschland entschieden vorteilhafteren Thesen der französischen Reparationspolitik zugunsten der für Deutschland gradezu vernichtenden englischen zurückweisen. Frankreich war gegen eine definitive Fixierung der Gesamtschuld, die ja allein für Amerika von Vorteil ist, aber für Sachleistungen größten Stils. Das war auch das von Jacques Seydoux und Yves Le Trocquer vertretene Sachlieferungsprogramm der Regierung Poincaré. Deutschland machte sich in dem Angebot vom 24. April 1921 unter Umgehung Frankreichs in einer Mitteilung an den Präsidenten Harding erbötig 50 Milliarden Goldmark zu bezahlen und außerdem die Schulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten, von deren Höhe es offenbar keine rechte Vorstellung hatte. Gleichzeitig verfolgte es Frankreich gegenüber die Politik 0 Goldmark bar und 0 Goldmark Sachlieferungen zu leisten. Daraus entstand der Ruhrkrieg, der nun wieder eine neue gewaltige Erbitterung der Nationen gegen einander zur Folge hatte. Von allen Unwahrheiten, die damals verbreitet wurden, ist kaum eine richtiggestellt, kaum eine vom öffentlichen Bewußtsein aufgegeben worden. Wie Rudolf Keller in einer vor kurzem veröffentlichten, an zutreffenden Bemerkungen reichen Schrift Deutschland und Frankreich feststellt, hat zum Beispiel die Deutsche Allgemeine Zeitung unter der Schlagzeile Geplantes Gemetzel im Ruhrgebiet versichert, Poincaré plane die Niedermetzlung von 200- bis 300 000 friedlichen Menschen, und hinzugefügt: »Das würde dem französischen Militarismus eine höchst angenehme Beschäftigung bieten und die französische Politik ihrem Ideal einen Schritt näherbringen.« Diese Nachricht hat die Deutsche Allgemeine Zeitung niemals widerrufen. Heute liebt man es diese Pressekampagne als eine Ruhrkriegspsychose zu bezeichnen: als ob die Erzeugung dieses Zustands durch eine völlig verfehlte Politik ihn entschuldigte. Die Reparationssabotage hat Deutschland nicht nur wirtschaftlich geschädigt sondern noch viel mehr geistig: Die Nation wurde um die Fähigkeit gebracht zu verstehen, was überhaupt geschieht. Nur so ist es möglich, daß Tatsachen von absoluter Eindeutigkeit auf den Kopf gestellt werden können. Nachdem Frankreich mehr als ein Jahrzehnt in aller Öffentlichkeit in vielen Parlamentsreden und ungezählten Leitartikeln für die Streichung der Kriegsgewinnlertribute gekämpft hat, die Amerika von Europa fordert, nachdem es durch das Sondermemorandum vom 7. Juli 1929 Deutschland durch eine Beteiligung an der Streichung der amerikanischen Tribute interessiert hat, sollte man doch glauben, die deutsche Öffentlichkeit hätte endlich begriffen, daß Frankreich und Deutschland das gleiche Interesse an der Herabsetzung der europäischen Tribute haben, die freilich nicht mit den Reparationszahlungen verglichen werden dürfen. Als aber Hjalmar Schacht auf seiner Agitationsreise in Amerika sofort auf die entschiedenste Ablehnung der Amerikaner ein Moratorium oder Nachlässe auf die Kriegsgewinnlerrechnungen zu gewähren stieß, gegen das sich ja grade Amerika

bis zum Juni 1931 am hartnäckigsten gewehrt hatte, veröffentlichte die Berliner Zeitung am Mittag vom 21. Oktober 1930 einen Brandbericht über die Moratoriumsverhandlungen, über den sie schrieb: »England dafür — Frankreich dagegen.« Und das im Zeichen der im Haag geglückten Verständigung Deutschlands mit Frankreich über den Nachlaß an Deutschland auf Grund des Nachlasses von Amerika an Frankreich. So arbeitet ein riesiger Apparat seit 13 Jahren gegen die Verständigung, die gleichzeitig rhetorisch als das einzige Heil gepriesen wird. Wer sich noch nachträglich darüber orientieren will, welche Verwirrungen der deutsche Reparationskrieg bei uns selbst angerichtet hat, den brauchen wir nicht auf die fortlaufende Darstellung der Ereignisse in den Sozialistischen Monatsheften zu verweisen, wir besitzen in dem Buch Carl Bergmanns *Der Weg der Reparationen* einen Führer, der auf Schritt und Tritt auf Grund amtlicher Kenntnisse und Erlebnisse des Verfassers als Leiter der Kriegslastenkommission für die Richtigkeit unserer Auffassung zeugt. Eines zeigt die Geschichte dieser Jahre bis auf den heutigen Tag überdeutlich: Deutschland ist durch seine eignen Fiktionen gefesselt, das Opfer eines künstlich aufgepeitschten Hasses, das Objekt all der aufgehetzten Ideologien, durch die Nebenfragen zu Hauptfragen, Mißverständnisse zu Gegensätzen, scheinbare und echte Gegensätze zu Lebensfragen geworden sind. Der an vielen Stellen ehrliche Wille zu einer deutsch-französischen Verständigung zu gelangen scheiterte bisher stets daran, daß in dieser Stimmung sehr begreifliche Schwierigkeiten den Charakter unüberwindlicher Gegensätze erhalten haben.



DER Vertrag von Versailles ist eine Tatsache. Es ist immer das Zeichen einer schwächlichen Politik, daß sie durch scheinradikale Forderungen eine Beseitigung bestehender Verhältnisse "fordert", während ihr die Kraft fehlt das Nötige zu tun, um die Realität von innen heraus umzugestalten und dadurch zu überwinden. Diese Art der Politik bekämpfen bedeutet nicht sich mit der Tatsache von Versailles abfinden sondern sie von innen heraus auflösen.

Alle politischen Verhandlungen der letzten Monate und Jahre zeigen, daß kein Land der Welt, auch nicht Frankreich, die in Versailles geschaffenen Rechtsverhältnisse als endgültig annimmt. Die französische Politik kennt den Übergangscharakter der heutigen Verhältnisse genau. Sowohl die Politik der Abrüstung nach Sicherheit wie der französische Europaplan lassen das erkennen. Dem französischen Denken ist es allerdings gemäß Ordnungen zwar nicht ewigen Charakter zu geben, aber ihre Festigkeit als Ausgangspunkt zu einem neuen Werden zu benutzen. Grade die von Lassalle geschulte Sozialdemokratie sollte wissen, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind, und daß daher die europäische Verfassung, die in Versailles gegeben worden ist, in der Periode des Übergangs von einem balkaniserten zu einem geeinten Europa eine Machtrealität ist und damit eine ordnende Kraft. Die Aufgabe der deutschen Politik ist es das, was durch die antifranzösische Option im November 1918 versäumt worden ist, allmählich wieder gutzumachen. Leider hat bisher in den entscheidenden Fragen: Sicherheit, Abrüstung, Europaordnung, Deutschland stets für die englische Auffassung optiert und das ganze Volk gegen die französische ideologisch mobilisiert. Das Genfer Protokoll ist von einer gewaltigen Mehrheit europäischer Staaten angenommen worden und war bestimmt die Magna Charta der kontinentalen Sicherheit und Abrüstung zu werden. Eben aus diesem Grund ist es von England oder,

wie die Frankfurter Zeitung in einem Augenblick der Erbitterung versicherte, von Chamberlain mit einem Fußtritt beseitigt (aber auch von MacDonald nicht wieder aufgenommen) worden. Lassen wir die elastischen Begriffe der Moral und des Rechts aus dem Spiel, so hat die Tatsache der französischen Rüstung keinen Charakter, der Deutschlands Lebensinteressen heute bedrohen könnte. Frankreich trägt seine Rüstungskosten wahrhaftig unwillig genug, aber seine Rüstung ist nicht etwa gegen Deutschland gerichtet sondern dient dem Schutz des gesamten Kontinents. Immer ist Europa gefährdet, wenn eine europäische Macht England als Kontinentaldegen zur Verfügung steht. Die Vorstellung, daß Europa in der Art eines Trusts organisiert werden könnte, in dem die eingebrachten Werte von 1931 die Stellung der Einzelmächte für alle Zeiten bestimmen werden, bezeugt einen erschütternden Mangel politischen Denkens. Das neue Europa kann nur eine Gemeinschaft des Schaffens sein. In ihm wird die Machtposition eines jeden Mitwirkenden der Bedeutung seiner Leistungen für die Gemeinschaft entsprechend steigen und fallen. Es heißt von der Macht einen sehr abstrakten Begriff haben, wenn man den Imponderabilien des Schaffens so wenig vertraut. So wie manche in Deutschland aber die Frage stellen, wird die Zusammenarbeit für Europa sofort zu einem Machtkampf, der weniger die Zukunft als den weit überschätzten Ausgangspunkt zum Inhalt hat.

Freilich glaubt man nicht nur Macht- sondern auch Geistgründe für seine Forderungen zu haben. Man liebt es Deutschland die Rolle des dynamischen, labilen Prinzips, die Rolle einer zukunftssträchtigen Jugend zuzuschreiben, Frankreich dagegen zum Träger des statischen, beharrenden, konservativen Prinzips zu machen. Die Einbildung, daß Frankreich die Vergangenheit, Deutschland die Zukunft bedeute, ist seit Jahren zur beliebtesten Repertoirenummer im Programm deutsch-französischer Auseinandersetzung geworden. Auch Persönlichkeiten, die das Gegenteil wollen, schleppen solche gedankenlosen Phrasen mechanisch nach. So Colin Roß, in einem an sich wohlmeinenden Artikel der Vossischen Zeitung vom 26. April 1931, der die deutsch-französische Zusammengehörigkeit propagiert, aber sich die 1931 augenscheinlich zeitgemäße Bemerkung nicht versagen kann, daß Deutschland die Jugend, die Zukunft, das Erneuern, der Sturm, Frankreich das Alter, die Vergangenheit, das Bewahren, die Ruhe ist. Wie beide Völker schon im nächsten Satz des Artikels »Zwillinge« so ungleichen Alters werden können, bleibt ein biologisches Phänomen.

Wieder, wie seit 13 Jahren, ist der politische Kampf in einen ideologischen umgeschlagen, der uns an der Austragung des politischen verhindert. Die Genealogie der deutsch-französischen Entfremdung umfaßt eine Reihe nicht nur politischer sondern auch ideologischer Kapitel, deren Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann. Der Kampf gegen den französischen Sprachunterricht, der im Ruhrkrieg an 2. Stelle hinter den englischen gesetzt wurde, obwohl in der Zukunft der Deutsche, dort wo er arbeiten und verkaufen kann, viel mehr mit französisch als mit englisch Sprechenden zu tun haben wird, ist nach jahrelangen Kämpfen nunmehr zugunsten des Französischen entschieden worden. Den abgeschlagenen Hydraköpfen wachsen aber stets neue nach. Das vorläufig letzte Kapitel dieses Kampfs versichert also Deutschland des Ruhms der Träger des europäischen Gedankens zu sein und beschuldigt Frankreich diesen Europagedanken nicht zu begreifen und seine Verwirklichung zu verhindern. Aber, so heißt es, Frankreich verhindert das neue

Europa nicht nur durch seine imperialistische Diplomatie sondern auch durch sein, ihm tief verwurzelt Unvermögen über seine eignen Grenzen hinaus die Tatsache Europa zu erkennen. Es dient gewiß der Erkenntnis der Dinge, wenn politische Differenzen auf ihren geistigen Ausgangspunkt zurückgeführt werden. Hier wird aber die Eindeutigkeit der politischen Situation durch die ideologische Analyse verfälscht. Die antifranzösische Politik Deutschlands entzieht sich dem Zugriff der Logik, indem sie sich hinter eine künstlich vernebelte Soziologie versteckt. Es ist bemerkenswert, daß Frankreich nicht von den eigentlichen Trägern und Sprechern des Europäischen Gedankens sondern von denen, die ihm reichlich spät und widerwillig folgten, des Mangels an europäischer Gesinnung geziehen wird. Wieder geht durch alle deutschen Parteien und Anschauungskreise eine gemeinsame Parole. Und wiederum ist an dieser Parole nichts anderes bemerkenswert als die Gemeinschaft, die sich in solchem Fall auch zwischen den schlimmsten politischen Gegnern in Deutschland einstellt.

Schon seit dem November 1918 bot die Stimmungsmache gegen Frankreich die Möglichkeit die verschiedensten politischen und ideologischen Gruppen der deutschen Öffentlichkeit auf einer gemeinsamen Basis zu vereinigen. Die Gründe zur Gegnerschaft gegen Frankreich waren verschieden. Die Wirkung war aber die einer kollektiven Einmütigkeit. Die Nationalisten hatten an Frankreich die Überlegenheit seines Generalstabs über den deutschen und den spezifisch französischen Charakter des militärischen Siegs der Entente zu rächen. Wie sehr in diesem Kampf des Nationalismus gegen Frankreich der verletzte Stolz des Militärs eine Rolle spielt, beweist die Hartnäckigkeit, mit der die Nationalisten bis auf den heutigen Tag die Tatsache eines französischen Siegs in Abrede stellen. Noch 1931 findet sich in der von der Hamburger Börsenhalle für Export und Import herausgegebenen Zeitschrift *Hamburger Handel* in einem Aufsatz über die Kaufkraft des Goldes die gewiß nicht dazugehörige Bemerkung, daß die Franzosen »den Rausch der Zufallssieger noch nicht überwunden haben«. Unter dem Druck der nationalistischen Parolen haben auch die bürgerlichen Parteien und die republikanische Linke, bis weit in die Sozialdemokratie hinein, in diesem Sinn agitiert. Die Sozialdemokratie hat lange die Bedeutung Frankreichs im neuen Europa völlig unterschätzt. Sie stand im Bann einer völlig überholten Anschauung von der gottgewollten angelsächsischen Suprematie, und durch eine scheinmarxistische Analyse kam sie zu der Feststellung, daß Frankreichs Machtstellung ephemer sei, da hinter dieser militärischen Zufallsmacht nur ein konsumierendes Rentnerland stünde. Wer in der Sozialdemokratie ahnte 1920, daß Frankreich um 1930 nicht nur militärisch und politisch sondern auch an innerer Konsolidierung und finanzieller Eigenkraft das bestfundierte Land der Welt sein würde? Ungestört durch die vernichtende Kritik, die Marx und Engels am »Despoten des Weltmarkts« übten, hat die Sozialdemokratie wesentlich dazu beigetragen in den deutschen Massen den Irrglauben zu züchten, daß England die deutsche Produktionskraft kräftigen wolle. Die Pazifisten und die radikalen Demokraten wiederum bekämpften Frankreich als das Land des Militarismus, der Generalsherrschaft, der Reaktion. Die bolschewistische Autokratie erkannte rechtzeitig in Frankreich ihren einzigen wirklichen Gegner, weil Frankreich ein weltpolitisch starkes Rußland wünschen muß, das unter bolschewistischem Regime nicht erstehen kann. Schon im Jahr 1918 peitschte der Bolschewismus den deut-

schen Nationalismus auf, indem er ihm einen Revanchekrieg am Rhein in Aussicht stellte. An allen diesen Dingen hat sich bis auf den heutigen Tag im Grunde nicht allzu viel verändert, und da die überlegene Geistigkeit, mit der Frankreich den Bolschewismus behandelt, sich nicht verändern wird, wird sich auch an der Kampfposition der von dem Bolschewismus beeinflussten deutschen Gruppen gegen Frankreich wenig ändern. Die deutsche Presse aber geniert sich nicht ganz offen antifranzösische Verleumdungen der Bolschewisten zu übernehmen. Im politischen Kampf wird gewiß viel gelogen. Es ist aber besonders schmerzlich feststellen zu müssen, daß grade die Kölnische Zeitung (die bei aller ausgesprochenen Stellungnahme sonst immer politisch anständig und in der Berichterstattung objektiv, daher eine treffliche Informationsquelle ist) am 3. Dezember 1930 es fertig brachte zu erklären, daß wir in Deutschland keinen Grund hätten die bolschewistischen Verleumdungen Frankreichs unbenutzt zu lassen. In einem Berliner Telegramm forderte sie gradezu auf den Kriminalroman Krylenkos über die angebliche Verschwörung der Angeklagten Ramsin und Genossen mit französischen Ministern zum Zweck eines Interventionskriegs nicht gar zu genau zu analysieren, da sein Material sonst als Kampfmittel gegen Frankreich entwertet werden würde. Es ist längst nicht mehr möglich bei jeder einzelnen Äußerung gegen Frankreich festzustellen, ob sie von ganz rechts oder von ganz links kommt. »Frankreich ist heute das größte Hemmnis für den Kulturfortschritt.« Stammt das von Goebbels oder von Sieburg? Nein, von Walter Schücking, am 25. November 1930. »Frankreich ist das größte Hindernis für die Entwicklung.« Steht das in der Kreuzzeitung? Nein, in der Frankfurter Zeitung vom 21. Januar 1930. Frankreich hat den »ersten tiefen Einbruch« in den Versailler Vertrag begangen, indem es im Gegensatz zum Abstimmungsergebnis Oberschlesien zerrissen hat. Steht das in dem Organ des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände? Nein, in dem Organ der Deutsch-Französischen Gesellschaft, obwohl seit Jahren oft genug, zuletzt im Tagebuch vom 21. Februar 1931, festgestellt worden ist, daß die Teilung Oberschlesiens streng nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags erfolgt ist. Man mag diese Bestimmung des Versailler Vertrags, von der man weiß, daß sie Woodrow Wilson gewünscht hat, in jeder geeigneten Weise bekämpfen. Aber zu behaupten, daß durch die Ausführung dieser Vertragsbestimmung in den Vertrag ein »Einbruch« von Frankreich bewirkt worden sei, das ist eine grobe Unwahrheit.

IN den letzten Jahren hat sich in Deutschland ein neuer Typus von Politikern entwickelt, die angeblich die deutsch-französische Verständigung betreiben. Sie erklären, daß sie das neue Europa wollen, aber daß es nicht möglich sei Frankreich für diese Politik zu gewinnen. Frankreich ist ihrer Ansicht nach noch nicht so weit Europa als eine Tatsache anzuerkennen wie Deutschland. So erschien in der Deutsch-Französischen Rundschau im April ein Artikel Edgar Stern-Rubarths, der schon im Titel provozierend verkündet: »Frankreich entdeckt Europa.« In diesem Artikel heißt es, daß den Franzosen der Begriff Europa erst »eingehämmert« werden mußte. Zur Aufnahme der Konzeption Europa gäbe es in Frankreich Hindernisse »wie in keinem anderen Lande«, Europa werde von den Franzosen »auf dem Wege über Deutschland wenigstens entdeckt«. Damit werden alle Tatsachen auf den Kopf gestellt. Sollte wirklich Frankreich eines andern Landes bedürfen, um Europa zu

entdecken? Wie gering sind doch die Kenntnisse dieser neuen Europakünder, daß ihnen nicht einmal bekannt ist, wie sehr die Europapolitik Frankreichs organisch aus seiner politischen und vor allem aus seiner geistigen Tradition hervorgeht. Gewiß hatte die historisch nicht einmal sicher dokumentierte Europapolitik eines Heinrich IV imperialen Charakter. Aber einen Abbé de Saint-Pierre, Rousseau, Saint-Simon, Victor Hugo, Renan, Zola, Jaurès beschuldigen wollen, daß sie unter Europa nur ein vergrößertes Frankreich verstanden haben, das wäre weniger ein politischer Gedanke als ein Stück Unbildung. Und vor allem: Hat nicht Napoléon auf Sankt Helena den Europäern als Vermächtnis und als Postulat hinterlassen, daß sie sich in nationaler Selbstbestimmung föderativ zusammenschließen sollen? Einem Land wie Frankreich, das bereits vor dem Krieg eine solche geistige Europa-tradition besaß, vorzuwerfen, daß es Europa sozusagen erst durch die (sehr sympathische) Propaganda Coudenhoves kennengelernt habe, ist bestenfalls drollig. Sollten es nicht diese Jungeuropäer selbst sein, die erst sehr allmählich (leider aus 2. und 3. Hand) den Kontinentalgedanken der Sozialistischen Monatshefte empfangen haben? In den Sozialistischen Monatsheften wurde gegen alle diese neuen Europäer nachgewiesen, daß auch die Politik Clemenceaus und Poincarés stets die Notwendigkeit kontinentaler Konsolidierung und die Überwindung der europäischen Spaltung in Mächte, die von England gefördert, und in solche, die von England bekämpft wurden, angestrebt habe. Und waren es nicht grade französische Dichter, Denker und Politiker, die Jahre, ja Jahrzehnte hindurch hier jenen Deutschen gegenübergestellt werden mußten, die den Gedanken Europa als Utopie bezeichneten, und die uns darüber belehrten, daß Europa keine andere Einheit sei als eine geographische? Im übrigen hat die Kontinentalpolitik der Sozialistischen Monatshefte schon 1920, als diese frischgebackenen Europäer noch sehr weit davon entfernt waren sie zu begreifen, einen dichterischen Niederschlag in dem Thesenroman Paul Reboux' *Les drapeaux* gefunden, der auch deutsch unter dem Titel *Der einzige Weg* erschien, und in dem die Kontinentalpolitik von Personen dieses Romans, die sich die Thesen der Sozialistischen Monatshefte gegenseitig mitteilen, diskutiert, von den Helden des Romans gelebt wird. Die Beschäftigung Frankreichs mit dem Problem Europa im Sinn und in der Formung, die dieses Problem durch die Kontinentalpolitik erhalten hat, war wesentlich gründlicher als sie leider noch jetzt bei uns ist.

Die neue große Entdeckung der deutschen Verständigungspolitiker besteht also darin Frankreich als unfähig zu erkennen den europäischen Zusammenschluß zuzulassen. Gewiß ein neuer Grund Frankreich als Störenfried hinzustellen. Das ist auch die Hauptthese des Buchs *Gott in Frankreich?* von Friedrich Sieburg. Ich falle in Sachsen mit meiner Armee ein, erklärte Friedrich II, und meine Professoren werden nachträglich die Kriegsgründe angeben. Nicht viel anders ist die Ideologie dieser Art Verständigungsfreunde zu bewerten. Der deutsche Nationalismus (der in seiner Enge das nationale Interesse Deutschlands nicht erkennt) sträubt sich gegen eine Verständigung mit Frankreich, und die Sieburg liefern ihm 10 Jahre später die Gründe dafür. Was Sieburg und die Frankfurter Zeitung an Frankreich als antieuropäisch bekämpfen, ist in Wahrheit niemals etwas anderes als der Widerstand Frankreichs gegen die Entwaffnung und die Produktionsstörung Europas durch das Angelsachsentum, das zu diesem Zweck die Balance-of-power-Doktrin aufgestellt hat. Weil sich Frankreich gegen die Bevormundung

unseres Kontinents durch die angelsächsischen Imperien mit Erfolg wehrt, wird es beschuldigt Europa nicht zu begreifen. Europa als englische Juniorpartnerschaft ist freilich ein Gedanke, den Frankreich zwar sehr gut begreift, aber entschieden ablehnt. Alles, was nun an Gründen hervorgeholt wird, um die Schwierigkeit der deutsch-französischen Verständigung zu erklären, ist nichts anderes als ein Aufhäufen von Schwierigkeiten, um die Verständigung zu verhindern. In einer Frankreichsondernummer des Organs des Neuen Nationalismus *Der Ring* (einer Zeitschrift von nicht geringem geistigen Niveau, die durchaus zu tiefgehender Diskussion der Probleme neigt, daher auch, weit entfernt von gedankenarmer Intransigenz, zu einer Verständigungspolitik bereit wäre) erklärte Gustav Krukenberg am 16. November 1930, daß jede Verständigung mit Frankreich und jede Zusammenarbeit »auch im kleinsten Sitzungszimmer« an der Kriegsschuldfrage scheitere. So? Warum scheitert denn nicht auch jede Verständigung mit England und jede Zusammenarbeit auch im größten Sitzungszimmer, etwa in den Beratungssälen von Spa, Genua, Genf, auch an der Kriegsschuldfrage? Hat denn die englische Politik nicht jeden Versuch Deutschlands zu einer Berufungsverhandlung in der Kriegsschuldfrage zu kommen genau so kräftig abgelehnt wie Frankreich? Und ist es nicht bekannt, daß es der Puritaner Woodrow Wilson war, der Wert darauf gelegt hat die Schuld Deutschlands am Krieg festgestellt zu sehen? Dieses Beispiel zeigt, wie sehr Differenzen zwischen Deutschland und den anderen Ländern der frühern Entente, nun auf Frankreich reduziert, künstlich zur Erhaltung deutsch-französischer Differenzen konserviert werden. Dazu gehört auch der, besonders von Friedrich Sieburg und seinen Geistesfreunden ausgehende, Vorwurf, daß sich Deutschland gegen den französischen Missionsgedanken verwahren müsse. Als ob dieses Deutschland, das sich auf allen Gebieten von Grund auf anglisieren möchte, wirklich von Franzöisierung bedroht würde. Es ist unrichtig Frankreich einer besondern Begehrlichkeit in dieser Hinsicht zu beschuldigen. Grade Frankreich hat die Überzeugung von der Kraft stiller und passiver Wirkung. Die angelsächsische Welt, besonders das amerikanische Puritanertum, hat dagegen den fanatischen Willen andere Völker zu seinen Anschauungen zu zwingen. Gewiß hatten die Kriege der Großen Französischen Revolution auch einen missionären Charakter, aus dem ja schließlich das ganze neue Deutschland entstanden ist. Aber das Missionärhafte war nur eine Begleiterscheinung dieser Kriege, die ihrem Wesen nach Kriege zwischen Frankreich und den englischen Degen auf dem Kontinent waren. Daß die Französische Republik und Napoléon alle ihre Kriege bewußt als Kriege der Verteidigung der Großen Revolution gegen England führten, sind Tatsachen, die auch neuere Autoren von Frankreichbüchern endlich zur Kenntnis nehmen könnten. In der Regel wiederholen sie über diesen Geschichtsabschnitt immer noch das, was in der Schule gelehrt wird.

A LLE solche Untersuchungen über Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich führen zu gar nichts. Es ist nicht die Aufgabe die Gleichheit der beiden Völker zu finden sondern die Möglichkeit gemeinsamen Wirkens festzustellen. Je gründlicher Wesen, die einander ähneln, durchforscht werden, um so größer bieten sich ihre Differenzen dar. Zur Sabotierung der deutsch-französischen Verständigung kommt man, indem man diese Differenzen aufweist, ohne die Notwendigkeit zu zeigen, die sich auch darum für die Zusammenarbeit ergibt.

Es hat sich in der deutschen Publizistik, und grade der Linken, die Gepflogenheit herausgebildet, daß man über Frankreich in einem merkwürdig überheblichen, manchmal herablassenden Ton schreibt. Es spielen da konventionelle Vorstellungen mit, die nie geprüft, stets übernommen werden. Sie führen zu Behauptungen und Auslassungen, die ebenso sinnlos wie kleinlich sind.

So verbreitet das Wolffsche Telegraphenbureau einen Artikel, laut dem Berlin die drittgrößte Stadt der Welt und die größte des Kontinents ist, obwohl beides auf Paris zutrifft, das mit 5,8 Millionen Einwohnern Berlin um 1½ Millionen übertrifft: eine Zahlenangabe, die aus dem neuen Brockhaus noch nicht ins Wolffsche Telegraphenbureau gelangt ist. Die Vossische Zeitung nennt am 23. September 1930 »Amerikas Tennis in diesem Jahr unerreicht«, obwohl Amerikas Tennis in jenem Jahr, und nicht etwa nach dieser Zeitungsbemerkung sondern schon Monate vorher, von Frankreich im Endkampf um den Davispokal vernichtend geschlagen worden war. Auch den Endkampf 1931 um den Davispokal begleitete wieder die Sportkritik mit Bemerkungen, die ausgesprochen animos gegen Frankreich waren, obgleich man beim besten Willen den französischen Sieg nicht bestreiten konnte. Wo bleibt da das Schönste am Sport: der Sportgeist, die völlig ungezwungene Anerkennung der Leistung um der Leistung willen? Der Berliner Lokalanzeiger prophezeit am 15. März 1931 der deutschen Mannschaft des Länderfußballspiels den Sieg, weil »Frankreich in einer europäischen Rangliste seinen Platz etwa an 9. oder 10. Stelle fände«. Trotzdem wurde die deutsche Mannschaft in Paris geschlagen, doch fand auch die deutsche Presse das Zahlenergebnis nicht dem französischen Übergewicht entsprechend. Hier handelt es sich gewiß nicht darum sportliche Überlegenheit für die eine oder die andere Gruppe in Anspruch zu nehmen, was unsportlich wäre, sondern nur darum die Art zu kennzeichnen, wie deutsche Zeitungen eine mehr oder weniger vorübergehende, aber schließlich doch spielmäßig festgestellte Überlegenheit Frankreichs vor- und nachher verkleinern möchten. Die französische Sportkritik befaßte sich dagegen ausführlich mit der Spiegung des Wesens der beiden Völker in ihrer Fußballtechnik. Sie kam zu dem Ergebnis, daß Deutschland und Frankreich sich auch sportlich hervorragend ergänzen und berufen seien zusammen eine Europamannschaft zu bilden, die einmal zum Wettkampf mit Amerika antreten sollte. Aber auch über die Aufnahme der deutschen Sportmannschaft in Frankreich konnte in der deutschen Presse noch niemals eine Klage veröffentlicht werden. Die deutsche Flagge und die deutsche Nationalhymne sind respektvoll, die deutschen Mannschaften stets freundlich begrüßt worden. Zwischenfälle wie der Überfall und der nachfolgende Prozeß gegen den französischen Schwimmer Cuvelier oder das vom sächsischen Innenministerium in Meißen erzwungene Niederholen der französischen Flagge, die zur Begrüßung französischer Arbeitersportler neben der deutschen gehißt war, konnten aus Frankreich nicht gemeldet werden.

Die Anstrengungen der Franzosen deutschen Künstlern und auf diesem Weg Deutschland selbst Sympathie und Achtung zu bezeugen sind zahlreich. Noch in den Juniwochen berichtete die deutsche Presse von der enthusiastischen Aufnahme, die die Aufführung von Wagners Tristan und Isolde durch deutsche Sänger und in deutscher Sprache in Paris gefunden hat. Ein Blatt, in dem dies voller Genugtuung mitgeteilt wurde, brachte in der selben Nummer eine Zuschrift, die es unbegreiflich fand, wie man in Berlin den Vortrag französischer Chansons in französischer Sprache zulasse. Die

Ausstellungen deutscher Maler in Paris in den Monaten April bis Juni, die für George Grosz, Oskar Kokoschka, Max Beckmann, Rudolf Großmann, Dietz Edzard veranstaltet wurden, waren der Gesellschaft Anlaß freundschaftlicher Gesten. Der Ankauf eines Bildes von Max Beckmann für das Luxembourgmuseum ist bei der Zurückhaltung grade dieses Instituts neuem Schaffen gegenüber mehr als politischer denn als ästhetischer Akt zu werten.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Films und des Tonfilms hat die Verbundenheit der Produktion beider Länder wiederholt bewiesen. Paris entwickelt sich allmählich zu einem deutschen Filmmarkt. Trotzdem werden der Aufnahme französischer Filme in Deutschland noch immer Widerstände entgegengesetzt. Bis heute ist der französische Tonfilm David Golder, trotz seinem großen Presseerfolg in einer geschlossenen Auf-führung, nicht öffentlich gespielt worden. Es sind teils Sprachgründe teils Kontingentgründe, keinesfalls also unüberwindliche Hindernisse, angegeben worden. (Amerikanische Filme, selbst im unverständlichsten Slang wie der Film Galgenvögel, wurden aufgeführt, obgleich sie völlig wertlos waren.) Das Berliner Spätabendblatt Tempo behauptete am 29. März 1931 in einer sehr wohlwollenden Kritik jenes Films, der trotz größtem Mangel an guten Tonfilmen nur in dieser einen geschlossenen Vorstellung gezeigt wurde, die Franzosen seien »relativ spät zum Filmkonkurrenzkampf angetreten«. In Wahrheit haben sie zwar eine Reihe von Jahren pausiert, aber bis etwa 1912 sowohl mit dem stummen Film wie mit dem tönenden Film, den sie damals schon schufen, den europäischen Markt beherrscht. Auch die Verwendung des Films auf der Bühne ist keineswegs eine Errungenschaft Berlins, der angeblich ersten Theaterstadt der Welt, sondern war bereits in einem französischen Theaterstück Le million von Georges Berr und Marcel Guillemaud vorgesehen, 3 Jahre vor dem Krieg ein großer Erfolg des Theaters Palais Royal in Paris und des von Alfred Halm geleiteten Neuen Schauspielhauses in Berlin: Die Szene des Aktschlusses wurde im Zwischenakt im Film fortgesetzt, und der Film ging nach dem Zwischenakt in den nächsten Bühnenakt über. (Inzwischen hat dieses Stück als Tonfilmschöpfung René Clairs einen ganz großen Erfolg errungen und die Überlegenheit des französischen Tonfilms über den amerikanischen erneut bewiesen.) Eine Simulanzenerie, wie sie Ferdinand Bruckner in den Verbrechern anwendet, hat René Lenormand bereits vor vielen Jahren in seinem Drama Les ratés benutzt. Das Wesen des französischen Schaffens besteht eben darin solche Einfälle zu produzieren, gelegentlich anzuwenden und zum allgemeinen Gebrauch wieder abzulegen. Bei uns, wenigstens in gewissen Kreisen der Intellektuellen, liebt man es dagegen aus solchen Neuerungen ein System zu machen, aus dem System eine meist sehr vergängliche Mode und jedes Volk, das diese Tageshysterie nicht fanatisch mitmacht, als rückständig, bourgeois, provinzierisch (oder neuerdings antieuropäisch) schulmeisterlich zu rügen. Gewiß bestehen (oder neuerdings antieuropäisch) wesentliche Unterschiede zwischen dem Pariser und dem Berliner Theater. Daß das durchgehend Qualitätsunterschiede sind, ist eine heute mit großer Bestimmtheit ausgesprochene, trotzdem sehr irri-ge neuberlinische Überzeugung. In Paris fand man Wedekind, Schnitzler, Frank, Bruckner bürgerlich, alltäglich und überholt. In Berlin sagt man das gleiche französischen Theaterstücken nach. Französische Autoren und französische Besucher Berliner Theater finden hier die Darstellung der ihnen aus Pariser Aufführungen her bekannten Stücke gewöhnlich eher mittelmäßig als gut. Die Berliner Kritik

lehnte dafür wieder die Aufführung der Comédie Française ab und hatte keinen Sinn für die außerordentliche Kunst, die hier geboten wurde. Begnügen wir uns zu konstatieren, daß Mißverständnisse, vielleicht auch Unkenntnisse auf beiden Seiten vorliegen. Jeder Versuch daraus ideologisch einen Primat nationaler Art herzuleiten ist verkehrt. Wir kommen auf diesem Weg nur zu jener Herabsetzung und Entstellung des französischen Schaffens, die in den Jahren, als diese deutsch-französische Verhetzung entstanden ist, als patriotisch galt. Damals erklärte Josef Hofmiller Molière für den »überschätztesten Autor einer überschätzten Literatur«, schlechthin für »Talmi«. Nach dem Berliner Börsenkurier war damals Voltaire »der Vater aller Greuel, die heute den letzten Rest des Geistes in Deutschland bekämpfen«. In der Deutschen Rundschau stellte der Professor Kart Toth 1921 die Verschiedenheit der deutschen und der französischen Kultur in einer Tabelle dar, in der »berechnet« wurde, wie sich in der deutschen und der französischen Kultur das männliche und das weibliche Element verteilen. Beim Franzosen ist der Mann Ausdruck des Hahnenhaften, beim Deutschen Symbol der Kraft, Schwerfälligkeit und selbstverständlich der Tiefe. Das Weibliche ist beim Franzosen sichtbar in Unbeständigkeit, Zierlichkeit (hier ein Tadel), Oberflächlichkeit; bei der deutschen Frau drückt dagegen das weibliche Prinzip Mütterlichkeit und »meist wertvolle Eigenschaften, weil natürlich,« aus. Eine solche Analyse ist übrigens durchaus kein Zufallsprodukt einer sinnleeren Scheinwissenschaft sondern in der gesamten völkischen Literatur zu einem System geworden, dessen Wirkung auf sehr weite Kreise heute unbestreitbar ist. Ein Buch Die Franzosen, wie sie sind, Gegenwart und Zukunft, von Nostradamus, liegt heute bereits im 7. Tausend vor. Dieses Pamphlet gegen Frankreich, laut dem die französische Kultur ein »Leichnam« ist, die französische Wissenschaft das »Merkmal geistiger und namentlich moralischer Unreife« trägt, die französische Sprache »weder reich noch schön noch wohlklingend« ist, und in dem der Verfasser erklärt, wenn das ganze französische Volk unterginge, solle »man nicht mit kleinlichem Gefühl daran denken«, ein solches Buch wurde in der Berliner Zeitung am Mittag »schlechtweg eine grundlegende Arbeit« genannt.

FS muß zugegeben werden, daß in diesem Stil heute nicht mehr über Frankreich geschrieben wird. Es sind eigentlich nur noch Nachzügler, die diese Sprache sprechen, auch wenn diese Nachzügler der Zahl nach nicht gering sind. Die Herabsetzung Frankreichs erfolgt heute in komplizierteren Formen, die aber grade darum um so gefährlicher sind. Deutschland beschuldigt etwa Frankreich, daß es durch seinen Goldbesitz den europäischen Kapitalumlauf künstlich hemme. In der gleichen Zeit geschieht aber nichts dem französischen Kapitalismus die politischen Voraussetzungen anzubieten, die für die wirtschaftliche Zusammenarbeit notwendig sind. Als die französischen Kapitalisten nach den Wahlen vom 14. September 1930 einen Teil ihrer Kredite kündigten, bezeichnete das die Deutsche Tageszeitung vom 16. Oktober 1930 als »Erpressung«. Also nur die deutschen Kapitalisten, aber nicht die französischen, hatten das Recht sich vor dem nationalsozialistischen Run zu retten. Die Frankfurter Zeitung vom 26. Oktober 1930 kontrastierte die »ruhige Haltung« der englischen und amerikanischen Banken gegenüber den französischen und behauptete: »Das gleiche Verantwortungs- und Solidaritätsbewußtsein war bei den französischen Banken nicht festzustellen. Sie haben

mindestens 50% ihrer deutschen Ausleihungen abgezogen.« Die Vossische Zeitung behauptete am 5. November 1930, daß sogar »die Regierung in Paris unmittelbar nach dem 14. September kurzfristige Kredite in Deutschland gekündigt hat«. Das alles erwies sich sehr bald als unwahr. In durchaus ehrenhafter Form dementierte die Frankfurter Zeitung am 7. November diesen ganzen Verleumdungskomplex, leider aber, ohne gleichzeitig ihre eigene Mitwirkung dabei zu erwähnen. Immerhin stellte sie in einem auffällig gesetzten Sonderbericht fest, »daß die französische Regierung und die Banque de France nach den Wahlen genau die gegenteilige Haltung [als ihnen von der Vossischen Zeitung vorgeworfen wurde] eingenommen hat. Der französische Finanzminister regte an, die Banken möchten im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen ihre Ausleihungen in Deutschland vergrößern.« Wie stets ist eine Berichtigung nicht imstande die einmal geschaffenen falschen Vorstellungen zu eliminieren. Noch in der Vossischen Zeitung vom 14. April 1931 wiederholte Erich Koch-Weser die irrige Darstellung dieses Blatts vom 5. November 1930 und beschuldigte wieder, gegen das Frankfurter Dementi, die französische Regierung, daß sie die privaten Kreditkündigungen nicht verhindert habe. Und in noch viel toller Weise erlebten wir eine Neuauflage dieses Irreführungskomplexes in der aufgeregten 3. Juniwoche 1931. Im übrigen hat die deutsche Regierung im Sommer 1930 von der Beteiligung am deutschen Überbrückungskredit die französischen Banken offiziell ausgeschlossen. Eine Erklärung darüber ist auch veröffentlicht worden. Trotzdem wird diesen Banken im Berliner Tageblatt vom 28. Oktober 1930 vorgeworfen, daß sie sich an diesem Überbrückungskredit nicht beteiligt hätten. Es ist hier wie bei anderen Anlässen schwer eine Satire zu unterdrücken. Genau so ist Frankreich nach deutschen Zeitungen immer wieder »isoliert«, aber es zwingt oder erpreßt England ihm zu folgen, oder es ist, wie Berliner Tageblatt und Deutsche Allgemeine Zeitung mit den gleichen Worten ausdrückten, so »taktlos« die englische Regierung an Sonderverhandlungen mit Deutschland gegen Europa zu verhindern. Im selben Artikel des Berliner Tageblatts wird durchaus richtig festgestellt, daß in Frankreich die Aufrollung der internationalen Verschuldung begrüßt werde. Als aber der Pariser Excelsior in einem Leitartikel vom 22. Oktober 1930, dessen Grundgedanken dem Präsidenten der Bank für Internationale Zahlungen, dem Franzosen François Quesnay, nachgesagt werden, festgestellt hatte, daß »lediglich ein geeinigtes Europa in Amerika eine freundschaftliche Regelung der Kriegsschulden erzielen« könne, behauptete die Kölnische Zeitung vom 23. Oktober 1930, daß die bloße Erwähnung eines Moratoriums in Paris wie ein Stich ins Wespennest wirkte. Die Franzosen also, seit 10 Jahren ohne Unterschied der Parteien entschiedene Verfechter der Kriegsschuldenstreichung, sollen mit einemmal, weil nun endlich auch Deutschland zu erkennen beginnt, daß es nicht der Tributär Frankreichs sondern Amerikas ist, Gegner dieser Schuldenstreichung geworden sein.

Die Kontinentalpolitik der Sozialistischen Monatshefte stützte sich auf die Erkenntnis einer wachsenden Verflechtung der deutschen und der französischen Wirtschaft zu einer gesamteuropäischen. Die Entwicklung hat diese Voraussage in jeder Hinsicht bestätigt, und selbst die politischen Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich haben die Zusammenarbeit der beiden Wirtschaftskörper nicht verhindern können. Deutschland ist im Jahr 1931 der Hauptlieferant Frankreichs geworden und hat auch die Vereinigten Staa-

ten von Amerika geschlagen. Sein Import ist von Jahr zu Jahr wesentlich gestiegen; die 1. Milliarde Goldmark ist bereits überholt. Trotzdem richtet sich weder die Politik noch die Organisierung der Gesamtwirtschaft, die freilich erst zu schaffen ist, nach diesen Tendenzen. Selbst die persönlichen Beziehungen zwischen amtlichen deutschen und französischen Stellen werden als peinliche Notwendigkeiten, die der Betrieb mit sich bringt, betrachtet. Als im März 1931 die nationalsozialistische Presse ein Mitglied der Französischen Botschaft gegen internationalen Brauch persönlich angriff und die Herren des Auswärtigen Amtes "beschuldigte" »den Presseattaché der Französischen Botschaft empfangen zu haben«, da glaubte das Auswärtige Amt, daß dies ein Vorwurf sei, und versicherte in einer durch das Wolffsche Telegraphenbureau verbreiteten Erklärung, daß durch diesen Empfang »die betreffenden Beamten lediglich ihre dienstliche Pflicht erfüllten«. Also die Dienstpflcht muß als Milderungsgrund für den Verkehr mit französischen Diplomaten herhalten. Damit vergleiche man die Tatsache, daß die Englische Botschaft unter Lord d'Abernon, wie seine Memoiren amüsant, aber auch beschämend, schildern, einem Taubenschlag gleich, in dem Mitglieder aller politischen Parteien, Minister, Kanzler, verantwortliche Persönlichkeiten der Reichspolitik, ein- und ausflogen, um sich dort Rat, Trost und Konzepte für deutsche Regierungserklärungen zu holen.

Alle diese Unterscheidungen des politischen und intellektuell agierenden Deutschlands zwischen Frankreich und den anderen Staaten, besonders den angelsächsischen, mögen noch so aufreizend, noch so verletzend sein: niemand nimmt an ihnen Anstoß. Man glaubt, es wäre schon etwas getan, wenn man der französischen "Leichtigkeit" und allen jenen Eigenschaften des Franzosentums, die die sichtbarsten, nicht die wichtigsten sind, ein unverbindliches Kompliment macht, um dann um so ungenierter durch Aufblähung wirklicher oder vermeintlicher Differenzen Deutschland gegen Frankreich ausspielen zu können. Wirklichen Anstoß nimmt dagegen die selbe Öffentlichkeit an den Arbeiten, die wie dieser Aufsatz zeigen sollen, daß Deutschland seit 13 Jahren bei allen politischen Entscheidungen gegen Frankreich optiert hat. Es gibt wohlmeinende Anhänger einer deutsch-französischen Verständigung, die befürchten, daß eine gründliche und bedingungslose Desavouierung der antifranzösischen Ideologien "zu weit" geht und eher schadet als nützt. Wir, die wir hier die deutsche Öffentlichkeit von den Unrichtigkeiten befreien, die eine geistig recht mittelmäßig fundierte Agitation im Lauf der Jahre hervorgebracht hat, könnten wahrhaftig, schon weil wir Sozialisten sind, an Frankreich noch ganz anderes aussetzen als die Wortführer des Antifranzosentums, die selbst auf so zweifelhaftem Boden stehen. Eine Umwandlung der Gesamtanschauung ist aber nur zu bewirken, wenn man selbst eine ganz neue, von allen erledigten Dingen befreite Anschauung den Menschen bietet. Die Umwandlung kann nur gefühlsmäßig, impulsiv, eine Umwandlung des Wesens sein. Nur durch eine Publizistik bedingungsloser Klarheit haben die Sozialistischen Monatshefte dem Europäischen Gedanken die Stellung erkämpft, die er heute als Axiom einnimmt; nur die Fortsetzung dieser Methoden wird aus dem Axiom Wirklichkeit machen.

Dieser Kampf wäre freilich hoffnungslos, wenn die Menschheit nichts hätte als ihr verdichtetes Oberbewußtsein, ihr zwiespältiges Denken, ihre intellektuelle Verkrümmtheit. Unterhalb dieses Oberbewußtseins besitzen selbst die intellektuell Verdorbenen ein wesentliches Gefühl für die Dinge, und hinter

diesem Kreis von Menschen steht schließlich das deutsche Volk selbst. Grade alles das, was jene Intellektuellenschicht als die eigentlichen Gründe der Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich bezeichnet, geht das Volk im tiefsten überhaupt nichts an. Das deutsche Volk, in seiner übergroßen Mehrheit, haßt nicht; es empfindet auch heute, ohne sich dessen bewußt zu sein, das französische Volk nicht als seinen Erbfeind sondern als seinen Schicksalsgenossen: trotz allem, was ihm in der Schule eingepaukt wurde. Niemals würde es einer deutsch-französischen Verständigung den geringsten Widerstand leisten, wenn die verantwortlichen Politiker sie wirklich gewagt hätten. Deswegen räumen wir den faulen Schutt zwischen den Völkern weg.

MAG man die hier zusammengestellten Tatsachen im einzelnen wie auch immer beurteilen, ihre volle Bedeutung erhalten sie doch erst durch die Umstände, unter denen sie erfolgen. Nicht im Krieg, nicht in einer offenen Konfliktsperiode, sondern im Zeitalter erklärter und sicherlich auch gewünschter Verständigung erleben wir alles dies. Offiziell und in den Oberschichten des Denkens ist das Axiom anerkannt, daß die deutsch-französische Verständigung gradezu identisch ist mit deutscher Friedenspolitik. In der Wirklichkeit zeigt sich aber nun, daß diese Verständigung als eine Art Geschenk des Schicksals erwartet wird, nicht aber als ein Produkt eines entschiedenen und unablässigen Willens. Wie fern von allem falschen Tiefsinn über die "Verschiedenheit" deutschen und französischen Wesens waren wir noch im Krieg, ja fast bis zum Ende des Kriegs. Am Ende dieses Kriegs hat Deutschland die gewaltige Enttäuschung seiner Niederlage erlebt. Nun jagt man in gewissen Kreisen dem Phantom nach durch Frontstellung gegen Frankreich zu einer Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse gelangen zu können. Obleich man sich bei uns immer so viel darauf zugute tut, daß man stets nach dem Neuen tendiert, haben jene Intellektuellen nicht begriffen, daß 1918 ein neues Europa entstanden ist. Das "dynamische" Deutschland steht für sie auf dem Grund von 1914, der für das "statische" Frankreich endgültig versunken ist.

Das Werk, das zu lösen unserer Generation bestimmt ist, ist zweifellos schwer. Um es zu erleichtern, müssen wir es von allen ideologischen Zutaten befreien, die mit Hilfe unserer Intellektuellen dazugekommen sind. Um uns aber von dieser Ideologie loszulösen, bedarf es nur der mutigen Erkenntnis, daß es ein Zurück hinter den 11. November 1918 nicht gibt. Es handelt sich nicht darum, ob Deutsche und Franzosen einander gleich sind, sondern darum, daß sie eine gleiche Aufgabe haben. Zum erstenmal in der Geschichte des Deutschen Reichs werden noch in diesem Monat die deutschen und die französischen Staatsmänner, die ihren Völkern für das Werden eines neuen Europas verantwortlich sind, in Berlin an einem Verhandlungstisch sitzen. Noch nie waren sich die beiden Völker so brennend stark der Schicksalsverbundenheit von Deutschland und Frankreich bewußt. Die deutschen und die französischen Minister werden versuchen von unten auf neue Verflechtungen zwischen der deutschen und der französischen Wirtschaft zu schaffen und durch die Gemeinschaft der Arbeit die ideologischen Ressentiments zu überwinden, die seit 13 Jahren künstlich produziert worden sind. Noch heute scheint vielen nichts schwerer zu sein als die Überbrückung dieser Kluft. Aber wer den Mut haben wird das Entscheidende zu tun, wird nachher bekennen müssen, daß eigentlich nichts leichter war als grade das.

ERNST UNTERMANN · DAS WERDEN DES AMERIKANISCHEN IMPERIALISMUS



Als das Schlachtschiff *Maine* am 15. Februar 1898 im Hafen von Havana in die Luft flog, behauptete der Präsident William Mac Kinley, ein »handgreifliches Geschick« drängte die amerikanische Nation auf die Bahn des Imperialismus. Soll das Geschick dafür verantwortlich gemacht werden, so datiert es jedenfalls nicht erst von dieser Zeit an. Der amerikanische Imperialismus war eine natürliche Fortsetzung des britischen, begann gleich nach der Amerikanischen Revolution und triefte schon damals von salbungsvollen Worten wie Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Antiimperialismus. Der Widerspruch zwischen theoretischer Volksherrschaft und praktischer Klassenherrschaft zeigte sich von Anfang an bei der Unterwerfung und Vernichtung der Indianer wie bei dem Wegschleppen der Neger aus Afrika zur Verwandlung in Sklaven. Der amerikanische Imperialismus schob gleichzeitig Spanien und Frankreich aus dem nordamerikanischen Festland, mußte aber stets dort dem britischen Imperialismus feste Stellungen gönnen, die bis heute unter britischer Herrschaft geblieben sind.

Nachdem die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten auf dem nordamerikanischen Kontinent so weit gesichert war, machte die Washingtoner Regierung im Jahr 1823 ihren Anspruch auf die Oberherrschaft über den ganzen amerikanischen Kontinent durch die Monroedoktrin geltend; die bisherigen amerikanischen Besitzungen europäischer Mächte sollten zwar nicht angefochten, aber Versuche zum Ergreifen neuer europäischer Stellungen dort würden als eine Bedrohung der amerikanischen Sicherheit betrachtet werden. Damit waren die Revolutionsideale der Demokratie und des Antiimperialismus schon bedeutend eingeschränkt. Es blieb aber nicht einmal bei dem Versprechen den Status quo nicht anzutasten. Von Thomas Jeffersons Zeiten an bis zum Bürgerkrieg wurden gierige Blicke nach Cuba geworfen und Expeditionen von Flibustiern ausgerüstet, um die Insel den Vereinigten Staaten anzugliedern. Und im Jahr 1854 trafen sich sogar die amerikanischen Gesandten für England, Frankreich und Spanien in Ostende zu einer Konferenz und forderten in ihrem dort angenommenen Manifest, die Vereinigten Staaten sollten Cuba kaufen, weil es die Zugänge zur Mississippi-mündung beherrscht, und die Union sich nie sicher fühlen könnte, solange die Insel in fremden Händen wäre. Zwar wies die amerikanische Regierung das Ostender Manifest zurück, aber seine Gedanken blieben in vielen Köpfen wach. Sie spielten eine Rolle in den Debatten zwischen Lincoln und Douglas im Jahr 1858 und des Kongresses im Jahr 1859. Der Ausbruch des Bürgerkriegs vertagte die Entscheidung. Das handgreifliche Geschick hatte also schon geraume Zeit die amerikanische Hand nach Cuba gedrängt und war dabei stets von der Beutegier amerikanischer Demokraten oder Republikaner geleitet. Blieb Cuba einstweilen spanisch, so wurde der amerikanische Druck auf Mexico um so forscher betrieben. Alle Kniffe, die später von Woodrow Wilson angewandt wurden, um seine Kriegspläne gegen Deutschland durchzusetzen, waren schon dem Präsidenten James Polk bekannt, als er zum Krieg mit Mexico im Jahr 1846 drängte. Und es waren amerikanische Kritiker, die die Wahrheit laut und klar darüber sagten. So schrieb James Rhodes 1906 in seiner *History of the United States*, der Krieg mit Mexico

hätte sich leicht vermeiden lassen, wenn Polk es so gewollt hätte. Das wäre die ausgesprochene Meinung der Webster, Clay, Calhoun, Benton und Tyler gewesen. Mexico wäre tatsächlich zum Krieg angestachelt worden. Man hätte das handgreifliche Geschick als Rechtfertigung angerufen, um die Annexion von Texas als gottgewollt hinzustellen. Auch der Präsident Ulysses Grant, der als Offizier an der Kampagne unter dem General Zachary Taylor teilnahm, erzählte 1895 in seinen Personal Memoirs, die amerikanischen Truppen wären nach dem Grenzland zwischen dem Nueces und dem Rio Grande geschickt worden, um einen Krieg zu provozieren und Mexico zum ersten Schlag anzureizen. Als dann die Vorposten an einander gerieten, und einige amerikanische Soldaten dabei fielen, nahm Polk diesen gewollten Vorfall als Ausrede, um Krieg zu erklären und Texas zu annektieren. Ein Versuch des Senats erst eine Untersuchung vorzunehmen wurde von Polks Maschine vereitelt. Zwar waren die Nordstaaten nicht so enthusiastisch für den Krieg wie ihre Freunde im Süden, aber nachdem die Sache einmal im Gang war, wurde auch im Norden das Kriegsfieber leichter angefacht. So wurden schon in den ersten Generationen der amerikanischen Nation die Widersprüche zwischen demokratischer Theorie und imperialistischer Praxis auf die Spitze getrieben. Redensarten waren schon damals so gang und gäbe wie heute. Es bedurfte nicht erst einer hochkapitalistischen Entwicklung, um die heiligen Ideale der Amerikanischen Revolution in den Schmutz zu zerren. Die Väter der Republik setzten bereits das Beispiel, das die Nachkommen mit bemerkenswert großem Eifer kopierten.

Es ging ganz nach berühmtem Muster, als MacKinley seine salbungsvolle Verbeugung vor dem Geschick oder gar vor dem Willen Gottes machte. Bald wurden auch Dinge bekannt, die den Argwohn erregten und stützten, daß dieses Geschick wieder einmal ohne die Regie schlauer Köpfe in Washington und in der Wall Street nicht so handgreiflich geworden wäre. Denn man glaubte allgemein, daß Cuba auf die selbe friedliche Weise in amerikanische Hände gelangen könnte wie Alaska 1867 aus dem russischen in den amerikanischen Verband übergegangen war. Man fühlte sofort, daß von bestimmten Leuten ein Krieg provoziert werden sollte. Schon gleich die ersten Meldungen der New Yorker Blätter über den Unfall der Maine sahen wie eine absichtliche Inszenierung einer gewollten Sensation aus. Sie erschienen nämlich, noch ehe die Explosion wirklich stattgefunden hatte. Der Versuch die Zeitdifferenz zwischen New York und Havana dafür verantwortlich zu machen scheiterte an der Schnelligkeit der telegraphischen Übermittlung, auch an der Tatsache, daß Havana ungefähr auf der Länge halbwegs zwischen New York und Chicago liegt, und erst die Chicagoer Zeit eine Stunde nach der New Yorker folgt. Sofort wurden auch Stimmen laut, die den Unfall der Maine nicht auf das spanische Konto schreiben wollten sondern erklärten, die Explosion wäre von innen gekommen. Eine damals eingesetzte Untersuchungskommission berichtete, die Explosion wäre von außen gekommen und wahrscheinlich durch eine Seemine verursacht. Das wurde aber von Augenzeugen bestritten, später im Kongreß Lügen gestraft und nach einigen Jahren durch die Tatsache entkräftet, daß man das Schiff sofort nach seiner Hebung auf die hohe See hinausschleppte und versenkte. In diesem letzten Akt des Dramas sah die Opposition den schlüssigen Beweis, daß man den Zweiflern an der offiziellen Deutung jede Möglichkeit zum weitem Nachspüren vereiteln wollte. Wäre es sofort möglich gewesen

diese Kniffe überzeugend zu entlarven, so wäre es nicht gelungen den Ruf "Remember the Maine!" zur Anfachung des Kriegs zu benutzen. Er hätte sich in eine vernichtende Anklage gegen MacKinley und seinen Unterstaatssekretär im Marineamt, Theodore Roosevelt, verwandelt. Erst später wurde nachgewiesen, daß MacKinley die ihm von der spanischen Regierung gemachten Konzessionen in seinem Pult vergraben und den Kongreß über die Sachlage getäuscht hatte. Weder das amerikanische Volk noch der Kongreß waren für den Krieg begeistert. Die einheimischen Rübenzuckerfabrikanten und Tabakpflanzer bekämpften die Zucker- und Tabaktrusts, die ein Hauptinteresse an der amerikanischen Besetzung Cubas hatten. Die Kriegsgegner bemühten sich, zunächst mit Erfolg, das Gewimmer dieser Trusts über die Mißhandlung der »armen leidenden Cubaner« durch die spanischen Henker als große Heuchelei zu entblößen. Erst die Explosion der Maine lieferte MacKinley und seinen Mitverschworenen den gewünschten Vorwand zur Rechtfertigung einer Kriegserklärung. Später wurde auch bekannt, daß der Millionär Randolph Hearst, einer der Hauptkriegsbläser, seine Leute in Cuba instruiert hatte: Ihr liefert die Bilder, wir werden den Text dazu schreiben. Seither sind im Kongreß verschiedentlich Andeutungen gemacht worden, daß Roosevelt eine geringfügige Explosion auf der Maine geplant hatte, die dann, statt unschädlich zu verpuffen, in das Pulvermagazin eindrang und den größten Teil der Besatzung tötete oder verwundete. Man hatte vor- sichtlich die meisten Offiziere zum Tanzen ans Land geschickt. Der Kapitän behauptete zwar nachher mit den diensttuenden Offizieren an Bord gewesen zu sein und die Rettungsarbeiten geleitet zu haben, aber verschiedene Zeitungsleute in Havana bestritten dies. Jedenfalls ist der Vorfall noch heute ein heikles Thema für die Nutznießer des Kriegs gegen Spanien. Man hat es nicht einmal gewagt Sozialisten vor Gericht zu ziehen, wenn sie solche Anklagen gegen MacKinley und Roosevelt erhoben. Man fürchtete sich vor einem öffentlichen Wahrheitsbeweis. Kein Geringerer als Woodrow Wilson schrieb 1902 in seiner History of the American People: »Nicht der mindeste Beweis existierte für die Annahme, daß irgendjemand in Verbindung mit den spanischen Behörden in Cuba selbst eine schuldhaftige Kenntnis von Plänen zur Zerstörung der Maine hatte.« Auch gab Wilson zu: »Schließlich begann es so auszusehen, als wäre die spanische Regierung bereit sehr weitgehende Konzessionen an die cubanischen Insurgenten zu machen und die Unruhen auf der Insel zu beenden, um nicht die Kriegsstimmung in den Vereinigten Staaten jenseits der Möglichkeit einer friedlichen Lösung gehen zu lassen.« Später konnte Wilson aus den Washingtoner Akten selbst er- sehen, daß die Spanier die Insel ohne Kampf geräumt hätten. Aber das hätte den Zucker- und Tabaktrusts und den New Yorker Großbanken nicht gepaßt, denn dann hätten sie nicht durch ihre militärische Besatzung einen unwiderstehlichen Druck auf die "befreite" cubanische Regierung ausüben können, wie sie es nach ihrem leichten Sieg über die Spanier konnten. Erst so wurden sie befähigt den Cubanern ihren Willen aufzuzwingen und sich schließlich 1902 durch das sogenannte Platt Amendment zum Friedens- vertrag das Recht dazu für immer verbrieften zu lassen. Dadurch konnte dann selbst ein Demokrat wie William Jennings Bryan als Wilsons Außen- minister einen Vertrag anrufen, der die cubanische Regierung mit amerika- nischer Intervention bedrohte, wenn sie sich den Washingtoner Befehlen nicht fügte. Eine offene Einverleibung der Insel in den amerikanischen Ver-

band wünschten die Zucker- und Tabaktrusts damals nicht. Sie hätte eher der Opposition neue und aktive Elemente zugefügt, die den Trusts in Cuba sehr unbequem werden konnten. Man mimte lieber eine "freie" cubanische Regierung an der Washingtoner Strippe. Sie mußte den Trusts gehorchen und konnte von keiner amerikanischen Oppositionspartei beeinflußt werden, solange die Republikanische Partei im Amt blieb und den Trusts diente.

So fiel Cuba unter die Oberherrschaft der Vereinigten Staaten. Porto Rico, Guam und die Philippinen wurden annektiert, letztere nicht ohne Kampf gegen die Filipinos, denen man für ihre Hilfe gegen Spanien die Freiheit versprochen hatte. Im Taumel der Kriegsbegeisterung wurde am 7. Juli 1898 auch Hawaii annektiert, nachdem seit der 1893 von Amerikanern angezettelten Revolution gegen die hawaiische Königin eine Interimsregierung dort gehaust, und der Kongreß der Vereinigten Staaten verschiedene Male die Annexion abgelehnt hatte. Der Kongreß hatte noch am 20. April 1898 erklärt, die Vereinigten Staaten von Amerika beabsichtigten nicht irgendeine Oberhoheit, Jurisdiktion oder Kontrolle über Cuba nach dem Friedensschluß auszuüben. MacKinley selbst hatte am 1. April in seiner Botschaft an den Kongreß beteuert, er dächte nicht an eine gewaltsame Annexion des spanischen Besitzes: »So etwas wäre nach unseren Moralbegriffen ein verbrecherischer Angriff.« Dennoch schlug er über Nacht in das Gegenteil um. Porto Rico, Guam und die Philippinen wurden am 11. April 1899 formell in den Verband der Vereinigten Staaten aufgenommen. Die Filipinos ließen sich diesen offenen Bruch der versprochenen Gerechtigkeit aber nicht ohne scharfen Widerstand gefallen. Der Admiral George Dewey hatte im April 1898 Emilio Aguinaldo und 17 andere prominente Filipinos aus Singapore nach Hongkong kommen lassen und heimlich an der Küste von Luzon gelandet. Sie übernahmen die Führung der Rebellenarmee und trieben die Spanier auf den Inseln Luzon und Panay zu Paaren. Sie eroberten ganz allein die Stadt Ilo-Ilo. Als Manila kapitulierte, hielten die Rebellen mehr als 15 englische Meilen der Front hinter der Stadt, die Amerikaner nur etwa 600 Meter. Die Insurgenten lieferten den Amerikanern Nahrung. Sie riefen eine Filipinorepublik aus und organisierten eine Filipinoregierung, immer im Vertrauen auf die amerikanischen Versprechen. Doch bald benahmen sich die Amerikaner als Beschützer der Filipinorepublik, und dann wurden im Handumdrehen die Schutzengel zu Herrschern. MacKinley befahl am 4. Januar 1899 die militärische Eroberung der Inselgruppe. In diesem Feldzug fielen 1037 Amerikaner, 2818 wurden verwundet, 2748 starben an Krankheiten. Diese Opfer konnten nie denken, daß sie die Welt für die Demokratie eroberten. MacKinley unterjochte die Filipinos "zu ihrem Besten" und fuhr fort ihnen für spätere Zeiten die Freiheit zu versprechen, wenn sie nach der Ansicht der amerikanischen Herrscher dafür reif sein würden. Doch der Kriegsheld und Senator Beveridge rief im Januar 1900 aus: »Die Philippinen gehören uns für immer . . . Jenseits der Philippinen liegt China. Wir werden uns von beiden nie zurückziehen. Wir werden unsere Pflicht gegen die Inselgruppe nicht vernachlässigen. Wir werden unsere Aussichten im Orient nicht aufgeben. Wir werden unsern Anteil an der Mission unserer Rasse nicht fallen lassen, denn wir sind unter Gottes Führung mit der Vormundschaft der Zivilisation betraut.« Zu diesem Zweck wurde 1900 auch der nicht von Deutschland besetzte Teil der Samoagruppe unter die Herrschaft der amerikanischen Marine gestellt.

MacKinley lebte nicht lange nach dem Vordringen der Vereinigten Staaten vom Kontinental- zum Überseeimperialismus. Das handgreifliche Geschick in Gestalt des Anarchisten Leon Czolgosz blies ihm 1901 das Lebenslicht aus. Als Favorit des Geschicks trat Theodore Roosevelt an seine Stelle. Dieser war zu eitel, um dem Geschick den ersten Platz in der amerikanischen Geschichte einzuräumen. Er wollte sein eignes Verdienst in die Chronik als Geschick einschreiben. Er wollte nicht ein bescheidenes Instrument der Gottheit sein. Der Krieg gegen Spanien hatte den amerikanischen Imperialisten die Dringlichkeit des Panamakanals klar gemacht. Um auch das Volk und den Kongreß davon zu überzeugen, war das Schlachtschiff Oregon von San Francisco aus durch die Magalhaesstraße nach Cuba gefahren, um an der Aktion gegen Pascual Cerveras Flotte teilzunehmen. Das alte französische Kanalprojekt war steckengeblieben und leicht zu erwerben. Doch die Regierung von Colombia zeigte wenig Neigung den Isthmus für eine Lappalie herzugeben und sich eine ewige Bajonettspitze in die Seite zu stoßen. Sie hatte einen Vertrag mit der amerikanischen Regierung aus dem Jahr 1846, der die colombische Souveränität über die Landenge garantierte. Ein 1869 von den Präsidenten beider Nationen unterzeichneter Vertrag sah den Bau des Panamakanals vor, war aber von dem amerikanischen Senat abgelehnt worden, der auch einen Versuch des Präsidenten Grant zur Annexion von Santo Domingo vereitelte. Unter dem Druck des Kriegs gegen Spanien gelang es aber dem Präsidenten Roosevelt am 28. Juni 1902 ein Gesetz durch den Kongreß zu drücken, das ihn ermächtigte Verhandlungen mit Colombia über den Bau des Panamakanals einzuleiten. Sollten diese nicht bald ein günstiges Resultat erzielen, so wurde er angewiesen die Nicaragua-route aufzunehmen. Als Entgelt für die Abtretung der Kanalzone wurden Colombia 10 Millionen Dollars angeboten. Das colombische Parlament lehnte den Köder ab. Inzwischen hatte Roosevelt eigenmächtig Schritte unternommen, um sich im Ablehnungsfall in den Besitz der Kanalzone zu setzen. Am 3. November 1902 wurde durch eine von Roosevelt begünstigte Revolution die Republik Panama proklamiert, innerhalb 10 Tage von ihm anerkannt und mit den für Colombia bestimmten 10 Millionen belohnt. Colombische Truppen wurden durch schnell gelandete amerikanische Seesoldaten verhindert der neuen Republik das Leben zu nehmen. Die Sache kam im amerikanischen Senat zur Sprache, blieb aber im Redestadium stecken. Roosevelt erzählte 1911 selbstgefällig: »Ich interessiere mich für den Panamakanal, weil ich ihn angefangen habe. Hätte ich die traditionelle konservative Methode befolgt, so hätte ich dem Kongreß einen würdevollen Bericht von etwa 200 Seiten vorgelegt, und die Debatte wäre noch im Gang. Ich nahm aber einfach die Kanalzone weg und ließ den Kongreß reden. Jetzt mag die Debatte weitergehen, der Kanal geht aber auch weiter.« Die Vereinigten Staaten haben also ihre eignen "Papierfetzen" schon lange gehabt, ehe sich Woodrow Wilson über Bethmann Hollwegs belgischen Papierfetzen aufregte und dann selbst noch einige Verträge zerriß. Als sich Wilson so aufführte, zeigte Roosevelt aus eigener Erfahrung zunächst Verständnis für den deutschen Reichskanzler. Er meinte, die belgische Geschichte ginge Amerika nichts an. Als er aber merkte, daß Wilson mit Erfolg auf einen Krieg mit Deutschland hinarbeitete, und alte Freunde in der Nähe John Pierpont Morgans und der Stahltrustbarone ihm zuredeten, machte Roosevelt kehrt und schwenkte in die Wilsonsche Kriegs-

front ein. Seine Wendung hatte freilich nicht den erhofften Erfolg. Es fiel Wilson nicht ein einen so lauten und gefährlichen Rivalen nach Frankreich zu senden, der sofort das Licht der Publizität auf sich konzentriert hätte, um sich nochmals für die Präsidentschaft zu empfehlen. Da Wilson seine Wahl 1912 nur dem Umstand verdankte, daß Roosevelt die Republikanische Partei gespalten hatte, glaubte dieser vielleicht Anspruch auf Wilsons Erkenntlichkeit zu haben. Als diese ausblieb, und das große Drama ohne Glorie für den angeblichen Helden von San Juan verlief, starb er im Zorn. Sicher ist, daß Roosevelt den selben Schritt getan hätte wie Wilson, nur mit einer sensationellern Aufmachung, hätte er noch einmal Präsident werden können. Um Ausreden zur Entschuldigung plötzlicher Meinungsänderungen wäre er ebensowenig verlegen gewesen wie der große Schutzengel der Weltdemokratie. Denn er war ein überzeugter Imperialist und Tory, ein intimer Freund der selben Großkapitalisten, deren englische Verbindungen bei der amerikanischen Außenpolitik den Ausschlag gaben, wo es sich um amerikanische Interessen in Europa und dem Nahen Osten handelte.

Roosevelt bewies seine kapitalistische Loyalität auf zu viele Weisen, um darüber den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen. So setzte er auf Antrag seiner Freunde von der Wall Street 1907 einen amerikanischen Zollaufseher in Santo Domingo ein; damit legte er den Grund für die spätere militärische Besetzung dieser Republik. Ebenso nahm er 1905 beim Friedensschluß zwischen Rußland und Japan die Interessen amerikanischer Konzessionäre und Bankiers in Korea und der Mandschurei wahr. Auch auf der Algeciraskonferenz dachte er nur an die Vorteile amerikanischer Imperialisten in der Mittelmeerzone. In solchen und ähnlichen Fällen war Roosevelt immer der autokratische Geheimdiplomate, der weder das amerikanische Volk noch den Kongreß in seine Karten blicken ließ, und der die große Presse stets mit nichtssagenden Redensarten abspeiste. Ein an europäische Methoden der oppositionellen Diskussion gewöhnter Berichterstatter wundert sich immer über die jammervolle Leere der amerikanischen Leitartikel und Depeschen bei solchen Gelegenheiten. Selbst heute wissen nur sehr wenige Eingeweihte, welche amerikanischen Großfirmen bei den sensationellsten internationalen Ereignissen eine Rolle spielten, und die meisten dieser Wissenden tragen einen Maulkorb. Selbst unter den amerikanischen Sozialisten gibt es nur wenige gut darüber Informierte, und die beiden sozialistischen Kongreßmänner behielten auch still für sich, was in solchen Dingen in Europa als selbstverständliche Information für die Parteileitung betrachtet worden wäre. Es ist eine bezeichnende Tatsache, daß die sozialistische Presse in solchen Dingen hier besser informiert und aggressiver war, als wir noch keinen Vertreter im Kongreß besaßen, als später, nachdem wir wenigstens einen Kongreßmann durchgedrückt hatten. So tief schneidet hier der persönliche Geist in die große Politik ein.

Es war daher auch durchaus im Bild der amerikanischen Verhältnisse, daß Roosevelt den Rest seiner Amtszeit mit einer mehr oder weniger demagogischen Forstpolitik und einer doppelzüngigen Antitrustkampagne ausfüllen konnte, ohne je wegen des offenbaren Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis Rede stehen zu müssen. Seine politischen Spektakelstücke waren nur durch den Wunsch diktiert dem Volk etwas vorzumachen und dadurch noch einmal die republikanische Nomination zur Präsidentschaft zu ergattern. Denn seine Antitrustpolitik tat keinem Großkapitalisten, sicherlich

nicht ihrem System, etwas zuleide. Sie fand großen Widerhall nur bei den leichtgläubigen Wählermassen, deren populärer Held er durch den Krieg gegen Spanien geworden war. Er war ja der Organisator der Rauhen Reiter gewesen und hatte es fertig gebracht sich als Helden des Sturms auf den San Juan Berg bei der Einnahme von Santiago feiern zu lassen, obgleich seine Abteilung beim Kesselberg von El Caney steckengeblieben war. Roosevelt hatte den Befehl des Oberkommandos mißachtet und versucht den Angriff auf eigene Faust anzusetzen, ohne mit den übrigen Truppen gehörig Fühlung zu halten. Natürlich kam er dabei mit seinen abgesessenen Rauhen Reitern ins Gedränge und mußte erst von den Regulären herausgehauen werden. Roosevelts größte Heldentat bei dieser Gelegenheit bestand darin einen fliehenden Spanier in den Rücken zu schießen. Er selbst erzählte mit großem Gusto: »Als er sich zur Flucht wandte, feuerte ich.« Seine Zeitungsfreunde stempelten ihn sofort zum hervorragenden Helden des Feldzugs. Auf der Welle dieses Heldentums ritt Roosevelt mit Eklat in den Sitz des Vizepräsidenten. Czolgosz ebnete ihm durch Ermordung MacKinleys den Weg zur Präsidentschaft. Was die Militärs von ihm dachten, war nicht schmeichelhafter als was man in den Kreisen der großen Geschäfts- und Parteileiter von ihm hielt. Er wurde der populärste Präsident, weil er es verstand sich dem Volk als Kraftmensch und Freund zu empfehlen. Er griff mit geschickter Demagogie die Volksstimmung gegen die Trusts auf und inszenierte einen echten Tingeltangelakt gegen die »reichen Missetäter«. Zu diesem Zweck erfand er die Unterscheidung zwischen guten und schlechten Trusts. Die guten steckten Geld in das Kröpfchen seines Kampagnefonds und schlichen bei Nacht durch die Hintertür des Weißen Hauses, um sein Antitrustprogramm zu schreiben. Die schlechten, die seine Rivalen vorzogen, wanderten in das Töpfchen der "Auflösung", was sie nicht hinderte unter verschiedenen Firmennamen mehr Profite aus dem Volk herauszuschlagen als unter einem Firmenschild. Wie eine solche den Haupttendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung Bremsen anlegende hausbackene Politik neben einer brutal rücksichtslosen imperialistischen Außenpolitik herlaufen konnte, erregt noch heute die Verwunderung der Historiker. Schließlich wurden aber die Antitrustgesetze zu Handhaben gegen die Gewerkschaften; gegen den "Labortrust". Auch unter einander bekämpfen sich die amerikanischen Kapitalisten mit genau den selben Mitteln, mit denen sie das Volk an der Nase herumführen. Um einen Rivalen zu übervorteilen, scheuen sie sich nicht eine Oppositionspartei zu gründen, eine Weile zu finanzieren und dann wieder zu versenken, wenn sie ihren Zweck erfüllt hat. Auch mag eine solche Oppositionspartei pro domo grade das Richtige sein, um die öffentliche Aufmerksamkeit von Abenteuern in der Fremde abzulenken oder volksfeindliche Manöver zu Hause zu verkleiden, die ihrem offiziellen Programm sehr zuwiderlaufen. Das haben die alten Römer schon mit Erfolg getan, und die amerikanischen Herrscher lieben es sich mit den römischen Cäsaren zu vergleichen. Als ihnen Roosevelt unbequem wurde, stellten sie sich hinter William Howard Taft und machten ihn 1908 zum Präsidenten. Man konnte dabei auf allen Seiten hören, daß ein offener Reaktionär im Land der Demokratie schließlich mehr Achtung verdiene als ein Demagoge, der seine reaktionären Ziele hinter Kniffen versteckt und dabei seinen persönlichen Ruhm sogar auf Kosten jener Kapitalisten zu stärken sucht, die seinen Spezialfreunden ins Handwerk pfuschen.

Taft machte dem Volk keine Konzessionen, weder in der Theorie noch in der Praxis. Er war ganz naiv Plutokrat und hielt die Gewerkschaften kurz am Zügel. Er konsolidierte die imperialistischen Stützpunkte der amerikanischen Kapitalisten und verpönte jeden Versuch die demokratischen und freiheitlichen Versprechungen der amerikanischen Regierung zu Hause oder in der Fremde einzulösen. Die kleine aufgeklärte Minorität des Volks konnte weder ihm noch den Kapitalisten imponieren. Die große Gewerkschaftszentrale war, wie immer, politisch zu zerspalten, um das allgemeine Wahlresultat viel zu beeinflussen. Die Kapitalisten unter Taft benutzten den Einhaltsbefehl so oft und so erfolgreich gegen die Gewerkschaften, daß die kleinen Kinder hinter den Wäldern des Westens deklamierten: »Injunction Bill, Injunction Bill, he never works and never will.« Doch um die Hinterwäldler kümmerte sich Taft noch weniger als um die Gewerkschaften. Im Jahr 1909 begann er vielmehr die amerikanische Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Nicaragua, obschon im Jahr 1907 grade auf amerikanisches Drängen hin ein zentralamerikanisches Gericht eingesetzt worden war, um Krieg in Mittelamerika zu vermeiden und fremde Intervention abzuschrecken. Am 1. Dezember 1909 brach Tafts Außenminister Philander Knox die diplomatischen Beziehungen mit der rechtmäßigen Regierung Zelaya in Nicaragua ab. Als Vorwand diente ihm die Hinrichtung zweier amerikanischer Flibustier, die bei dem Versuch überrascht worden waren ein Truppenschiff Zelayas durch Dynamit zu zerstören. Diese beiden waren in die mit amerikanischem Geld finanzierte Rebellenarmee des Prätendenten Diaz eingetreten, hatten also keinen Anspruch auf amerikanischen Schutz, es sei denn, daß die amerikanische Regierung selbst an der Verschwörung gegen eine befreundete Regierung beteiligt war. Dieser Diaz war ein Buchhalter einer amerikanischen Firma in Nicaragua. Er trat plötzlich mit einer nie aufgeklärten Summe von 600 000 Dollars in Gold auf, die jedenfalls nicht aus seinem Gehalt von 1000 Dollars erspart war. Mit diesem Geld rüstete er heimlich eine Rebellenarmee aus und griff ohne Warnung die Regierung Zelaya an. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Knox zwang Zelaya zur Flucht, doch das Parlament von Nicaragua setzte sofort José Martiz an seine Stelle, der die Diazrevolution schnell niederwarf. Nun griffen amerikanische Seesoldaten ein, halfen dem Diaz zu einer neuen Armee und unterstützten ihn, bis er die Oberhand gewonnen und die rechtmäßige Regierung aus der Hauptstadt Managua vertrieben hatte. Knox schickte dann den Bankier Thomas Dawson nach Nicaragua, der schon unter Roosevelt der Regierung von Santo Domingo die New Yorker Bankkontrolle aufgezwungen hatte. Er rief die Diazchefs zur Konferenz auf ein amerikanisches Kriegsschiff, ernannte Diaz zum Vizepräsidenten und den Kommandeur Estrada zum Präsidenten und veranstaltete darauf die opera buffa einer unter dem Schutz amerikanischer Bajonette vorgenommenen Wahl, aus der seine beiden Kandidaten natürlich als Sieger hervorgingen. Doch das rechtmäßige Parlament von Nicaragua weigerte sich dieses Spiel mitzumachen. Estrada löste es auf und herrschte als Diktator unter der Leitung des amerikanischen Gesandten, bis er den Wink erhielt sich aus dem Staub zu machen und dem Buchhalter Diaz Platz zu machen. Natürlich waren die meisten Bürger Nicaraguas mit dieser fremden Herrschaft nicht einverstanden, und sie leisteten Widerstand. Einige Tausend Seesoldaten und Matrosen wurden also von amerikanischen Kriegs-

schiffen gelandet, um den Nicaraguanern beizubringen, was Panamerikanismus und demokratische Selbstregierung nach Washingtoner Begriffen bedeuten. Das dauerte, bis der große Demokrat Wilson 1912 mit Roosevelts Beistand ans Ruder kam, und dann wurde erst recht forsch amerikanisiert. Der wirkliche Zweck dieser Vergewaltigung wurde erst allmählich klar, als die Bankiers anfangen ihre Karten zu zeigen. Zu Zelayas Zeiten hatten die amerikanischen Bankiers keinen Cent in Nicaragua angelegt. Aber kaum war Diaz eingesetzt, als sie mit unverschämten Ansprüchen an Nicaragua auftraten, die auch nicht einen Schein wirklichen Rechts hatten. Zwar hatte Knox mit Diaz' Hilfe einen Vertrag durchgesetzt, der angeblich dem Staatsschatz von Nicaragua im Jahr 1911 eine Anleihe von 15 Millionen Dollars zur Verfügung stellen sollte. Doch hatte Nicaragua nie eine solche Summe erhalten, und was wirklich ausgezahlt wurde, blieb in New York in den Taschen der Bankiers und diente als gesetzlicher Anspruch auf die Zolleinnahmen Nicaraguas. Zudem hatten die Demokraten in den Kongreßwahlen von 1910 Glück gehabt und den Knox-Castrillo-Vertrag abgelehnt. Dennoch machte Wilson diesen Vertrag zur Grundlage seines Protektorats über Nicaragua, das nunmehr aufgerichtet wurde. Auf dieser Grundlage ging dann die amerikanische Gewaltpolitik in Nicaragua weiter.

Sie ist ein klassisches Beispiel der Methoden, durch die die amerikanische Regierung ihre Auslegung der Monroedoktrin und des Panamerikanismus in die Tat umsetzt. Trotzdem wäre Taft sicherlich mit großer Majorität wiedergewählt worden, hätte sich nicht Roosevelt 1912 an ihm und den Kapitalisten durch Spaltung der Republikanischen Partei gerächt und Woodrow Wilson zum Sieg verholfen. Aus solchen kleinlichen und verächtlichen Episoden setzt sich die große Politik des amerikanischen Imperialismus zusammen. Welche Rolle sie während des Weltkriegs und nach seiner Beendigung spielte, soll hier in weiteren Aufsätzen gezeigt werden.

ADOLF BEHNE . ÜBER KÄTHE KOLLWITZ

FS sind jetzt 20 Jahre her, da hing eines Tages, kurze Zeit nur, an den Berliner Anschlagssäulen ein Plakat von Käthe Kollwitz, gezeichnet für den Propagandaausschuß Groß Berlin: ein Mädchen, das ein kleineres Geschwister auf dem Arm schleppt, arme, elende Gestalten aus der Mietskaserne, deren Bekämpfung die Arbeit jenes Propagandaausschusses galt. Über den Köpfen der Mädchen war ein Schild zu lesen: »Spielen auf den Treppenfluren und den Höfen ist verboten.« Und daneben hatte der Propagandaausschuß gedruckt: »In Groß Berlin wohnen 600 000 Menschen in Wohnungen, in denen jedes Zimmer mit 5 und mehr Personen besetzt ist. Hunderttausende von Kindern sind ohne Spielplatz.« Das Plakat durfte nicht lange auf den preußischen Untertanen einwirken. Der hätte Schaden nehmen können. Ein Vorstandsmitglied des Haus- und Grundbesitzervereins ging zur Polizei, und der Polizeipräsident Traugott von Jagow verbot dann prompt das Plakat als »aufreizend zum Klassenhaß«. Ich entsinne mich dessen, wie prachtvoll Alfred Kerr damals in seinem Pan vom Leder zog, und wie er mit deutlicher Spitze gegen Allerhöchste Persönlichkeiten, denen wir schlechte Kirchen in allen Stadtgegenden verdanken, von Käthe Kollwitz schrieb: »Manche Nasen sollten sich vor der Hoheit dieser großen Frau tief neigen, denn auf deutschen Thronen sitzt keine ebenbürtige.« Es gehörte Mut dazu damals dergleichen zu schreiben.

Die Kunst der Käthe Kollwitz ist aus einem großen mütterlichen Mitleiden geboren. Aber es ist nicht das passive fatalistische Mitleiden der schnell vergossenen und ebenso schnell vergessenen Träne, es ist jenes anklagende, Besserung, Heilung, Hilfe verlangende, aktive, fordernde Mitleid eines van Gogh, eines Meunier, eines Zille, weitab, aus Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit, von jedem billigen Trost, von jedem erlogenen happy end. Es ist wunderbar und vorbildlich, mit welcher Reinheit, mit welcher Einfachheit Käthe Kollwitz hinter ihrer Arbeit als Person zurücktritt, in einer Zeit, da sich jeder Kunstanfänger, der Erfolg haben will, mit Eitelkeit vor seinen "Werken" spreizt. Es ist wunderbar und vorbildlich, wie sich der Mensch und die Arbeit bei Käthe Kollwitz decken. Keine Anekdote läuft von ihr, keine Geschichte, kein Witz und keine Legende. Keine Preise steigen hörbar und fallen leise auf der Börse des Kunstmarkts. Ein großes Verantwortungsgefühl läßt Käthe Kollwitz schweigen. Ergreift sie aber einmal das Wort, wie nach dem Zusammenbruch Deutschlands im Krieg, als von gewisser Seite eine letzte levée en masse verlangt wurde, und sie diesem Wahnsinn unerschrocken entgegentrat, so ist es ein Wort, sind es nicht Worte. »Es ist genug gestorben, keiner darf mehr fallen.« Was Käthe Kollwitz sagen will, das sagen ihre Blätter, die aus einer großen Stille kommen.

Käthe Kollwitz steht ganz außerhalb des Kunstbetriebs, außerhalb des Kampfs der Cliquen und der Konkurrenten, außerhalb der Ismen und der Schlagworte. Sie ist glücklich zu nennen. Denn sie ist einer der ganz Wenigen, die wissen, wo sie stehen, und die nicht allein sind. Die furchtbare Einsamkeit und Verlassenheit fast aller heutigen Künstler, die nach einem geistigen Ort für ihre Arbeit fast immer vergebens suchen und zwischen "Gesellschaft" und "Volk" haltlos taumeln, kennt sie nicht. Sie hat sich der Welt jener eingeordnet, die keine äußeren Ehren und keine goldenen Lorbeeren zu vergeben haben, die aber dem Künstler, der zu ihnen steht und mit der ganzen Tapferkeit, deren eine wahrhafte Frau fähig ist, zu ihnen hält, ihr Vertrauen, ihre Freundschaft, ihre Liebe schenken.

Wir alle sind glücklich im heutigen Deutschland eine Käthe Kollwitz unter uns zu wissen.

KÜRZLICH bildete sich in Berlin ein Komitee, das ein gutes solides vornehmes Publikum zusammenrief. Man erhob Protest gegen Eingriffe des modernen Städtebauers in das alte Berlin, Eingriffe, die vielleicht ein paar friderizianische Säulen ins Wackeln bringen könnten. Und man beschloß einen Aufruf: »Erhaltet das alte Berlin!« Der Aufruf war unterzeichnet von den Erben alter angesehener Berliner Patrizierfamilien: der Borsig, der Siemens, der Ravené, und anderen. Ich weiß nicht genau, wo diese echten alten Berliner wohnen. Aber vermutlich wohnen sie nicht in der Parochialstraße, nicht in der Fischerstraße und nicht in der Roßstraße. Sie dürften sich draußen ein Plätzchen gesucht haben, wo sie Sonne, reine Luft und frisches Grün ausreichend haben. Aber in ihren für das Existenzminimum genügenden Villen haben sie doch das alte Berlin nicht vergessen, durch das sie einmal im Jahr ganz gern streichen, erfreut durch den romantischen Schmutz, angeregt von dem male-rischen Elend der Bewohner. Es würde ihnen und ihrem Besuch aus der Provinz etwas fehlen, wenn da nicht im Zentrum ihrer lieben Stadt Berlin noch so ein Stück feucht bröckelnden Mittelalters wäre, mit lebender Staffage zur echten Wirkung: »Erhaltet das alte Berlin!«

Käthe Schmidt kam zum erstenmal mit 18 Jahren aus ihrer Vaterstadt Königsberg nach Berlin, zum Studium an der Akademie. Sie kam dann 1891 als junge Graphikerin endgültig nach Berlin. Sie war jetzt mit Karl Kollwitz verheiratet. Die beiden zogen in die Weißenburger Straße, die heute zum Bezirk Prenzlauer Berg gehört. In diesem Haus, in dieser Wohnung leben und arbeiten beide auch heute. Das Haus ist eine typische Berliner Mietskaserne, das Viertel ist ein ausgesprochenes Viertel kleiner Leute. Karl Kollwitz berät seine kranken Mitmenschen, und er wird, wenn er sie untersucht, nicht selten an das Wort Heinrich Zilles denken: »Man kann einen Menschen mit einer Wohnung ebenso gut erschlagen wie mit einer Axt.« Aber er wird nicht wie die Mitglieder jenes Komitees denken: Erhaltet die schöne alte Axt! Käthe Kollwitz zeichnet das Leid der Menschen, das sie um sich erlebt. Und beides: das ärztliche Heilen der Wunden und das Zeichnen dieser Gestalten, dieser Gesichter, sind soziale Funktionen.

Weshalb hat es eine soziale Bedeutung, daß einer diese Opfer einer schlecht gebauten Gesellschaft, einer schlecht gebauten Innenstadt, einer schlecht gebauten Wohnstraße zeichnet? Weil jedes große Vorbild und Beispiel soziale Bedeutung hat. Erhaltet das alte Berlin! Wie harmlos wäre dieser Ruf, wenn es sich nur um Türme, Säulen und ein paar alte Steine mehr handelte. Aber es handelt sich um Menschen, und an die denkt jenes Komitee offenbar nicht. Sie wissen, daß in den alten entsetzlichen Löchern Menschen wohnen-müssen. Sie wissen und wissen nicht. Sie sehen und sehen nicht. Aber da zwingt sie ein Blatt der Käthe Kollwitz die ganze harte schwere Wahrheit zu sehen, einzusehen. Das ist es. Dieses Sehen zwingt zum Einsehen. Zwingt den Ruf zu hören: Schafft ein neues Berlin, ein menschenwürdiges, ein gesundes Berlin, reißt den schimmeligen Krögel herunter, baut die besten vernünftigsten Wohnungen!

Es ist in jenem Bezirk Prenzlauer Berg manches Ausgezeichnete für den neuen Wohnbau geleistet worden. Bruno Tauts Block in der Grellstraße war bahnbrechend. Die Wohnstadt Carl Legien ist mustergültig. Und wenn wir heute solche Bauten mit hellen (leider noch immer viel zu teuren) Wohnungen, mit gesünderen Müttern und Kindern drin haben, dann ist es auch Käthe Kollwitz, der wir es verdanken, ihrem großen Vorbild mitzuleiden und uns durch das Sehen der Wahrheit zum wahren Einsehen zu führen. In Paris sind die einzelnen Arrondissements der Stadt noch immer eigne kleine Städte mit einem gewissen eignen Stadt- und Gemeindegefühl. In Berlin ist das, vielleicht vom Wedding abgesehen, fast ganz verschwunden. Aber Käthe Kollwitz und Prenzlauer Berg haben schon etwas mit einander zu tun. Nicht im Sinn lokaler Enge. Das Wirken der Käthe Kollwitz strahlt von der Weißenburger Straße weit in die Welt hinaus. Wie oft, wenn ich Monde, die Zeitschrift Henri Barbusses, aufschlage, finde ich Zeichnungen von Käthe Kollwitz, ebenso in einer Reihe von Blättern anderer Länder. Die Beziehung zwischen Käthe Kollwitz und dem Prenzlauer Berg liegt im Künstlerischen: in dieser Echtheit, in dieser Bestimmtheit der Entscheidung vor 40 Jahren in diese Stadt der Arbeiter und kleinen Leute zu gehen und hier zu wirken. Es mußte nicht grade der Bezirk Prenzlauer Berg sein. Aber es mußte in einem Viertel dieser Riesenstadt Berlin sein, in dem man jenen Menschen nahe war, deren Schicksal die Führung des eignen Lebens bestimmte. Man kann nicht am Rupenhorn wohnen oder am Kurfürstendamm

und diese Blätter zeichnen. Käthe Kollwitz und Heinrich Zille wohnten nicht zufällig dort, wo sie gemeldet waren. Sie hatten eine Heimat, nicht in sentimentalem Sinn, nicht in lokalgeographischem Sinn, aber im Sinn der Pflicht. Käthe Kollwitz und Heinrich Zille halten die selbstverständliche Treue zu ihrer Umgebung. Wer das zeichnet, was Käthe Kollwitz und Heinrich Zille zeichnen, der weiß, was das ist: Solidarität.

Heinrich Zille, der Unvergessene, hat das Milieu seiner Gestalten stets mitgezeichnet, es ausführlich und besonders liebevoll geschildert. Sein männliches Denken und Empfinden suchte die Ursache: So sind diese Menschen, das ist ihr Milieu, von dort kommen sie, so hängen die Dinge zusammen. Käthe Kollwitz hat nur in ihrem ersten Zyklus, den Webern, das Milieu der Menschen geschildert. In allen späteren Werken, fast ausnahmslos, bis heute verzichtet sie auf die Darstellung der Umwelt. Sie zeigt ihre Gestalten, wenn man will: monumental, für sich, gelöst, ohne die relativierende Umwelt, die manches erklärt, aber damit vielleicht auch abschwächt. Sie denkt und empfindet wie eine Mutter, die im starken Impuls der Güte und des Mitleidens nicht fragt: Wie kam es, wie ist es zu erklären? Die nur sagt: Hier ist Not. Und nur dieses zu denken weiß: Helfen, helfen, helfen.

In einer der letzten Ausstellungen der Berliner Akademie der Künste sahen wir die menschlich stark ergreifenden Gestalten eines Mannes und einer Frau. Käthe Kollwitz hatte sie für das Grab ihres Sohnes Peter geschaffen, der im Oktober 1914 vor Dixmuiden gefallen war; sie sind bestimmt in Belgien auf einem Soldatenfriedhof aufgestellt zu werden. Die beiden knienden Gestalten sind jetzt noch Gipsmodell. Aber wir wünschten sehr, daß sich bald die Möglichkeit ergäbe sie für den Platz, dem sie zugedacht sind, in Stein für die Dauer auszuführen. Eine starke, über die Grenzen gehende Wirkung wäre diesem Denkmal gewiß; eine Wirkung, die Völker zusammenführte, die gleiches Schicksal erlitten haben.

WALTER BAUER · UNRUHE



UZEITEN überfällt mich die grundlose Unruhe,
 Und ich beneide alle, die voll Glaubens sind,
 Wie er auch sei, und die beten, oder deren Gedanken
 Sich entfernen vom Geräusch der Dinge.
 Ich überlege, warum ich nicht mehr dazu imstande bin

In so tiefer Gewißheit zu leben
 Wie der Mönch in Tibet, der sich einmauern läßt,
 Um näher bei Gott zu sein.

Ich tröste mich damit, daß neue Mythen unterwegs sind,
 Mythen voll neuer Gegenwart, die das Unverständliche,
 Sinnlos Scheinende klar macht;
 Ich tröste mich damit und sage mir,
 Daß der Tod meiner Freunde und Brüder im Krieg
 So gut ein Stück des Neuen ist
 Wie die Stunde im Kino, im Dunkel, vor einem Film,
 Wie auch der Augenblick,
 Da ich am Radioapparat sitze und einen neuen Sender finde
 In tiefer Nacht.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Walther Maas

**Wirtschafts-
krise und
Außenpolitik** Die Labourregierung Eng-

lands, die mittlerweile zurückgetreten ist, brauchte einen gewissen Erfolg in der Abrüstungsfrage. Daher der Londoner Flottenpakt, daher Arthur Hendersons Bemühungen zwischen Rom und Paris eine Einigung zustande zu bringen. Diese Versuche, anfänglich von Erfolg gekrönt, kamen dann auf ein totes Gleis; sie sollen daher hier nicht näher behandelt werden. Auch Deutschland wollte sich in der Abrüstungsfrage mit England an einen Tisch setzen. So kam es zum "deutschen Weekend" in Chequers. Erst hieß es: Demonstration nach Paris, Beweis der Isolierung Frankreichs; Genf war da nichts, Chequers alles. Dann kam die Ernüchterung. Sowohl von England wie von Deutschland wurde mitgeteilt, daß man keine Möglichkeit habe in Chequers direkt etwas zur sofortigen Linderung der deutschen Not zu unternehmen. So war dieser Besuch mehr eine Möglichkeit der Aussprache. In dem Communiqué darüber heißt es: »Beiderseits herrschte Übereinstimmung darüber, daß neben den Maßnahmen, die jedes einzelne Land für sich zu ergreifen hätte, die Wiederherstellung des Vertrauens und die wirtschaftliche Wiederbelebung von internationaler Zusammenarbeit abhängig seien. In diesem Sinne werden beide Regierungen sich bemühen die gegenwärtige Krise in enger Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Regierungen zu bekämpfen.«

Ein gewisser Zusammenhang besteht anscheinend zwischen der Zusammenkunft in Chequers und der Aktion Herbert Hoovers, die darauf folgte. Noch bei der Tagung der Internationalen Handelskammer in Washington im Mai hatte Hoover jede Diskussion über die Reparations- und Schuldenprobleme als inopportun bezeichnet. Einen Monat später trat er plötzlich mit der Meldung einer »Möglichkeit gewisser Hilfsmaßnahmen für die wirtschaftliche Erholung innerhalb und außerhalb Amerikas« hervor. Es ergab sich dann, daß der Präsident der Vereinigten Staaten nach wie vor die Forderung einer Streichung der Kriegsschulden als »unmoralisch« ablehnt, daß er aber bereit ist für die interalliierten Schulden ein Moratorium zu gewähren, falls die Alliierten ein

ebensolches Moratorium Deutschland gewährten. Damit hat faktisch Amerika die Fiktion verlassen, daß zwischen interalliierten Schulden und deutschen Zahlungen kein Zusammenhang bestehe.

In diesen deutschen Zahlungen sind 2 Teile streng zu unterscheiden: die eigentlichen Reparationen, das heißt die Zahlungen für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, und dann die Abbüdung der alliierten Schulden. Die Wiedergutmachung ist Deutschlands moralische, von der Sozialistischen Internationale bekräftigte Pflicht, das andere ist ein Tribut an Amerika. Eine Anerkennung dieser Sachlage ist in der Unterscheidung von geschützter und ungeschützter Jahreszahlung zu finden. Daher und auf Grund der Tatsache, daß das Hoovermoratorium pro Kopf der Bevölkerung gerechnet von Frankreich die größten Opfer verlangt, nahm die französische Regierung den Vorschlag Hoovers erst nach Klärung einiger Einzelheiten am 7. Juli an. Dazwischen kam, am 23. Juni, die mutige Rundfunkrede Heinrich Brüning's mit dem Angebot direkter Verständigung an Frankreich, das drüber freundlich aufgenommen wurde; täglich forderte die französische Presse, selbst ziemlich rechter Observanz, den Reichskanzler auf nach Paris zu kommen. Der Juni brachte Deutschland einen Devisenverlust von mindestens 2 Milliarden, wovon etwa $\frac{1}{4}$ deutsche Kapitalflucht, das übrige Zurückziehung kurzfristiger Auslandskredite sind. Der Goldbestand der Reichsbank betrug am 15. Juni 1930 3041 Millionen, am 15. Juni 1931 nur 1869 Millionen, der Notenumlauf aber sank nur von 4,6 auf 4,3 Milliarden, das heißt, die Golddeckung verschlechterte sich. Um größeres Unheil zu verhüten, gab die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich einen Rediskontkredit von 420 Millionen Mark. Mehr herauszuholen gelang dem Reichsbankpräsidenten Hans Luther trotz Flugzeugreisen nach London, Paris, Basel nicht; Eine größere Anleihe ist eben erst nach Besserung der deutsch-französischen politischen Atmosphäre möglich. Es folgen die Bankbrüche, der Run auf die Schalter, die Bankfeiertage, die (viel zu spät erlassenen) Verordnungen gegen die Kapitalflucht. In dieser Situation fuhren Brüning und Curtius am 18. Juli nach Paris. Die Begrüßung dort war herzlich, die Aussprachen waren vertrauensvoll und zukunftssträchtig. Aber

über dem Ganzen lag der angelsächsische Schatten. Zunächst der der Londoner Konferenz, zu der die deutschen, französischen, englischen und amerikanischen Staatsmänner gemeinsam führen, nachdem über die Pariser Verhandlungen ein Communiqué ausgegeben war, in dem mitgeteilt wurde: »Die Vertreter der französischen Regierung, in Anerkennung der Schwere dieser Krise, erklärten, daß unter der Reserve gewisser Finanzgarantien und Maßnahmen für die politische Beruhigung, sie bereit seien zu einem spätern Zeitpunkt die Grundsätze einer finanziellen Zusammenarbeit im internationalen Rahmen zu erörtern. Die Vertreter der beiden Regierungen haben jedoch jetzt bereits Wert darauf gelegt ihren Willen zu unterstreichen unter sich im Rahmen des Möglichen die künftigen Bedingungen für eine wirksame Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu schaffen. Sie sind sich darüber einig geworden ihre Bemühungen zu vereinigen, um den Kredit und das Vertrauen in einer Atmosphäre der Ruhe und Sicherheit wiederherzustellen.«

Die deutsche Presse suchte die Pariser Zusammenkunft zu bagatellisieren und die Londoner zu überhöhen. Um so schlechter mußte ihr zu Mut sein, als die Londoner Konferenz außer einer Verlängerung des erwähnten Rediskontkredits und dem Versprechen der Bildung eines Stillhaltekonsortiums, das heißt der Aufforderung an die jeweiligen Landsleute die Kredite in Deutschland zu belassen, nichts brachte. Von diesen Krediten stammen übrigens 60% aus Amerika, 20% aus England, nur 5% aus Frankreich. Es kam weder zu der langfristigen noch zu der kurzfristigen Anleihe. Der Vorwärts schrieb am 24. Juli, Frankreich hätte auch ohne politische Bedingungen keiner langfristigen von der Regierung garantierten Anleihe zugestimmt, sich nur hinter den politischen Bedingungen verschantzt. Hier ist nun jener Begriff der politischen Bedingungen, der in der Presse aller Parteien in jener Zeit totgehetzt wurde, zum Beispiel auch in der Vossischen Zeitung, die jedoch ehrlicherweise am 24. Juli schrieb: »Um die Wahrheit zu sagen, der Reichskanzler hat in keinem Augenblick den Gedanken erwogen seine Unterschrift unter ein Dokument zu setzen, das auf eines der Rechte verzichtet, die uns der Versailler Vertrag gelassen, und um eine zweite Wahrheit nicht zu verschweigen, der französische Ministerpräsident hat Doktor Brüning nichts dergleichen zugemutet.«

Nach der Londoner Konferenz kamen MacDonal und Henderson als Erwidern des Chequersbesuchs am 27. Juli nach Berlin. Gleichzeitig weilte dort der amerikanische Staatssekretär Stimson. MacDonal erklärte, die Reise habe seiner persönlichen Information über die deutsche Lage gegolten. Wenn die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden seien, werde man in Genf und anderwärts auf dem Weg der Zusammenarbeit weiter fortschreiten. Brüning und Curtius fuhren am 7. August nach Rom. Es wird deutlich, daß nur im gesamt-europäischen Rahmen Friedensarbeit geleistet werden kann. Am 27. September wollen Laval und Briand nach Berlin kommen. Wenn auf beiden Seiten der Wille zur Zusammenarbeit stark genug ist, kann dieser Besuch ein neues Kapitel der europäischen Geschichte einleiten.

Zollunion

Eines der großen Hindernisse für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich war im letzten Jahr durch die Mitteilung geschaffen worden, daß Deutschland und Österreich eine Zollunion zu bilden beabsichtigen. Nicht die Tatsache als solche war es, die in Frankreich die Situation zuungunsten Deutschlands veränderte, sondern die Art, wie das Projekt bekanntgegeben wurde: grade als die französische Regierung dabei war die europäische Zusammenarbeit in die Wege zu leiten. Verstärkt wurde das Mißtrauen noch dadurch, daß in einem Teil der deutschen Presse dieses Zollunionsprojekt als Beginn einer neuen "aktiven Außenpolitik" Deutschlands deklariert wurde. An sich ist die Idee einer Verbindung zwischen Deutschland und Österreich natürlich und förderungswürdig. Eine Einigung zwischen Wien und Berlin kann wirklich eine Keimzelle europäischer Zusammenarbeit, sie kann aber auch ein Versuch sein Mitteleuropa gegen Kontinentaleuropa auszuspielen. Und als ein solcher Versuch wurde die Bekanntgabe dieses Projekts aufgefaßt. In Deutschland unternahm man diese Aktion anscheinend nur, um innenpolitisch etwas Luft zu bekommen. Eine verfehlt spekulativ, die wieder einmal das Vertrauen auf Deutschland der schwersten Belastung aussetzte. Dazu kam eine unglaubliche Presseregie. Ein Beispiel: Als die Zollunionsdebatte in Europa entbrannt war, schrieb die Vossische Zeitung am 25. März über ihre Meldungen: »Frankreich isoliert.« Aber am 27. Mai schrieb in der selben Vossischen Zeitung

Peter Reinhold: »Wenn man wochenlang das Volk in dem Glauben gelassen hat, daß nicht Deutschland, sondern Frankreich in dieser Sache allein stünde, und wir mit Sicherheit auf die Unterstützung anderer großer Nationen rechnen könnten, kann man sich nicht wundern, daß die vollständige Isolierung Deutschlands, wie sie in Genf zutage trat, den Glauben an die Weisheit unserer Außenpolitik nicht grade gefördert hat.« Wobei noch zu sagen ist, daß grade auch Reinhold zu denen gehört, die immer auf die englische Karte setzen, aller Nieten ungeachtet. Einen besonders scharfen Artikel, Falsche Regie betitelt, brachte die Vossische Zeitung am 28. Mai; der Verfasser, Fritz Kern, verglich Curtius' Auftreten mit Bethmann Hollwegs Haltung in der Frage des uneingeschränkten Unterseebootkriegs.

Auf der 63. Tagung des Völkerbundsrats, die am 18. Mai von Julius Curtius als Präsidenten eröffnet wurde, beantragte Arthur Henderson die Frage, ob die deutsch-österreichische Zollunion dem Vertrag von Saint-Germain oder dem Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 widerspreche, dem Haager Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten. Johannes Schober erklärte sich damit einverstanden, indem er aber nochmals betonte, daß die österreichische und die deutsche Regierung der Ansicht wären, von einer Vertragsverletzung könne nicht die Rede sein. Henderson legte dann den österreichischen Vertreter darauf fest bis zur Klärung der Frage keine weiteren Schritte auf dem Weg der Zollunion zu unternehmen. Auch Curtius stimmte der juristischen Lösung zu. Der Rat faßte darauf folgenden Beschluß: »Der Völkerbundsrat erbittet ein Gutachten über die Frage, ob ein zwischen Deutschland und Österreich eingerichteter Wechselverkehr (régime), wie er auf Grund und in den Grenzen der im Protokoll vom 19. März 1931 festgelegten Richtlinien vorgesehen ist, sich vereinigen läßt mit dem Artikel 88 des Vertrages von Saint-Germain und mit dem Protokoll Nummer 1, das in Genf am 4. Oktober 1922 unterzeichnet wurde.« Der Haager Gerichtshof fällt am 5. September mit 8 gegen 7 Stimmen das Urteil, daß zwar nicht der Vertrag von Saint-Germain, wohl aber das genannte Protokoll verletzt sei. 2 Tage vorher hatten Curtius und Schober in Genf bereits mitgeteilt, daß man auf eine weitere Verfolgung dieses Zollunionsgedankens verzichte. Nun ist der Weg für eine europäische Zollunion wieder frei.

Europakonferenz

Vom 15. bis zum 21. Mai fand in Genf die 3. Tagung der Europakonferenz des Völkerbunds statt. Julius Curtius verteidigte in einer der ersten Sitzungen das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion, wobei er die wichtige Erklärung abgab, Deutschland sei bereit mit jedem Land, ob groß oder klein, in einen Gedankenaustausch über eine Zollunion einzutreten. Dino Grandi stellte fest, es gäbe jetzt 4 Vorschläge für die Lösung der europäischen Notlage: 1. das landwirtschaftliche Kreditsystem, 2. das System der industriellen Ententen (internationale Kartelle), 3. das Präferenzsystem, 4. das System der Zollunionen. Die französische Regierung überreichte eine 24 Seiten lange Denkschrift, aus der hier nur einiges angegeben sei: Präferenzzölle für das Getreide der Südoststaaten, Ausbau der industriellen internationalen Kartelle, Kreditfragen und schließlich besondere Hilfsmaßnahmen für Österreich. Die Südoststaaten brauchen zweierlei: Absatz und Geld. Deutschland kann ihnen zu einem Teil den Absatzmarkt geben, Frankreich Geld. Von den Beschlüssen der Europakonferenz (siehe dazu auch die Rundschau Wirtschaft, 1931 I Seite 573) ist noch zu berichten: Es werden wieder Komitees von Sachverständigen gebildet, für Agrarfragen, Agrarkredite, Staatsanleihen internationalen Charakters, Arbeitslosigkeit; in Verbindung mit dem Internationalen Arbeitsamt soll die Möglichkeit einer internationalen Stellenvermittlung untersucht werden. Der Hauptkampf wird zwischen dem kontinentalen Präferenzsystem und dem englischen Verlangen auf Zollabbau ohne Gegenleistung entbrennen. Weiter sollen Konferenzen für Fremdenrecht, für Verkehrs- und Transitfragen einberufen werden. Diese Verweisungen an Kommissionen hält man im allgemeinen für Begräbnisse. Mit Unrecht. Die Atmosphäre ist so weit von internationalem Vertrauen entfernt, daß nur bei sorgfältiger Vorarbeit gute Beschlüsse gefaßt werden können.

Völkerbund

Der Völkerbundsrat wählte auf seiner 63. Sitzung Arthur Henderson zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz, als deren Ort endgültig Genf festgesetzt wurde. (Am 31. August, nach dem Rücktritt der Labourregierung, verzichtete Henderson aber auf dieses Amt.) Der Oberkommissar für Danzig, Graf Gravinga, wurde auf weitere 3 Jahre bestätigt. Englands Vertreter teilte mit, daß seine

Regierung die Generalakte, das heißt den Weltschiedsgerichtsvertrag, unterzeichnet habe. Bekanntlich hat Deutschland es nicht getan, da man meint, dadurch bestätige man noch einmal die bestehenden Verträge (Ostgrenzen); eine Auslegung, die keineswegs unbestritten ist.

Am 21. Mai beschloß der Rat die Gründung einer Internationalen Agrarkreditbank mit dem Sitz in Genf.

Vorkriegs-politik

Der 3. Band der Bülow-memoiren /Berlin, Ullstein/ (über die beiden ersten siehe diese Rundschau, 1931 I Seite 161 und folgende) schildert die Zeit seit Bülows Rücktritt. Hier ist er nicht mehr selbstgestaltend in der Reichspolitik hervorgetreten, vieles, was er berichtet, weiß er selbst nur vom Hörensagen, und da zeigt es sich, daß, je weniger er von den Dingen selbst aus eigener Anschauung weiß, um so oberflächlicher und einseitiger sein Urteil wird. Was er über den militärischen Zusammenbruch, was er vollends über den Novemberumsturz und die Deutsche Republik schreibt, enthält so viel Schiefes und Unsinniges, daß man verwundert ist. Seine Erklärung, »er müsse die Schattenseiten der Revolution besonders scharf darstellen, da er ja auch die Fehler des wilhelminischen Deutschlands gegeißelt habe«, verfängt nicht. Mit feinstem Pinselzug malt er die alte Zeit, seine eigne Zeit, mit größtem Bürstenpinsel die neue. Bülows Darstellung des Kriegsausbruchs, der verhängnisvollen 12 Tage, hat sicher hohen Wert, der auch durch den Vorwurf, sie habe der "feindlichen Propaganda" wieder Material geliefert, nicht verringert wird. Daß damals die Verhältnisse im deutschen Auswärtigen Amt bejammernswert waren, erkennt man aus dem Bericht Bülows über seine Rommission 1915. Selbst wenn man die Verärgerung abzieht, bleibt von Bülows Bericht eine kaum zu tragende Belastung der Wilhelmstraße zurück. Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow sind nun auch französisch erschienen: Mémoires du Chancelier Prince de Bülow, übersetzt von Henri Bloch und Paul Roques /Paris, Plon/. Sie lesen sich französisch sehr angenehm; der Diplomat von weltmännischem Schliff kommt hier recht zur Geltung. Unter dem Titel Fürst Bülow und der Kaiser /Dresden, Carl Reißner/ hat ein Autor, der sich Spectator nennt, Briefe Bülows und Wilhelms II aus der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes zusammengestellt. In der Tendenz ist

eine Bevorzugung des Kaisers zuungunsten Bülows festzustellen. Es ist merkwürdig, wie entlegen und antiquiert diese Geheimaufzeichnungen uns heute schon anmuten, obwohl sie nur 2 bis 3 Jahrzehnte alt sind. Es hat einen eignen Reiz hier Bülows ungeschminkte Ansichten zu vernehmen und sie mit den Denkwürdigkeiten zu vergleichen. Vieles stimmt infolge seiner Aufzeichnungen, aber auch wohl infolge seines phänomenalen Gedächtnisses wörtlich überein, vieles liest man hier freilich ganz anders. Bülow wußte eben für die Öffentlichkeit die Sache zurechtzumachen. Schreibt er doch selbst am 30. Mai 1905 (über die Marokkokrise): »Dadurch ist auf meine Veranlassung dem deutschen Volke eine Vorstellung beigebracht worden, welche in direktem Widerspruch mit der Wirklichkeit steht.« Aber solche Vorstellungen führten zur Katastrophe von 1914.

R. B. Mowat behandelt in seinem Buch The Concert of Europe /London, Macmillan & Co./ die europäische Geschichte der letzten 100 Jahre unter dem Gesichtspunkt, ob und wie weit die europäischen Mächte zusammenarbeiteten, und, wenn nicht, an wem es lag. Fragestellung und Darstellung sind interessant, doch ist das Buch vom englischen Standpunkt aus geschrieben. Wenn Deutschland mit England gegen Rußland ging, so war das keine Störung des Europäischen Konzerts, wollte sich aber Deutschland einer englisch-russischen Aktion nicht anschließen, so mangelte es in Berlin an europäischem Geist. Daß das wilhelminische Deutschland nicht nur eingekreist wurde sondern sich weitgehend selbst auskristallisierte, ist wohl richtig. Interessant sind besonders die Kapitel über die Griechische Frage, die Haager Friedenskonferenzen, die Bosnische Frage. In der Frage der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen folgt der Verfasser Erich Brandenburgs Buch Von Bismarck zum Weltkrieg. Er behauptet, England habe 1898-1899 in der Frage der portugiesischen Kolonien kein Doppelspiel getrieben. Das wird man auf dem Kontinent wohl immer anders sehen. Das letzte Kapitel ist den 12 Tagen vor Kriegsausbruch gewidmet. Mowat sagt: »Die Theorie, daß irgendeine Regierung 1914 vorsätzlich einen Krieg in Europa angezettelt hat, muß aufgegeben werden. Sie wird durch keinen Beweis gestützt, sowohl was Rußland als auch Deutschland betrifft.« Allerdings hält er Deutschland für schwer belastet, weil es eine Konferenz zur Beilegung des österreichisch-serbischen Konflikts ablehnte.

A. de Ridder weist in einer Broschüre *Encore les conventions anglo-belges (Extraits de la Revue catholique des idées et des faits des 16 et 23 janvier 1931)* noch einmal nach, daß es keine englisch-belgischen Abkommen gegeben hat, die die Neutralität Belgiens aufhoben, wie das die deutsche Kriegspropaganda bekanntlich behauptet hat. Die Meinung de Ridders teilen übrigens auch schweizerische und deutsche Forscher, zum Beispiel August Bach.

Die Veröffentlichung der Vorkriegsakten durch das Auswärtige Amt und die entsprechenden englischen und französischen Publikationen gaben Morrison Beall Giffen die Möglichkeit zu einer plastischen Darstellung der Fashodakrise: *Fashoda, the Incident and its Diplomatic Setting / Chicago, The University of Chicago Press/*. Auch die sonstige Literatur wurde von ihm verwertet. Er hat einen recht guten Hintergrund des Streits gemalt. In Frankreich gab es nach 1870 2 Tendenzen: eine, deren Blick auf die Vogesengrenze gebannt war, die sich also antideutsch einstellte, und eine andere, die eine Vergrößerung französischer Macht in Übersee suchte, wobei sie auf englischen Widerstand stieß. Die Unmöglichkeit beide Politiken gleichzeitig zu treiben erwies 1898 eben Fashoda. Frankreich hätte England nur entgegen treten können, wenn es in Europa eine Unterstützung gefunden hätte. Aber sowohl Rußland als auch Deutschland standen nicht auf Frankreichs Seite; Frankreich gab nach, Delcassé kam hoch und damit die Politik, die 6 Jahre nach Fashoda zur Entente cordiale führte. Möglichkeiten kontinentaleuropäischer Zusammenarbeit verschwanden für längere Zeit, die Weltkriegsspur zeichnet sich ab.

Totenliste Am 17. März starb *Sir Charles Elliot*, früher Botschafter Großbritanniens in

Japan. Er war auch mit den asiatischen Sprachen hervorragend gut vertraut.

Am 4. Juni starb, im Alter von 50 Jahren, der polnische Bauernführer *Jan Domb ski*, Vizemarschall des polnischen Sejms. 1920 schloß er als Außenminister den Frieden mit Rußland.

Am 29. Juni starb, im Alter von 75 Jahren, in Hamburg der erste deutsche Nachkriegsbotschafter in London, *Friedrich Sthamer*. Er entstammte nicht dem Kreis der Diplomatie sondern dem der Hamburger Wirtschaft. In London hatte man von ihm eine gute Meinung, was sich besonders bei seinem Abschied vom Amt Ende vorigen Jahres zeigte.

Kurze Chronik Der Rücktritt der Labourregierung führte in *England* auch einen Wechsel im Foreign Office herbei: An die Stelle Arthur Hendersons trat Rufus Daniel Earl of Reading Viscount Erleigh (früher R. D. Isaacs). Er ist 71 Jahre alt, war unter Asquith Attorney General, Lord Chief Justice, im Krieg Botschafter in Washington, nach dem Krieg Vizekönig von Indien. Jetzt war er Vorsitzender des Imperial Chemical Trust. Er gehört der Liberalen Partei an. ◊ Seit langem wurde zwischen *Südslawien und der Tschechoslowakei* über den Abschluß eines Handelsvertrags verhandelt. Erst Ende März kam er zustande, wahrscheinlich mit auf die Nachricht von der projektierten deutsch-österreichischen Zollunion hin. Übrigens sei hier daran erinnert, daß der Pariser Kongreß der Union Douanière Européenne auf Antrag der deutschen, französischen, ungarischen, tschëchoslowakischen und rumänischen Gruppe am 1. Juli 1930 einstimmig beschlossen hatte, man solle eine Zollunion zwischen Frankreich, Deutschland und den Nachbarländern bilden. ◊ Der neue Außenminister *Finnlands* Yrjö Koskinen ist ein Anhänger der baltischen Orientierung, während sein Vorgänger Procopé Anhänger der skandinavischen Orientierung war. Angesichts der politischen Umschichtung im Osten Europas, auf die hier in dem Artikel Baltischer Block und Kontinentaleuropa (1930 III Seite 882 und folgende) hingewiesen wurde, ist dies nicht ohne Bedeutung. ◊ Als Nachfolger Pierre de Margerics wurde *André François-Poncet* zum französischen Botschafter in Berlin ernannt. Er war bisher Unterstaatssekretär für Nationalwirtschaft, kennt Deutschland gut und wird sein neues Amt am 20. September antreten. Er ist durch die Gründung der Société d'Etudes et d'Informations bekannt geworden, die wirtschaftspolitisches Material publiziert, sowie durch politische Bücher, wie Gedanken eines modernen Republikaners.

Literatur Der 89jährige "Massenpsychologe" *Gustave Le Bon* schrieb ein Buch, das jetzt deutsch, von Helene Kauders übertragen, unter dem Titel *Die gegenwärtige Entwicklung der Welt* erschien (Wien, Steyermühlverlag). Außenpolitisch interessiert seine Stellung zur Einigung des Kontinents: »Die Staaten Europas können der Zerstörung, die sie bedroht, nur dann entgehen, wenn sie sich wirtschaftlich zusammenschließen ... Vereinigt zur

Blüte gelangen oder getrennt infolge der Unstimmigkeiten zugrunde gehen; das ist das Entweder-Oder, das heute in Frage steht. Außerst pessimistisch steht Le Bon dagegen der Frage der Abrüstung gegenüber; er hält sie für ebenso unmöglich wie gefährlich. \diamond Die Beziehungen der beiden angelsächsischen Reiche zu einander untersucht *Nicholas Roosevelt* in einer Schrift *America and England?* /London, Jonathan Cape/. Nach den Napoléonischen Kriegen, als Europa erschöpft war, begann Englands große Zeit, ein Machtanstieg sondergleichen. Heute, nach dem Weltkrieg und abermaliger Verarmung Europas, steigen die Vereinigten Staaten zu ungeahnter Macht. Aber ein großer Unterschied besteht nach dem Verfasser in der Weltlage: England hatte damals weder in der Wirtschaft noch in der Politik einen ersten Widersacher, Amerika hat ihn heute, es ist England. Der Verfasser untersucht nun die gegenseitigen Reibungspunkte, Vorzüge und Schwächen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen, in der Politik an mancherlei Punkten. Das Schlußkapitel heißt *Partners for peace*, der letzte Satz: Die Verfolgung gemeinsamer Interessen zu gegenseitigem Vorteil ist die einzige gesunde Basis für die Durchführung der *pax anglo-americana*. Unseren Anglo-Manen seien die scharfen deutschfeindlichen Ausfälle zur Beachtung empfohlen. \diamond Im Verlag des *Moniteur Belge* in Brüssel erschien unter dem Titel *Le statut international et la politique extérieure de la Belgique* die Rede, die der belgische Außenminister *Paul Hymans* am 4. März 1931 in der belgischen Kammer hielt, und in der er darlegte, daß das französisch-belgische Abkommen von 1920 nicht im Widerspruch zum Pakt von Locarno steht. \diamond Schon in 4. Auflage legt *Ladas Natkevicius* sein Buch *Aspect politique et juridique du différend Polono-Lithuanien* /Paris, Edouard Duchemin/ vor. Er vertritt die litauische These mit ungewöhnlicher Schärfe. Polen hat Wilna (Wilnius) geraubt. Den juristischen Ausführungen des Verfassers kann man zustimmen: Die sogenannte Sowjetregierung (Rechtsnachfolgerin des Zaren) hatte das Wilnaer Gebiet im Vertrag von Moskau (12. Juli 1920) an Litauen zediert. Dann hatte der General *Zeligowski* unter Bruch des polnisch-litauischen Vertrags von Suwalki vom 7. Oktober 1920 am Tag darauf Wilna besetzt. Die Botschafterkonferenz konnte Wilna nicht am 15. März 1923 de jure Polen zusprechen, da *nemo plus juris*

transferre potest quam ipse habet, und über Wilna hatte sie keine Kompetenz (im Gegensatz etwa zu Memel). Aber das alles hilft Litauen nichts. Denn entscheiden soll das Nationalitätenprinzip. Der Autor faßt Weißrussen, Juden und Litauer zusammen und stellt eine derartige Mehrheit einer polnischen Minderheit gegenüber. Faßt man aber Polen, Weißrussen, Juden zusammen, so ist die dann übrigbleibende litauische Minderheit noch viel kleiner. Hier bilden nämlich Weißrussen die Mehrheit (in der Stadt Wilna Juden), und nach dem Nationalitätenprinzip gehört das Wilnaer Gebiet zu Weißrußland. Es ist bezeichnend, daß der Verfasser im ganzen historischen Einleitungskapitel, wo er von der Größe des alten litauischen Staats spricht, niemals erwähnt, daß dieser Staat mindestens zu $\frac{1}{5}$ nicht litauisch sondern weißrussisch und ukrainisch war, daß das Weißrussische die offizielle Sprache war, in der auch das Litauische Statut geschrieben ist. Er erhebt auch Ansprüche auf Gardinas, unter welchem Namen man schließlich Grodno erkennt. Der Schluß läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Entweder Polen gibt Wilna an Litauen, oder hier entsteht ein Brandherd. Wertvoll ist das Buch durch den Dokumentenanhang von 70 Seiten. \diamond Einer der Mitarbeiter *Schlieffens* war der General der Infanterie *Berthold von Deimling*, der seine Lebenserinnerungen unter dem Titel *Aus der alten in die neue Zeit* vorlegt /Berlin, Ullstein/. Man erfährt allerlei über die alte Armee, über die Hererkämpfe in Deutsch Südwestafrika, über die Zabernaffäre, über die Schlachten an der Somme und vor Verdun (an welchen Ereignissen der Verfasser, der damals ganz anders gerichtet war als heute, Anteil hatte). Aber wir erfahren auch seine Abwendung von den Kriegsideologien, sein Sicheinsetzen für den neuen Staat, weswegen er von seinen Kameraden aufschwerste geschmäht wurde. Dabei ist sein Weg gradlinig: Er diente 50 Jahre als Offizier der Monarchie, denn damals war Deutschland, sein Vaterland, eine Monarchie. Jetzt dient er der Republik, denn er hat erkannt, daß für sein Vaterland keine andere Staatsform in Frage kommt. Hervorgehoben sei noch ein interessanter Briefwechsel mit *Erich Ludendorff*. \diamond Eine Studie über *Ferdinand Foch*, die *Paul Henri Michel* in der *Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale* veröffentlicht hatte, erschien auch als Sonderdruck (*La vie et l'oeuvre du maréchal Foch* /Paris, Alfred Costes/).

Innenpolitik / Will Könemann

Deutschland Die innenpolitische Situation in Deutschland wird nach wie vor vollkommen durch die wirtschaftliche und finanzielle Krise bestimmt, die sich in der Berichtszeit noch außerordentlich verschärfte. Als einzige erfreuliche Tatsache konnte zu Beginn des laufenden Etatsjahrs die rechtzeitige parlamentarische Verabschiedung des Reichshaushalts verzeichnet werden. Angesichts der durch den Auszug der Rechtsparteien erhöhten sachlichen Arbeitsfähigkeit des Reichstags verzichtete die Regierung auf die ursprünglich geplante Inkraftsetzung des Etats durch Notverordnung. Am 26. März wurde der Etat für 1931 mit 277 gegen 64 Stimmen der Kommunistischen Partei bei 14 Stimmenthaltungen der Wirtschaftspartei angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion gab eine Erklärung ab, daß sie trotz vielen Bedenken gegen die Gestaltung des Haushaltsplans im einzelnen und die Nichtberücksichtigung berechtigter Forderungen ohne Ausnutzung der Scheinmehrheit (die durch Zusammenwirken von Sozialdemokratischer und Kommunistischer Partei entstände) dem Haushalt zustimme, um ein Abgleiten der Staatsgewalt in die Hände der Reaktion zu vermeiden. Aus den gleichen Gründen hatte sie sich unter Betonung ihres ablehnenden Standpunkts bereits bei der Abstimmung über die 1. Rate des Panzerschiffs B der Stimme enthalten. Der betreffende Etatstitel wurde mit 180 Stimmen der anwesenden bürgerlichen Parteien bei 108 sozialdemokratischen Stimmenthaltungen gegen 62 Stimmen der Kommunistischen Partei und 9 gegen die Fraktion stimmende sozialdemokratische Abgeordnete angenommen. Die sich an diesen "Disziplinbruch" (siehe dazu hier den Artikel Kranolds, 1931 I Seite 441 und folgende) anknüpfende heftige innenparteiliche Auseinandersetzung fand durch eine das Verhalten der 9 mißbilligende Resolution des Leipziger Parteitags ihr Ende. Der Parteitag überließ die weitere taktische Haltung der Fraktion gegenüber der Regierung Brüning der Entscheidung der Fraktion, ohne bei der Debatte darüber sehr in die Tiefe zu dringen. Der vom Parlament verabschiedete Haushaltsplan für 1931 schloß formell ausgeglichen mit 10 713 Millionen Mark ab. Obwohl die Senkung gegenüber dem Vorjahr bereits 1150 Millionen betrug, war doch von vornherein offensichtlich,

daß damit die Sanierung nicht erreicht war. Trotz der wirtschaftlichen Krise waren die Einnahmen und Ausgaben den zu erwartenden Auswirkungen auf die Gestaltung der Reichsfinanzen nur in unzulänglichem Maß angepaßt worden. Wie wenig sachlich der Optimismus des Finanzministers fundiert war, wurde von Tag zu Tag deutlicher. Da die Aufnahme von Anleihen vorläufig ausschied, mußte die Regierung versuchen der steigenden finanziellen Schwierigkeiten auf andere Weise Herr zu werden. Das geschah durch die 2. Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931. Die Regierung erließ gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Verordnung einen Aufruf, in dem sie ihre Maßnahmen zu begründen versuchte und die großen Linien ihres Handelns darlegte. Die durch die Verordnung bestimmten Sanierungsmaßnahmen ergreifen das gesamte Gebiet der öffentlichen Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden, die Sozial- und Wirtschaftspolitik. Der zu deckende erneute Einnahmeausfall an Reichssteuern wurde in der Notverordnung auf 940 Millionen geschätzt, wovon 500 Millionen auf den Anteil des Reichs und 440 Millionen auf den Anteil der Länder und Gemeinden entfallen. Hauptsächlich beteiligt an dem Ausfall sind die Einkommensteuer mit 450 Millionen, die Körperschaftsteuer mit 50 Millionen, die Umsatzsteuer mit 60 Millionen, die Zölle mit 100 Millionen, die Tabaksteuer mit 150 Millionen. Der Einnahmeausfall bei den eignen Steuern der Länder wurde mit 100, der bei den eignen Steuern der Gemeinden mit 270 Millionen angegeben. Der gesamte Einnahmeausfall beträgt also nach den bisherigen Schätzungen in Reich, Ländern und Gemeinden mindestens 1310 Millionen Mark. Dabei ist es heute schon wahrscheinlich, daß auch diese Schätzungen noch zu tief gegriffen sind. Dazu kommen die Mehrausgaben gegenüber den ursprünglichen Ansätzen. Sie betragen 80 Millionen im Reichshaushalt, insbesondere für den Fehlbeitrag in der Knappschaftsversicherung, 240 Millionen bei dem Reichsanteil und 60 Millionen bei dem Gemeindeanteil an der Krisenfürsorge, 350 Millionen für die Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen, insgesamt 730 Millionen Mark. Endlich ein Mehrbedarf von 400 Millionen bei der Arbeitslosenversicherung. Die Deckung dieses gesamten Defizits der öffentlichen Finanzen in Höhe von 2240 Millionen Mark soll nach der Notverordnung durch Einnahmeerhöhungen

und Ausgabekürzungen erfolgen. An Einnahmeerhöhungen zugunsten des Reichs sind vorgesehen: Krisensteuer 395 Millionen, Verdopplung der Zuckersteuer 110 Millionen, Erhöhung der Mineralölzölle 75 Millionen, einmalige Mehreinnahme durch Wiedereinführung monatlicher Umsatzsteuerzahlung 80 Millionen, Erhöhung der statistischen Abgabe 3 Millionen, insgesamt 663 Millionen; zugunsten der Länder und Gemeinden: monatliche Umsatzsteuerzahlung 35 Millionen, Beseitigung der bisherigen Lohnsteuererstattungen 60 Millionen. Auf der Ausgabenseite wurden folgende Entlastungen durchgeführt: zugunsten des Reichs durch Kürzung der Gehälter und Löhne 101 Millionen, durch Abstriche bei der Reichsversorgung 85 Millionen, durch Streichungen im Reichshaushalt 120 Millionen (davon 50 Millionen im Reichswehretat); zugunsten der Länder und Gemeinden: durch Kürzung der Gehälter und Löhne 207 Millionen. Der Fehlbetrag im Etat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung soll durch Abbau der Leistungen gedeckt werden. Durch diese Maßnahmen werden also der Reichshaushalt um 834 Millionen, die Haushalte der Länder und Gemeinden um 302 Millionen Mark entlastet. Während jetzt das Defizit des Reichs wenigstens vorläufig gedeckt erscheint, verbleibt bei den Ländern und Gemeinden ein Fehlbetrag von rund 900 Millionen, dessen Erhöhung durch die ständig steigenden Wohlfahrtslasten wahrscheinlich ist. Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 wurden daher die Länder ermächtigt alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden erforderlich sind, insbesondere Senkung der Sach- und Personalausgaben, im Verordnungsweg vorzuschreiben. Die finanzielle Not der Gemeinden und die damit in Zusammenhang stehende dringende organisatorische Neuordnung der Sozialversicherung sind zum Zentralpunkt der Sanierung der öffentlichen Finanzen geworden.

Die tiefeinschneidenden und zum Teil unzweifelhaft erschreckend unsozialen Maßnahmen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 (siehe dazu die Rundschau Sozialpolitik, in diesem Band Seite 782 und folgende) führten zu einer Zuspitzung der innenpolitischen Lage. Am 16. Juni hatte der Ältestenrat des Reichstags über die von den extremen Parteien beantragte Einberufung des Reichstags zu entscheiden. Die Regierung hatte mit aller Bestimmtheit erklärt, daß der Zu-

sammentritt des Reichstags oder des Haushaltsausschusses zwecks Beratung der Forderungen nach Aufhebung oder Abänderung der Notverordnung sofort den Rücktritt des Kabinetts zur Folge haben würde. Sie hatte ebenso entschieden jegliche Verhandlung über eine Änderung der Verordnung im gegenwärtigen Zeitpunkt abgelehnt. Die Sozialdemokratie mußte befürchten, daß angesichts der ungeheuren Erregung über die Maßnahmen der Regierung eine weitere Tolerierung der Regierung ohne eine Abschwächung der unsozialen Tendenzen der Sanierungsmaßnahmen zu einer tiefgehenden Erschütterung der Grundlagen der Partei führen würde. Ausdruck dieser Befürchtung war die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion, die am 16. Juni mittags trotz der Rücktrittsdrohung der Regierung für die Einberufung des Haushaltsausschusses einzutreten beschloß. Bis zur entscheidenden Sitzung des Ältestenrats gelang es jedoch einen Ausweg zu finden und die Regierungskrise mit all ihren unabsehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen zu vermeiden. Der Reichskanzler stellte in Aussicht, daß durch entsprechende Ausführungsbestimmungen eine Milderung der schlimmsten sozialpolitischen Härten der Verordnung herbeigeführt werden solle. Die sozialdemokratische Fraktion revidierte nunmehr ihren Beschluß und nahm von der Einberufung des Ausschusses Abstand. Die Einberufung des Ausschusses wurde am 17. Juni im Ältestenrat mit den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt.

Durch die Haltung der Sozialdemokratie ist die Regierungskrise, die die gesamte Rechte unter Hilfsstellung der Deutschen Volkspartei als Beginn der "nationalen Regierung" herbeisehnte, vermieden worden. Die sogenannte Nationale Opposition hat grade in den Monaten des schwersten Existenzkampfes gegenüber den Interessen der Nation und den Erfordernissen europäischer Zukunftsarbeit einen Mangel an Verantwortungsbewußtsein, an sachlicher Leistung und politischer Führung offenbart. Jede Politik, die glaubt mit kurzfristigen und oft genug kurzsichtigen Notmaßnahmen über die politische und wirtschaftliche Gefahrenzone hinwegzukommen, trägt bereits den Keim neuen Unheils in sich und ist auf die Dauer zu völligem Scheitern verurteilt. Das gilt für die Außenpolitik (vornehmlich die Stellung zu Frankreich) nicht minder wie für die gesamte innere Politik. Es ist schlimm genug für die deutsche Po-

litik, daß erst unter dem Zwang der ungeheuren Gegenwartsnot Raum für politische und wirtschaftliche Systemänderungen geschaffen wurde. Noch schlimmer wäre es, wenn auch diese Möglichkeiten verpaßt würden. Die Lösung unseres Volks aus dem Starrkrampf der gegenwärtigen Not wird niemals gelingen, wenn der Blick der Reichsführung auf die Befriedigung der Banken- und Industriekapitäne und ihrer politischen Geschäftsführer gerichtet ist, deren Unfähigkeit für Planung und Führung sich bis zur Grenze des Unerträglichen offenbart hat. Nur wenn es gelingt durch sachliche Leistung der Masse den Sinn der von ihr gebrachten Opfer klar zu machen, kann die Not der Gegenwart für einen Wiederanstieg im deutschen und kontinentaleuropäischen Raum fruchtbar gemacht werden. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet zeigt die Arbeit der Regierung Brüning in dem verflochtenen Jahr seit dem verhängnisvollen 14. September 1930 nur Ansätze. Der Großteil der Arbeit bleibt zu tun.

Staatswesen und Partelen- kampf

Seit dem 14. September 1930 hat der politische Kampf ständig an Verhetzung und Roheit zugenommen. Die fast täglichen Ausschreitungen der Nationalsozialistischen und der Kommunistischen Partei, die Verwilderung der Presse und die Flut der Verleumdungen auf allen Gebieten des politischen Lebens führten schließlich zu scharfen Eingriffen in die politischen Freiheitsrechte. 2 Tage nach der Vertagung des Reichstags, am 28. März, erließ der Reichspräsident nach vorhergepflogener Beratung der Polizeiminister aller größeren deutschen Länder eine Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen (siehe die Rundschau Rechtswissenschaft, 1931 I Seite 391). Sie hat auf dem Gebiet der Vereins-, Versammlungs- und Pressepolizei die Machtmittel der Exekutivorgane außerordentlich vermehrt. Am 17. Juli erging eine 2. Verordnung, die tief in das bisherige Presserecht eingreifende Vorschriften enthielt. Um das Verschweigen wichtiger amtlicher Nachrichten, die Entstellung und Falschmeldung politischer Maßnahmen der Regierungen zu unterbinden, wurde die Verpflichtung der Redaktionen eingeführt Kundgebungen der Behörden in ihren Organen aufzunehmen. Jede Druckschrift, deren Inhalt die politische Sicherheit und Ordnung gefährdet, kann beschlagnahmt, und ihr weiteres Erscheinen verboten werden. Die liberale

Presse und auch sozialdemokratische Zeitungen sprachen angesichts dieser Maßnahmen von einem Ende der Pressefreiheit und forderten baldige Wiederaufhebung der Verordnung. Verschiedene Mißgriffe vor allem des Reichsaußenministeriums in der Handhabung der Verordnung schienen den Bedenken recht zu geben. Man wird sich ihnen so lange nicht anschließen können, als große Teile der deutschen Presse nicht die Selbstdisziplin und Verantwortung aufbringen, die mit den Interessen des Staats übereinstimmen, und die ein Korrelat jeglicher Freiheit sein müssen. Demokratie bedeutet nicht Willkür des einzelnen sondern eine auf der Verantwortung des einzelnen beruhende Ordnung des Ganzen. Am 7. August erzwang die preußische Regierung auf Grund der Pressenotverordnung in allen in Preußen erscheinenden rund 2500 Zeitungen die Veröffentlichung eines Artikels, in dem die Regierung gegen den Volksentscheid des Stahlhelms Stellung nahm. Ihr Vorgehen ist daraufhin bis weit in die Reihen der demokratischen Presse hinein scharf angegriffen worden. Zu Unrecht, denn die preußische Regierung hatte angesichts der maßlosen Verhetzung keinerlei Möglichkeiten sich in jenen Reihen Gehör zu verschaffen. (Eine andere Frage ist freilich, ob der Artikel selbst in allen Punkten richtig argumentiert hat; einzig durch die Substanz wird die Berechtigung des formalen Vorgehens erwiesen.) Zu bedauern ist es, daß sich noch vor dem Volksentscheid der Reichspräsident auf eine Beschwerde des Stahlhelms hin für eine Änderung der Verordnung einsetzte. Diese Desavouierung der preußischen Regierung mußte auch als politisch bedenklich erscheinen, da der Kampf gegen die preußische Regierung nicht minder der Regierung Brüning galt. Otto Braun rechtfertigte in einer öffentlichen Versammlung im Berliner Sportpalast am 14. August das Vorgehen der preußischen Regierung. Die auf das Verlangen des Reichspräsidenten hin bewirkte Abänderung der Presseverordnung macht in Zukunft das Vorgehen der Landesbehörden auf Grund der Verordnung von der Zustimmung des Reichsinnenministeriums abhängig.

Volksentscheid Das vom Stahlhelm durchgeführte Volksbegehren auf Auflösung des Preußischen Landtags hatte eine Eintragungszahl von 5 955 996 ergeben und war damit rechtswirksam zustande gekommen. Am 9. Juli wurde im Landtag über das Begehren,

verbunden mit einem Antrag der Kommunistischen Partei auf Selbstauflösung des Landtags, abgestimmt. Es wurde mit 229 gegen 196 Stimmen abgelehnt. Der Volksentscheid wurde auf den 9. August festgesetzt. Im letzten Augenblick schlossen sich die "Kommunisten", die das Volksbegehren bis dahin als "fascistische Mache" bekämpft hatten, den Volksentscheidsparteien an. Nun rückte ein Erfolg des Volksentscheids, den nunmehr sämtliche Parteien außer Sozialdemokratie, Zentrum und Staatspartei unterstützten, in den Bereich des Möglichen. Am 14. September 1930 hatten die Oppositionsparteien innerhalb Preußens 58% aller gültigen Stimmen erhalten. Die große politische Bedeutung des Volksentscheids lag in seiner möglichen Rückwirkung auf die Reichspolitik. Ein Sturz der Regierung Braun in Preußen mußte die jetzige Regierung Brüning binnen kurzem zu Fall bringen. Obwohl also der Kampf gegen Braun-Brüning dem Volksentscheid den Charakter einer grundsätzlichen politischen Entscheidung verlieh, ist er vollkommen gescheitert. Nur 9 793 030 Zettel mit Ja wurden abgegeben, das heißt 36,8% der Stimmberechtigten standen hinter sämtlichen Oppositionsparteien. Verfehlt wäre es allerdings aus diesem Stimmenergebnis auf eine Abschwächung des Nationalismus zu schließen, der einer Wiederaufrichtung der deutschen Nation im Weg steht. Denn die eigentlichen Kräfte des Widerstands gegen die Zusammenarbeit mit Frankreich, die die Voraussetzung jeder Wiederaufrichtung ist, wirken nicht in den "radikalen" Parteien sondern in der durch die sogenannte große Presse repräsentierten Öffentlichen Meinung. Bevor diese entgiftet ist, helfen auch solche Volksentscheidungssiege wenig.

Totenliste Am 13. Januar starb auf seinem Gut Loevelinkloe in Westfalen, im Alter von 82 Jahren, der Zentrumsabgeordnete *Karl Herold*, seit 1908 Mitglied des Reichstags, seit 1889 bereits Abgeordneter des Preußischen Landtags. Er hatte schon in jungen Jahren eine führende Stellung in der westfälischen Landwirtschaft erlangt, die ihn in den Provinziallandtag, den Kreistag und Kreis Ausschuß seiner Heimat brachte. Ende der achtziger Jahre wurde er ein hervorragender Parlamentarier der Zentrumspartei. Er war früher ein erbitterter Gegner der Sozialdemokratie, mäßigte sich darin wohl im Lauf der Zeit, stand aber nach wie vor in seiner Partei auf der rechten Seite.

Am 11. Februar starb plötzlich in Berlin der Vizepräsident des Preußischen Landtags *Otto Wiemer*, in seinem 64. Lebensjahr. Er war ursprünglich Mitglied der Freisinnigen Volkspartei und später der Fortschrittspartei, trat aber nach dem Novemberumsturz der Deutschen Volkspartei bei. Seit 1898 saß er fast ununterbrochen im Landtag. Er war übrigens einer der wenigen Journalisten (wenn nicht der einzige), die unter dem alten Regime von der Tribüne in den Sitzungssaal des Parlaments hinüberwechselten; im allgemeinen kam so etwas in der kaiserlichen Ära nicht vor, und die Parlamentarier, auch die der Linken, waren weit davon entfernt die Pressevertreter als ihnen gleichstehend anzusehen.

In London starb am 14. Februar der ehemalige Kriegsminister *Sir Laming Worthington-Evans*, im Alter von 63 Jahren. Er gehörte dem Koalitionsministerium Lloyd Georges und dann 5 Jahre lang dem 2. Kabinett Baldwin als Kriegsminister an. Er war einer der aktivsten und bekanntesten konservativen Abgeordneten. Noch kurz vor seinem Tod begründete er den Mißtrauensantrag der Konservativen gegen die Ausgabenpolitik der Labourregierung.

In Remscheid starb Mitte Februar nach langer Krankheit der frühere demokratische Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Vereins für Schulreform *Richard Eickhoff*, einer der Begründer der Interparlamentarischen Union, der Vertraute und Freund Eugen Richters.

Am 3. März starb in Berlin einer der Veteranen des deutschen Liberalismus, *Heinrich Dove*, im Alter von 77 Jahren. Er stammte aus einer Gelehrtenfamilie, sein Vater war der Meteorologe Heinrich Wilhelm Dove. Er gehörte über ein Vierteljahrhundert der Verwaltung Berlins an. In den Reichstag trat er 1903 als Nachfolger Barths ein, zu dessen Anhängern er zählte. 1912 wurde er Vizepräsident des Reichstags. Witz, Humor und gute Laune machten ihn im persönlichen Verkehr zu einem der lebenswürdigsten Menschen, dessen Tod für viele einen schweren Verlust bedeutete.

Einer der einflußreichsten und beliebtesten Politiker der Vereinigten Staaten von Amerika, *Nicholas Longworth*, starb, im Alter von 62 Jahren, Anfang April in Washington. "Nick", wie er allgemein genannt wurde, war Sprecher des Repräsentantenhauses. Er war ein hervorragendes Mitglied der Republikanischen Partei, durch seinen persönlichen Einfluß bewahrte er sie vor den Abspaltungen, die nunmehr sehr wahrscheinlich eintreten

werden. Seit 1903 gehörte er fast ohne Unterbrechung dem Repräsentantenhaus an. Außerhalb des Weißen Hauses war er zusammen mit seiner ebenfalls politisch tätigen Gattin, der Tochter Theodore Roosevelts, der gesellschaftliche Mittelpunkt der Regierungsstadt.

In Wien starb am 20. April der Präsident des Nationalrats, der Sozialdemokrat *Matthias Eldersch* (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung, in diesem Band Seite 673). Er gehörte bereits seit 1901 dem österreichischen Reichsrat an, 1919-1920 war er Staatssekretär des Innern und seit November 1930 Präsident des Nationalrats. Zu seinem Nachfolger wurde Karl Renner gewählt.

Ende Juni starb auf seinem Landgut im Süden Frankreichs der ehemalige Präsident der Französischen Republik *Armand Fallières*, 90 Jahre alt. Er gehörte seit 1876 dem Parlament als Deputierter, später als Senator an. Ministerpräsident wurde er nur einmal, 1883, und zwar für ganz kurze Zeit. Nach der Wahl Emile Loubets zum Präsidenten der Republik wurde Fallières sein Nachfolger als Präsident des Senats und am 17. Januar 1906 ebenso als Präsident der Republik. Sein Gegenkandidat war schon damals Paul Doumer, jetzt Präsident der Republik. Unter die Amtszeit Fallières fielen zahlreiche wichtige innen- und außenpolitische Ereignisse: die Rehabilitierung Dreyfus', die Trennung von Kirche und Staat; auch der Abschluß der Entente cordiale mit England, der Zwischenfall von Agadir, die Marokkokrise, die Konferenz von Algeiras. Ein Jahr vor dem Ausbruch des Weltkriegs folgte auf Fallières Raymond Poincaré. Fallières trat gänzlich vom politischen Leben zurück, hat sich seitdem nie mehr an ihm beteiligt. Wie manche anderen der französischen Staatspräsidenten war Fallières weniger ein bedeutender Politiker als ein seiner vorzüglichen Charaktereigenschaften wegen von allen Seiten hochgeschätzter Mensch, anspruchslos und beliebt. Er beschränkte sich ganz auf die nicht wenig anstrengenden Repräsentationspflichten seines Amts. In den Kinos, die in der Vorkriegszeit ja fast ganz von Frankreich her mit Filmen versorgt wurden, konnte man in jeder Politischen Wochenschau seine freundliche Gestalt sehen.

Kurze Chronik Der Preußische Landtag nahm am 13. Juni den Staatsvertrag zwischen Preußen und den Evangelischen Landeskirchen mit 203 gegen 56 Stimmen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokratie an. ◊

Die aus Kammer und Senat bestehende Nationalversammlung Frankreichs wählte am 13. Mai den Präsidenten des Senats Paul Doumer zum Präsidenten der Republik. Wichtiger als die Wahl Doumers ist die Niederlage seines Gegenkandidaten Aristide Briand. Er hatte sich erst nach langem Zögern entschlossen dem Drängen der Linken nachzugeben. Die überwältigende Mehrheit, die er nach der Debatte über die deutsch-österreichische Zollunion kurz vorher in der Kammer erhalten hatte, schien die Wahl zu sichern. Um so größer war die Enttäuschung, als im 1. Wahlgang der geheimen Abstimmung auf Briand nur 401 Stimmen, auf Doumer dagegen 442 Stimmen entfielen. Briand zog daraufhin seine Kandidatur sofort zurück. Im 2. Wahlgang erhielt Doumer gegen den nunmehr nominierten Kandidaten der Linken Pierre Marraud die absolute Mehrheit von 504 gegen 334 Stimmen. Eine Kundgebung der sozialistischen Kammerfraktion erklärte, daß dieses Ergebnis dem wahren Willen des französischen Volks nicht entspreche. ◊ In Belgien trat das Kabinett Jaspar am 21. Mai zurück, nachdem über die Frage der Militärkredite innerhalb des Kabinetts Unstimmigkeiten aufgetreten waren. Die neue Regierung wurde von Jules Renkin gebildet. Sie zählt als ihre Mitglieder 7 Katholiken und 5 Liberale.

Literatur

Oft ist in der sozialistischen Literatur das Problem der Machtergreifung behandelt worden. Selten aber ist dabei die Frage, wie sich diese außerhalb des Bereichs theoretischer Spekulationen real vollzieht, gestellt, noch seltener das Problem der Gewaltanwendung dabei durchdacht worden. Im Sinn der Marxschen Formel, daß die Gewalt als »ökonomische Potenz« ein ständiges und unvermeidliches Element bei jeder sozialen Umwälzung sei, nahm der Sozialismus das Gewaltprinzip in sein theoretisches Gedankengebäude auf. Gibt es Grenzen für die Anwendung der Gewalt, ein Kriterium für ihre Vereinbarkeit mit dem sozialistischen Ideal? Ist der Terror, den der Bolschewismus angeblich im Dienst sozialistischer Gestaltung ausübt, annehmbar? Diese Fragen wirft *Isaak Steinberg*, der nach dem bolschewistischen Staatsstreich Volkskommissar der Justiz in Rußland wurde und es so lange blieb, bis sich die Partei der Linken Sozialrevolutionäre, der er angehörte, von den Bolschewisten wieder trennte, in seinem Buch *Gewalt und Terror in der Revolution / Berlin*, Ernst Rowohlt/ auf. Das Buch entstand bereits

in den Jahren 1919 bis 1923 in Moskau. Mit Recht sieht Steinberg in der Frage, wie wir uns zur Gewaltanwendung stellen, mehr als nur eine taktische Angelegenheit. Er erkennt sie als ein Grundproblem des Sozialismus und glaubt, daß in ihr ein weltanschauliches Grundprinzip zum Ausdruck kommt. Was beherrscht den Gang der Geschichte: der eigengesetzliche Wille des Menschen oder die natürliche Gesetzmäßigkeit der Welt? Für den Sozialrevolutionär Steinberg, in dem die Ideen der Narodniki das Bild des Sozialismus formten, ist Sozialismus in allererster Linie ein sittliches Ideal. Darum kann das Problem revolutionärer Gewaltanwendung keine Frage der Zweckmäßigkeit sein. Sein Kriterium ist allein die Idee der Verwirklichung des Sozialismus. Steinberg verwirft nicht, wie es der ethische Dogmatismus Tolstojs tut, jede Gewaltanwendung schlechthin. Verzicht auf sie würde heißen das soziale Gebäude der kapitalistischen Unterdrückung mit eignen Händen stützen und festigen. Akzeptieren wir also die Gewalt, so brennt um so mehr die Frage nach ihrem Ausmaß und ihren Grenzen. Wann darf man im revolutionären Kampf Gewalt anwenden? Steinbergs Antwort: wenn sie dem sittlichen Ziel entspricht und mit dem sittlichen Bewußtsein vereinbar ist, mag manchem als wenig greifbarer Wegweiser erscheinen. Aber grade in ihr liegt das Wesentlichste seines Glaubens beschlossen. Nur diejenigen Mittel sollten dem Sozialisten annehmbar sein, die nicht nur dem Zweck überhaupt, der äußern Herstellung einer sozialistischen Ordnung, sondern dem innern Gehalt und Wesen des Sozialismus entsprechen. Daß das Prinzip der Ausrichtung der Mittel an der sittlichen Idee des Sozialismus sich niemals ganz rein durchführen lassen wird, darin liegt für Steinberg die Tragik des revolutionären Kampfs, eine Antinomie des sozialistischen Kampfs, die in dieser Form wohl nur dem Sozialrevolutionär russischer Prägung ganz aufgeht. Die Frage nach dem Grad der Gewalt führt zum Problem des Terrors. Was ist Terror? Was unterscheidet ihn von der zulässigen Gewaltanwendung? Steinberg gibt an der Hand bolschewistischen Materials eine Schilderung des russischen Bürgerkriegs, des sogenannten Kriegskommunismus, der bolschewistischen Staatspraxis bis zur Gegenwart. Hat man sie gelesen, dann weiß man: Das ist Terror. Terror ist ein kaltes berechnendes System, ein legalisierter Plan für Massenabschreckung, Massenzwang, Massenausrottung durch eine

herrschende Minderheit. Man kann den Unterschied zwischen der kämpfenden revolutionären Gewalt und dem herrschenden terroristischen System nicht besser kennzeichnen als es Steinberg an einer Stelle tut: Von der Barrikade schießt man in eine Idee, in der Folterkammer schießt man in das Herz des Menschen. Eine und die selbe Handlung kann sowohl Terror wie auch zulässige Gewaltanwendung sein. Keine Untersuchung vermag die genauen Unterschiede ihrer Verschiedenheit im voraus anzugeben. Nur ein moralischer Sinn, ein unbewußtes Gefühl dafür, was dem sittlichen Ideal entspricht, kann sie an der dynamischen Richtung ihres Strebens erkennen. Überzeugend vor allem der fundamentale Unterschied zwischen dem Heroismus der russischen Revolutionäre, die unter der Zarenherrschaft die Träger einer verbrecherischen Gewalt töteten, dafür aber ihr eignes Leben einsetzten und hingaben, und den Massenmorden des bolschewistischen Regimes, von Leuten veranstaltet, die im Besitz unbeschränkter Staatsgewalt geschützt sind und ihre Taten nicht zu verantworten brauchen. Ebenso aufschlußreich wie die von edelstem sozialistischen Geist getragenen Untersuchungen über die Grenzen der revolutionären Gewaltanwendung sind die durch zahlreiche literarische Hinweise gestützten und bereicherten Ausführungen über die Beispiele der Geschichte. In Danton und Robespierre verkörpern sich für Steinberg 2 Prinzipien revolutionären Handelns. Den Abgrund zwischen beiden bildet die verschiedene Stellungnahme zum Terror. Von besonderer Eindringlichkeit ist die Darstellung des Gewaltproblems in der Pariser Commune, die ein leuchtendes Beispiel für die Ablehnung des Terrors als sozialistischen Machtmittels ist. Nichts ist falscher als die Berufung der "Kommunisten" unserer Tage auf das Vorbild der Commune. Nichts haben sie mit einander gemeinsam. Steinberg untersucht noch eine ganze Reihe der üblichen Versuche den Terror zu verteidigen und setzt sich mit ihnen auseinander. Zum erstenmal wird in dem Buch Steinbergs das Problem in seiner ganzen Tiefe erfaßt. Angesichts der Ausbreitung einer mit den Terrormethoden sympathisierenden Geistes- und Seelenhaltung ist das Buch ein Mahnruf, der in der sozialistischen Öffentlichkeit nicht ungehört verhallen darf. Darüber hinaus aber ist es ein Ruf an das Gewissen die Idee des Sozialismus neu zu erfassen. Darum ist dieses Buch eine der wertvollsten Neuerscheinungen der Nachkriegszeit.

Staatssozialismus / Walther Pahl

Kreditkontrolle Das Maß von Mißwirtschaft im deutschen Finanzwesen, das in dieser Krisenzeit vor der breitesten Öffentlichkeit entrollt worden ist, zwingt dazu eine Reihe von grundlegenden Reformen durchzuführen, um Fehlleitungen im großen Stil in Zukunft zu vermeiden. Es seien hier einige der Vorschläge wiedergegeben, die jetzt zahlreich auftauchen.

Vordringlich verlangt man eine staatliche Bankenaufsicht und staatliche Kapitalkontrolle. Fritz Naphtali empfiehlt im Vorwärts vom 26. Juli 1931 die Einrichtung eines Bankenaufsichtsamts mit bestimmten Kontrollorganen. Er warnt allerdings davor das Vorbild, das in dem Reichsaufsichtsrat für Privatversicherung gegeben ist, zu kopieren. Das Schwergewicht des Einflusses in einem Bankenaufsichtsamt dürfe nicht bei den Vertretern der Banken selbst liegen. Vielmehr sei ein demokratischer Aufbau dieses Amts notwendig. Neben den Sachwaltern des Staats sollen auch hier die Vertreter verschiedener Wirtschaftszweige, Vertreter der Unternehmer, der Arbeiter und Angestellten paritätisch zusammenwirken. Das Aufsichtsamt soll die Solidität der Anlagen und der Geschäftsführung im Interesse der Bankeinleger überwachen. Darüber hinaus soll in Verbindung mit der Reichsbank ein Apparat der Überwachung und Lenkung des Kapitalstroms aus den verschiedenen öffentlichen und privaten Kreditinstituten unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgebaut werden. Felix Pinner fordert im Berliner Tageblatt vom 18. Juli 1931 ebenfalls eine Umbildung des deutschen Bankensystems. Diese Neuordnung soll uns neben den endlich neuzuschaffenden Depositenbanken mit ihren besonders gesicherten Liquiditätsnormen und ihren gesetzlich geregelten Anlageverpflichtungen besondere Effektenbanken bringen, denen gegen höhere Verzinsung diejenigen Gelder zufließen werden, deren Besitzer auch bereit sind das höhere Risiko der öffentlichen Mitbeteiligung zu tragen. Pinner fügt freilich hinzu, daß es für die hochgradig liquide Depositenbank in Deutschland vorläufig an den richtigen Anlagemöglichkeiten fehle. Bevor diese Neuordnung durchgeführt werden könne, müsse eine weitgehende Bankenaufsicht eingeführt werden. Josef Jahn fordert im Deutschen vom 22. Juli 1931 ein verbessertes System der Monatsbilanzen der Banken, um öffentliche Kontrolle und Kritik an der Bankenpolitik in stärkerem

Maß zu sichern. Im übrigen sei eine energische Reichsbankleitung notwendig, um das private deutsche Bankwesen besser zu kontrollieren. Eine Neuorganisation in der Form, daß man ein selbständiges Aufsichtsamt schafft, sei nicht nötig. Ernst Wagemann meint im Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 20. Juli 1931: »Letzten Endes sind es Fehler des Kreditsystems, die die jetzige Situation herbeigeführt haben. Fehler, die durch eine durchgreifende Reform zu beseitigen sind. Die Aufgabe, die hier zu lösen ist, ist außerordentlich groß. Es handelt sich aber (und darin liegt ein starkes Argument für eine hoffnungsvolle Betrachtung der gegenwärtigen Lage) nicht um einen Mangel an wirtschaftlichen Kräften und Entwicklungsmöglichkeiten sondern nur um Organisationsschwächen, die ein fester Wille zu überwinden vermag ... Einen völligen Zusammenbruch des Kreditwesens kann man nur aufhalten, wenn man für ein gleichmäßiges Vertrauen zu allen führenden Kreditinstituten sorgt, das heißt, wenn aus der Gemeinhaltung auch ausdrücklich eine Gemeinbürgschaft wird. Eine Abwicklung, die ja nur allmählich unter der Voraussetzung erfolgen kann, daß die tatsächlich immobilisierten Gelder auch als solche behandelt werden, setzt eine gemeinsame Planung voraus. Der Mobiliarkredit ist durch diese Entwicklung eine öffentliche Angelegenheit geworden, ebenso wie im vorigen Jahrhundert das Notenbankwesen, und wie es schon seit langem der Immobiliarkredit ist. Auch der Mobiliarkredit verlangt eine zentralisierte Kontrolle und jedenfalls eine weit stärkere Beherrschung durch das Zentralnoteninstitut, als es bisher der Fall war.«

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds und des Allgemeinen Freien Angestelltenbunds haben dem Reichswirtschaftsminister Richtlinien für ein Gesetz über die Errichtung eines Bankenamts überreicht, die eine Reichsaufsicht für alle Banken vorsehen. Träger der Reichsaufsicht sollen die Reichsregierung und das gründende Bankenamt sein, bestehend aus dem Vorstand, der von der Reichsregierung ernannt wird, und dem Beirat. Das Bankenamt muß bei den Großbanken und kann bei den übrigen Banken einen oder mehrere Bankkommissare einsetzen. Diese sind Organe des Bankenamts und an seine Anweisungen gebunden. Aufgabe des Bankenamts ist es die Geschäftsführung der Banken im Interesse der Kreditsicherheit zu überwachen. Zur Ausführung dieser Aufgabe

soll das Bankenamt eine Reihe weitgehender Befugnisse erhalten. Der Gesetzentwurf sieht ferner eine Konzessionspflicht des Bankgewerbes vor, eine Verpflichtung der konzessionierten Finanzinstitute zu weitgehender Publizität und über die Publizität hinaus eine weitgehende Pflicht zur Auskunfterteilung.

Wenn sich die Notwendigkeit einer Kontrolle des Bankwesens auch heute aufdrängt, so muß man sich doch darüber klar sein, daß Kontrolle noch nicht Leitung bedeutet. Leiten wird immer nur der, der stärker ist, und bis jetzt hat sich nicht erwiesen, daß in Deutschland der Staat heute stärker ist als die großen Bank- und Finanzunternehmungen, hinter denen die gesamte Macht des Privatkapitals konzentriert ist. Bei aller Notwendigkeit eine gesetzliche Reglung der Bankenkontrolle vorzunehmen muß man sich darüber jedenfalls klar sein.

Valorisation Unter Valorisation versteht man bekanntlich den Versuch durch eine künstliche

Verknappung des Angebots einer Ware ihren Preis über der Grenze zu halten, auf der er bei völlig freiem Marktwettbewerb stehen würde. In der Nachkriegszeit haben wir eine Reihe von Rohstoffvalorisationen erlebt, die in der aus dem Rohstoffhunger entstehenden hemmungslosen Ausdehnung der Produktion ihre Ursache haben. Nach der Deckung des ersten dringenden Bedarfs wurde das außerordentliche Mißverhältnis zwischen der forcierten Produktion und der durch den Krieg verursachten Kaufkraftschwächung offenbar. Ein gewaltiger Preissturz war die Folge. Nun kamen die ersten Valorisationsmaßnahmen großen Stils, mit denen man der Absatzschwierigkeiten für Rohstoffe Herr werden wollte.

Die mildeste Form der Valorisation ist die Einlagerung der Ware. Beispiele finden wir in einzelnen Etappen der brasilianischen Kaffeevalorisation und bei der amtlichen nordamerikanischen Preisstützung für Baumwolle und Weizen. Das Angebot konnte indessen durch die Einlagerung im allgemeinen nicht entscheidend beeinflußt werden, da dieses Verfahren sich fast stets auf regionale Produktionsgebiete beschränkte.

Größern Erfolg hat man dadurch erzielt, daß man die Einlagerung mit einer Ausführbeschränkung verband, wie das bei der Kautschukvalorisation durch den englischen Stevensonplan geschehen ist. Man wies den einzelnen Produzenten eine bestimmte Ausführquote zu und lagerte die überschüssigen Rohstoffmengen ein.

Dieses Verfahren führte besonders bei den finanziell schwächeren Unternehmungen auch zur Produktionsdrosselung. Die Produktionsdrosselung ist heute die gebräuchlichste Form der Valorisation. Schwierigkeiten ergeben sich hierbei insofern, als die mit niederen Kosten arbeitenden Produzenten schwer zur Produktionsdrosselung zu bewegen sind, und aus der Verteilung der Kontingente. Ein Beispiel für die Produktionsdrosselung bildet die Zuckerkonvention (Chadbourneplan), die vor kurzem zustande kam. Die Hauptproduktionsländer für Rohrzucker Cuba und Java, haben mit den europäischen Rübenzuckerländern eine allgemeine Angebotsbeschränkung, die praktisch eine Produktionsdrosselung erzwingt, vereinbart. Die Konvention konnte erst abgeschlossen werden, nachdem man die einzelnen Regierungen zur Mitwirkung zu veranlassen vermochte, wie denn überhaupt bei den verschiedenen Valorisationen in zunehmendem Maß eine staatliche Mitwirkung erfolgt. So ist auch jetzt der Versuch im Gang unter Mitwirkung der Regierungen in den Haupterzeugungsländern eine Drosselung der Zinnproduktion durchzuführen. Es ist bekannt, daß bei der Gummivalorisation des Stevensonplans und bei der brasilianischen Kaffeevalorisation die Regierungen entscheidend mitgewirkt haben. Nur in den Vereinigten Staaten von Amerika erschwert das bestehende Antitrustgesetz noch eine Mitwirkung der Regierung bei den Versuchen der amerikanischen Erdölproduzenten die Ölproduktion zu drosseln. Indessen erkennt heute die amerikanische Regierung, und im besondern ihr gegenwärtiger Präsident, die Notwendigkeit einer Zwangsreglung auf diesem Gebiet durchaus an. Formaljuristische Erwägungen erschweren aber noch die Durchbrechung des liberalistischen Prinzips.

Ein weiterer Typus der Valorisation ist die kapitalistische Verflechtung durch den allmählichen Übergang zur Bildung eines internationalen Trusts, der beispielsweise bei der Kunstseide in der Entwicklung begriffen zu sein scheint. Einen prägnanten Fall von Valorisation durch Vertrustung bildet die Nickelproduktion, die fast zu 100 % in den Händen des englischen Chemietrusts liegt. Es gelang auch den Nickelpreis vom Weltmarkt zu lösen und einen Preissturz zu verhindern.

Die zunehmende politische Durchdringung der Weltwirtschaft macht es wahrscheinlich, daß die mit der Valorisation gegebenen planwirtschaftlichen Tendenzen an Bedeutung zunehmen werden. Der große Nachteil der meisten Valorisationen liegt

darin, daß sie eine Anpassung des Preises an den Kostenstand des letzten, zur Versorgung des Markts noch erforderlichen Erzeugers darstellen und damit eine Rationalisierung auf dem betreffenden Warengebiet verhindern. Valorisationen, die nicht 100 % der Erzeuger umfassen, werden wahrscheinlich immer dazu führen, daß die noch außerhalb stehenden Produzenten eine große Produktionsausweitung und Kapitalinvestition vornehmen. Dadurch droht sich das Mißverhältnis zwischen Produktionskapazität und Absatzmöglichkeit noch zu vergrößern. Weiterhin ist es auch eine nachteilige Auswirkung der Valorisation, daß sie hier und da eine Steigerung der Erzeugung von Ersatzstoffen hervorgerufen hat. So stieg bei der Gummivalorisation Englands der Verbrauch regenerierten Gummis in den Vereinigten Staaten auf das 3fache. Die durch das internationale Kupferkartell hervorgerufene Preissteigerung in den Jahren 1928 und 1929 hat den Ersatz des Kupfers durch leichtere Metalle, insbesondere durch Aluminium, gefördert. Die Valorisationen demonstrieren sehr deutlich das Ende des Freihandels. Großraumwirtschaft wird zur Notwendigkeit, will man sich den ungünstigen Folgen der Valorisationspolitik entziehen.

Tabakbesteuerung Die neuere Entwicklung der Tabakbesteuerung in Deutschland zeigt mit aller Eindeutigkeit, daß wir uns hart an der Grenze des wirtschaftspolitischen und damit finanzpolitischen Optimums der Tabakbesteuerung befinden. Grundsätzlich wird das fiskalische Optimum einer Verbrauchssteuer durch denjenigen Steuersatz bestimmt, dessen Aufschlag auf den Preis den größten Gesamtertrag abwirft. Wenn dieser Punkt erreicht ist, ist die betreffende Verbrauchssteuer nicht mehr ausbaufähig. Die Schwierigkeiten, die aus der fiskalischen Erschöpfung der Tabakbesteuerung resultieren, sind auf den Konsumrückgang, die Ausschaltung von Grenzbetrieben, die Minderung der Gewinne und Rabatte usw. zurückzuführen. Mehr und mehr sieht sich das Reich gezwungen die sich aus der fiskalischen Anspannung der Tabakbesteuerung ergebenden ökonomischen Reibungsverluste durch subventionsartige finanzielle Stützungen auszugleichen. Mit der in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 durchgeführten Tabaksteuererhöhung mußten gleichzeitig auch Maßnahmen getroffen werden, um die Arbeiter, die durch die Ausschaltung von Zigarrenbetrieben arbeitslos wurden, zu entschädigen. Nach der Not-

verordnung erhalten Tabakarbeiter mit Ausnahme derjenigen, die ausschließlich Zigaretten herstellen, wenn sie nachgewiesenermaßen infolge der Vorschriften dieses Kapitels die Herstellung von Tabakerzeugnissen gänzlich aufgeben, auf Antrag eine Entschädigung; sie beträgt jährlich 8 % des Gesamtkleinverkaufswerts, höchstens jedoch 8000 Mark. Ebenso erhalten die Arbeiter, die nachweislich durch die Steuererhöhung arbeitslos wurden, eine Arbeitslosenunterstützung von 52 Wochen in Höhe von 75 % des normalen Arbeitsverdienstes. Hier zeigt sich sehr deutlich, was einer weiteren Anspannung der Tabakbesteuerung entgegensteht. Abgesehen davon ist aber die Entwicklung der Tabakbesteuerung schon im Jahr 1930 durch steigende Steuersätze, rückgängigen Konsum und nur geringfügige Steigerung der fiskalischen Erträge gekennzeichnet. Im Zeitraum von 1926 bis 1929 stieg der Tabakkonsum wertmäßig um $\frac{1}{2}$ Milliarde Mark, von 2388 auf 2856 Millionen Mark. Der fiskalische Ertrag stieg im selben Zeitraum von 773 auf 998 Millionen Mark. Diese nicht unbedeutende Steigerung des fiskalischen Ertrags ist nicht so sehr aus Erhöhungen des Steuersatzes als vielmehr aus den Umschichtungen des Verbrauchs auf den höher besteuerten Zigarettenkonsum zu erklären. Der wachsende Geldaufwand der Bevölkerung für Tabakwaren, der in der Verschiebung zur Zigarette prägnant zum Ausdruck kommt, ließ auf das Vorhandensein umfangreicher unerschöpfter Steuerreserven schließen. Die auf Grund der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 erlassenen Durchführungsbestimmungen vom 20. Dezember 1930 erhöhten die Banderole für die Zigarette von 33 auf 38 %. Zur Aufrechterhaltung des bisherigen Umsatzes von 33 Milliarden Stück wurde der Einzelverkauf unterbunden. Eine Abwanderung des Konsums zu anderen Tabakwaren hielt man für unwahrscheinlich, da die Banderolensteuer für Pfeifentabak vom 1. Januar 1930 ab von 20 auf $33\frac{1}{3}$ % erhöht worden war, und außerdem die Banderole für die Zigarre vom 1. Januar 1931 ab von 20 auf 23 % abgeändert wurde. Pfeifentabak und Zigarre waren ohnehin durch die Zollerhöhung von 80 auf 180 Mark einschneidend belastet, während bei der Zigarette zwar der Zoll ebenfalls um 100 Mark erhöht, gleichzeitig aber die Materialsteuer um 70 Mark gesenkt wurde. Durch diese Änderung des Tabaksteuergesetzes erwartete man an Stelle des ursprünglich veranschlagten Ertragnisses für das Jahr 1930 von 1143 Millionen Mark eine Steigerung des

Gesamtertragnisse auf 1340 Millionen Mark. Man nahm zwar für die Übergangszeit einen Verbrauchsrückgang von 2½ % an, glaubte jedoch, daß er im wesentlichen die Zigarre treffen werde, während bei der Zigarette die Beibehaltung des Kleinverkaufspreises und des Umsatzes angenommen wurde. Die Preiserhöhung der Zigarette, die dennoch tatsächlich eintrat, glaubte man durch eine Verringerung der Stückzahl in der Packung umgehen zu können. Schon die letzte Steuererhöhung vom Dezember 1929 hatte gezeigt, daß bei der Zigarette durch das Mittel des Preisaufschlags Reserven kaum noch erschlossen werden können. Der Kleinhandelswert des Doppelzentners Zigaretten stieg damals von 4115 Mark im Jahr 1928-1929 auf 4293 Mark im 2. Vierteljahr 1930, das heißt um 178 Mark. Die fiskalische Belastung der Zigarette stieg aber pro Doppelzentner von 1704 auf 1993 Mark, das heißt um 289 Mark. Der Kleinverkaufspreis stieg also durchschnittlich um 100 Mark weniger als die fiskalische Belastung. Damit war in der Zigarettenindustrie zum erstenmal der Fall einer Steuerrückwälzung auf die Produktions- respektive Handelskosten gegeben. Im selben Zeitraum sanken die Handelskosten von 1193 auf 987 Mark, das heißt um 206 Mark. Man mußte also die Unkosten komprimieren, da die Überwälzung der Tabaksteuer in der Form des Preisaufschlags nicht mehr zweckmäßig schien. Die Zigarettensteuererhöhung vom 1. Januar 1931 zog aus diesen Erfahrungen nicht die Konsequenz, daß sie die Mehrerträge durch Kostenkompression zu erreichen versuchte. Man hoffte vielmehr durch Verringerung der Stückzahl die tatsächliche Preiserhöhung verschleiern zu können. Die Erwartung haben sich nicht erfüllt. Die Verschleierung wurde sozusagen entdeckt. Es zeigte sich bald ein erheblicher Rückgang des Konsums auf der ganzen Linie. In dem Quartal von Januar bis März 1931 wurden nur 4 Milliarden Stück Zigaretten versteuert, während in den Quartalen vorher jeweils mehr als 8 Milliarden Stück versteuert worden waren. Die Minderung beträgt also rund 50 %. Die Zigarette hatte im letzten Quartal 1930 nur noch ein Banderolenertragnis von 83 Millionen Mark gebracht, während in den 9 Monaten vorher trotz niedrigem Steuersatz immerhin 410 Millionen Mark hereingekommen waren.

Noch einmal versucht sich die deutsche Finanzverwaltung über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß bei der bisherigen Form der Tabakbesteuerung die Grenze

des fiskalischen Optimums erreicht ist. Auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 wurde am 1. Juli der progressive Aufbau der Banderolensteuer durchgeführt. Zoll- und Materialsteuer (180 respektive 430 Mark pro Doppelzentner Rohtabak) bleiben unverändert. Die Banderole beginnt jetzt aber mit 30% des Kleinverkaufspreises bei den künftigen Preislagen zu 2½ und 3 Pfennig, steigt dann auf 31 % bei 4 Pfennig, auf 34 % bei 5 Pfennig, bis auf 45% bei der 15-Pfennig-Zigarette. Man hofft dadurch den Zigaretten in den Preisklassen bis zu 5 Pfennig eine konsumerhaltende Beschaffenheit zu sichern. Das um so mehr, als das Finanzministerium auch durch eine Verschärfung der Vorschriften über die Schnittbreite des steuerlich begünstigten Feinschnitttabaks die Tabakkonsumenten von der eignen Herstellung der Zigaretten abzubringen versucht. Den Anreiz zum Zigarettenkauf hofft man weiterhin durch eine sachlich und zeitlich begrenzte Wiederherstellung des stückweisen Verkaufs von Zigaretten zu verstärken. Der Einzelverkauf wird nur für Zigaretten in den Preislagen zu 2½, 4, 5 und 6 Pfennig zugelassen, bleibt aber untersagt für die Zigarette zu 3½ Pfennig und für alle Preislagen von 8 Pfennig aufwärts. Der in den 4 Preislagen erlaubte Verkauf in Stücken wird aber insofern beschränkt, als er nur aus Packungen von 25 und 50 Stück erfolgen darf. Die Durchführungsbestimmungen auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 haben ferner alte Preisklassen beseitigt und dafür neue Preisklassen und Packungen geschaffen. Man hat erkannt, daß der bei den Packungen zu 9 und 27 Stück sich ergebende Einzelpreis von 3,33 oder 4,44 oder 5,55 Pfennig preispsychologisch durchaus verfehlt war. Für die besseren Sorten werden jetzt die Preise wieder in vollen Pfennigen festgesetzt, während allerdings auf der andern Seite Preislagen zu 2½ oder 3½ Pfennig neu eingeführt werden. Das ganze neue System bleibt aber für den Verbraucher außerordentlich unübersichtlich und für das Gewerbe kompliziert. Die Zigarette zu 2½ Pfennig darf in Packungen zu 4, 10, 20 und 50 Stück hergestellt werden; die Zigarette zu 3½ Pfennig zu 3, 6, 9 und 12 Stück; Packungen zu 5 Stück werden für die Preislagen zu 5 und 6 Pfennig zugelassen, während außerdem alle Preislagen von 4 Pfennig aufwärts in Packungen zu 10, 25 und 50 Stück fabriziert werden können. Fast jede Preislage hat also ein besonderes System von Packungen. Es ist nicht zu erwarten, daß die

neue Regelung zu einer wesentlichen Belebung des Umsatzes führen wird. Sie entbehrt gänzlich der Einheitlichkeit und Durchsichtigkeit. Die zunehmende Verschlechterung der Wirtschaftslage dürfte außerdem zu einer weitem Verringerung des Umsatzes führen. Es scheint auch keineswegs sicher, daß die neue Regelung die Selbstdreher veranlassen wird wieder zum Zigarettenkauf zurückzukehren. Es wird dringend notwendig die Frage zu überlegen, ob das System der bisherigen Besteuerung überhaupt noch aufrechterhalten werden kann. Schon die Erfahrungen mit der Tabaksteuererhöhung vom 1. Januar 1930 haben gezeigt, daß die Komprimierung der Unkosten notwendig ist, um einen fiskalischen Mehrertrag aus der Tabakbesteuerung herauszuholen. Die Kostenkompression als Mittel zur Erzielung von Mehrerträgen aus der Tabakbesteuerung ist das Hauptkennzeichen eines Tabakfinanzmonopols. Die Frage, ob und in welcher Form heute ein Tabakmonopol möglich ist, bedarf dringend der Untersuchung.

Deutschland: Nach einer Untersuchung des Statistischen Reichsamts befanden sich am 31.

März 1928, dem letzten Stichtag, im Dienst der Hoheitsverwaltungen des Reichs und der Länder sowie der Kammereibetriebe der Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern und der Gemeindeverbände insgesamt 1 299 457 Personen. Davon entfallen 753 906 auf Beamte und Beamtenanwärter, 114 105 auf Militärpersonen, 173 736 auf Angestellte und 257 710 auf Arbeiter für dauernde Verwaltungszwecke. Der Personalstand der Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern wird auf 40 000 Personen geschätzt. Demnach würde sich die genannte Gesamtzahl auf 1 339 457 Personen erhöhen. Nicht enthalten sind in den genannten Zahlen das Personal der öffentlichen Unternehmungen und Betriebe sowie auch der sonstigen öffentlichrechtlichen Körperschaften Deutschlands.

Die kommunalen Gebietskörperschaften sind an der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten mit 41,3 % beteiligt, die Länder mit 41,2 %, das Reich mit 13,1 %. An der Zahl der Arbeiter für dauernde Verwaltungszwecke sind die Gemeinden mit 58,2 %, die Länder mit 14 %, und das Reich mit 20,3 % beteiligt.

Die rund 1,3 Millionen Personalkräfte der öffentlichen Verwaltungen stehen nur zum Teil im eigentlichen Dienst der Hoheits- und Kammereiverwaltungen. In der Zahl sind auch die Personalkräfte der

sogenannten Leistungsverwaltungen enthalten, zu denen das gesamte Bildungswesen, das Wohlfahrts-, Gesundheits- und Wohnungswesen sowie die öffentlichen Anstalten und Einrichtungen verschiedener Art, wie Feuerlöschwesen, Straßenreinigung, Kanalisation usw., gezählt zu werden pflegen. Diese Verwaltungen beschäftigen rund 400 000 Beamte und Angestellte und schätzungsweise 150 000 Arbeiter. Rechnet man diese und außerdem die 114 000 Militärpersonen von der Gesamtzahl ab, so sind für die Verwaltungen im engeren Sinn im Deutschen Reich 675 000 Personen tätig, unter denen sich 150 000 Mann Schutzpolizei befinden.

Totenliste Am 24. Juli starb in Wassenaar beim Haag eine der hervorragendsten Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Holland, der Universitätsprofessor *Hector Treub*, im Alter von 73 Jahren. Seine öffentliche Laufbahn hatte er als Rechtsanwalt in Amsterdam begonnen. 1896 übertrug man ihm dort an der Universität die Professur für Wirtschaftsstatistik. Er war viele Jahre lang Führer der Liberalen Partei und gehörte dem Kabinett Cort van der Linden 1913 als Handels-, dann als Finanz-, später wieder als Handelsminister an. 1918 legte er sein Portefeuille nieder. 1921 wurde er zum Vorsitzenden des Indischen Unternhemerrats gewählt, in dem das gesamte koloniale Kapital Hollands zusammengefaßt ist. Hier arbeitete er für die konservative Linie in der kolonialen Staatsverwaltung. Er errichtete auch an der Universität Utrecht eine besondere Fakultät für Kolonialwesen, an der er im Gegensatz zu den liberalen Grundsätzen der Universität Leiden konservative Kolonialpolitiker heranzubilden suchte. 3 Monate vor seinem Tod hatte er den Vorsitz im Unternhemerrat niedergelegt.

Kurze Chronik Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds tritt in einer Resolution für die Bildung *staatlicher Handelsmonopole* ein. Es heißt dort: »Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortan verhindert wird, daß alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung internationaler Trusts in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzugriff entzogen werden. Es ist an der Zeit, daß Regierung und Gesetzgebung die Übernahme von Handelsmonopolen auf das Reich ernsthaft ins Auge

fassen, zum Beispiel für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Verbrauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Ausland kommen.« Sicher scheint es zu sein, daß im besondern durch die Einführung eines Tabak- und Benzinmonopols dem Reich große finanzielle Reserven durch Rationalisierung des Handels erschlossen werden können. ◊ Durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 ist der Grundzoll für *Treibstoffe*: Benzin, Benzol und Petroleum, ferner für Gasöl, soweit es nicht zollbegünstigt hereinkommt, von 10 auf 17 Mark pro 100 Kilogramm erhöht worden. Unter Hinzurechnung des Tarzuschlags von 29 % ergibt sich für Benzin eine Verteuerung von 12,90 auf 21,93 Mark pro 100 Kilogramm, das heißt um 6,7 Pfennig pro Liter. Die Regierung erwartet für die Zeit vom Juni 1931 bis zum März 1932 ein Mehrertragnis aus den Treibstoffzöllen von 75 Millionen Mark. ◊ In *China* werden Staatsfabriken zur Herstellung von Textilien, Chemikalien, Salz und Zucker errichtet. ◊ In *Australien* hat die Überverschuldung der Öffentlichen Hand, zusammen mit der Wirtschaftskrise, jetzt dazu geführt, daß der Staat Neusüdwales seine Auslandsanleihen nicht mehr verzinsen kann. Bis auf weiteres wird der Australische Staatenbund, der die Zinszahlung garantiert hat, die Zahlungen leisten. Aber auch er steckt in der Klemme. Zur Beschaffung von Mitteln für Arbeitsbeschaffung und Weizenstützung sollen zunächst 360 Millionen Mark ungedeckte Noten ausgegeben werden; das wären für Deutschland, an der Einwohnerzahl gemessen, etwa 4 Milliarden Mark, das heißt ungefähr eine Verdoppelung des gegenwärtigen Notenumlaufs. Es wird also der Weg der Inflation beschritten. Wenig tröstlich ist es unter diesen Umständen, wenn der Finanzminister gleichzeitig der Öffentlichkeit sagt, die Gefahren der Inflation würden gewaltig übertrieben. Man wird ja sehen.

Literatur

Die *Vereinigten Industrieunternehmungen* ließen im Rahmen des Spezialarchivs der Deutschen Wirtschaft /Berlin, R. & H. Hoppenstedt/ eine Arbeit erscheinen, die unter dem Titel *Der Viagkonzern* einen ausgezeichneten Überblick über den Aufbau, die Entwicklung und die Tätigkeitsgebiete dieser Holdinggesellschaft gibt. Schaubilder und graphische Darstellungen verlebendigen den Text. Der Anhang bringt eine instruktive Übersichtskarte über die Anlagen der Viag angeschlossenen Gesellschaften.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Kant

Die Philosophie Kants ist, wie sich immer mehr herausstellt, ein so vielfältig verschlungenes Gewebe der verschiedensten ideengeschichtlichen Intentionen, daß die genaue historische Erforschung der Kantischen Lehre vor die größten Schwierigkeiten gestellt ist, wenn sie ein einfaches Bild jener Lehre entwerfen soll. Die philosophiegeschichtliche Forschung ist hier in einem besonders hohen Maß von systematischer Bedeutung, denn es zeigt sich immer wieder, daß die systematische Weiterbildung der Philosophie an die Erklärung bestimmter Partien der Kantischen Lehre anknüpft. Darum kann man erwarten, daß die nachgelassene Schrift des Tübinger Philosophen *Erich Adickes* Kants Lehre von der doppelten Affektion unseres Ich als Schlüssel zu seiner Erkenntnistheorie /Tübingen, J. C. B. Mohr/, so sehr sie zunächst nur im Dienst einer genauen Kantexegese steht, der Erkenntnistheorie neue Probleme stellt. Adickes weist mit der Genauigkeit, die ihn auszeichnete, nach, daß von der Inauguraldissertation an bis in das *Opus postumum* hinein Kant «eine empirische Affektion unseres Ich durch die bewegenden Kräfte der Materie» lehrt. Danach ist der Mensch mit seinem Körper wie mit seinem ganzen Innenleben in den allgemeinen Naturzusammenhang eingeordnet. Danach ist auch zum Beispiel der Raum für das empirische Ich ein Gegebenes, Vorgefundenes. Neben dieser Lehre vertritt aber Kant auch noch eine andere, nämlich die von einer transzendenten Affektion unseres Ichs durch die Dinge an sich. Macht man sich die Eigentümlichkeit dieser beiden Affektionsweisen und ihr Zusammenspiel klar, so erhellen sich viele dunkle Stellen im Werk Kants. Es ergibt sich aber auch, daß Kant den tiefsten Einblick in das Wesen der menschlichen Natur getan hat und darum einer der größten Anthropologen ist. Für das heutige wiedererwachende Interesse an der Philosophischen Anthropologie ergibt sich die Frage, ob das menschliche Sein aus mehreren Schichten besteht, und wie diese gegen einander abzugrenzen sind. Wie stark ein neues Verständnis Kants mit der Problematik der gegenwärtigen Philosophie zusammenhängt, zeigt das Werk des Marburger Privatdozenten *Gerhard Krüger* Philosophie und Moral in der Kantischen Ethik /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Grundlegend von Heideggers On-

tologie des Seins und seiner Kantdeutung beeinflusst, geht es doch weit darüber hinaus. Die historische Aufgabe der Arbeit ist der Versuch nachzuweisen, daß Kant »unmodern« ist, daß er noch in den Denkkzusammenhängen einer ältern Tradition steht, die nicht mehr die unsere ist, wie sich an seiner Metaphysik zeige. Diese alte theistische Metaphysik sei in dem Kantischen System wesentlicher als die kritische Leistung, auf die das 19. Jahrhundert so sehr den Nachdruck legte, daß es das metaphysische Herz- und Kernstück ganz vergessen hätte. Aber das Neue dieser Kantischen Metaphysik sei, daß sie mehr als nur theoretische Erkenntnis bringe, sie bedeute vielmehr moralische Lebenserfahrung, »ein autonomes Verstehen des Ganzen alles Seienden als der faktischen Schöpfung Gottes«. Die Möglichkeit der metaphysischen Erkenntnis der Dinge an sich liege in der Lebenserfahrung, weil die Zweckmäßigkeit, die das ontologische Prinzip der Dinge an sich ist, eine »mögliche Beziehung auf den Endzweck der Welt« habe. Aber die Traditionsgebundenheit Kants zeige sich darin, daß der Begriff des Selbstbewußtseins eigentlich nicht als moralische Autonomie konstruiert sondern von der transzendentalen Apperzeption aus begriffen werde. Daher bleibe der logische Verstandesbegriff neben dem moralischen bestehen, und die Aufklärung werde durch Kant eigentlich nicht überwunden sondern bleibe auf einem abgegrenzten Gebiet, nämlich dem Wissen, erhalten. Die praktische Erkenntnis sei aber dann nichts anderes als Postulat und Sache des Glaubens. Ihrem eigentlichen Sinn nach sei aber die Vernunftkritik die Beurteilung des reinen Vernunftgebrauchs unter dem Gesichtspunkt des Sittengesetzes als Kanon. Kant hätte damit die alte Metaphysik sichern wollen, aber grade das Gegenteil erreicht: nämlich ihre Auflösung.

Die aktuelle philosophische Bedeutung, die diese Kantinterpretation hat, besteht darin ein Beitrag zu dem Problem zu sein, wie »unter geschichtlich lebenden Menschen, trotz ihrer Geschichtlichkeit, Philosophie möglich« ist. Seit Hegel ist die Philosophie geschichtlich, weil sie »ihre Zeit in Gedanken erfaßt«. Philosophie ist aber zugleich übergeschichtlich. Diese Doppelstellung kann die Philosophie nur darum einnehmen, weil sie, obwohl sie selbst in einem bestimmten historischen Horizont steht, doch zugleich die Selbstbesinnung auf die Grundlagen und auf die strukturellen Eigentümlichkeiten dieses Denkhorizonts ist.

Nachkantisches Denken Wie das merkwürdig komplexe Gebilde der Kantischen Philosophie aufgefaßt und weitergebildet wurde, wie von Reinhold bis zur Gegenwart sich die von Kant angeschlagenen Motive entwickeln, das ist Gegenstand einer außerordentlich wertvollen Untersuchung *Gerhard Lehmanns*, die Geschichte der nachkantischen Philosophie betitelt ist (Berlin, Junker & Dünnhaupt). Das mit größter Sachkenntnis geschriebene Buch entwickelt ganz neue Seiten an dem Entwicklungsgang der Philosophie seit Kant und fesselt durch eine ungemeine Fülle neuer Gesichtspunkte. Die inneren Beziehungen der nachkantischen Philosophie zum Kritizismus, die Wandlung der Vorstellungen, die man sich von der Kantischen Philosophie machte, und die verschiedene Stellungnahme zu ihr, das sind die eigentlichen Themata des Buchs. Lehmann betritt methodisch, aber auch sachlich, ein neues Gebiet, indem er von dem Begriff des kritischen Motivs ausgeht. Es ist ein Motiv weltanschaulichen Denkens überhaupt, neben anderen. In der Kantischen Philosophie findet es eine seiner möglichen Ausprägungen, und es ergibt sich daher die Aufgabe seinen Wandel durch die nachkantische Philosophie zu verfolgen. Es ist in ihrer wechselvollen Geschichte die eigentlich treibende Kraft. Indem der Verfasser mit großem Spürsinn für die in der Tiefe der Systeme am Werk befindlichen Kräfte seine Darstellung aufbaut, leistet er eine wertvolle Arbeit für das Ringen der gegenwärtigen Philosophie um ihr Selbstverständnis.

Ein besonderes Problem aus der Geschichte der neukantischen Philosophie, nämlich Methode und Gegenstand der Geisteswissenschaften, untersucht *T. Yura* in seiner Studie *Geisteswissenschaft und Willensgesetz* (Berlin, Panverlagsgesellschaft). Der Verfasser, der von einer Darstellung der Generalisierungs- und Individualisierungsmethode Karl Mengers ausgeht, behandelt dann die Badische Schule (Windelband, Rickert, Hessen), ferner die Marburger Schule (Cohen, Natorp, Cassirer, Görland) und schließlich Dilthey und seine Nachfolger. Diese mit scharfsinniger Kritik durchgeführten Untersuchungen bahnen dem japanischen Philosophen den Weg zur Begründung seines eignen Standpunkts. Danach ist der Gegenstand der Geisteswissenschaften das Willensgesetz, ihre Methode ist »Skopologie«. Unter Wille versteht der Verfasser den Vernunft- oder Ursprungswillen, der »im Innern« aller geschichtlichen Existenzen wirkt, alle nach der

höchsten Idee des Guten streben läßt und sie dadurch synthetisiert, unerachtet er zugleich allen ihren »besondern Sinn« und ihre »Individualität« verleiht. Die hierin liegende Gesetzlichkeit ist eine Grundfunktion des geistigen Lebens in seiner ganzen Breite. Sie besteht in der Idee des Systems des theoretischen, praktischen und ästhetischen Bewußtseins. Die Methode der Geisteswissenschaften, die der Verfasser Skopologie nennt, ist ein Begreifen, oder, besser gesagt, ein Verstehen einer Willenseinheit durch Willenseinheit. Sie ist ungefähr das selbe wie die »Zweckmethode« Natorps, aber geht doch wohl darüber hinaus, indem Troeltsch' Lehre von dem intuitiven Moment im historischen Erkennen von dem Verfasser anerkannt wird. Damit wird aber die skopologische Methode geeignet das Individuum zu erfassen. Die geistvollen Betrachtungen des Verfassers zum Problem der Methode des geisteswissenschaftlichen Erkennens stehen außerhalb der Standpunktlagen der neukantischen Schulen, was einen ganz eignen Reiz ausmacht, der den weiterführenden Gedanken des Verfassers anhaftet.

Feuerbach Die Geschichte der nachhegelschen Philosophie beginnt erst in den letzten Jahren mehr Beachtung zu finden. Erst durch diese eindringenden Untersuchungen zeigte sich, wie irrtümlich vielfach die hergebrachte Auffassung war. Die Krise des Hegelianismus war kein Sturz der Philosophie überhaupt sondern die Umlagerung des Denkens, aus der unendlich viel Bedeutendes hervorgegangen ist, wenn auch heute nicht mehr alles lebt. An einem dieser nachhegelschen, durch Hegel hindurchgegangenen Denker, an Ludwig Feuerbach, ist die Forschung bisher nicht so achtlos vorbeigegangen; es gibt die wertvollen Werke von Karl Grün, Wilhelm Bolin, Friedrich Jodl. Viele Fragen blieben aber noch immer unbeantwortet. Da kommt nun eine äußerst wertvolle Arbeit *Simon Rawidowicz'*, betitelt Ludwig Feuerbachs Philosophie, Ursprung und Schicksal / Berlin, Reuther & Reichard/. Das mit der größten Sorgsamkeit gearbeitete Werk behandelt die Entstehung und Weiterbildung der Feuerbachschen Philosophie, die Einwirkung Feuerbachs auf seine Zeit und die Nachwelt bis zur Gegenwart. Sehr viel Material, das bisher völlig unbekannt war, ist hier zum erstenmal verwertet. Überraschend auch für den Spezialkenner jener Zeit sind viele neue Hinweise auf das Verhältnis Feuerbachs zu Hegel und

vor allem zu Fichte. Von ganz besonderem Interesse sind aber die eingehenden Untersuchungen des Verfassers über die Wirkungen, die Feuerbach hatte. Hier konnte er, gestützt auf eine ungewöhnliche Literaturkenntnis, eine Fülle neuer Entdeckungen vorlegen. Wägt man Rawidowicz' Werk an der bisherigen Feuerbachliteratur, so kann man von einem außerordentlichen Fortschritt sprechen, den die Forschung gemacht hat.

Veranstaltungen Die Gesellschaft für Philosophischen Unterricht veranstaltete in Berlin, gemeinsam mit dem Provinzialschulkollegium, der Kantgesellschaft und dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, vom 15. bis zum 18. Juni einen Kongreß mit dem Thema der *Philosophischen Arbeitsgemeinschaft*. Es sprachen unter anderen Arthur Liebert über Hauptprobleme der modernen Erkenntnistheorie, Erwin Schrödinger über Wandel der Grundbegriffe in der modernen Physik. Um zu untersuchen, wie der Philosophieunterricht in der Schule methodisch zu gestalten sei, fanden praktische Vorführungen von Arbeitsgemeinschaften der Primen des Mommensen- und des Französischen Gymnasiums über Grillparzers Sappho und das Problem der Materie statt. Die Diskussion ergab noch manche wertvolle Anregung für eine weitere Förderung des Philosophieunterrichts. Im Juli fand im Schloß Wörlitz die diesjährige Sitzung des Kuratoriums der *Moses-Mendelssohn-Stiftung zur Förderung der Geisteswissenschaften* statt. Es sollte über die Verteilung der Stiftungserträge beschlossen werden. Die Stiftung hatte im vorigen Jahr einen Preis von 5000 Mark für eine Arbeit über die Aufklärungsphilosophie im geistigen Leben Berlins ausgeschrieben. Die Einreichungsfrist war zur Zeit der Sitzung noch nicht abgelaufen, deshalb erließ man kein neues Preisausschreiben. Es wurde aber eine Anzahl Beihilfen für wissenschaftliche Forschungsarbeiten gewährt. In der Woche vom 18. Oktober ab soll zur Feier von Hegels 100. Todestag in Berlin ein *Internationaler Hegelkongreß* stattfinden, zu dem die bedeutendsten Hegelkenner aller Länder als Redner eingeladen sind. Der Internationale Hegelbund im Haag hat die Führung dieses Kongresses übernommen.

Totenliste Ende Dezember 1930 starb der Professor für Mathematik an der Technischen Hochschule Berlin *Eugen Stübler*, im Alter

von 57 Jahren. Er war ursprünglich Lehrer, habilitierte sich dann an der Stuttgarter Technischen Hochschule, wo er 1910 außerordentlicher Professor wurde. Wegen seiner Arbeiten über Ballistik wurde er während des Kriegs in die Artillerieprüfungskommission berufen. Seit 1923 lehrte er in Berlin.

Einem Herzschlag erlag Ende März 1931 in Gießen der Mathematiker *Johann Lappe-Danielewski*, der erst 35 Jahre alt war, aber sich bereits einen bedeutenden Ruf als Forscher erworben hatte. In diesem Sommer sollte er an der Universität Gießen über sein Spezialgebiet, die linearen Differentialgleichungen, lesen; ebenso war er aufgefordert worden in Jena und in Paris über seine Arbeiten zu berichten. Er war auch Korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Mitte April starb in München der Mathematiker *Aurel Voß*, im Alter von 86 Jahren. Er hatte in Darmstadt, Dresden, München und Würzburg gelehrt. In München wirkte er 20 Jahre. Von seinen Arbeiten sei vor allem die über das Wesen der Mathematik hervorgehoben, die 1922 in 3. Auflage erschien.

Am 9. Mai starb in Berlin der ehemalige Pfarrer *Maximilian Runze*, im Alter von fast 82 Jahren. Er war ein vielseitiger Geist, hatte neben der Theologie auch Philosophie studiert, vor allem Kant, Hume und Fichte, und lehrte später Philosophie an der Berliner Humboldthochschule. Daneben wirkte er auch auf musikalischem Gebiet (siehe die Rundschau Musik, in diesem Band Seite 812).

Mitte August verunglückte *Jacques Herbrand* auf einer Hochgebirgstour in der Dauphiné. Er galt als einer der bedeutendsten unter den jungen Mathematikern Frankreichs. Er arbeitete unter anderem über die algebraische Theorie der Körper. Sein Hauptinteresse galt den Grundlagen der Mathematik und darum auch der Hilbertschen Beweistheorie. Im letzten Winter hielt er im Mathematischen Kolloquium der Universität Berlin einen Vortrag über seine Ideen zur Neubegründung der Mathematik.

Kurze Chronik: Die Soziologische und die Philosophische Gesellschaft (Ortsgruppe der Kantgesellschaft) in Wien schrieben einen Preis von 1000 Schilling für eine Arbeit über die Entwicklung der Soziologie des Erkennens und Wissens seit Wilhelm Jerusalem aus. Die Arbeiten, die in deutscher, französischer, englischer oder italienischer Sprache abgefaßt sein können

sind bis zum 31. Dezember 1932 an Walther Eckstein, Kirchstetterngasse 49 in Wien einzusenden. \diamond Auf einer Autographenversteigerung in Berlin kaufte die Preussische Staatsbibliothek das Manuskript von *Fichtes* Versuch einer Kritik aller Offenbarung, die lange für ein Werk Kants gehalten worden ist. \diamond Der Jenaer Professor *Eberhard Grisebach*, der einen Ruf als Nachfolger Karl Joels auf den Lehrstuhl der Philosophie in Basel erhalten hatte, lehnte diesen ab und folgte der Berufung auf den Lehrstuhl für Systematische Philosophie und Pädagogik an der Universität Zürich als Nachfolger Gottlob Friedrich Lipps'. \diamond An der Universität Köln *habilitierten* sich Willy Gierlichs für Soziologie, Bodo von Waltershausen für Philosophie und Pädagogik und Hubert Cremer für Mathematik. \diamond Am 13. August wurde *Hermann Türck* 75 Jahre alt. Vor dem Krieg ist sein Buch *Der geniale Mensch* viel gelesen worden. Heute scheint dieser originale Denker fast vergessen. Zu Unrecht. Man wird bei der Neuauflage seiner Schriften, die jetzt im Verusverlag in Weimar erschien, auf ihn zurückkommen und dann entdecken, daß sich bei ihm Gedanken finden, die in die Zukunft zeigen.

Literatur

Der Greifswalder Philosoph Hermann Schwarz gibt im Verlag von Junker & Dünnhaupt in Berlin ein Sammelwerk heraus, unter dem Titel *Deutsche Systematische Philosophie nach ihren Gestaltern*. Die Bearbeiter Johannes Volkelt, Hans Driesch, Richard Höningwald, Bruno Bauch, Nikolai Hartmann und der Herausgeber stellen sich selbst dar. Diese *Selbstdarstellungen* sind zum Unterschied von den bei Felix Meiner erscheinenden nicht genetisch und biographisch sondern systematisch. Die Beiträge stehen alle auf einer ungewöhnlichen Höhe der Kunst auf verhältnismäßig beschränktem Raum ein klares und eindringliches Bild eines Systems zu geben. Bei vielen der Mitarbeiter, wie Höningwald, Bauch und Hartmann, erfährt man über viele Zusammenhänge in ihren Systemen durchaus Neues gegenüber ihren bisherigen Veröffentlichungen. Auch die Arbeit Volkelts, das letzte, was wir von ihm besitzen, ist, abgesehen von dem Gefühl der Pietät, mit dem man sie lesen wird, besonders wertvoll, weil wir hier wie nirgend sonst in seinen Schriften den Gesamtaufbau seines Denkens sehen. Bemerkenswert ist bei all diesen Philosophen die tief fundierte und breit ausgeführte Metaphysik.

Psychologe / Hugo Ehlers

Forel †

Der hervorragende Psychiater und Sozialethiker August Forel, der durch seine kulturellen Bestrebungen und seine Überzeugung von der sozialen Bedeutung der Wissenschaft grade in sozialistischen Kreisen mit Recht größtes Ansehen genoß, ist am 27. Juli in Yvorne am Genfer See gestorben. Forel wurde im Jahr 1848 in Morges /Schweiz/ geboren. Er studierte in Zürich, Tübingen und Wien und wurde 1873 Assistent des aus der bayrischen Geschichte bekannten Psychiaters Bernhard von Gudden in München. Im Jahr 1879 wurde er Professor der Psychiatrie in Zürich, wo er sich rasch Ruf erwarb. Seit 1898 lebte er in Chigny ganz seinen Neigungen und sozialen Arbeiten. Im Jahr 1906 erwarb er seinen Ruhsitz in Yvorne, von ihm Fourmilère genannt, in Anspielung an seine Ameisenforschungen und die vielen Gäste, die das Haus beherbergte. Wenige Monate vor seinem Tod erschien die 16. Auflage seiner Sexuellen Frage /München, Ernst Reinhardt/, um die er sich seiner Krankheit wegen nicht mehr selber kümmern konnte, die daher von Rainer Fetscher bearbeitet wurde. Dieses Werk hat ihn in den weitesten Kreisen bekannt, ja weltberühmt gemacht. Forels erste Arbeit 1873 bedeutete eine große Bereicherung der Ameisenbiologie. Seine Aufsätze über dieses Thema, das ihn sein ganzes Leben hindurch beschäftigte, finden sich in Auswahl gesammelt in der Schrift Das Sinnesleben der Insekten. Bei dem Gehirnanatomen Theodor Hermann Meynert in Wien arbeitete er seine Dissertation über den Sehhügel aus. Später in München widmete er sich hauptsächlich der Gehirnanatomie. In Zürich veröffentlichte er seine bedeutendste gehirnanatomische Arbeit: Einige hirnanatomische Betrachtungen und Ergebnisse, die sich mit der Neurosen-theorie beschäftigte. Im Jahr 1887 finden wir ihn in Nancy beim Studium des Hypnotismus. Der Niederschlag dieser Arbeiten ist die Schrift Der Hypnotismus oder die Suggestion und die Psychotherapie /1889/. Zu dieser Zeit begann er auch sich mit der Alkoholfrage zu beschäftigen. Die letzten Jahrzehnte widmete er sich den kulturellen Bestrebungen, als deren Anwalt er besonders in der Sexuellen Frage erscheint. Als Kulturpolitiker trat Forel mit der ganzen Kraft seiner Überzeugung für den Zusammenschluß Europas ein. Grade 2 Monate vor Ausbruch des Weltkriegs

erschien seine Schrift Die Vereinigten Staaten von Europa. Den Sozialistischen Monatsheften stand Forel in seiner Gesinnung ganz nahe, er hat auch gelegentlich für sie geschrieben. Seiner ethischen Persönlichkeit wird man noch lange gedenken müssen, und jetzt in der Nachkriegszeit erst recht. Er war ganz auf die Dinge gerichtet, und so konnte er in seiner Selbstdarstellung schreiben: »Was ich geworden bin, verdanke ich unter anderen und neben den Ameisen P. Huber, Darwin, Meynert, Gudden, Bernheim, Frank in München, R. Semon und meiner lieben Frau Emma, geborener Steinheil. Was bleibt nun für den Stolz, für die Eitelkeit meines lieben "Ich" übrig? ... Nichts. Absolut nichts!«

Prälögisches Denken

Die früher allein herrschende, auch noch von Otto Rank (Seelenglaube und Psychologie /Wien, Franz Deuticke/) vertretene Art das Seelenbild der Primitiven als naiv-animistisch, dualistisch aufzufassen, wird heute stark umstritten. Man will dies für die Religionswissenschaft so lange unentbehrliche Bestandstück beseitigen. Gestützt auf neuere Beobachtungen glaubt man das Vorhandensein eines Seelenbegriffs bei den Primitiven verneinen zu können. Das ist die These Lucien Lévy-Bruhls, der sich in seinem neuesten Werk Die Seele der Primitiven /Wien, Wilhelm Braumüller/ mit dem Animismus auseinandersetzt (siehe dazu auch diese Rundschau, 1927 II Seite 753 und folgende). Danach ist die animistische Zurechtlegung primitiver Seelen- und Totenvorstellungen eine Umformung und künstliche Konstruktion des vorgefundenen Materials, die den Tatsachen Gewalt antut und uns zwingt manche Widersprüche in diesem Weltbild hoffnungslos stehen zu lassen, die sich auflösen ließen, wenn man die Annahme eines »prälogischen Denkens« macht. Rafael Karsten wendet sich zwar in der Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie /Leipzig, C. L. Hirschfeld/ dagegen, jedoch sind die Gründe Lévy-Bruhls durchaus zu beachten. Ein Beispiel für einen Tatsachenkomplex, den Lévy-Bruhl durch die Annahme einer prälogischen Mentalität erklären zu können glaubt, ist die bei Naturvölkern verbreitete Vorstellung der Doppelexistenz. Der Tote ist gleichzeitig gegenwärtig und abwesend. Die Leiche und der Tote, der außer den Kreisen der Lebenden sein Wesen treibt, sind »identisch«. Darauf beruhen die scheußlichen Methoden der Mißhandlung

von Leichen, um diese an einer Wiederkehr zu verhindern. Dadurch, daß der Leichnam beschädigt und zerschlagen wird, soll der Tote gelähmt und unfähig gemacht werden. »Man kann nicht deutlicher zum Ausdruck bringen, daß die beiden eins sind.« Und zwar handelt es sich nicht um metaphysische Spekulation sondern einfach um ein naives Stehenlassen von Widersprüchen, die subjektiv für den Primitiven nicht bewußt werden. Der Tod erscheint diesem Denken nicht als endgültige Trennung von der Welt der Lebenden wie in der Vorstellung, daß sich die unsterbliche Seele vom sterblichen Körper trennt, sondern er ist der Übergang zu einer eigenartigen zauberhaften Form des Weiterbestehens. Typisch dafür ist der Glaube, daß es »Tote mit Bewährungsfrist« gebe, Wesen, die durch irgendeine Macht dem Tod verfallen sind, denen aber noch eine Zeitlang ein Scheinleben gestattet wird. Die selbe Auffassung findet sich bei den Pubertätsprüfungen, bei denen der Anschein erweckt wird, daß der junge Mensch stirbt, und ein neuer geboren wird, symbolisiert durch körperliche Verstümmelung als partielle Tötung. Die Sitte die den Toten geopfertem Speisen selbst zu verzehren mit der Begründung, die Toten hätten den Lebensstoff, den eigentlichen Gehalt davon genossen, erscheint so nicht als Heuchelei sondern gründet sich auf die primitive Ansicht von der Doppelsexistenz einer Wesenheit. Die Dinge haben ein »Zweites Ich«. Das hat noch nichts mit Dualismus zu tun. Selbst bei den Orphikern, bei denen die metaphysische Gegensätzlichkeit zwischen Seele und Körper (dem Gefängnis der Seele) stark ausgeprägt ist, wird die Seele als feinmateriell betrachtet, wie ja auch das christliche Mittelalter, darunter der Sinnenfeind Tertullian, auch noch Melanchthon, kein anderes Sein als das körperliche kannte. Nach primitiver Ansicht bildet sich während des Lebens eines Menschen eine substanzielle Identität (Konsubstantialität) mit einem Tier aus. Seine Familie darf nicht mehr Tiere dieser Art essen. Stirbt nun der Mensch, so ist er nicht nur in dem betreffenden Tier gegenwärtig sondern gleichzeitig Bewohner des Jenseits. Wenn auch bei allen Naturvölkern ein Leben nach dem Tod angenommen wird, so hat das doch nichts mit Unsterblichkeit zu tun. Vielmehr ist auch nach dem Tod ein neuerliches Sterben möglich; es findet sich der Gedanke, daß mehrmalige Tode die Persönlichkeit schwächen und schließlich ganz aufbrauchen.

Ein weiteres Kennzeichen primitiver Mentalität ist die Unfähigkeit sich organische Entwicklung vorzustellen (physiologische Veränderungen werden als plötzliche Umwälzungen verstanden) und die Eigentümlichkeit Individuum und Art zu vermengen. Offenbar sind die Abstraktionskategorien Begrifflichkeit und Individualität noch nicht entwickelt und über ein prälogisches Ineinander noch nicht hinaus. Wenn ein Tier beleidigt wird, so ist die ganze Spezies getroffen. »Der primitive Mensch versucht es gar nicht sich eine Vorstellung von der Zahl der tatsächlich lebenden Exemplare einer solchen innig zusammenhaltenden Art von Tieren oder Pflanzen zu machen. Sie ist für ihn einfach eine unbestimmte Vielheit, die er als ein Ganzes auffaßt, wie etwa sein Haar oder den Sternenhimmel. Er denkt sich sie nicht in der Form einer abstrakten Idee.« Die Tiere jeder Art haben einen »ältesten Bruder«, einen »Genius«, ein »sinnlich vorgestelltes Lebensprinzip, gewissermaßen der primitive Vorgänger der platonischen Idee, die Personifikation des mystischen Lebensprinzips, an dem alle Einzelwesen seiner Art teilhaben«. Damit hängt der Gruppenkollektivismus zusammen. Das Individuum, das Kind, das noch nicht in die Gruppe aufgenommen ist, zählt noch nicht mit, ist noch nicht ganz geboren. Erst der Name, der einen wesentlichen Bestandteil der Persönlichkeit darstellt, ist dazu erforderlich. Stirbt das Kind vor der Zeremonie der Namensgebung, so wird es als totgeboren behandelt und nicht betrauert, selbst, wenn es ein Jahr gelebt hat. So erklärt sich die Verbreitung des Kindesmords bei Primitiven. Der Tod des einzelnen wird nicht als individuelle Erscheinung beurteilt, sondern als ein Symptom für ein Übelwollen irgendwelcher Dämonen gegen die ganze Gruppe, der ein Teil ihrer Substanz geraubt ist. So löst sich der scheinbare Widerspruch, daß der Tod des Individuums um so vieles wichtiger ist als das Individuum selbst.

Ödipuskomplex Auf der letzten Tagung der Deutschen Psychoanalytischen Gesellschaft in Dresden wurden von Felix Boehm, Otto Fenichel und Wilhelm Reich Referate über den Ödipuskomplex gehalten; die jetzt im Internationalen Psychoanalytischen Verlag in Wien gedruckt erscheinen. Von Felix Boehm wird interessantes Material über die Geschichte des im Zentrum der psychoanalytischen Forschungen stehenden Kernkomplexes der Neu-

rosen beigebracht. Der Verfasser betont dessen Relativität und die Determiniertheit seiner Erscheinung. Wenn auch den Reaktionen des Individuums auf diese frühkindlichen Wünsche großer Einfluß auf die Charakterbildung und das Verhalten im Leben sowie viele seiner Interessen zugeschrieben wird, so kommt es doch auf das entwicklungs-geschichtlich dafür erforderliche Milieu an, das durchaus nicht immer die Entstehung solcher Strebungen begünstigte, die sich auf Beseitigung des gleichgeschlechtlichen Elternteils richten. Wird die Haßkomponente der Ambivalenzstellung zum Vater auf die sexuelle Rivalität mit ihm zurückgeführt, so wird man den Ödipuskomplex dort vergebens suchen, wo es eine solche nicht gibt. Beispielsweise wird »die weitgehende sexuelle Freiheit des persischen Sohnes in den Beziehungen zu seiner Mutter seine infantile Haßeinstellung gegen den Vater ihrer erotischen Affektquellen berauben«. Nach den Forschungen Bronislaw Malinowskis handelt es sich hier nicht etwa um die Verdrängung eines einmal gewußten Sachverhalts sondern um einfache Unkenntnis, verbunden mit der Tendenz zur Abwehr gegenüber anderen Erklärungsversuchen. Während in unserer Gesellschaft wegen der sozialen Macht und Autorität des Vaters die typische Stellung zum Vater ein Gemisch von Ehrfurcht, Verachtung, Liebe und Haß ist, also ambivalent, hat in der vaterlosen Gesellschaft des Mutterrechts die Frau ihren eignen Besitz und ihre eigne private und öffentliche Einflußsphäre, und der Mann spielt nur die Rolle eines respektierten Gastes, kann also nicht Autorität im erdrückenden, Haßeinstellung herausfordernden Sinn werden. Daher finden sich in den Beziehungen der Söhne zu ihm keine Ansätze von Ambivalenz. Dagegen entwickelt sich an Stelle des Vaterkomplexes ein »Onkelkomplex«, da in der mutterrechtlichen Ordnung der Bruder der Mutter Rechte, Pflichten und Autorität des Vaters besitzt.

Wie bereits angedeutet, findet sich diese Epoche der sexuellen Unkenntnis, die ohne Ödipuskomplex verläuft, in der individuellen Entwicklung des Kindes wieder, so daß jener sich erst allmählich bildet. Doch scheint er nunmehr vererbt zu sein, so daß er in Fällen auftritt, wo Patienten ihren Vater oder ihre Mutter überhaupt nicht gekannt haben. Mit dieser Frage beschäftigt sich auch *Otto Fenichel*, der in der Verbundenheit des Ödipuskomplexes mit archaischer Denk-

weise und der Vorstellung der Kastration Bestätigungen für seinen phylogenetischen Charakter sieht. Dann wäre der phylogenetisch bedingte Komplex der Rahmen, in dem sich die individuellen Spezialformen abspielen. Es reicht nicht aus, wenn man sagt: Neurotisch erkrankt, wer vor den Enttäuschungen des Lebens auf den Ödipuskomplex regrediert und ihn abwehrt. Es kommt darauf an, wie der Komplex zustande kommt, »was der Mensch tatsächlich an Einzelschicksal erlebt hat, und wie er darauf reagiert, was wieder abhängt von seiner Konstitution und sämtlichen jeweils noch früheren Erlebnissen«. Es kommt nicht nur auf die Beschaffenheit des Inzestobjekts an sich an sondern auch darauf, was das Kind sich unter libidinösen Beziehungen vorstellt, und welche Rolle dieser Komplex in seinem Seelenganzen einnimmt. So äußert sich die Kastrationsangst je nach speziellen Kindheitserlebnissen (sekundäre Angstform) verschieden. Als Trauma kommen in Betracht Drohungen und Realerlebnisse wie Unfälle, Verletzungen, Todesfälle, Exhibitionen. Dann kommt es auch auf die Fixierung bestimmter Ängste und die Disposition an dies in bestimmter Weise zu tun. Ganz individuell ist auch die Koppelung von Sexualität und Tod. Die Frage, ob dieser Komplex normal oder pathologisch ist, ob es nicht ein Widerspruch sei ihn auf der einen Seite als unumgänglich in der Entwicklung gegeben, auf der andern als verantwortlich für alle Neurosen hinzustellen, wird folgendermaßen beantwortet: Seine Normalität ist mit der der Thymusdrüse zu vergleichen. Im Alter von 4 bis 6 Jahren ist er normal, danach verschwindet er. Bleibt er bestehen, dann ist das ein neurotisches Zeichen. Die neurotische Disposition ist aber nicht das Vorhandensein des Komplexes sondern das Mißlingen seiner Überwindung. Daß er auch bei Gesunden, im Traum etwa, auftritt, liegt im regressiven Charakter des Traums begründet. Die Arbeit *Wilhelm Reichs* beschäftigt sich mit der charakterologischen Überwindung des Ödipuskomplexes. Sie schildert wesentliche Charaktergrundstrukturen, die alle das Gemeinsame haben, daß sie durch die Konflikte des Ödipuskomplexes angeregt werden. Der Ödipuskomplex geht zwar unter, kehrt aber als charakterologische Reaktion wieder.

Totenliste Einer der bekanntesten Tierpsychologen, *Hermann Dexler*, starb am 9. Mai in Prag, am Abend vor seinem 65. Geburts-

tag. Er hatte sich aus kleinen Verhältnissen emporgearbeitet, war schließlich Ehrendoktor der Tierarzneischulen in Wien und Budapest. Seine Untersuchungen galten neben der Tierpsychologie auch der Gehirnanatomie.

Kurze Chronik Die Ergebnisse des Preisausschreibens über den Zusammenhang von *Gang und Charakter*, das die Erdalstudien-gesellschaft veranstaltete, werden jetzt von Hellmuth Bogen und Otto Lipmann in einem Beiheft der Zeitschrift für angewandte Psychologie /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/ bekanntgegeben. Von den 20 Arbeiten, die dort veröffentlicht werden, wird man auf einige noch zurückkommen. \diamond In der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin wurde *Arthur Kronfeld* außerordentlicher Professor. Er hat vor allem über Psychologie und Charakterkunde gearbeitet. \diamond Auch *Erwin Straus* wurde dort Extraordinarius. Er leitet die Zeitschrift *Der Nervenarzt*. \diamond Der Frankfurter Nervenarzt *Hans Prinzhorn* wurde eingeladen an der University of Southern California in Los Angeles im Sommer 1932 über Psychologie zu lesen. Prinzhorn ist besonders durch sein Buch über die Bildnerie der Geisteskranken bekannt geworden sowie durch seine Arbeiten über Nietzsches, Ludwig Klages und die Psychoanalyse.

Literatur Im Internationalen Psychoanalytischen Verlag in Wien sind *Sigmund Freuds* Theoretische Schriften der Jahre 1911 bis 1925 erschienen. Man findet unter ihnen Die Verdrängung, Zur Einführung des Narzißmus, Das Unbewußte, Jenseits des Lustprinzips, Massenpsychologie und Ichanalyse, Das Ich und das Es. \diamond In seiner Individualpsychologie, die bereits in 2. Auflage erschien /Leipzig, S. Hirzel/, liefert *Erwin Wexberg* eine systematische Darstellung und ein Kompendium der grundlegenden Dogmen seiner Richtung, das den Psychotherapeuten und den Pädagogen in großen Zügen über das Wesen der hauptsächlich praktisch orientierten Individualpsychologie unterrichtet. \diamond In seinem Buch *Das unbewußte Europa* /Wien, Heß & Co./ versucht *Fedor Vergin* die europäische Politik, ihre Staatsmänner und Drahtzieher in psychoanalytische Beleuchtung zu rücken. Es seien unter anderen Pilsudski, Hitler und MacDonald genannt. Man versteht den Psychoanalytiker, der sich mit den Personen beschäftigt. Die Sache erfordert freilich eine andere Betrachtung.

Sozialwissenschaften / Kurt Richter

Brentano † Fast 87 Jahre ist *Lujo Brentano* alt geworden, der am 9. September in München starb. Er war der eigentliche und intransigente Vertreter der Freihandelslehre in Deutschland und zugleich ein hervorragender Rufer im Streit der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen eines halben Jahrhunderts. Mit welcher Leidenschaft er noch bis in sein hohes Alter seine Überzeugungen vertreten hat, zeigte sich vor 2 Jahren, als er aus dem Verein für Sozialpolitik austrat, den er selber zusammen mit *Gustav Schmoßler* und *Adolph Wagner* begründet, und dem er 56 Jahre angehört hat. Brentano wurde in *Aschaffenburg* geboren, studierte in *Dublin*, *Münster*, *München*, *Göttingen*, *Heidelberg* und *Würzburg*, promovierte 1866 zum Doktor der Rechte und 1887 mit einer Arbeit über *Thünens Lohn- und Zinstheorie* zum Doktor der Staatswissenschaften. Als der Berliner Statistiker *Erich Engel* das erste Staatswissenschaftliche Seminar in Deutschland eröffnete, gewann er den jungen Brentano als Mitarbeiter. Entscheidend für die weitere Entwicklung Brentanos wurden die Studienreisen, die er 1866 mit Engel nach England machte, und auf denen er die Gewerkschaften für die Wissenschaft entdeckte. Nach der Rückkehr, im Jahr 1871, habilitierte er sich in Berlin; er wurde schon im nächsten Jahr nach *Breslau* berufen, lehrte dann in *Straßburg*, *Wien* und *Leipzig* und von 1891 bis 1917 in *München*, wo er eine ungemein fruchtbare Lehrtätigkeit entwickelte, von der die *Brentanofestschrift* ein anschauliches Zeugnis gibt, die ihm seine Freunde und Schüler zum 70. Geburtstag widmeten. Auch das letzte Jahrzehnt seines Lebens, das er in *Prien am Chiemsee* verbrachte, war keine Zeit der Ruhe. Als 83jähriger begann er noch mit der Veröffentlichung einer 5bändigen Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands. Damit kehrte er am Ende seiner Gelehrertätigkeit zu dem Thema zurück, das an ihrem Anfang stand. Schon sein erstes Buch: *Die Arbeitergilden der Gegenwart*, in dem er die Ergebnisse der englischen Studienreisen niedergelegt hat, geht über die historische Darstellung der Gewerkschaften weit hinaus, es enthält bereits die grundlegenden theoretischen Ideen. Brentano war kein Sozialist sondern in seiner ganzen Denk- und Empfindungsweise ein echter Liberaler, von einer Art, wie sie heute kaum mehr angetroffen

wird. Daher sein Bekenntnis zum Freihandel sans phrase, daher seine Hinnegung zu England, in dem er das Musterland sehen mußte, daher auch sein Mangel an Verständnis für das Wesen des Kontinents. In den siebziger und achtziger Jahren hat er heftig gegen Marx polemisiert und sich dabei auch nicht immer einwandfreier Methoden bedient. Die einzelnen Phasen dieses Streits, bei dem er Marx gegenüber naturgemäß nicht sehr gut abschneiden konnte, hat Friedrich Engels in seinem Vorwort zur 4. Auflage des Kapitals am 25. Juni 1890 registriert. Später errang sich Brentano durch sein warmherziges Eintreten für die Koalitionen der Arbeiter die Sympathien der Sozialdemokratie, die dann leider auch durch ihn in ihrer (unsozialistischen) Konsumenten- und Freihandelsideologie bestärkt wurde. Positive Verdienste erwarb er sich durch seine zahlreichen und sehr instruktiven Arbeiten zur Sozialpolitik und Gewerkschaftsbewegung, die die öffentliche Meinung Deutschlands stark beeinflussen. Diese Schriften behalten ihren Wert, während die Teile seines Lehrgebäudes, in denen er die Freihandelsdoktrin begründete, in den letzten Jahren mit gutem Recht kaum mehr beachtet wurden; es zeigte sich in ihnen auch immer deutlicher die Unzulänglichkeit jeder Lehre, der die kapitalistische Wirtschaftsordnung gar nicht problematisch geworden ist.

Kapitalbildung Nachdem in Deutschland seit der Stabilisierung die Zinssätze mehr als doppelt so hoch wie in den letzten Vorkriegsjahren liegen, nachdem seit der Beendigung der Inflation über Kapitalmangel geklagt wird, steht jetzt in der Krise ein großer Teil der mit den teuren Kapitalien bezahlten Anlagen ungenutzt. Die Fehlinvestitionen, die jede gute Konjunktur in der kapitalistischen Wirtschaft zur Folge hat, sind damit wieder einmal ins grelle Licht des Tages gerückt. Leider umgeht *Erich Welter* diese Fragen in seiner eben veröffentlichten Arbeit *Die Ursachen des Kapitalmangels in Deutschland* (Tübingen, J. C. B. Mohr), weil er sich auf den strukturellen Kapitalmangel beschränkt, der in den auch während der guten Konjunktur gegen die Vorkriegszeit erhöhten Zinssätzen zum Ausdruck kommt. Die »bloß konjunkturelle Zuspitzung des Kapitalmangels« schaltet er aus dem Kreis seiner Betrachtungen aus. Bei der engen Verbindung, die in der kapitalistischen Wirtschaft zwischen der Kapital-

anlage und der Konjunktur besteht, verliert dadurch die Arbeit natürlich sehr viel. Immerhin liefert sie für die strukturellen Besonderheiten in der Kapitalwirtschaft der letzten 10 Jahre einen wertvollen Beitrag. Auf Grund eines reichen statistischen Materials wird die Erschwerung in der Kapitalbildung durch die inneren und äußeren Kriegslasten und auf der Bedarfsseite der »Nachholungsbedarf« und andere Momente behandelt. Wenn Welter gegen die staatliche Kapitalbildung Bedenken hat und hier auf die Möglichkeit einer Fehlleitung von Kapitalien hinweist, so muß man dem wohl entgegenhalten, daß jede Krise in der kapitalistischen Wirtschaft eine mindestens ebenso große Fehlleitung aufzeigt; abgesehen davon, daß die kapitalistische Wirtschaftsrechnung für die Kapitalverwendung kein allgemeinverbindlicher Maßstab ist, worauf Welter ja auch selbst hinweist. Wie sehr auf seiten der Kapitalbildung unsere Kenntnisse noch lückenhaft sind, und wie wenig es daher möglich ist eine wirksame Kapitalbildungspolitik zu treiben, zeigt am besten die Ungewißheit, die über den Einfluß der Zinshöhe auf die Kapitalbildung besteht. Wird bei hohem Zinssatz mehr gespart, wie es die Klassiker annehmen, weil dann für das Sparkapital ein höherer Preis gezahlt wird, oder wird bei hohem Zinsfuß weniger gespart, weil dann ein weniger großes Kapital erforderlich ist, um eine gewisse Rente zu erzielen? Diese Frage müßte man zunächst durch statistische Beobachtungen zu beantworten trachten. Sie wird in einem Aufsatz *Charlotte von Reichenaus* über den Einfluß des Zinsfußes auf den Sparer, in Schmollers Jahrbuch /München, Duncker & Humblot/ auch berührt. Die Verfasserin behandelt aber nicht den Einfluß der Zinshöhe auf die Höhe der Ersparnisse sondern stellt zunächst die Frage, ob überhaupt der tatsächlich geltende Zinsfuß die Größe der Ersparnisse in irgendeiner Weise bestimmt, und behauptet, ohne einen Beweis dafür zu versuchen, es wäre nicht der tatsächlich geltende Zinsfuß, sondern »ein nur in seinem [des Sparers] Bewußtsein als Vorstellung existierender Zinsfuß«. Bei der Bildung dieses in der Vorstellung des Sparers existierenden Zinsfußes geht jeder Zinsfuß in das Bewußtsein ein, den der Sparer schon einmal erlebt hat. Nun aber: »Ferner ist zu beachten, daß Ältere den Jüngeren, sie belehrend, ehe diese selbst die betreffenden Erfahrungen zu sammeln imstande sind, Vorstellungen über-

mitteln und sie somit auch unter anderm über einen durchschnittlichen Zinsfußstand gelegentlich einmal unterweisen.« Weil nun aber eigne Erfahrungen fester hatten als solche, die von anderen überliefert werden, und weil ältere Menschen mehr eigne Erfahrungen, jüngere aber mehr von den alten überlieferte Erfahrungen über den Zinsfuß haben, so ist der in der Vorstellung der Älteren existierende Zinsfuß weniger durch neue Erfahrungen veränderlich. »Denken wir uns 2 Länder, in denen der Zinsfuß sich völlig gleich bewegt, in denen der Altersaufbau der Bevölkerung aber verschieden ist, so hat ein neuer, eine bestimmte Zeit andauernder Zinsfußstand in beiden Ländern verschiedene Wirkungen auf die Sparer.«

Der einzige ernstzunehmende Gedanke in diesen Auslassungen: daß nämlich die Menschen auf Veränderungen in den Wirtschaftsdaten nicht sofort sondern erst nach einer gewissen (empirisch feststellbaren) Zeit reagieren, wird schon längst in der Konjunkturstatistik beachtet. Die Gedankengänge von Reichenaus sind somit nur ein Beispiel dafür, daß die Verschiebung wirtschaftlicher Fragen auf das psychologische Gleis in aller Regel neue Erkenntnisse nicht bringt.

Monopol Hat in der marxistischen Wissenschaft die Monopollehre ihren festen Platz in der Theorie von der Fortentwicklung der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt, so beschränkten sich die theoretischen Arbeiten der bürgerlichen Nationalökonomie hier auf das Gebiet der Monopolpreise, und wenn die Bedeutung der Monopolwirtschaft als Ganzes für die Organisation der Wirtschaft und für ihre Weiterbildung behandelt wurde, waren es regelmäßig empirische Untersuchungen, in denen aus den einzelnen zusammengetragenen Beobachtungen allgemeine Schlüsse gezogen wurden. Erst in den letzten Jahren wuchs das Interesse der Theoretiker an der Deutung der Gegensätze zwischen dem System der Konkurrenz und dem der Monopole und damit an der Untersuchung der Entstehungsbedingungen der Monopole überhaupt, woraus sich schließlich eine Eingliederung der Monopole in die Theorie des Kapitalismus und Betrachtungen über dessen Wandlungsfähigkeit ergaben. Eine solche Erklärung und Deutung der Monopolwirtschaft auf rein deduktivem Weg versucht der Privatdozent an der Handelshochschule Leipzig, *Erich Egner*, in einer Arbeit *Der Sinn des Monopols*

/Berlin, Paul Parey/, die eine in sich geschlossene und folgerichtig aufgebaute Theorie darstellt. Er versteht unter einem Monopol die Möglichkeit auf dem Produktenmarkt einen Gewinn zu erzielen und unterscheidet dann dauernde Monopole und temporäre, wobei zwischen diesen beiden Grenzfällen alle Gradabstufungen möglich sind. Temporäre Monopolstellungen werden durch Datenänderungen in der wirtschaftlichen Entwicklung begründet: Ein neues technisches Verfahren wird möglich, der erste Unternehmer, der es anwendet, hat ein temporäres Monopol so lange, bis die anderen ihm folgen. Dem Entstehen des Monopols und der Wiederherstellung der Konkurrenz liegt das Erwerbsstreben zugrunde. Dauernd bleibt das Monopol dann, wenn die technische Umstellung bei den anderen Unternehmern nicht vorgenommen wird. Eine Tendenz gegen diese Umstellung liegt dann vor, wenn das Anlagekapital so groß ist, daß die Umstellung große Abschreibungsverluste bringen würde. In diesem Fall führt das Erwerbsstreben bei den mit großem Anlagekapital arbeitenden und daher ständig von der Entwertungsgefahr bedrohten Unternehmern zu dem Versuch den Gefahren der wirtschaftlichen Entwicklung und der durch sie bedingten Abschreibungsverluste durch die Schaffung einer dauernden Monopolstellung zu entgehen. Und diese dauernde Monopolstellung ist auch eben bei großem Anlagekapital möglich. Sobald also die technische Grundlage der Produktion sich in einer bestimmten Weise ändert, das Anlagekapital groß wird, führt das die kapitalistische Wirtschaft beherrschende Erwerbsstreben aus der Konkurrenz in das Monopol. Egners letztes Kapitel, über die Bedeutung des Monopols für die Weiterbildung der kapitalistischen Wirtschaft, ist in seiner Methode von Eduard Heilmann, Josef Back und Hans Freyer stark beeinflusst. Für die Fortentwicklung der Wirtschaft, soweit sie mit der Monopolfrage zusammenhängt, sind ihm die kapitalistischen Sinnspannungen und Sinnentleerungen um das Monopol entscheidend, die sich in der Monopolpolitik zeigen und ihm zwar auf einen Abbau des Kapitalismus hinzuweisen scheinen, aber die Richtung noch nicht klar erkennen lassen, in die die Entwicklung geht. Dadurch, daß er die kapitalistische Wirtschaftsgesinnung, das Erwerbsstreben, als Prämisse in seine Deduktionen über das Monopol genommen hat, glaubt er sich den Weg versperrt zu haben un-

mittelbar aus der Organisation der Monopole Schlüsse über die Weiterentwicklung der Wirtschaftsordnung ziehen zu können, obwohl es hier grade naheliegt von der Entwicklung in der Organisation der Wirtschaft auf die der Wirtschaftsgesinnung zu schließen; denn durch die organisatorische Entwicklung von der Konkurrenz- zur Monopolwirtschaft erhält wegen der Entstehung von Monopolgewinnen und der Sicherung des Absatzes das Erwerbsprinzip eine ganz andere Bedeutung als bisher.

Die theoretischen Untersuchungen der Monopolpreise wurden in den letzten Jahren gefördert durch die Entwicklung der mathematischen Methoden in der Nationalökonomie überhaupt; so in den Arbeiten Erich Schneiders Zur Theorie des mehrfachen Monopols und Paul Braeß' Kritisches zur Monopol- und Duomonopoltheorie, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Eine sehr interessante Kombination der Erkenntnisse über die Monopolpreise und Gewinne mit denen über die Weiterwälzung der Steuern bildet eine Arbeit Georg Halms, die der Verein für Sozialpolitik im 1. Teil des 180. Bandes seiner Schriften /München, Duncker & Humblot/ veröffentlichte. Halm kommt für die Steuern aus den Monopolgewinnen zu dem alten Ergebnis, daß sie nicht abgewälzt werden können, weil der Monopolist ohnehin schon vorher den Preis mit dem größten Ertrag genommen hatte, die Möglichkeit einer Abwälzung von Steuern auf die Produkteinheit aber von der Elastizität der Nachfrage abhängt.

Im 2. Teil des genannten Bandes zieht Arnold Wolfers einen Querschnitt durch die deutsche Literatur über die Kartelle. Er hat die ganze Literatur nach Sachgebieten geordnet und bei jeder Frage die wichtigsten vertretenen Meinungen kritisch dargestellt. Das Ergebnis zeigt deutlich, wo in der Kartellehre noch Lücken bestehen, und Wolfers nennt mehr als ein Dutzend Themen, deren Behandlung ihm noch notwendig erscheint. Dabei hängt auf den meisten Gebieten die Weiterentwicklung unserer Erkenntnis von der Beschaffung umfassender empirischer Materials ab, weil die Theorie auf die Wirklichkeit passende und den Bedürfnissen der praktischen Tagespolitik entsprechende eindeutige Schlüsse nicht ziehen kann.

Maßgebend für die Bewertung der Monopole und für die politische Zielsetzung in dieser Frage ist für den Sozialismus bisher die Erkenntnis, daß die Monopole zwar nichts als historisch geforderte

Organisationsformen der kapitalistischen Wirtschaft sind, ebenso wie zu einem frühern Zeitpunkt die Konkurrenz, daß sie aber doch geschichtlich spätere Formen sind und eine größere Ordnung in den Marktbeziehungen anbahnen. Dieser Standpunkt konnte nur durch die Forderung nach dem Verbraucherschutz angegriffen werden, der aber durch eine staatliche Kontrolle hätte genügt werden können. Heute wird wieder ein neues Argument gegen die Bindung der Wirtschaft überhaupt geltend gemacht, das sich auf die geringe Konjunkturermpfindlichkeit der monopolistischen Organisationen bezieht. In einem Aufsatz Der Sinn der Wirtschaftskrise, in den Neuen Blättern für den Sozialismus /Potsdam, Alfred Protte/, geht Adolf Löwe davon aus, daß eine Überwindung der gegenwärtigen Krise nur durch eine große Umordnung in der Wirtschaft möglich sein wird. Er hält eine Lockerung der Kartelle und Monopole für nötig, um diese Umordnung durch den Druck der Konkurrenz in dem erforderlichen Maß anzuregen. Wollte man aber diesen Rat befolgen, das heißt die Konkurrenz gegen die organisierte Wirtschaft ausspielen, so bedeutete das den Verzicht auf den Einbau gemeinwirtschaftlicher Elemente in die Wirtschaft grade zu einem Zeitpunkt, an dem die Schäden des ungehemmten Kapitalismus besonders klar zutage treten, und an dem dieser einer Durchsetzung mit gemeinwirtschaftlichen Prinzipien den geringsten Widerstand entgegensetzen kann, weil er wegen seiner Schwäche oft genug auf die direkte Unterstützung durch die staatliche Macht angewiesen ist.

Einführungen Julian Borchardts gemeinverständliche Ausgabe von *Marx' Kapital* erschien in neuer Bearbeitung /Berlin, E. Laub/. Die Ausführungen über den Arbeitslohn, die Untersuchungen des 2. Bandes über Zirkulation und Reproduktion des Kapitals, die Lehre von der Grundrente und die Krisentheorie sind in Marx' eigener Darstellung hinzugekommen. Dafür ist der von Borchardt selbst verfaßte Anhang über die Krisen weggefallen. Wenn man auch bei jeder gekürzten Ausgabe etwas vermißt, so wird doch dieses Buch, das durch seine übersichtliche und pädagogische Anordnung die Lektüre erleichtert, vielen die Beschäftigung mit Marx ermöglichen, die an die ungekürzte Ausgabe nicht oder noch nicht herangehen können. Ebenfalls in neuer Auflage erschien Hermann Duncckers

Wegweiser zum Studium der ökonomischen Grundlehren von Karl Marx /Berlin, Internationaler Arbeiterverlag/, der eine Anleitung zur Lektüre der Quellen sein will und natürlich auch nicht die Gefahren vermeiden kann, die in der Auswahl und hier auch in der Tendenz der Anleitung liegen. Der Anhang ist in der neuen Bearbeitung durch den Abdruck von Engels' Besprechung des 1. Bandes vermehrt.

Der Verlag Alfred Kröner in Leipzig bringt als 81. Band seiner Taschenausgaben eine von Friedrich Bülow geschriebene Volkswirtschaftslehre als eine »Einführung in das wirtschaftliche Denken«. Das Kapitel über die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen weist eine ziemlich verschwommene Charakterisierung der einzelnen theoretischen Systeme auf; in den Kapiteln über die einzelnen sachlichen Fragenkreise wird jeder Theorie ihre Richtigkeit mindestens auf einem Teilgebiet oder von einer gewissen Seite her zuerkannt. »Das Buch will . . . jede Meinung gelten lassen.« Mit diesem in der Einleitung stehenden Satz läßt sich die Schrift tatsächlich am besten kennzeichnen. Große Klarheit wird ein Anfänger durch die Beschäftigung mit einer solchen Darstellung der Wissenschaft wohl nicht gewinnen.

Totenliste In Innsbruck starb Anfang Mai der Professor der Politischen Ökonomie **Hermann Schullern-Schrattenhofen**, in seinem 70. Lebensjahr. Neben agrarpolitischen Schriften veröffentlichte er Untersuchungen über Begriff und Wesen der Grundrente /1889/ und eine Schrift Die Theoretische Nationalökonomie Italiens in neuester Zeit /1891/. Er habilitierte sich 1889 in Innsbruck und 1892 in Wien, war dort von 1890 bis 1899 Beamter der Statistischen Zentralkommission, von 1902 bis 1916 Referent im Ackerbauministerium und wurde Professor an der Handelsakademie, an der Konsularakademie und an der Hochschule für Bodenkultur in Wien sowie an der Technischen Hochschule in Brünn.

Am 15. Juli starb in Berlin **Ladislav von Borkiewicz**, im Alter von fast 63 Jahren. Er wurde 1868 in Petersburg geboren, studierte dort und an deutschen Universitäten und habilitierte sich 1895 in Straßburg. Von 1897 bis 1900 war er Beamter im russischen Verkehrsministerium. 1901 wurde er als außerordentlicher Professor an die Universität Berlin berufen, wo er seit 1920 ein Ordinariat für theoretische Nationalöko-

nomie und Statistik innehatte. Seine Lebensarbeit liegt auf dem Gebiet der Theoretischen Statistik; er lieferte eine Reihe wegweisender Arbeiten insbesondere auf dem Gebiet der Wahrscheinlichkeitstheorie; Die mittlere Lebensdauer /1893/, Das Gesetz der kleinen Zahlen /1898/, Die Iterationen, ein Beitrag zur Wahrscheinlichkeitstheorie /1917/, Das Bevölkerungswesen /1919/.

Kurze Chronik Im Juli feierte die Handelskammer von Paris das 50jährige Bestehen der *Ecole des Hautes Etudes Commerciales*, die von ihr unterhalten wird, ebenso wie die Industrie- und Handelskammer von Berlin die Berliner Handelshochschule unterhält. Zu der 3tägigen Feier hatte die Pariser Handelskammer die Leiter sämtlicher verwandter Institute, auch anderer Länder, eingeladen. Von der Handelshochschule Leipzig war ihr Rektor Alexander Snyckers, von der Handelshochschule Berlin Georg Wegener erschienen. Eine große Festsitzung leitete die Feier ein, daran schloß sich eine Besichtigung der Räume, es fand ein Konzert statt, und am Abend gab die Handelskammer einen Ball. Am folgenden Tag wurde in einer katholischen und einer evangelischen Kirche wie in einer jüdischen Synagoge das Gedächtnis der im Krieg gefallenen Schüler der Anstalt geehrt. ◊ Die Referentin im Statistischen Reichsam und Privatdozentin für Staatswissenschaften an der Universität Berlin **Charlotte Lorenz** wurde beauftragt Vorlesungen und Übungen über Wirtschaftsstatistik zu halten; sie hatte 1928 in ihrer Antrittsvorlesung die wirtschaftspolitischen Strömungen der Gegenwart behandelt und eine Arbeit über den Großhandelspreisindex veröffentlicht. ◊ Der preußische Kultusminister **Adolf Grimme** übertrug **Emil Lederer**, der bisher in Heidelberg lehrte, eine Professur an der Berliner Universität, und zwar gegen den Willen ihrer Philosophischen Fakultät. ◊ Der frühere Reichsfinanzminister **Paul Moldenhauer** wurde Honorarprofessor an der Universität Berlin und wird dort über Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung lesen. ◊ Der Professor in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Königsberg **Albert von Mühlentfels** wurde beauftragt Sozialpolitik, Konjunkturlehre, Währungs- und Bankpolitik und internationale Wirtschaftsbeziehungen in Vorlesungen und Übungen zu behandeln. ◊ Dem Kieler Professor **Adolf Löwe** wurde das Ordinariat für

Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Frankfurt übertragen. Löwe ist bekannt durch seine konjunkturtheoretischen Arbeiten; er hat lange Zeit die Abteilung für Statistische Weltwirtschaftslehre und Internationale Konjunkturforschung am Weltwirtschaftlichen Institut in Kiel geleitet und leitet mit Bernhard Harms die Zentralstelle für Hochschulstudium und Akademisches Berufswesen. ◊ An der Universität Heidelberg habilitierte sich für Politische Ökonomie Herbert Sultan mit einer Abhandlung Die Staatseinnahmen, Versuch einer soziologischen Finanztheorie als Teil einer Theorie der politischen Ökonomie; in der Antrittsvorlesung sprach er über Art und Maß der Prognose der Steuerwirkungen. An der Universität Berlin wurde Eva Flügge als Dozentin für Nationalökonomie zugelassen; sie ist eine Schülerin Hermann Schumachers und war in der Verwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und als Assistentin an der Universität Baltimore tätig. ◊ Sein Goldenes Doktorjubiläum konnte Max Sering feiern. Der Reichsarbeitsminister Adam Stegerwald richtete aus diesem Anlaß an ihn ein Glückwunschsreiben, das vornehmlich seine Verdienste um das landwirtschaftliche Siedlungswesen Deutschlands hervorhebt.

Literatur

In verbesserter, 2. Auflage erschien Robert Wilbrandts Geschichte der Volkswirtschaft /Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz/. Die neue Fassung ist an einigen Stellen gekürzt, andererseits ist die jüngste deutsche Währung mit aufgenommen worden. Die Darstellung, die von der bekannten Grundhaltung des Verfassers getragen wird, gibt auf knapp 130 Oktavseiten einen lebendigen Einblick in die Wirtschaftsgeschichte. Ein in jedem Betracht zu empfehlendes Buch, dem ein großer Leserkreis sicher ist. ◊ Vom Handwörterbuch der Soziologie, herausgegeben von Alfred Vierkandt /Stuttgart, Ferdinand Enke/, erschienen die 1., 2. und 3. Lieferung. Sie enthalten Beiträge von Werner Sombart, Ferdinand Tönnies, Goetz Briefs, Alfred Vierkandt, Alfred Weber, Gerhard Colm und anderen. Das ganze Werk ist auf 4 Lieferungen berechnet und wird, wenn es vollständig vorliegt, hier besprochen werden. ◊ Die Verhandlungen des 7. Deutschen Soziologentags sind im Druck erschienen /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Sie enthalten unter anderem Vorträge von Ferdinand Tönnies (Soziographie) und Karl Brinckmann (Presse und Öffentliche Meinung).

KUNST

Bildende Kunst / Otto Brattskoven

Burgkmair In diesen Jahren können wir die 400. Todestage einer Reihe deutscher Künstler feiern, die um 1500 auf ihre Art die neuen, aus Italien kommenden Anschauungen der Renaissance verarbeitet haben. Nach Albrecht Dürer und Peter Vischer ist es jetzt Hans Burgkmair der Ältere. Von seinem Leben weiß man nur, daß er 1473 als Sohn des Malers Thomas Burgkmair in Augsburg geboren wurde, einige Reisen nach Italien unternommen hat und 1531 in Augsburg starb. In Augsburg wurde auch jetzt sein bisher bekanntes Werk ausgestellt. Neben dem Johannes auf Patmos aus München und dem späten Selbstbildnis mit Frau aus Wien sah man auch die 3 Basilikenbilder, die Burgkmair für die Augsburger Katharinenkirche gemalt hat. An seiner Darstellung der Peterskirche /1501/ ist dabei besonders bemerkenswert, daß die Fassung der Goldenen Pforte die erste wirkliche Renaissance auf einem deutschen Gemälde bringt. Daneben tritt der Graphiker hervor, der mehr als Dürer und seine Zeitgenossen Illustrations- und Gebrauchsgraphik geschaffen hat. Für den Triumphzug des Kaisers Maximilian hat er unter anderem 67 Blätter, für den Prosaroman Weißkunig 120 Blätter und etliche Arbeiten auch zur Reimchronik des Teuerdank beigezeichnet. Alle diese Arbeiten gruppieren sich um seine Hauptwerke, etwa um die Madonna am Fenster aus seiner Frühzeit und um den Tod als Würger von 1510. Er war auch der erste Künstler, der, wie sein Holzschneider Jobst de Negker 1512 an Maximilian schrieb, den farbigen Holzschnitt einführte. Alle anderen zeitgenössischen Graphiker werden von ihm durch frische Beweglichkeit und lebendige Daseinsfreude übertroffen. Er ist auch als Charakter etwas ganz anderes als Dürer. Wenn dieser Vergleich zu seinen Ungunsten ausfällt, so nur deshalb, weil ein solcher ähnlich wie zwischen Rembrandt und Rubens ungerechtfertigt ist. Wie er einer der ersten war, der nicht nur den deutschen Malern sondern auch den Architekten und Bildgießern die Formen der Renaissance vermittelte, so atmet sein ganzes Holzschnittwerk eine vollkommen diesseitige Lebensempfindung. Was ihm da und dort vielleicht an ausgeprägtem seelischen Empfinden fehlt, wird meist durch seine großzügige Formgebung und dann auch durch die geistvolle Anmut seiner Gestalten ausgeglichen.

Begas Am 15. Juli jährte sich der 100. Geburtstag des Bildhauers Reinhold Begas, der nach Wesen, Inhalt und Entwicklungsgang seines Werks als aufschlußreichster Repräsentant der wilhelminischen Ära gelten kann. Er entstammte einer Künstlerfamilie; sein Vater war der Maler Karl Begas der Ältere aus der Berliner Biedermeierzeit, seine Brüder waren Maler und Bildhauer. In Berlin war er noch Schüler Christian Rauchs, in Rom gehörte er zum Freundeskreis um Arnold Böcklin und Anselm Feuerbach. Böcklins Kunstideal war es wohl zuerst, dem er auf seine Art und mit seinen Mitteln Rechnung tragen wollte. Einige Jahre später wird er in Berlin zum Mittelpunkt künstlerischer Neuorientierung; Er siegt in der Konkurrenz für das Schillerdenkmal am Gensdarmenmarkt gegen die weichlich klassizistische Rauchschule. Das ausgeführte Denkmal /1871/ hat alle Vorzüge einer echten und neuen Empfindung. Der ungewöhnliche Realismus verlebendigt das Pathos der Gestalt, die weiblichen Figuren des Sockels sind gegenüber dem spätklassizistischen Formenkanon wieder aus sinnlicher Empfindung heraus gestaltet. Eine nicht viel später von Begas geschaffene Büste seines Freundes Adolf von Menzel hat noch stärkeren realistischen Gehalt. Von diesen Werken aus war im Gegensatz zur Schule Rauchs, die, wie ein späterer Bewunderer Begas' sich äußerte, in ihrer formalen Gebundenheit nur ein Schutzmittel gegen die Ausartung besaß, eine weitere künstlerische Entwicklung möglich. Begas aber verfiel mehr und mehr der Ausartung. In einer Zeit, in der mit den scheinbar unerschöpflichen merkantilen Möglichkeiten ein kritikloser Optimismus, eine kindische Selbstvergottung Wahlspruch war, veräußerlichte er. Sein barockes Naturell fand weder bei seinen Bewunderern noch in ihm selbst die bei seiner großen Begabung nötige Hemmung. Das Pathos wurde jetzt bei ihm zur pompösen Geste, die monumentale Wucht zur überladenen Protzigkeit. Er war der höfische Bildhauer seiner Zeit geworden; in seinem Atelier in Berlin entstand auch der Plan der Siegesallee. Sein Schloßbrunnen /1891/ hat noch einen künstlerischen Charakter. Seine nachfolgenden Bildnisbüsten aber und besonders die Denkmäler Wilhelms I /1897/ und Bismarcks /1901/ sind nur noch voluminöse Produkte plastischer Entartung. Leider hat diese Auffassungsweise auch noch Schule bei minder begabten Bildhauern gemacht. Begas starb am 3. August 1911 in Berlin.

München: Glaspalastbrand Durch den Brand des Münchener Glaspalastes am 6. Juni wurde der deutsche Kunstbesitz von einer nicht wieder gutzumachenden Katastrophe betroffen. Von 3000 ausgestellten Bildern sind kaum mehr als 80 gerettet worden. Für die Sonderausstellung deutscher Romantiker waren zum Teil im Wert unabschätzbare Gemälde aus 40 deutschen Städten herbeigehtolt worden, von denen kein einziges erhalten blieb. Besonders beklagenswert ist der Verlust von Philipp Otto Runges *Wir Drei*, von 8 Gemälden Caspar David Friedrichs, von Moritz von Schwinds *Ritter Kurts Brautfahrt*, *Des Knaben Wunderhorn*, *Nächtliche Fahrt* und *Auf der Wanderschaft*. Neben weiteren Werken dieser Maler ist außerdem eine Reihe von Arbeiten von Peter Cornelius, Joseph Anton Koch und den Brüdern Oliver verloren gegangen. Die Berliner Nationalgalerie büßte 3 unersetzliche Werke Karl Blechens ein, darunter den einschlagenden Blitz, ferner ein kleines Bild des Wiener Nazareners Joseph von Führich *Joseph als Hirtenknabe* und das Architekturbild eines Doms von Schinkel (dessen Originalfassung aber im Schinkelmuseum hängt, was den Verlust einigermaßen verschmerzen läßt). Zum Glück hatte die Direktion der Nationalgalerie die Verleihung einer größeren Reihe von Gemälden der deutschen Romantik, die man in München der Romantikerkollektion noch gern einverleibt hätte, verweigert, um ihre Bestände für die sommerliche Reisezeit nicht gar zu lückenhaft zu machen. Dadurch sind wertvolle Stücke, wie Caspar David Friedrichs *Mondaufgang am Meer* und *Frau am Fenster*, Kerstings *Kranzwinderin*, eine *Landschaft von Reinhart*, ein entzückendes weibliches Bildnis von Schnorr von Carolsfeld, das Bildnis des Malers Franz Pforr von Overbeck, der *Verirrte Ritter* von Karl Philipp Fohr usw., vor der Vernichtung bewahrt worden.

Am 16. Juli wurde im Bibliotheksgebäude des Deutschen Museums die Glaspalastersatzausstellung, die Münchener Kunstausstellung 1931, eröffnet. In seiner Ansprache bezeichnete es der Kultusminister Franz Xaver Goldenberger als eine »unausweichliche Pflicht so bald wie möglich an die Schaffung eines neuen Ausstellungsgebäudes, und zwar am alten Platz des Glaspalastes, heranzutreten«.

Veranstaltungen Im Juni wurde im Städelinstitut in Frankfurt eine Ausstellung unter dem Titel *Vom Abbild zum Sinnbild* eröffnet. Die

von Ernst Wichert durchgeführte Ausstellung erfüllte in überraschender Weise die besonderen Demonstrationsabsichten, nämlich nicht nur das im wesentlichen Sinnbildliche des neuern Kunstschaffens zu offenbaren sondern auch erkennen zu lassen, daß diese Kunst nur scheinbar abseits des Lebensgeschehens entstanden ist. Diese Demonstration wurde mit der Konstruktion zweier Entwicklungsketten verbunden: einer gallischen, reichend von Paul Cézanne bis zu Pablo Picasso, und einer germanischen von Vincent van Gogh und Edvard Munch zu Emil Nolde und Max Beckmann. Ob man allerdings berechtigt ist von Gogh zur germanischen Kunst zu zählen, ist durchaus zu bezweifeln. Es zeigt sich hier, wie in derartigen Veranstaltungen überhaupt, das Mißliche solcher Einteilungen, die mehr nationalen Wunschbildern als objektiven Tatbeständen entsprechen. Wertvoll war, fern allem fragwürdigen Schematismus, daß in dieser Ausstellung nicht bekannte, sondern mehr abseitige, aber für die Psyche der Künstler wesentliche Werke herangezogen wurden.

Nach französischem Vorbild fand im Juli in Berlin zum erstenmal eine *Auktion von Werken lebender deutscher Maler und Bildhauer* statt. Neben der Absicht ohne die übliche Wohltätigkeit dem großen Künstlerelend zu steuern wollte man hauptsächlich einwandfreie Grundlagen für Preisfestsetzungen schaffen. Trotz der Behauptung, Kunst interessiere nicht mehr, und trotz der ungünstigen Jahreszeit hatte die Versteigerung keinen schlechten Erfolg. Die Hälfte der rund 130 von bekanntesten Künstlern stammenden Werke wurde regelrecht ersteigert. Dabei durchaus nicht nur von den üblichen Kunstinteressenten sondern auch von Leuten, die sich jede Mehrausgabe von 5 Mark sehr überlegen mußten. Im allgemeinen hat man ja ganz unsinnige Vorstellungen von Kunstpreisen, die ebenso unsinnig von Kunsthändlern und Künstlern hochgehalten werden. In diesem Fall mußten selbst große Namen aus begreiflichen Gründen möglichst niedrige Preisgrenzen angeben, was nun nicht die üblichen Spekulanten sondern ein natürlich interessiert Publikum anzog, das endlich zeitgenössische Kunstwerke mit sachlich berechtigten Preisen erwerben konnte. Dazu scheint es beachtenswert, daß keiner der von den Künstlern genannten Taxpreise erzielt wurde. Die Künstler werden sich also umstellen müssen, wenn sie wieder Kontakt mit dem Publikum finden wollen. Weitere derartige Versteigerungen sind in Berlin geplant.

In Heidelberg wurde im Juli und August eine Ausstellung *Deutsche Dichter als Maler und Zeichner* gezeigt; von Grimelshausen über Goethe, E. T. A. Hoffmann und Gottfried Keller bis zur Gegenwart. Das Ganze bot nicht allein ein interessantes Bild, weil hier tatsächlich neben den eigentlichen Doppelkünstlern wie Salomon Geßner, Wilhelm Busch, Johann Heinrich Füssli, Friedrich Müller (als Maler Müller bekannt) und Rudolf Töpfer wirklich ungewöhnliche und wahrhaft ausdrucksfähige Begabungen zu finden sind. Es zeigte sich auch, daß sich von diesen bildkünstlerischen Versuchen aus mancherlei neue Rückschlüsse auf die Charakterologie der jeweiligen Dichterpersönlichkeiten ermöglichen.

In Brüssel fand im August eine internationale Ausstellung unter dem Titel *Art Vivant* statt. Sie war in vieler Hinsicht für die gesamte moderne Maleranschauung charakteristisch. Und zwar, weil sie in stärkster Weise das Eigentümliche dieser Anschauung zur Darstellung brachte: die Traditionsabgewandtheit, persönliche Besonderheit jedes einzelnen Malers, die doch zugleich wieder eine innere Verbundenheit mit allen anderen in sich birgt. Dieser Zug herrschte bei den Malern aller Nationalitäten vor. In der Farbgebung traten überall die Intensität und die Leuchtkraft hervor. Deutschland hatte seine größten Namen gezeigt: Barlach, Dix, Hofer, Grosz, Lehbruck, Nolde, auch Kandinskij (wenn man ihn zu Deutschland zählen darf), die Franzosen zeigten Dufy, Derain, Braque und Vlaminck; aus Belgien traten, neben Ensor und Rik Wouters, de Smet, Tytgat und van den Berghe hervor; daneben schöne Picassos, Chagalls, Max Ernsts, Pascins, die alle die Ecole de Paris umschließt. Eine äußerst instruktive Zusammenstellung.

Zu Ehren der ostpreußischen Malerin *Elfriede Schnell*, die im vorigen Jahr in Königsberg im Alter von erst 34 Jahren starb, wurde dieses Jahr im Königsberger Schloß eine Gedächtnisausstellung veranstaltet, die die Entwicklung der Künstlerin von ihrem Beginn bis zu ihrem Tod verfolgte. Den entscheidenden Einfluß hatte sie in Paris empfangen; aber bevor ihre Kunst sich entfaltet hatte, beendete der Tod ihr Schaffen.

Totenliste

Im Januar starb in Paris der letzte Zeuge der großen Epoche des französischen Impressionismus, *Giovanni Boldini*, in seinem 86. Lebensjahr. Boldini war 1845 in Ferrara geboren, ließ sich aber schon

in der Jugend in Paris nieder und wurde ganz zum Pariser. Er malte die Welt-damen der Pariser Gesellschaft vor der Jahrhundertwende; aber daneben war er ein bedeutender und ernster Porträtist, so in seinen Bildnissen Verdis, Whistlers und des 80jährigen Menzel (in der Berliner Nationalgalerie).

Mitte Februar schied in Berlin die Malerin und Graphikerin *Erna Frank*, im Alter von 50 Jahren, freiwillig aus dem Leben. Hauptsächlich auf graphischem Gebiet hat sie eine Reihe von Bildnissen und Landschaften geschaffen, die ebenso durch die teilweise neoimpressionistische Manier wie durch eine frische Linienführung Beachtung fanden.

Am 9. März starb in Davos der Maler *Theo van Doesburg* (siehe die Rundschau Werkgestaltung, 1931 I Seite 514). Er vertrat die Ansicht, daß im wesentlichen nur die Architekturmalerei Bedeutung beanspruchen könne. Seine Gemälde stellen ein Spiel geometrischer Figuren dar, wobei er von dem Gedanken ausgeht, daß Kunst nicht gemütsregend sein solle, und bloß Seelisches noch nicht an die Höhe des Geistigen heranreiche. Im Sinn seiner geometrischen Grundauffassung schuf er besonders 1916 bis 1917 ein großes Wandgemälde Die Kartenspieler. Eine Probe seiner Kompositionen hat Adolf Behne in seiner Publikation *Der Sieg der Farbe* /Berlin, Photographische Gesellschaft/ veröffentlicht.

Mitte März starb in Mailand der Bildhauer *Adolfo Wildt*, im Alter von 63 Jahren. Er stammte aus der Schweiz, hatte seine ersten Erfolge auf deutschen Ausstellungen und wurde später einer der Hauptvertreter des norditalienischen Verismus, dem er eine gewisse Monumentalität abzugewinnen verstand. Viel Aufsehen erregten seine großen Büsten von Mussolini, Toscanini und anderen bedeutenden Persönlichkeiten unserer Zeit.

Mitte April starb in Dresden der Präsident der Dresdener Akademie *Otto Hettner*, im Alter von 56 Jahren. Er war ein Sohn des Literaturhistorikers Hermann Hettner und verbrachte seine entscheidenden Studienjahre in Florenz und Paris. Er malte ursprünglich in Anlehnung an die neoimpressionistischen Anregungen, später wandte er sich einer Auffassung zu, die man etwa als Erneuerung des Deutschrömeriums bezeichnen kann. Markante Beispiele dieser Auffassung sind seine Gemälde Niobiden in der Dresdener Galerie und Sintflut im Museum zu Stettin. Auch bildhauerisch war er tätig; er hatte während seiner Pariser Zeit bei Rodin gearbeitet.

In Paris starb Anfang Mai durch Freitod in der Seine *Karl Leyhausen*, im Alter von 29 Jahren. Er gehörte einer Gruppe junger Kasseler Künstler an, die bizarrphantastische Farbkompositionen eigener Bedeutung schufen und durch eine Kunstblattausstellung in Berlin bekannt wurden. Die traurige materielle Lage der jungen Künstlergeneration hat auch den Tod Leyhausens bewirkt.

Am 10. Mai starb in Berlin *Maria Slavona*, im Alter von 66 Jahren. Sie entstammte der angesehenen Lübecker Familie Schorer, wählte aber, mit Rücksicht auf ihre hanseatischen Angehörigen dem Vorurteil jener Zeit gegen die "emanzipierte" Malerin Rechnung tragend, den Künstlernamen Maria Slavona. Sie war eine Schülerin Karl Stauffer-Berns, empfing entscheidende Anregungen in Paris, wohin sie 1890 übersiedelte, um 2 Jahrzehnte dort zu bleiben. Mit ihrem Gatten Otto Ackermann, dem Sammler und Kenner der französischen Kunst des 19. Jahrhunderts, lernte sie die Größe der französischen Malerei kennen. Paris empfand sie als ihre eigentliche Heimat. Sie malte impressionistisch, aber sie ging selbständig ihre Wege und wußte ihrer impressionistischen Grundauffassung eine zart und farbig kultivierte Note abzugewinnen. Sie war die geborene Malerin. In den ersten Jahren dieses Jahrhunderts begannen die deutschen Museen sich ihre Bildnisse, Landschaften und Stilleben zu sichern. Als sie 1909 nach Berlin zurückkehrte, wurden ihre Beziehungen zum Sezessionskreis enger. Zu ihrem 60. Geburtstag wurde in der Großen Berliner Kunstausstellung eine Kollektivausstellung ihrer Werke veranstaltet. Ludwig Justi erwarb danach für die Berliner Nationalgalerie ihr Bild Die Gärten von Montmartre aus dem Jahr 1898. Nun bereitet er für Anfang Oktober im Kronprinzenpalais eine Gedächtnisausstellung vor, die zum erstenmal einen größeren Überblick über das Gesamtschaffen Maria Slavonas bieten soll.

Kurze Chronik Im Anschluß an eine Abteilung Bildende und Baukunst in der Berliner Bauausstellung wurde eine Organisation *Maler und Bildhauer am Bau* begründet (siehe dazu auch den Artikel Schmidts, in diesem Band Seite 663 und folgende). Das Bestreben ist eine Wiedernäherung zwischen Baukunst und Bildender Kunst zu gemeinsamer Arbeit. ◊ In Lübeck entdeckte man beim Abbruch eines alten Patrizierhauses große *gotische Wandmalereien*. Es handelt sich um einen

Parzivalzyklus, der um die Mitte des 14. Jahrhunderts von der Patrizierfamilie Pleskow im Flügelsaal des Hauses angebracht wurde. ◊ In der Pinakothek in Siena wurde bei der Neuordnung auf einer kleinen Tafel ein Gemälde *Dürers* entdeckt, den Heiligen Hieronymus darstellend. Das Bild ist vom Jahr 1514 datiert. ◊ Im Pariser Kunsthandel ist ein bisher unbekanntes Doppelbildnis von *Tizian* aufgetaucht. Es handelt sich um eine Arbeit, die zwischen 1540 und 1545 entstanden sein dürfte, und in der man das unmittelbare Vorbild für Anton van Dycks Porträt des Grafen Stafford mit seinem Sekretär gefunden zu haben glaubt. ◊ In der Salzburger Studienbibliothek wurden 3 bisher unbekannte Mappen aufgefunden, die über 1000 Zeichnungen und Stiche *alter italienischer und österreichischer Künstler* enthalten, unter anderen Arbeiten von Palma Giovane, Emanuel Pietsch, Karl Troger, Michelangelo Unterberger und aus den Schulen von Tizian, Guido Reni und Giacomo Bassano. Die Sammlung selbst wurde wahrscheinlich von dem Erzbischof Wolf Dietrich zwischen 1587 und 1611 angelegt. ◊ Eine Untersuchung von *Rembrandts* Gemälden in Berlin mit Röntgenstrahlen durch den englischen Gelehrten Alan Burroughs brachte im Hinblick auf das Susannabild von 1647 eine ungewöhnliche Entdeckung zutage. Beim Vergleich des Röntgenbilds mit dem Original stellte man fest, daß Rembrandt die Mittelgruppe ursprünglich viel realistischer gemalt hatte. Die spätere Übermalung erfolgte dann zugunsten unheimlicherer Stimmung und einheitlicherer Komposition. ◊ Der Louvre in Paris erwarb zum erstenmal eine deutsche Bildhauerarbeit des 19. Jahrhunderts. Mit gutem Recht ein Werk Gottfried Schadows: die Tonbüste Marianne Schlegels. ◊ In Moskau hat man eine der Berliner Siegesallee ähnliche Anlage geschaffen. Man hat eine Gruppe junger Bildhauer veranlaßt Porträtbüsten von mit bolschewistischen Orden ausgezeichneten Arbeitern zu schaffen, die in einer als Sehenswürdigkeit bezeichneten Allee aufgestellt sind. Um Zeit und Kosten zu sparen, hat man die Gipsmodelle nicht in Stein oder Metall ausgeführt sondern durch ein Spritzverfahren von Metalllegierungen "wetterfest" gemacht.

Literatur

In einer Broschüre *Das Ende der Kunstkritik: Einführung in die absolute Tiefenanschauung* (Überlingen, Verlag Seebote) versucht *Ernst Zierer* neuerlich seine auf absolute Maßstäbe hin-

zielende Kunstwertungstheorie (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 823, 1930 III Seite 1178) zu erläutern. Ein komplizierter Aufbau von reinen Begriffen läßt deutlich werden, daß hierdurch ein natürliches Verhältnis zu den Werken der Bildenden Kunst nicht zu gewinnen, und logisch keine gesunde Wertung zu erzielen ist. ◊ Ein Versuch den kulturgeschichtlichen Ablauf seit den Ägyptern bildmäßig zu veranschaulichen wird in einem Werk *Bilder zur Kunst- und Kulturgeschichte* /Leipzig, B. G. Teubner/ durchgeführt. Das Altertum ist von Andreas Rumpf, das Mittelalter, die Renaissance und das Barock sind von Guido Schönberger, die Neuzeit vom Ausgang des 18. Jahrhunderts ist von Richard Graul bearbeitet. Das Werk als solches geht von dem Gedanken aus durch Zusammenstellung der bedeutendsten Baudenkmäler und Bildwerke dem Unterricht zu dienen, nicht ihn zu ersetzen. Allerdings auch nur im Sinn einer viel zu engen und wohl überholten Kulturanschauung, die beispielsweise die Bedeutung des ostasiatischen Kulturkreises und seine Einwirkung auf Europa ganz außer acht läßt. ◊ Als »Zeitbild um Rembrandt von Rijn« läßt, unter dem Titel *Der Überwirkliche, Hendrik van Loon* eine Bearbeitung der Aufzeichnungen seines Vorfahren Johannes van Loon erscheinen /Berlin, Rudolf Mosse/, der als Arzt Rembrandt behandelt hat. Wissenschaftlich Neues wird nicht geboten, die halb roman- halb bekenntnishaft angelegte Zeitschilderung erweckt aber durch die Frische der Darstellung unbedingtes Interesse. ◊ In einer Schrift *Mathematik und Bildende Kunst* /Breslau, Ferdinand Hirt/ behandelt *Walter Lietzmann* an 131 Abbildungen systematisch die eigentümlichen Beziehungen zwischen beiden Gebieten. Beziehungen in dem Sinn, daß die Analyse auch an Werke herangetragen wird, die ursprünglich wohl kaum mathematisch ortsbestimmt waren. Am stärksten fesselt wohl die Untersuchung über das Ornament und den Schmuck der Gebrauchsgegenstände, weil hier zweifellos ein direkter Zusammenhang besteht. Die weiteren, an vorzüglichen Beispielen durchgeführten Demonstrationen gelten der ebenen und räumlichen Darstellung räumlicher Gebilde und der Rolle der Mathematik in der Bildanalyse. Abschließend folgt ein historischer Abriss der Darstellung der Mathematik und der Mathematiker. Neben dem wissenschaftlichen Wert trägt die Schrift in ihrer Blickrichtung dazu bei die Kunstbetrachtung zu vertiefen.

KULTUR

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

Produktionskostensenkung Bis in die neueste Zeit hinein wurden von landwirtschaftlicher Seite Maßnahmen zur Steigerung landwirtschaftlicher Produktpreise mit den in der Nachkriegszeit erhöhten Unkosten begründet. Produktionskostenindizes wurden für die gesamte Landwirtschaft und für einzelne Erzeugnisse aufgestellt, meist mit dem Ergebnis, daß sich die Erzeugungskosten gegenüber der Vorkriegszeit um 30 bis 90% erhöht hätten. Diese Art der Beweisführung ging von der Annahme aus, daß die Entwicklung bestimmter Produktionsmittelpreise, wie sie allein in einem Index verglichen werden können, der Entwicklung der Produktionskosten gleichbedeutend sein müssen, und weiter, daß die Preise diesen Produktionskostenrechnungen folgen müssen. Die Preisentwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, wie falsch die Landwirtschaft tat sich auf die Wirksamkeit solcher Gedankengänge zu verlassen. Der Index für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse steht heute, trotz immensen Anstrengungen zur Preishochhaltung durch die Reichsregierung, zwischen 105 und 110% des Vorkriegsstands; für tierische Produkte liegt er sogar zwischen 70 und 80%. Die Zuspitzung der Wirtschaftskrise hat die Finanzierung der neuen Ernte erschwert. Auf der andern Seite ist die Landwirtschaft durch diese Entwicklung gezwungen für ihre kurzfristigen Kredite sehr hohe Zinsen zu bezahlen; die Gläubiger der Landwirtschaft sind, wenn sie sich trotz den Kreditrestriktionen noch liquid halten wollen, gezwungen den Landwirten gegenüber viel schärfer vorzugehen als bisher. Alle diese Momente werden zumindest in der 1. Hälfte des neuen Wirtschaftsjahrs das Angebot auf den Getreide- und Kartoffelmärkten gegenüber dem Vorjahr steigern und wahrscheinlich zu einer gegenüber dem Vorjahr ungünstigern Preisgestaltung führen. Aber auch auf längere Sicht sind nur geringe Aussichten auf entscheidende Hebung der Agrarproduktpreise gegeben. Die Schrumpfung der Kaufkraft der großen Massen führt zur Einschränkung des Lebensmittelverbrauchs. Infolgedessen ist der Zeitpunkt, in dem eine Lebensmitteleinfuhr bei immer mehr Produkten überflüssig wird, nicht mehr fern. Die Bevölkerungsstagnation wirft ihre Schatten voraus. Es wird immer schwerer sein die Preise hochzuhalten.

Solche Gedankengänge lagen bis vor kurzem der Landwirtschaft selbst fern. Erst in neuerer Zeit werden sie auch von ihren Führern aufgenommen. Besonders symptomatisch für diesen Umschwung war auch die Tagung des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft, die am 7. Juli in Berlin stattfand, und auf der mehrere Referate gehalten und anschließend Besichtigungen vorgenommen wurden. Wie ein roter Faden zog sich durch die Ansprachen und Vorträge die Erkenntnis, daß von den Produktpreisen nicht zu viel erwartet werden dürfe, daß vielmehr »die Senkung der landwirtschaftlichen Gestehungskosten die Voraussetzung für die Rentabilität der Landwirtschaft« sei. Besonders eindringlich sprach über dieses Thema der Rittergutsbesitzer Friedrich von Zitzewitz/Kottow/, ein ausgesprochener Repräsentant der ostelbischen Großlandwirtschaft. Mit Recht wies er darauf hin, daß es gegenwärtig verkehrt sei Geld in Ödlandskultivierung zu stecken. Alle Mittel müssen vielmehr dort eingesetzt werden, wo sie den höchstmöglichen Nutzen versprechen, das heißt, es muß im landwirtschaftlichen Betrieb durch Veränderung der Organisation eine Beseitigung der Arbeitsspitzen, also ein gewisser Arbeitsausgleich, geschaffen werden. Die Mechanisierung dieser Arbeitsspitzen, insbesondere bei dem Hackfruchtbau und der Getreideernte, ist daher von ganz besonderer Bedeutung. Auf einzelne große Rationalisierungsreserven innerhalb der Landwirtschaft soll in dieser Rundschau später eingegangen werden. Eins sei nur vorweg bemerkt: Genau so, wie die industrielle Rationalisierung der letzten Jahre Millionen von Menschen freigesetzt hat, muß die landwirtschaftliche Rationalisierung im Großbetrieb eine große Zahl von Menschen freisetzen. Im Kleinbauernbetrieb dürfte sich dagegen, da der Bauer seinen Sohn und seine Tochter nicht auf die Straße wirft, eine Arbeitsrationalisierung in größerem Umfang erst dann durchsetzen, wenn die Arbeitslosigkeit wieder zurückgeht. Bis dahin ist der Bauernbetrieb gezwungen, unter Senkung des Lebensstandards, möglichst viel bare Ausgaben für eventuell erwünscht erscheinende arbeitssparende Maschinen und Geräte durch höchste Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte zu ersetzen und seine Erzeugung trotz ungünstiger Preislage zu steigern, um die Preisminderung durch Mehrerzeugung zu kompensieren.

Kühlagerung In immer größerem Umfang bietet die Entwicklung der Gefrier- und Kühltechnik die Möglichkeit leicht verderbliche Ware nicht nur Wochen, Monate und sogar Jahre hindurch zu lagern sondern sie auch über weiteste Strecken zu transportieren. Während früher Fleisch aus Argentinien nur in Form von Dörrfleisch oder Fleischextrakt exportiert werden konnte, wird heute der europäische Markt mit überseeischem Kühl- und Gefrierfleisch mit versorgt. Der Versand von Butter aus Neuseeland nach den europäischen Bedarfszentren bietet keine technischen Schwierigkeiten mehr. Während die Kühltechnik in ihren Anfangsstadien vorwiegend den Exportländern zugute kam, da sie ihnen die Lieferung an weit entfernte Bedarfsgebiete ermöglichte, wird neuerdings stark daran gearbeitet sie auch in den Dienst der einheimischen Landwirtschaft der Bedarfsländer zu stellen, um mit ihr die Saisonschwankungen in der Preisbildung von Gemüse und Obst zu mildern. Für eine große Reihe von Gemüsearten ist es charakteristisch, daß sie jährlich Preisschwankungen von vielen Hundert Prozent durchmachen. So wird für Frühkartoffeln März, April und Mai ein Vielfaches dessen bezahlt, was die Landwirtschaft für Herbstkartoffeln erhält. Tomaten bringen im Mai und Juni Phantasiepreise, während sie im August und September oft so stark im Preis fallen, daß der Erlös den Pflücklohn nicht deckt. Bereits im Spätherbst steigen die Preise jedoch wieder. Ähnlich liegen die Dinge bei Gurken, Bohnen und einer großen Anzahl anderer, leicht verderblicher Früchte. Die Ausnutzung von Preissteigerungen nach Beendigung der Hauptsaison wäre für die Landwirtschaft möglich, wenn diese Gemüsearten durch Kühlagerung für 4 bis 8 Wochen oder länger frisch erhalten und dann auf den Markt gebracht werden könnten. Gleichzeitig ergäbe sich hieraus die Möglichkeit die Marktbeschickung in der Zeit des Hauptangebots zu verringern. Um auf diese Weise die Möglichkeiten einer solchen Stabilisierung des Angebots zu untersuchen, sind vom Institut für Landwirtschaftliche Marktforschung an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin gemeinsam mit der Gartenbaulehranstalt in Berlin-Dahlem zahlreiche Versuche durchgeführt worden. Sie haben das Ergebnis gebracht, daß bei einer Anzahl von Gemüsen Aussichten bestehen die Marktgestaltung durch Kühlagerung ganz wesentlich zu verbessern.

Veranstaltungen Am 5. Juni begann in Prag der 15. *Internationale Landwirtschaftskongreß*, der unter dem Protektorat des Präsidenten Masaryk stand, und zu dem etwa 2000 Delegierte von Regierungen und landwirtschaftlichen Organisationen aus 31 Ländern erschienen waren. Er wurde durch Vladimir Brdlik in tschechischer, französischer und deutscher Sprache eröffnet. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Frantisek Udrzal rief die Landwirte aller Länder zur gemeinsamen Bekämpfung der Agrarkrise auf. Vertreter der verschiedenen Länder hielten dann Referate über agrarwirtschaftliche Probleme. Ernst Laur /Brugg/ sprach über die Weltsituation der Landwirtschaft, Jules Gautier /Paris/ über die Bekämpfung der Wirtschaftskrise, Andreas Hermes /Be:lin/ über landwirtschaftliche Selbsthilfe und internationale Zusammenarbeit. Recht bemerkenswert war auch das Referat Wilhelm Ries' /Berlin/ über Produktionskostensenkung durch Arbeitsrationalisierung. In der 1. Juniwoche veranstaltete die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ihre 37. *Wanderausstellung*, diesmal in Hannover. Sie war reich beschiedt: von der Landwirtschaft mit den besten Ausstellungstieren, von der Industrie mit den neuesten und modernsten Maschinen. In einer Erzeugnishalle wurden Produkte prämiert. In einer Marktausstellung wie in einem von der Hannoverschen Landwirtschaftskammer eingerichteten Zelt wurden interessante Graphiken und bildliche Darstellungen von Problemen der Markt- und Betriebsorganisation gezeigt.

Totenliste Am 1. März starb *Wilhelm von Köppen*, im Alter von 64 Jahren. Er war Präsident der Landwirtschaftskammer für Mecklenburg-Strelitz. Durch Arbeiten über landwirtschaftliche Buchführungsfragen ist er bekannt geworden. Am 18. April starb in Halle *Wilhelm Schneidewind*, im Alter von 71 Jahren. Er hat sich durch seine zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der Agrikulturchemie und Pflanzendüngung und durch seine erfolgreiche Leitung der Versuchsanstalt Lauchstädt einen Namen gemacht. Am 14. Juni starb in einem Sanatorium bei Konstanz der Vorsitzende der Reichsorganisation der Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei, der Landtagsabgeordnete *Ernst Höfer*, im Alter von 52 Jahren. Im Thüringischen Landbund spielte er eine bedeutende Rolle.

Kurze Chronik Die 5 *Preisaufgaben* der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule für das neue Studienjahr haben zum Thema: 1. »Was ist über erbliche Bedingung und Erbgang der verschiedenen morphologischen und physiologischen Eigenschaften beim Rinde bekannt?« 2. »Die Mykorrhiza der Enziangewächse ist zu untersuchen.« 3. »Die Verdaulichkeit der verschiedenen Bestandteile der pflanzlichen Rohfaser beim Menschen und den Nutztieren.« 4. »Ist von der Auslese selbstfertiger Sippen unter unseren fremdstäubenden Kulturpflanzen, insbesondere den Betarüben, ein züchterischer Fortschritt zu erwarten?« 5. »Welche Ergebnisse sind mit der Verwendung von Spiritus als Motortreibstoff erzielt worden, und wie weit kann sich die Förderung dieses Absatzgebietes zu einer Stützung des Kartoffelmarktes auswirken?« Die Aufgaben für das vorige Jahr wurden 3 mal bearbeitet; die Studenten Gerd Bergner, Karl Brassler und Franz Günther erhielten Preise. ◊ In der Generalversammlung der Gesellschaft für Kohletechnik, die in Dortmund im Juni abgehalten wurde, machte Wilhelm Glud aufsehenerregende Mitteilungen über die Ergebnisse seiner Forschungen, die zum Ziel haben eiweißhaltige *Futtermittel aus Kohle* auf Umwegen herzustellen. Glud gewinnt bestimmte Ammoniumsalze aus Kohle und verwendet diese als Nährmittel für Hefe, die dann getrocknet und als Viehfutter benutzt wird. ◊ Im Juni wurde in *Jugoslawien* durch Regierungserlaß ein beschränktes Getreidemonopol eingeführt. Es bezieht sich auf Weizen und Roggen sowie das aus Weizen und Roggen hergestellte Mehl. Eine staatlich privilegierte Ausfuhrgesellschaft sowie der Verband der Landwirtschaftlichen Genossenschaften sind allein befugt Ein- und Ausfuhr dieser Getreidesorten zu übernehmen. Dazu stellt der Staat der Gesellschaft den Betrag von 300 Millionen Dinar zur Verfügung. Es wurde ein Weizenpreis für Durchschnittsware festgesetzt. Der Getreidehandel im Inland ist frei. Die Bauern mußten sich zu Ankaufsgenossenschaften zusammenschließen. ◊ Der Direktor des Instituts für Gärungsgewerbe und Stärkefabrikation *Friedrich Haiduck* erhielt an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin den Lehrstuhl für Gärungsgewerbe, den Max Delbrück innegehabt hatte. ◊ Am 26. November 1930 wurde *Gustav Fischer*, Ordinarius für Landwirtschaftliche Maschinenkunde an der Landwirtschaft-

lichen Hochschule Berlin und Dozent für Landmaschinenbau an der Technischen Hochschule Berlin, 60 Jahre alt. Fischer ist einer der hervorragendsten Vertreter seines Fachs. Er legte das Resultat seiner Forschungen vor allem in dem Werk *Landwirtschaftliche Maschinenkunde* nieder, das 1925 in 3. Auflage erschien, sowie in einer großen Reihe von Abhandlungen in Fachzeitschriften. Er gibt auch das Archiv des Landmaschinenwesens heraus. Seit 1905 leitet er das Maschinenprüfungsamt der Landwirtschaftskammer für Brandenburg.

Literatur

Da die Arbeitsrationalisierung im gesamten landwirtschaftlichen Rationalisierungsprozeß des Großbetriebs immer wichtiger wird, hat sich in den letzten Jahren eine teilweise recht gute Literatur der Landarbeitslehre entwickelt. Im 8. Heft der Bücherei für Landarbeitslehre, herausgegeben von Wilhelm Seedorf /Berlin, Paul Parey/, gibt *Ludolf von Bismarck* recht wertvolle Anweisungen über Methodik und Technik der Arbeitsbeobachtungen in der Landwirtschaft. Diese Beobachtungen sind notwendig zur Erkenntnis des Arbeitsrhythmus des landwirtschaftlichen Betriebs und zur gerechten und wirkungsvollen Festsetzung von Leistungslöhnen; schließlich auch als Unterlage für die Umorganisation von Betrieben mit dem Ziel der Arbeitersparnis. Jedem Praktiker wird diese Schrift viele Anregungen bringen. ◊ Über Preisspannen im Kartoffelhandel veröffentlichte *Adolf Vogel*, Referent an der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, eine interessante Untersuchung /Berlin, Paul Parey/. Seine Arbeit, in der das Preisspannenproblem von den verschiedensten Gesichtspunkten, unter Berücksichtigung des Orts- und Zeitwechsels, unter Aufgliederung in Groß- und Kleinhandelsspanne, durchleuchtet wird, bringt eine Fülle von Anregungen für marktpolitische Maßnahmen. ◊ In einer weiteren Arbeit der genannten Reichsforschungsstelle stellt der den Lesern der Sozialistischen Monatshefte durch eine Reihe von Aufsätzen bekannte *Gerhard Glienke* Untersuchungen über den Hafermarkt an /Berlin, Paul Parey/. Er weist auf Zusammenhänge der Roggen- und Haferpreisbildung hin und empfiehlt der Landwirtschaft, angesichts der sich immer weiter verengenden Absatzmöglichkeiten für Hafer, diesen nur noch in Ausnahmefällen als Verkaufsprodukt anzusehen.